



**Universität
Zürich** ^{UZH}

Masterarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades

Master of Arts UZH in Sozialwissenschaften

der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich

Ungleichheit in der politischen Partizipation

**Die Online-Partizipationsform 'Züri wie neu' als Chance oder Herausforderung
für mehr Gleichheit in der Bürgerbeteiligung**

Verfasserin: Noëlle Meier

Matrikel-Nr.: 14-740-526

Betreuer: Prof. Dr. Jörg Rössel

Soziologisches Institut / Masterarbeit

Abgabedatum: 01.12.2020

Überarbeitete Version vom 06.01.2020

Abstract

Die Bürgerbeteiligung ist das Herzstück einer Demokratie. Die politische Partizipation zur Einbringung der Interessen ermöglicht Inklusion und die Gleichheit aller, legitimiert demokratische Entscheidungen und Prozesse und gewährleistet die Reaktionsfähigkeit zwischen Bevölkerung und Regierung. Aus normativer Sicht ist eine breite und gleiche Bürgerbeteiligung in einer Demokratie wünschenswert. Umso wichtiger ist die Frage, wer sich politisch beteiligt. Die bisherige Forschung hat gezeigt, dass in herkömmlichen politischen Partizipationsformen Gruppen, wie beispielsweise Frauen, junge Erwachsene, Personen mit einem formal tiefen Bildungsniveau und Personen mit Migrationshintergrund untervertreten sind. Die Digitalisierung ist ein Treiber neuer Online-Partizipationsmöglichkeiten und könnte eine Chance für mehr Gleichheit in der Bürgerbeteiligung bedeuten. In einem ersten Schritt wird die Frage geklärt, wer sich bei Online-Partizipationsformen beteiligt und in einem zweiten wird der Frage nachgegangen, welche Faktoren das Online-Engagement fördern.

Am Beispiel von 'Züri wie neu', einer lokalen Online-Partizipationsmöglichkeit, bei der Mängel in der Infrastruktur unkompliziert der Zürcher Stadtverwaltung mitgeteilt werden können, wird in dieser Arbeit die Veränderung der bekannten Ungleichheiten von der Offline- zur Online-Partizipation untersucht. Durch die Analyse der soziodemographischen Struktur in Zürich, der Abstimmungsbeteiligung und den 'Züri wie neu' Usern werden Hinweise für die Verstärkung der Ungleichheiten bei Frauen und Personen mit Migrationshintergrund sowie die Mobilisierung der jungen Erwachsenen und Personen mit einem tiefen Bildungsniveau beobachtet.

Das *Civic Voluntarism Model* (CVM) nach Verba, Schlozman und Brady (1995) beschreibt unterschiedliches politisches Verhalten aufgrund von Ressourcen, Motivation und Netzwerke. Das Modell angewandt auf die Beteiligung bei 'Züri wie neu' zeigt, dass die traditionellen Einflussfaktoren auf die politische Partizipation nicht ohne weiteres für die Online-Partizipation übernommen werden können. Die Analyse weist darauf hin, dass das Geschlecht und das Alter erklärende Beiträge zum Online-Engagement einer Person leisten. Weitere Forschung zu Online-Partizipationsformen ist wichtig, um die zugrundeliegenden Mechanismen zu erkennen und spezifische untervertretene Gruppen zu integrieren.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	I
Tabellenverzeichnis	III
1 Einleitung	1
2 Demokratie	4
2.1 Was ist eine Demokratie?	4
2.2 Normative Begründung für Demokratie	7
3 Die Rolle der politischen Partizipation	10
3.1 Was ist politische Partizipation?	10
3.2 Die Rolle der politischen Partizipation in einer Demokratie	10
4 Das politische Volk und das Demos-Problem	13
4.1 Das politische Volk	13
4.1.1 Was ist das politische Volk?	13
4.1.2 Das Konzept der Staatsbürgerschaft	14
4.1.3 Wer soll sich beteiligen?	17
4.2 Die Konstitution des Volkes – das Demos-Problem	19
4.2.1 Das Betroffenheitsprinzip	20
4.2.2 Die wechselseitige Anerkennung	22
4.2.3 Das Condorcet-Jury-Theorem	24
4.2.4 Diskussion der verschiedenen Lösungsansätze	26
5 Ausgangslage und Forschungsstand	28
5.1 Problemstellung und Lösung	29
5.2 Das <i>Civic Voluntarism Model</i> (CVM)	31
5.3 Welche Gruppen werden nicht gehört?	34
5.3.1 Frauen	35
5.3.2 Junge Erwachsene	38
5.3.3 Tiefes Bildungsniveau	42
5.3.4 Personen mit Migrationshintergrund	45

6 Veränderung durch Digitalisierung	53
6.1 ‘Züri wie neu’ im Kontext der E-Demokratie	54
6.1.1 Was ist ‘Züri wie neu’?	55
6.1.2 Einbettung im E-Demokratie Kontext	58
6.2 Einflussfaktoren der politischen Online-Partizipation	60
6.2.1 Digital Divide	60
6.2.2 Untervertretene Gruppen und Online-Partizipation	63
7 Beteiligung der untervertretenen Gruppen bei ‘Züri wie neu’	69
7.1 Datengrundlage und methodisches Vorgehen	69
7.2 Analyse der untervertretenen Gruppen	75
7.3 Diskussion: Wer beteiligt sich bei ‘Züri wie neu’?	82
8 Einflussfaktoren der politischen Online-Partizipation	89
8.1 Forschungshypothesen	90
8.2 Operationalisierung und Analysestrategie	92
8.2.1 Die abhängige Variable Anzahl Meldungen	92
8.2.2 Die unabhängigen Variablen nach dem CVM	93
8.2.3 Die Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und MH	100
8.2.4 Analysestrategie	104
8.3 Ergebnisdarstellung der Datenanalyse	105
8.4 Diskussion: Welche Faktoren fördern Online-Engagement?	108
9 Fazit	115
Literaturverzeichnis	118
Anhang	129
Anhang A: Datenbeschreibung und Operationalisierung	129
Anhang B: Zusätzliche Abbildungen und Tabellen	134
Anhang C: Alternative Methode für den Vergleich der Offline- und Onlinepartizipation im soziodemographischen Kontext Zürichs	140

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Was ist 'Züri wie neu'?	30
Abb. 2: Frauenanteil im nationalen Parlament der Schweiz von 1977 bis 2020	35
Abb. 3: Durchschnittliche Stimmbeteiligung nach Alter in St. Gallen von 2010 bis 2014	39
Abb. 4: Stimmbeteiligung nach Bildungsabschluss bei der eidg. Volksabstimmung vom 09.11.2020.....	42
Abb. 5: Theoretische Modelle zum Zusammenhang von Bildung und politischer Partizipation	44
Abb. 6: Übersicht Stimm- und Wahlrecht der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz.....	47
Abb. 7: Wahl- und Abstimmungsrecht in und Beteiligung in Prozent in der Schweiz von 1919 bis 2011.....	48
Abb. 8: Wahlbeteiligung in Prozent von Personen mit Migrationshintergrund bei den eidg. Wahlen 2015.....	50
Abb. 9: Screenshot der App 'Züri wie neu' [29.09.2020].....	55
Abb. 10: Screenshot der Internetseite 'Züri wie neu' [16.10.2019].....	56
Abb. 11: Anzahl Meldungen 'NrRep' nach Wohnort 'ZH'	70
Abb. 12: Offline- und Online-Partizipation nach Geschlecht im demographischen Vergleich in Prozent	76
Abb. 13: Beurteilung der Bedienungsleichtigkeit von 'Züri wie neu' in Prozent nach Geschlecht	77
Abb. 14: Offline- und Online-Partizipation nach Altersgruppen im demographischen Vergleich in Prozent	78
Abb. 15: Offline- und Online-Partizipation nach Bildungsniveau im demographischen Vergleich in Prozent ...	80
Abb. 16: Offline- und Online-Partizipation nach MH im demographischen Vergleich in Prozent.....	81
Abb. 17: Einflussfaktoren der politischen Online-Partizipation nach CVM von Verba, Scholzman und Brady (1995)	90
Abb. 18: Verteilung der abhängigen Variable (aV) Anzahl Meldungen 'NrRep'	93
Abb. 19: Operationalisierung der Einflussfaktoren nach CVM von Verba, Scholzman und Brady (1995).....	94
Abb. 20: Visualisierung der Korrelationen Bürgerkompetenzen 'cs'	96
Abb. 21: Verteilung der unabhängigen Variable (uV) digitale Fähigkeiten 'ds'	97
Abb. 22: Digitale Fähigkeiten 'ds' in Prozent nach Anzahl Meldungen 'NrRep'	97
Abb. 23: Visualisierung der Korrelationen zwischen subjektiven politischen Kompetenzen 'sk'	99
Abb. 24: Verteilung der uV politische Informiertheit 'polinf' nach Geschlecht im Verhältnis	100
Abb. 25: Verteilung der aV Anzahl Meldungen 'NrRep' nach Geschlecht 'sex' im Verhältnis.....	101
Abb. 26: Verteilung der aV Anzahl Meldungen 'NrRep' nach Altersgruppen 'agebygroup' im Verhältnis	102
Abb. 27: Verteilung der aV Anzahl Meldungen 'NrRep' nach Bildungsniveau 'edubygroup' im Verhältnis...	103
Abb. 28: Verteilung der aV Anzahl Meldungen 'NrRep' nach Muttersprache 'langubygroup' im Verhältnis	104
Abb. 29: Vorausgesagte Anzahl Meldungen 'NrRep' über das Alter 'age' nach Geschlecht 'sex'	107
Abb. 30: Erwerbstätigkeit nach Geschlecht der 'Züri wie neu' Usern und der Demographie der Stadt Zürich..	111
Abb. 31: Histogramm des Medians der abhängigen Variable 'NrRep' mittels Bootstrapping	134
Abb. 32: Visualisierung des Bootstrappings des Mittelwerts der abhängigen Variable 'NrRep'	134
Abb. 33: Verteilung der subjektiven politischen Informiertheit nach Geschlecht 'sex'	135
Abb. 34: Anzahl Meldungen nach digitalen Fähigkeiten 'ds' bis max. 20 Meldungen in Prozent.....	135
Abb. 35: Anzahl Meldungen nach Altersgruppen 'agebygroup' bis max. 20 Meldungen in Prozent	136
Abb. 36: Anzahl Meldungen nach Bildungsniveau 'edubygroup'	136

Abb. 37: Alternative Methode der Offline- und Online-Partizipation nach Geschlecht im demographischen Vergleich in Prozent.....	141
Abb. 38: Alternative Methode der Offline- und Online-Partizipation nach Alter im demographischen Vergleich in Prozent.....	142
Abb. 39: Alternative Methode der Offline- und Online-Partizipation nach Bildungsniveau im demographischen Vergleich in Prozent.....	143
Abb. 40: Alternative Methode der Offline- und Online-Partizipation nach MH im demographischen Vergleich in Prozent.....	144

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Merkmale der vormodernen und modernen Staatsbürgerschaft (Mackert 2006, S. 24)	16
Tabelle 2: Übersicht der Annahmen und Erwartungen zur Offline- und Online-Partizipation	75
Tabelle 3: Übersicht der Gruppengrösse nach Alter und -Unterschiede in Prozentpunkte	79
Tabelle 4: Items zur Erfassung der bürgerlichen Kompetenzen gemäss <i>civic skills</i> nach CMV (1995)	95
Tabelle 5: Items zur Erfassung der subjektiven politischen Kompetenzen nach CMV (1995)	98
Tabelle 6: Regressionstabelle der negativen Binominalregression mit aV Anzahl Meldungen 'NrRep'	106
Tabelle 7: Übersicht der verwendeten Daten	129
Tabelle 8: Verwendete Variablen 'Züri wie neu'	129
Tabelle 9: Verwendete Daten soziodemographische Struktur Zürich	132
Tabelle 10: Verwendete Variablen 'Züri wie neu'	132
Tabelle 11: Outcome verschiedener Tests für Überdispersion	137
Tabelle 12: Outcome vorausgesagte Anzahl Meldungen 'NrRep' nach Geschlecht 'sex', age = mean	137
Tabelle 13: Regressionstabelle Gesamtmodell und Modell nur mit den Kontrollvariablen im Vergleich	138
Tabelle 14: Regressionstabelle des Gesamtmodells ohne Ausschluss der identifizierten Ausreisser	139

1 Einleitung

Die politische Partizipation als freiwillige Handlung von Bürger*innen mit der Absicht, die eigenen Interessen einzubringen, ist für eine Demokratie zentral. Normative Theorien zur politischen Partizipation unterstreichen deren Rolle für die Gleichheit und Inklusion der Bürger*innen, die Reaktionsfähigkeit einer Regierung und die Legitimation politischer Entscheidungen und Prozesse (vgl. Dahl 1989; Verba und Nie 1974). Diese zentrale Rolle stellt die Frage in den Vordergrund, wer sich politisch beteiligt. Obwohl in einer Demokratie die Gleichheit aller vorausgesetzt wird, entstehen hier Ungleichheiten. Die politische Gleichheit bedeutet nicht nur die gleichen Möglichkeiten zu haben, sich einzubringen, sondern auch die gleichen Fähigkeiten, dies zu tun. Ressourcen wie Wissen, Zeit und Geld sowie die Involvierung und Vernetzung einer Person sind bestimmende Faktoren (Verba, Schlozman, und Brady 1995). Je nachdem, welche Ressourcen zur Verfügung stehen und welche Position in der Gesellschaft damit verbunden ist, beteiligt sich eine Person mit einer grösseren oder kleineren Wahrscheinlichkeit. Die ungleiche Verteilung von Einkommen, Wohlstand, sozialem Status und Bildung entspricht der Ungleichheit politischer Ressourcen (Dahl 1971, 82; Verba und Nie 1974, 335), was wiederum zu einer ungleichen Vertretung der Interessen führt (Lijphart 1997).

Mehr Gleichheit in der Bürgerbeteiligung kann durch die Einführung neuer Partizipationsmöglichkeiten erreicht werden (Barber 2009)¹. Die Digitalisierung ist ein Treiber neuer Online-Beteiligungsformen und könnte sich als eine Chance für mehr Gleichheit in der Bürgerbeteiligung erweisen. Im Zuge dieser Entwicklung wurde 2013 die App ‘Züri wie neu’ eingeführt, bei der Mängel in der Infrastruktur der Stadt Zürich der Stadtverwaltung unkompliziert mitgeteilt werden können. Anhand dieser lokalen Online-Partizipationsform wird in dieser Arbeit untersucht, welche Personen sich online beteiligen und welche Faktoren das Online-Engagement fördern.

Die bisherige Forschung hat verschiedene Hinweise für die Auswirkungen der Digitalisierung für die Bürgerbeteiligung beobachtet (vgl. Escher 2013). Es gibt Hinweise dafür, dass sich das politische Offline-Verhalten auf das Online-Verhalten überträgt und dass der Status Quo der Ungleichheiten erhalten bleibt (Calenda und Meijer 2009; Einstein, Palmer,

¹ Das Buch «Strong Democracy» von Benjamin R. Barber wurde erstmals 1984 von der ‘University of California Press’ veröffentlicht.

und Glick 2019). Andere Studien finden Hinweise dafür, dass sich die Ungleichheiten verstärken (Norris 2001; Schlozman, Verba, und Brady 2010). Gleichzeitig findet man auch Unterstützung für die Mobilisierung untervertreter Gruppen durch Online-Partizipationsformen (Rojas und Puig-i-Abril 2009; Gibson, Lusoli, und Ward 2005; Gibson und Cantijoch 2013). Durch eine Analyse der soziodemographischen Struktur der Stadt Zürich, der Abstimmungsbeteiligung und der 'Züri wie neu' Usern wird die Verschiebung der Ungleichheiten von der Offline- zur Online-Partizipation untersucht und die Forschungsfrage beleuchtet, wer sich online beteiligt. Dabei werden sowohl Hinweise für die Verstärkungsthese als auch für die Mobilisierungsthese gefunden.

Damit neue Online-Partizipationsformen als Chance für mehr Gleichheit in der Bürgerbeteiligung genutzt werden können, müssen die beteiligungsfördernden Einflussfaktoren identifiziert werden. Das Civic Voluntarism Model (CVM) nach Verba, Schlozman und Brady (1995) beschreibt unterschiedliches politisches Verhalten aufgrund Ressourcen wie Zeit, Geld und Wissen, die einer Person zur Verfügung stehen sowie die damit verbundene Position in der Gesellschaft. Basierend auf dem CVM wird ein Modell ausgearbeitet, welches mittels einer negativen Binominalregression die Einflussfaktoren für das Engagement bei 'Züri wie neu' identifiziert. In der Diskussion der Ergebnisse wird aufgegriffen, welches Potenzial 'Züri wie neu' für mehr Gleichheit in der Bürgerbeteiligung hat und mit der Förderung welcher Faktoren die untervertretenen Gruppen mobilisiert werden können. Diese Arbeit bietet schliesslich einen Beitrag zur Forschung neuer Online-Partizipationsformen und deren Auswirkungen auf die Bürgerbeteiligung.

Im ersten Teil dieser Arbeit wird normativ hergeleitet, welche Bedeutung die politische Partizipation in einer Demokratie hat. Die Leistung der normativen Auseinandersetzung liegt in der Legitimation der Forschungsfragen. Nur wenn davon ausgegangen wird, dass eine breite und gleiche Bürgerbeteiligung in Demokratien wünschenswert ist, besteht eine Legitimation der Forschungsfragen. Dafür wird zunächst begründet, was eine Demokratie ausmacht und wieso sie als wünschenswertes politisches System angesehen werden kann (Kapitel 2). Anschliessend wird die politische Partizipation genauer betrachtet und deren Bedeutung und Funktion in Demokratien beschrieben (Kapitel 3). Der letzte Teil der normativen Herleitung befasst sich mit der Frage, wer zum politischen Volk gehören soll und somit berechtigt ist, sich im politischen Entscheidungsprozess einzubringen. In diesem Kapitel wird das Demos-

Problem behandelt, welches sich mit der ursprünglichen Konstitution des demokratischen Volkes beschäftigt (Kapitel 4).

Nachdem aufgezeigt wurde, dass die politische Partizipation als wünschenswert betrachtet wird, wird auf die Ausgangslage und den Forschungsstand der Forschung eingegangen (Kapitel 5). Die strukturelle ungleiche Bürgerbeteiligung führt zu einem Spannungsverhältnis in der Repräsentation unterschiedlicher Interessen. An dieser Stelle wird das *Civic Voluntarism Model* (Verba, Schlozman, und Brady 1995) besprochen und auf die strukturell untervertretenen Gruppen Frauen, junge Erwachsene, Personen mit tiefem Bildungsniveau und Personen mit Migrationshintergrund eingegangen. Das anschliessende Kapitel 6 beschäftigt sich mit der Frage, welche gesellschaftlichen Veränderungen die Digitalisierung birgt und was dies für die politische Partizipation der untervertretenen Gruppen impliziert. Es wird mit der deskriptiven Analyse abgeschlossen, bei der die soziodemographische Struktur der Stadt Zürich mit der Abstimmungsbeteiligung und den ‘Züri wie neu’ Usern verglichen wird (Kapitel 7). In der Diskussion wird die erste Forschungsfrage, wer sich online beteiligt, anhand vom Beispiel ‘Züri wie neu’ beantwortet. Das Kapitel 8 beschäftigt sich mit der zweiten Forschungsfrage, durch die Förderung welcher Faktoren eine Steigerung im Online-Engagement erreicht werden kann. Das Online-Engagement wird durch die Anzahl Mängel gemessen, die eine Person bei ‘Züri wie neu’ gemeldet hat. Die zu prüfenden Hypothesen basieren auf dem CVM und dem aktuellen Forschungsstand und werden anhand der Umfragedaten zur ‘Züri wie neu’-Nutzung der Universität Bern (2016) überprüft. In der Diskussion werden die Ergebnisse kritisch besprochen. In einem abschliessenden Fazit (Kapitel 9) wird die Arbeit reflektiert, Limitationen aufgezeigt und einen Ausblick für weitere Studien gegeben.

2 Demokratie

Die Untersuchung zur Ungleichheit in der politischen Partizipation setzt zwei normative Annahmen voraus. Erstens wird grundlegend davon ausgegangen, dass Demokratie und somit die Mitsprache des Volkes als geeignete Staatsform anerkannt ist. Zweitens wird eine rege Beteiligung des Volkes als Voraussetzung für eine funktionierende, qualitative Demokratie gewertet. Bevor nun auf die eigentliche Fragestellung dieser Arbeit eingegangen wird, soll dieses einführende Kapitel die normative Grundlage bilden. Zunächst wird beschrieben, was eine Demokratie ausmacht und normativ dargelegt, welche Gründe für Demokratie als politisches System sprechen. Anschliessend werden die normativen Ziele und Prinzipien einer Demokratie mit Augenmerk auf der politischen Partizipation dargelegt. Zum Abschluss gibt es einen Exkurs über die Konstitution des politischen Volks einer Demokratie. Wer zum demokratischen Volk gehört und einen Anspruch auf politische Rechte hat, ist ein normatives Problem, das Demos-Problem. In einem ersten Schritt wird hier eine Definition von Demokratie ausgearbeitet, um in einem zweiten Schritt eine normative Begründung für die Demokratie als wünschenswerte Staatsform darzulegen.

2.1 Was ist eine Demokratie?

Der Begriff Demokratie hat seinen Ursprung im griechischen Wort *demokratia*, das sich aus den Begriffen *demos*, das Volk, und *kratia*, die Herrschaft, zusammensetzt und so viel bedeutet wie die ‘Herrschaft durch das Volk’ (Dahl 1989, 3). Eine Demokratie zeichnet sich grundsätzlich durch die gleichberechtigte und gleichwertige Mitwirkung des Volkes bei der Regierung aus (Kronenberg 2017, 1071). Für eine umfassende Betrachtung, was eine Demokratie ausmacht, reicht diese Beschreibung noch nicht aus. Zunächst wird das Adjektiv ‘demokratisch’ genauer beleuchtet, um danach die politischen Prozesse aufzuzeigen, welche ausschlaggebend für eine Demokratie sind. Abschliessend wird versucht, eine Definition aus den besprochenen Aspekten abzuleiten.

Für die Herleitung einer Definition von Demokratie soll in einem ersten Schritt das Adjektiv ‘demokratisch’ untersucht werden. Es können zwei Bedeutungen herausgearbeitet werden. Einerseits beschreibt das Adjektiv ‘demokratisch’ in einem politikwissenschaftlichen Sinn das Entscheidungsverfahren eines politischen Volkes, wobei das Volk eine ausgehende und ausgeübte rechtlich-politische Autorität darstellt. Nach dieser Bedeutung des Adjektivs

kann eine Demokratie als eine Staats- und Regierungsform beschrieben werden, in der die politische Gewalt vom Volk ausgeht und im Interesse des Volkes handelt (Cheneval 2015: 18-19). Am 19. November 1863 beschrieb der US-amerikanische Präsident Abraham Lincoln in seiner Rede von Gettysburg eine Demokratie als «[...] government of the people, by the people, for the people [...]» (Lincoln 1863), und legitimiert so die politischen Prinzipien einer Demokratie. Die politische Macht wird direkt oder indirekt vom Volk zum Nutzen des Volkes ausgeübt. Andererseits beinhaltet das Adjektiv 'demokratisch' eine normative Komponente und beschreibt eine gesellschaftliche Lebensform auf Basis von Werten der Gleichheit und Freiheit (Cheneval 2015: 19). Bei der normativen Begründung im folgenden Kapitel 2.2, wieso Demokratie als gewünschte Staatsform angesehen werden kann, wird detaillierter auf die Bedeutung der beiden Werte für eine Demokratie eingegangen. Durch die Aufschlüsselung des Adjektivs 'demokratisch' wird aufgezeigt, dass eine Demokratie politische Prinzipien der Regierungsform sowie normative Prinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens beinhaltet (vgl. Arrhenius 2018, 96).

Bei einer Definition von Demokratie als Staatsform ist es sinnvoll, die politischen Prozesse zu beleuchten. Bisher wurde festgestellt, dass die politische Macht in einer Demokratie vom Volk ausgeübt wird. Wie diese Macht ausgeübt werden soll, wird durch politische Prozesse bestimmt. Unterschiede zwischen Demokratien und autokratischen Staatsformen lassen sich durch die Art dieser politischen Prozesse festmachen. Sie legen fest, wer befugt ist, kollektive Entscheidungen zu treffen und welche Verfahren dabei anzuwenden sind (Dahl 1989, 107; Bobbio und Bellamy 1987, 24; Dahl und Shapiro 2015, 36).

Kollektive Entscheidungsprozesse sind nach Robert A. Dahl folgendermassen aufgebaut: Es bildet sich eine Gemeinschaft, welche gemeinsame Ziele verfolgt. Um die Ziele erreichen zu können, müssen Richtlinien aufgestellt werden, welche die Mitglieder zu kohärentem Verhalten verpflichtet. Diese Richtlinien werden in Form von Regeln oder einem Gesetz ausgedrückt, wobei eine Strafe für das Nichteinhalten der Richtlinien vorgesehen ist. Da sich die Mitglieder der Gemeinschaft dazu verpflichten, die Richtlinien einzuhalten, sind diese bindend. Die Entscheidungsträger, welche bindende Entscheidungen treffen, bilden die Regierung der Gemeinschaft. Demokratische Entscheidungsprozesse zeichnen sich dadurch aus, dass diese bindenden Entscheidungen nur von Personen getroffen werden dürfen, welche der Entscheidung unterliegen, sprich von Mitgliedern der Gemeinschaft. Damit bei Entscheidungen alle Mitglieder der Gemeinschaft politisch gleichgestellt und somit die

demokratischen Prozesse gewährleistet sind, müssen mindestens fünf Kriterien in einer Demokratie erfüllt sein. Erstens muss das Kriterium der wirksamen Partizipation gegeben sein. Damit ist gemeint, dass es wirksame Möglichkeiten geben muss, sodass alle Mitglieder der Gemeinschaft ihre Interessen einbringen und gleichermassen berücksichtigt werden. Das zweite Kriterium bezieht sich auf die Entscheidungsphase. Durch gleiche und wirksame Möglichkeiten müssen alle Mitglieder ihre Stimme einbringen können. Jede Stimme muss bei Entscheidungen gleichgewichtet sein. Drittens müssen alle Mitglieder ein aufgeklärtes Wissen über die anstehenden Themen erlangen können. Um diesem Kriterium gerecht zu werden, müssen Informationen über verschiedene Ansichten und Konsequenzen für alle zugänglich sein. Das vierte Kriterium betrifft die Kontrolle der politischen Agenda. Damit die Macht beim Volk ist und bleibt, muss es darüber entscheiden können, welche Themen auf der politischen Agenda Platz finden. Die politische Agenda in Demokratien muss veränderbar sein. Schliesslich muss die Inklusion aller erwachsenen, permanent sesshaften Personen gegeben sein, um die politische Gleichheit zu gewährleisten. Das fünfte Kriterium der Inklusion wird im Kapitel 3.2 genauer betrachtet (Dahl 1989, 106–14; Dahl und Shapiro 2015, 37–39). Damit das vierte Kriterium, die Kontrolle der politischen Agenda, garantiert werden kann, muss eine demokratische Regierung reaktionsfähig sein. Eine Regierung muss auf die Präferenzen der Bürger*innen reagieren, um deren Interessen auf der politischen Agenda abbilden zu können. Es gibt drei Bedingungen, welche uneingeschränkt erfüllt sein müssen, damit alle Präferenzen des Volkes gleichermassen berücksichtigt werden. Erstens müssen alle Bürger*innen ihre Präferenzen formulieren können, zweitens diese durch individuelles oder kollektives Handeln signalisieren und drittens müssen alle Präferenzen gleichwertig behandelt werden (Dahl 1971, 2).

Abschliessend lässt sich sagen, dass bei einer Demokratie die politische Macht beim Volk liegt. Dies wird gewährleistet, indem die politischen Prozesse zur Entscheidungsfindung den fünf Kriterien der wirksamen Partizipation, der Gleichheit der Stimmen, des aufgeklärten Wissens, der Kontrolle der Agenda sowie der Inklusion der Erwachsenen gerecht werden. Eine demokratische Staatsform muss reaktionsfähig sein und die unterschiedlichen Präferenzen der Bürger*innen gleichwertig behandeln. Schliesslich werden in einer Demokratie politische Prozesse und normativen Prinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens vereint.

2.2 Normative Begründung für Demokratie

Nachdem festgelegt wurde, was eine Demokratie ausmacht, wird geklärt, welche Gründe normativ für eine Demokratie als politisches System sprechen. Robert A. Dahl stellt fest, «[...]», when the idea of democracy is actively adopted by people, it tends to produce the best feasible political system, or at any rate the best state, taken all around.» (1989: 84). Demnach ist eine von Menschen aktiv ausgeführte Demokratie das bestmögliche politische System. Seine Aussage untermauert Dahl mit einer intrinsischen und mit einer instrumentellen Begründung. Die intrinsische Begründung basiert auf dem Wert der Gleichheit und der Selbstbestimmung einer jeden Person. Das intrinsische Argument basiert auf dem moralischen Standpunkt, dass jede Person den gleichen inneren Wert hat und dementsprechend keine Person einer anderen überlegen ist (Dahl 2006). Mit Gleichheit ist hier nicht gemeint, dass jede Person objektive Gleichheit anstrebt, sondern dass jede Person das Recht auf gleiche Berücksichtigung ihrer Anliegen hat. Genau diese Gleichheit wird durch demokratische Prozesse sichergestellt. Demokratie als Staatsform bringt nicht dasselbe objektive Glück für alle. Viel mehr liegt das zentrale Element im Bereitstellen der gleichen Möglichkeiten, um die subjektiven Ansprüche im gemeinsamen Entscheiden einzubringen. Personen haben die Fähigkeit, selbstbestimmt eigene Vorstellungen des Guten und Gerechten zu entwickeln. Das Kriterium 'wirksame Partizipation' in demokratischen Prozessen stellt die Möglichkeit zur Einbringung dieser sicher. Es gibt daher eine intrinsische Motivation, sich zu beteiligen, welche in Demokratien ermöglicht wird. Dementsprechend ist eine Person selbstbestimmter und glücklicher, wenn Sie sich bei einer Entscheidung beteiligen kann und das Ergebnis nicht ihrer Meinung entspricht, als dass keine Beteiligungsmöglichkeit besteht und das Ergebnis einem zuspricht (Dahl 1989, 84–88).

Die instrumentelle Begründung besagt, dass durch Demokratie die maximal mögliche Freiheit einer Person erreicht werden kann. In einer Demokratie ist die Wahrscheinlichkeit am höchsten, dass mehr Menschen nach Gesetzen leben, denen sie frei zustimmen, als in alternativen Regierungssystemen. Weiter beschreibt Dahl drei Bedingungen basierend auf dem Prinzip der Gleichheit und Selbstbestimmung, welche ein Regierungssystem erfüllen muss: grösstmögliche Freiheit, Förderung der persönlichen Entwicklung und Befriedigung dringender Ansprüche. Die Bedingung der grösstmöglichen Freiheit bezieht sich auf politische Rechte und Möglichkeiten, welche die Freiheit einer Person maximieren, wie das Recht auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, freie und faire Wahlen und weitere. Diese

fundamentalen politischen Rechte sind Teil von demokratischen Prozessen. Die Förderung der persönlichen Entwicklung beschreibt, dass erwachsene Personen Qualitäten, wie eigene Interessen entwickeln und dafür einstehen, Verantwortung übernehmen, Konsequenzen abwägen und Rechte anderer berücksichtigen, aufweisen sollten. In Demokratien wird die persönliche Entwicklung gefördert, da diese Fähigkeiten durch die demokratischen Prozesse ausgelebt werden können. Unter autokratischen Regierungsformen ist zum Beispiel das Einstehen für eigene Interessen nur bedingt möglich. Die letzte Bedingung betrifft die Befriedigung dringender Ansprüche. In Demokratien können dringende Ansprüche und politische Anliegen durch verschiedene Partizipationsmöglichkeiten eingebracht werden. Gemäss Dahl erfüllt eine Demokratie diese drei Bedingungen besser als andere Regierungsformen (Dahl 1989, 88–96).

Aufgrund der intrinsischen Begründung, welche sich auf die Werte der Gleichheit und Selbstbestimmung stützt und der instrumentellen Begründung, welche auf den Werten der Freiheit, persönlicher Entwicklung und dem Schutz der eigenen Interesse basiert kann abgeleitet werden, wieso Demokratie als präferiertes Regierungssystem angesehen wird. Insgesamt lassen sich aus der intrinsischen und instrumentellen Begründung sowie empirischen Beobachtungen mindestens zehn Vorteile einer Demokratie gegenüber anderen Regierungssystemen zusammentragen (Dahl und Shapiro 2015, 45–61):

1. Demokratien helfen, 'böartige' Autokraten von der Regierung fernzuhalten.
2. Demokratien gewähren den Bürger*innen eine Vielzahl an politischen Rechten, welche in anderen Regierungssystemen nicht garantiert sind, wie zum Beispiel das Wahl- und Stimmrecht.
3. Demokratien sichern ihren Bürgern ein breites Spektrum an persönlichen Freiheiten. Die Bürger*innen sind moralisch autonom und können nach ihren eigenen Vorstellungen eines guten Lebens handeln.
4. Demokratien helfen, dass jeder seine eigenen Interessen schützen kann.
5. In Demokratien lebt das Volk so selbstbestimmt wie nur möglich, da sie bei der Entscheidung über verbindliche Gesetze involviert sind.
6. Nur demokratische Systeme verfügen über ein Maximum an Möglichkeiten, um moralische Eigenständigkeit zu fördern. Bürger*innen können ihre eigenen moralischen Vorstellungen entwickeln und danach handeln.

7. Die persönliche Entwicklung wird in Demokratien mehr gefördert als in anderen Systemen.
8. Nur in einer Demokratie kann ein hoher Grad an politischer Gleichheit erlangt werden.
9. Moderne repräsentative Demokratien führen keine Kriege gegeneinander.
10. Länder mit demokratischen Regierungen tendieren dazu, wohlhabender zu sein, als Länder mit anderen Regierungsformen.

Die Auseinandersetzung mit der Frage, was eine Demokratie ist, zeigt, dass es keine eindeutige Definition gibt. Zusammenfassend lässt sich eine Demokratie als eine reaktionsfähige Staatsform beschreiben, bei der die politische Macht beim Volk liegt und die gleichwertigen Interessen des Volkes durch bindende Richtlinien angestrebt werden. Die politische Gleichheit ist ein Grundelement von Demokratien. So dürfen bindende Richtlinien nur von Angehörigen des Volkes beschlossen werden, die ebenfalls von ihnen betroffen und an diese gebunden sind. Die politischen Prozesse, die zu diesen bindenden Entscheidungen führen, müssen die Kriterien der wirksamen Partizipation, Gleichheit der Stimmen bei Entscheidungen, aufgeklärtes Wissen des Volkes, Kontrolle der politischen Agenda und die Inklusion aller Erwachsenen erfüllen. Das gesellschaftliche Zusammenleben in einer Demokratie basiert auf den normativen Werten der Gleichheit und Freiheit.

Eine Demokratie wird als wünschenswertes politisches System erachtet, weil sie einerseits die Gleichheit aller und die Selbstbestimmung fördert (intrinsische Begründung) und andererseits die politische und persönliche Freiheit maximiert, die persönliche Entwicklung begünstigt sowie den Schutz der eigenen Interessen garantiert (instrumentelle Begründung). Zusätzlich ist Demokratie ein Schutz gegen Tyrannei, ermöglicht moralische Autonomie, verhindert Kriege gegen andere Demokratien und generiert einen höheren Wohlstand. Im Gegensatz zu anderen politischen Systemen bringen Demokratien die meisten Vorteile.

3 Die Rolle der politischen Partizipation

Im folgenden Abschnitt wird nun die Frage geklärt, welche Rolle die politische Partizipation in einer Demokratie einnimmt. Zunächst wird versucht, politische Partizipation zu definieren und abzugrenzen. Anschliessend werden die Bedeutung und Funktion der politischen Partizipation in einer Demokratie herausgearbeitet.

3.1 Was ist politische Partizipation?

Wie auch Demokratie, ist die politische Partizipation ein nicht eindeutig definierbarer Begriff. Die Autoren Verba und Nie fassen unter politische Partizipation zusammen: «[...] activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of governmental personnel and/or the actions they take» (Verba und Nie 1974, 2). Damit legen sie fest, dass politische Partizipation Handlungen sind, die von Privatpersonen ausgehen und darauf abzielen, politische Amtsträger und staatliche Akteure oder deren Entscheidungen zu beeinflussen. Ähnlich beschreibt van Deth politische Partizipation als «[...] soziale Vorgehen von individuellen oder kollektiven Akteuren [...], wenn die politische Relevanz dieses Handelns sichtbar oder zu erwarten ist» (Van Deth 1997, 293). Weiter betont Kaase, dass die Handlung freiwillig ausgeübt wird (Kaase 2000, 473; 1991, 466). Es wird deutlich, dass politische Partizipation Handlungen umfasst, die drei Faktoren beinhalten. Erstens werden die Handlungen freiwillig ausgeübt, zweitens gehen die Handlungen von Individuen aus und drittens verfolgen sie das Ziel, direkt oder indirekt einen Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben (Lüdemann 2001). Konkret umfasst politische Partizipation Handlungen wie wählen, andere Personen mobilisieren durch beispielsweise das Sammeln von Unterschriften oder Kampagnenarbeit, Produkte boykottieren, demonstrieren oder mit Verwaltungen in Kontakt treten (Verba, Scholzman, und Brady 1995, 2; Van Deth 2009, 141). Sich für Politik zu interessieren oder sich politisch zu informieren werden jedoch nicht als politische Partizipation angesehen (Van Deth 2009, 141).

3.2 Die Rolle der politischen Partizipation in einer Demokratie

Nachdem aufgezeigt wurde, was unter politischer Partizipation verstanden wird, gilt es nun, deren Bedeutung und Funktion in einer Demokratie aufzuarbeiten. Eine umfassende politische Partizipation wird in einer Demokratie als wünschenswert erachtet. Diese normative Annahme

leitet sich aus dem zentralen Element einer Demokratie ab, dass es sich um eine Regierung des Volkes handelt (vgl. Kapitel 2.1). Nur durch den Einbezug der Bürger*innen kann eine Regierung durch Bürger*innen erreicht werden. Die Notwendigkeit der politischen Partizipation für Demokratien ist daher gegeben (Van Deth 2009, 141) und kann als normatives Ziel betrachtet werden (Cheneval 2015, 13–15). Die politische Beteiligung führt dazu, dass politische Entscheidungen auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung abgestimmt sind (Verba und Nie 1974, 4). Der Politikwissenschaftler Benjamin R. Barber vertritt die Ansicht, dass je stärker die politische Involvierung der Bevölkerung ist, desto stärker ist eine Demokratie. Er geht davon aus, dass bei rein repräsentativen Demokratien Konflikte ignoriert, unterdrückt oder toleriert werden, während in einer starken Demokratie Konflikte zu gegenseitigem Austausch führen. Die politische Partizipation geht demnach in einer starken Demokratie über das Wählen von Repräsentanten hinaus und betont die Bedeutung unterschiedlicher Formen der politischen Partizipation (Barber 2009, 151). Ein demokratisches System hat die Aufgabe, die Partizipation der Bürger*innen zu maximieren. Um dies zu erreichen, muss als zweite Aufgabe das soziale Leben so ausgestaltet sein, dass die Bürger*innen politische Kompetenzen lernen und anwenden können (ebd., 155).

Die politische Partizipation ist nicht nur eine Bedingung für Demokratien, sondern auch deren Legitimation. Allgemein lässt sich sagen, dass durch eine aktive Mitgestaltung der politischen Entscheidungen die Legitimation einer Demokratie gesteigert wird (Kriesi 2005, 5; Cheneval 2015, 22; Richter 2018a, 531). Weiter können durch die Beteiligungsmöglichkeiten die vorherrschenden Machtstrukturen infrage gestellt werden (Richter 2018a, 531). Schliesslich wird durch die Beteiligung der Bevölkerung auch eine Legitimation der politischen Entscheide geschaffen, solange eine freie und zugängliche Öffentlichkeit und die Anerkennung des Mitspracherechts der Bürger*innen gegeben ist (Van Deth 2009, 144). Schliesslich werden durch die Partizipation die demokratischen Werte erweitert, indem die Bevölkerung informiert und zu persönlichen und gesellschaftlichen Veränderungen befähigt wird (Campagna 2006, 40).

Zusätzlich gibt es drei Funktionen, welche durch politische Partizipation erfüllt werden: Beeinflussung, Mitsprache sowie Meinungs- und Willensbildung. Die Beeinflussung bezieht sich auf eine der Definitionskomponenten der politischen Partizipation, nämlich die Absicht Einfluss zu nehmen. Eine Demokratie ist ein reaktionsfähiges politisches System, das über die Bürgerbeteiligung mit den Bürgerinteressen interagiert (Teorell 2006, 789). Durch die

politische Partizipation kann nicht nur versucht werden, politische Entscheidungen zu beeinflussen, sondern direkt an Entscheidungsprozessen teilgenommen werden (Sartori und Wildenmann 1992, 123). Damit ist gemeint, dass Demokratien nicht nur repräsentative Systeme (Wahlen) sein sollen, sondern zusätzlich Möglichkeiten zur direkten Mitsprache (direktdemokratische Partizipationsformen wie Abstimmungen) integriert haben sollten (Teorell 2006, 790). So erfüllen politische Partizipationsmöglichkeiten die Mitsprache der Bevölkerung. Die letzte Funktion betrifft die Meinungs- und Willensbildung. Das Ziel einer Demokratie besteht darin, die individuellen Interessen in der Bevölkerung zu einer kollektiven Entscheidung zu aggregieren (Miller 1992, 75). Politische Partizipationsmöglichkeiten führen dazu, dass die Qualität der kollektiven Entscheidungen erhöht werden. Das Urteil einer jeder Person wird als gleichwertig genommen, jedoch muss dieses in einer öffentlichen Diskussion begründet werden. Das wechselseitige Rechtfertigen der eigenen Interessen erhöht die Qualität der kollektiven Entscheidung (Cheneval 2015, 43). Zusätzlich wird so auch die Ausprägung der eigenen politischen Urteilskraft gefördert (Richter 2018a, 535).

Die politische Partizipation lässt sich auf verschiedene Arten definieren. Grundsätzlich beinhaltet sie drei Elemente: Freiwilligkeit, individuelle Handlungen und die Absicht, Einfluss zu nehmen. Alle Tätigkeiten, die freiwillig von Individuen oder kollektiven Akteuren ausgeführt werden, um direkt oder indirekt auf politische Entscheidungen oder Akteure der Regierung oder Verwaltung Einfluss zu nehmen, können als Formen der politischen Partizipation verstanden werden. Die Rolle der politischen Partizipation in Demokratien ist an das Grundprinzip von Demokratien gebunden, dass es sich um eine Regierung des Volkes handelt. Somit ist die politische Partizipation eine Bedingung sowie ein normatives Ziel. Weiter bietet sie eine Legitimationsquelle für das politische System und bindende Entscheidungen. Schliesslich lassen sich drei Funktionen identifizieren. Die Beeinflussung sowie die Mitsprache bei politischen Entscheidungen und die Meinungs- und Willensbildung. Es lässt sich abschliessend sagen, dass eine breite und gleiche Partizipation für die demokratischen Prozesse fördernd und daher erstrebenswert ist. Ohne das Einbeziehen der Bevölkerung fehlt es in einer Demokratie an Legitimation und treibender Kraft (Dalton 2008, 76).

4 Das politische Volk und das Demos-Problem

Bisher wurde aufgezeigt, wieso eine Demokratie als präferierte Staatsform angesehen werden kann und dass die politische Partizipation eine zentrale Rolle dabei spielt. Das zentrale Element ist die Regierung durch das Volk und die zugrundeliegende Idealvorstellung ist die politische Gleichheit aller Mitglieder der demokratischen Gemeinschaft. Es stellt sich jedoch die Frage, wer einen berechtigten Anspruch hat, als Mitglied der Gesellschaft anerkannt zu werden. Daraus leitet sich die normative Frage ab, wer sich in demokratischen Prozessen beteiligen sollte (Dahl 1989, 115, 119). Dass die demokratischen Prozesse und Konstitution des politischen Volkes zusammenhängen, beschreibt Dahl folgendermassen: «For by the way in which we define ‘the people’ we shall automatically determine the way in which they can ‘rule’; and by the way in which we define ‘rule’ we shall necessarily set some bounds on how ‘the people’ can be constituted» (Dahl 1970, 59). Um diesem Zusammenhang nachzugehen, wird in einem ersten Schritt das politische Volk aufgeschlüsselt. In einem zweiten Schritt wird auf den Ursprung des Volkes und das damit zusammenhängende Demos-Problem eingegangen.

4.1 Das politische Volk

Das politische Volk ist zentral für die demokratischen Prozesse und wird daher in diesem Kapitel umfangreich beschrieben. Zunächst wird besprochen, was das politische Volk ist. Diese Frage lässt sich nicht ohne einen Blick auf die Staatsbürgerschaft klären. Es wird aufgezeigt, wie sich das Konzept der Staatsbürgerschaft verändert hat. Je nach Verständnis der Staatsbürgerschaft stehen Personen Rechte zu, welche die Beteiligung bei demokratischen Prozessen ermöglichen. Das führt zur nächsten normativen Frage, wer sich bei diesen Prozessen beteiligen soll.

4.1.1 Was ist das politische Volk?

Es gibt zwei Aspekte, welche bei der Konstituierung des politischen Volkes beachtet werden sollen. Zum einen spielt die Regelung der Mitgliedschaft eine Rolle. Es muss festgelegt werden, inwiefern sich das politische Volk von anderen sozialen Gruppen unterscheidet. Zum andern muss die Handlungsfähigkeit berücksichtigt werden, da in einer Demokratie das Volk als Kollektiv wahrgenommen wird, welches mit Verstand zu bestimmten Handlungen fähig sein muss. Unter Berücksichtigung dieser beiden Aspekte ergibt sich folgende Definition: «Das

[politische] Volk [...] ist eine Gruppe von Menschen, die durch eine gemeinsame institutionelle Praxis allgemein verbindliche Regeln setzt und durchsetzt.» (Cheneval 2015: 88). Diese minimalistische Definition bietet bereits drei Schlussfolgerungen, nach welchen Kriterien die Mitglieder des Volkes bestimmt werden können. Erstens unterscheidet sich das politische Volk von anderen sozialen Gruppen in der Fähigkeit, allgemeine verbindliche Gesetze zu erlassen. Die Zusammensetzung des politischen Volkes muss in Hinsicht der Regierungsfähigkeit vorgenommen werden. Zweitens bezieht sich die Definition ausschliesslich auf die politischen Ansprüche und lässt inhaltlich offen, welche identitätsbezogenen Kriterien ein Volk ausmachen. Drittens hält die Definition fest, dass das politische Volk langfristig konzipiert ist und durch Institutionen über die Zeit stabil bleibt (Cheneval 2015: 86-90).

4.1.2 Das Konzept der Staatsbürgerschaft

Die Definition des politischen Volkes führt automatisch zum Konzept der Staatsbürgerschaft. Grundsätzlich lassen sich ein historisches, vormodernes Konzept der Staatsbürgerschaft von einem modernen Konzept unterscheiden. Die vormoderne Staatsbürgerschaft als Ursprung des heutigen politischen Denkens geht zurück auf das antike Griechenland (Mackert 2006, 18) und charakterisiert sich durch drei Merkmale: Erstens war der Zugang zu politischen Rechten und Gleichheit reserviert für einen kleinen Teil der Gesellschaft. Nur Männer aus bestimmten Familien, Kämpfer, Patriarchen und Meister (Sklavenhalter) waren staatsbürgerschaftsberechtigt (Pocock 2010, 6)². Die Fähigkeit zu regieren und somit die Staatsbürgerschaft hatten entsprechend einen exklusiven Charakter (Mackert 2006, 19). Zweitens führt diese strikte Hierarchie zu einem partikularistischen Anspruch, bei dem der regierenden Gruppe Sonderrechte zustanden. Damit sich die Staatsbürger³ gänzlich den regierenden Aufgaben widmen konnten, wurden sie von wirtschaftlichen Arbeiten entlastet. Dies war nur durch den Einsatz von Sklaven für die ökonomischen Erfordernisse möglich (Pocock 2010, 7). Das dritte Merkmal bezieht sich auf die zu regierende Einheit. Im antiken Griechenland bestand der Staat aus einer Vielzahl einzelner Stadtstaaten, welche 'Polis'

² Das Essay von J.G.A. Pocock «The Ideal of Citizenship Since Classical Times» wurde erstmals 1992 im Wissenschaftsjournal 'Queen's Quarterly' Ausgabe 99, S. 33-55 veröffentlicht.

³ Die exklusive Staatsbürgerschaft war Männern vorbehalten, weshalb hier bewusst nur die männliche Form 'Staatsbürger' verwendet wird (Pocock 2010, 6).

genannt wurden. Jeder Stadtstaat hatte seine eigene regierende Gruppe von Personen, welche die Staatsbürger der 'Polis' bildeten (Mackert 2006, 19).

Der Übergang zu einem modernen Konzept der Staatsbürgerschaft wurde durch zwei historische Entwicklungen eingeleitet. Einerseits führte die Industrialisierung zur Etablierung des kapitalistischen Marktsystems, welches die bis anhin geltenden exklusiven, hierarchischen Strukturen untergräbt. Um dem Konkurrenz geprägten Wirtschaftssystem gerecht zu werden, müssen Individuen als «freie und gleiche Bürger auf dem Markt gegenüberreten können, um Verträge zu schliessen» (Mackert 2006, 21). Andererseits hat die Entstehung des modernen Nationalstaats dazu geführt, dass Staaten als geographische und geopolitische Einheiten mit klar abgegrenztem Territorium verstanden werden (Mackert 2006, 21). Aus diesen Entwicklungen folgte, dass sich die moderne Staatsbürgerschaft durch drei Merkmale kennzeichnet. Erstens hat die Staatsbürgerschaft einen inkludierenden Charakter, da prinzipiell keinem Mitglied der Gemeinschaft die Staatsbürgerschaft vorenthalten wird. Die Realität zeigt, dass dieses Merkmal als Idealvorstellung bewertet werden muss. Die späte Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen ist ein offensichtliches Beispiel für die Diskrepanz zwischen Theorie und Empirie. Mit diesem Merkmal verbunden ist auch die normative Frage, wer sich beteiligen sollte, welche im folgenden Abschnitt diskutiert wird. Zweitens besteht bei der modernen Staatsbürgerschaft ein universalistischer Anspruch. Alle Personen, die als Staatsbürger*innen eines Staates anerkannt werden, haben den Anspruch auf die gleichen politischen Rechte. Es gibt keine Hierarchie zwischen den sozialen Gruppen innerhalb der Staatsbürger*innen, welche mit Sonderrechten einhergehen. Das dritte Merkmal ergibt sich aus der Entstehung der Nationalstaaten, welche die zu regierende Einheit von der 'Polis' auf territoriale Nationalstaaten verschiebt (Mackert 2006, 24). Als Kern der modernen Staatsbürgerschaft identifiziert Dahrendorf das Spannungsverhältnis zwischen den formal gleichen Rechten aller Staatsbürger*innen (universalistischer Anspruch) und den real bestehenden Ungleichheiten. Für die Umsetzung der formalen Gleichheit sind gleiche Partizipationsrechte fundamental. Staatsbürger*innen sollen innerhalb verschiedenerer Möglichkeiten individuelle Entscheidungen treffen und einbringen können (ebd., 62). Er definiert diese beiden Seiten als Verhältnis von Anrechten und Ansprüchen und betont, dass die historische Dynamik der Staatsbürgerschaft in jenen gesellschaftlichen Kämpfen zum Ausdruck kommt, die auf die Durchsetzung formaler Gleichheit gerichtet sind. Diese Konflikte bringen die „scheinbar unaufhaltsame Expansion einer sozialen Rolle zum Ausdruck, zu der

der Zugang ursprünglich hochgradig eingeschränkt war“ (ebd., 138). Das Austragen dieser Konflikte führt zu einer breiteren Inklusion der Bürgerrolle. Diese ist durch ein Set fundamental gleicher Rechte auf Partizipation definiert und garantiert Chancengleichheit, auf deren Grundlage der Bürger in einem Universum von Wahlmöglichkeiten individuelle Entscheidungen zu treffen hat. Das vormoderne sowie das moderne Konzept der Staatsbürgerschaft bezieht sich auf das politische Recht, sich bei den regierenden Aufgaben zu beteiligen. Eine demokratische Staatsbürgerschaft impliziert nicht nur das Recht auf politische Partizipationsmöglichkeiten, sondern führt zu einer Norm der Beteiligung als zentraler Bestandteil. Demokratische Prozesse ohne die Einbindung der Bevölkerung sind bedeutungslos (Dalton 2008, 78).

Tabelle 1: Merkmale der vormodernen und modernen Staatsbürgerschaft (Mackert 2006, S. 24)

	Vormoderne Staatsbürgerschaft	Moderne Staatsbürgerschaft
Charakter	exklusiv	inklusiv
Anspruch	partikularistisch	universalistisch
Einheit	‘Polis’, Stadtstaat	territorialer Nationalstaat

Quelle: Mackert 2006, S. 24

Diese moderne Ansicht bietet die Basis für eine demokratische Staatsbürgerschaft, kann jedoch noch ausgeweitet werden. Die soziale Staatsbürgerschaft nach T.H. Marshalls «Citizenship and Social Class» von 1949 erweiterte das Konzept um gesellschaftliche und soziale Rechte (Mann 2010, 27; Turner 1990, 190–92). Die gesellschaftlichen Rechte beziehen sich auf die individuelle Freiheit und umfassen Rechte wie die Meinungsfreiheit oder das Recht auf Gerechtigkeit. Die sozialen Rechte sind mit der Entstehung des Wohlfahrtsstaates entstanden und fordern die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten (Marshall und Bottomore 1992, 28–34). Mit dem Konzept der sozialen Staatsbürgerschaft ist es Marshall gelungen, politische, gesellschaftliche und soziale Rechte als Voraussetzung für eine ganzheitliche Staatsbürgerschaft zu verstehen. Die Funktion der drei Komponenten ist die Sicherstellung, dass alle Mitglieder der Gemeinschaft vollwertig und gleichwertig behandelt werden (Kymlicka und Norman 1994, 354). Weiter bietet das Konzept der sozialen Staatsbürgerschaft die Entkoppelung der formalen Bürgerschaft eines Staates von substanziellen Rechten in gesellschaftlichen Bereichen (Hess und Leuhn 2014). Konsequenterweise muss die formale Staatsbürgerschaft keine notwendige Bedingung mehr für substanzielle Rechte sein. Auch

ohne formale Staatsbürgerschaft können den Mitgliedern einer Gesellschaft Teilhaberechte in allen gesellschaftlichen Bereichen zugesprochen werden. Dies ist nicht nur für die Einbindung von Migrant*innen in eine Gesellschaft wichtig, sondern auch für Personen, welche aufgrund von Rassismus, Sexismus, Homophobie oder anderen Kategorisierungsprozessen von der Ausübung ihrer formalen Rechte abgehalten werden (Appadurai und Holston 1999, 4). Schliesslich führt Marshalls Interpretation der Staatsbürgerschaft zu einer Stärkung der Bevölkerung als Gemeinschaft. Einer Gemeinschaft, in der allen Mitgliedern substantielle Rechte zur Teilhabe im gesellschaftlichen Leben zustehen unabhängig des Bürgerstatus' (Marshall und Bottomore 1992, 33).

Das politische Volk in einer Demokratie setzt sich zusammen aus den Staatsbürger*innen. Diese soziale Gruppe grenzt sich von anderen durch ihre Regierungsfähigkeit ab und ist langfristig konzipiert. Die moderne Auffassung der Staatsbürgerschaft ist inkludierend, universalistisch und bezieht sich auf einen territorialen Nationalstaat. Das Konzept der sozialen Staatsbürgerschaft erweitert die moderne Auffassung um zwei Komponenten, sodass eine ganzheitliche Staatsbürgerschaft politische als auch gesellschaftliche und soziale Rechte umfasst, um den Bürger*innen die Einbindung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen. Die formale Staatsbürgerschaft wird von den gesellschaftlichen Teilhaberechten entkoppelt, sodass die Einbindung in die Gesellschaft auch ohne formale Staatsbürgerschaft möglich ist. Dies führt zu einem gemeinschaftlichen Verständnis der Bevölkerung. Trotz des universalistischen Anspruchs bleibt die normative Frage offen, wer sich beteiligen sollte. In dem folgenden Kapitel 4.1.3 wird diese Frage diskutiert.

4.1.3 Wer soll sich beteiligen?

Ein Kriterium für demokratische Prozesse ist, dass diejenigen, die über bindende Regeln entscheiden, von diesen betroffen sein müssen und im Umkehrschluss, dass es wirksame Möglichkeiten geben muss, sich bei bindenden Entscheidungen zu beteiligen, wenn diese einen betreffen (vgl. Kapitel 2.1). Im ersten Moment scheint diese Bedingung die Frage, wer sich beteiligen soll und dementsprechend Mitglied des politischen Volkes (Demos) ist, zu klären. Die Realität hat gezeigt, dass die Umsetzung dieses Grundsatzes unterschiedlich ausgelegt werden kann. So bezeichneten sich auch die südlichen US Staaten als demokratisch, als Schwarze vom politischen Volk ausgeschlossen wurden und über keine politischen Rechte verfügten. Ein solcher Staat ist demokratisch in Relation zu seinem Demos, jedoch nicht in

Bezug auf die schwarze Bevölkerung (Dahl 1989, 121). Der entscheidende Unterschied liegt darin, ob ein System demokratisch im Verhältnis zum Demos oder zu jedem, der seinen Regeln unterliegt, ist (ebd., 122). So gibt es Gruppen, welche vom Demos ausgeschlossen werden, ohne dass es als problematisch erscheint, was wiederum dem demokratischen Grundsatz widerspricht. Ein anschauliches Beispiel sind Kinder. Sie werden vom Demos ausgeschlossen, obwohl sie den Regeln des Systems unterliegen. Ihr Ausschluss wird damit gerechtfertigt, dass Kinder nicht kompetent genug sind, sich selbst oder eine Gemeinschaft zu regieren (ebd., 123). Durch den Ausschluss von Kindern aufgrund ihrer Regierungsfähigkeit entsteht ein Spannungsfeld zwischen universalistischem Anspruch der Staatsbürgerschaft und dem Anspruch der Regierungsfähigkeit. Diesen Widerspruch wird von Dahl als das Inklusionsproblem identifiziert. Aus dem Widerspruch ergeben sich zwei konkurrierende Prinzipien (ebd., 124):

- KATEGORISCHES PRINZIP: Jeder Erwachsene, der dem System und dessen Gesetz unterliegt, hat ein uneingeschränktes Recht, Mitglied des Demos zu sein.
- BEDINGTES PRINZIP: Nur Personen, die regierungsfähig sind, sollten Mitglied des Demos sein.

In klassischen Demokratietheorien wie zum Beispiel von Rousseau, Schumpeter, Locke und Mill wird das bedingte Prinzip priorisiert und die Konstitution eines Demos, der aus einer Minderheit der Bevölkerung besteht, gerechtfertigt. Diese Interpretation widerspricht dem starken Prinzip der Gleichheit, welches ein entscheidendes Kriterium für eine Demokratie ist. Dahl schlägt daher eine abgewandelte Form des kategorischen Prinzips vor (ebd., 127):

- MODIFIZIERTES KATEGORISCHES PRINZIP: Jeder Erwachsene, der dem System und dessen Gesetzen unterliegt, muss als regierungsfähig angenommen werden und hat ein uneingeschränktes Recht, Mitglied des Demos zu sein.

Das modifizierte kategorische Prinzip hat zwei Schwachstellen. Einerseits ist die Grenzziehung zwischen Kind und Erwachsenen willkürlich. Es handelt sich eigentlich um einen kontinuierlichen Prozess des Erwachsenwerdens. Andererseits gibt es Einzelfälle von erwachsenen Personen, welche aufgrund persönlicher Einschränkungen nicht regierungsfähig sind. Daraus schliesst Dahl, dass ein Urteil über die Regierungskompetenzen erforderlich ist, um Willkür zu vermeiden und eine möglichst breite Inklusion zu ermöglichen. Daraus ergibt sich folgender Grundsatz, welcher als das fünfte Kriterium der demokratischen Prozesse gilt: «The demos must include all adult members of the association except transients and persons

proved to be mentally defective» (Dahl 1989, 129). Dieser Grundsatz schafft eine breite Inklusion, indem alle Erwachsenen Personen als Mitglied des politischen Volks verstanden werden und sich in den politischen Prozessen beteiligen sollten. Der einzige Ausschluss vom Demos betrifft Kinder, Durchreisende und Personen mit geistigen Einschränkungen (ebd., 127-30). Unter Durchreisenden werden Personen verstanden, welche bereits eine andere Staatsbürgerschaft besitzen. Die Staatsbürgerschaft ist demnach nicht nur ein territoriales Konzept, sondern vielmehr ein langfristiger persönlicher Status, der trotz Abwesenheit im eigentlichen Staat nicht entzogen wird. So ist auch der Staat nicht nur ein territorial abgegrenztes Gebiet, sondern eine Mitgliederorganisation der Personen mit der entsprechenden Staatsbürgerschaft (Brubaker 1992, 21).

4.2 Die Konstitution des Volkes – das Demos-Problem

Die demokratische Konstitution des politischen Volkes bringt die Demokratietheorie an ihre Grenzen. Die ursprüngliche Frage nach der Gründung eines politischen Volkes kann durch verschiedenen Herangehensweisen besprochen werden. Ausgewählte Ansätze werden in diesem Kapitel behandelt. Die Frage nach der ursprünglichen Konstitution ist eine rein theoretische Fragestellung, da in der Realität das politische Volk bereits konstituiert ist. Während das Inklusionsproblem sich mit der Frage beschäftigt, welche Bürger*innen eines Staates sich bei den regierenden Aufgaben beteiligen sollen und demnach dem Demos angehören, liegt nun die Frage auf der Konstitution des Volkes. Es ist eine schwer fassbare Frage, da die bestehenden Völker sich bereits selbst konstituiert haben – Schweizer*innen sind Schweizer*innen, Deutsche sind Deutsche und Italiener*innen sind Italiener*innen. Die ursprünglich Konstituierung dieser Völker wird als gegeben hingenommen (Dahl 1970, 60–61). Die Frage nach der ursprünglichen demokratischen Gründung des Volkes und dazugehörige legitime Kriterien der Zugehörigkeit bleibt offen (Abromeit und Schmidt 1998, 197). In der Demokratietheorie ist dieses Phänomen unter den Begriffen ‘Grenzproblem’ (*boundary problem* nach Whelan 1983) oder Demos-Problem bekannt. Das Demos-Problem kennzeichnet sich durch seine unlösbare Zirkularität. In anderen Worten bedeutet das, «Das Volk kann nicht das Volk demokratisch konstituieren, ohne dass bereits vorausgesetzt werden muss, wer zum Volk gehört» (Cheneval 2015: 90). Man würde annehmen, dass die Konstitution des Volkes der erste Schritt ist, um eine Demokratie zu formen. Diese Annahme ist nur temporär zutreffend. Denn für die Konstitution des Volkes braucht es eine Wählerschaft, die vor der Konstitution

des Volkes noch nicht existiert. Es ist inkohärent, das Volk durch eine Abstimmung unter Wählern zu konstituieren, die nur aufgrund des Ergebnisses dieser ersten Abstimmung wahlberechtigt wären (Goodin 2007, 43). Whelan ist in seiner Analyse dieser Schwierigkeit zum Schluss gekommen, dass die ursprüngliche Gründung des Volkes nicht demokratisch gelöst werden kann: «the boundary problem is one matter of collective decision that cannot be decided democratically» (Whelan 1983, 22). Zusammenfassend charakterisiert sich das Demos-Problem durch die unlösbare Zirkularität und die Schwierigkeit der Bestimmung demokratischer Kriterien bei der Gründung des Volkes. Es führt sogar zu einem Begründungs- und Legitimationsproblem von Demokratien (Arrhenius 2018, 92).

Es gibt verschiedene Lösungsansätze, welche sich mit dem Demos-Problem beschäftigen. Obwohl in den klassischen Demokratie-Theorien das Demos-Problem nicht prominent behandelt wurde, gab es in den vergangenen zehn Jahren immer mehr Versuche, verschiedene Lösungsansätze zu diskutieren (Arrhenius 2018, 90). Sie lassen sich zusammenfassen auf wirkungsbasierte, akzeptanzbasierte und kompetenzbasierte Lösungsversuche (Cheneval 2015, 89). Zu den wirkungsbasierten Ansätzen gehört das Betroffenheitsprinzip, welches die Betroffenheit einer Entscheidung zum Kriterium der Volkskonstitution nimmt. Eine akzeptanzbasierte Lösung basiert auf der individuellen wechselwirkenden Anerkennung der Mitglieder. Ein Beispiel für einen kompetenzbasierten Ansatz ist das Condorcet-Jury-Theorem, welches das Volk danach konstituiert, wie möglichst oft eine richtige Entscheidung getroffen wird. Diese drei Vertreter des jeweiligen Ansatzes bieten das höchste Potenzial, das Demos-Problem zu lösen und werden im Folgenden diskutiert. Auf die Analyse von weiteren Lösungsversuchen wird verzichtet.

4.2.1 Das Betroffenheitsprinzip

Ein Lösungsversuch des Demos-Problems stützt sich auf dem Betroffenheitsprinzip (*All Affected Principle*). Dieses besagt, dass all diejenigen sich bei einer kollektiven Entscheidung beteiligen sollen, deren Interessen *möglicherweise* davon betroffen sein werden. Nach diesem Prinzip konstituiert sich das Volk aus der Menge an Personen, deren Interessen von Entscheidungen potenziell betroffenen sind (Martí 2006, 2; Goodin 2007, 49; Dahl 1970, 64; Owen 2012, 131–33). Das Problem der Zirkularität wird dadurch gelöst, dass die *mögliche* und nicht die *faktische* Betroffenheit ausschlaggebend ist. Bei der *faktischen* Betroffenheit wäre es nicht möglich, das Volk vor der Entscheidung zu konstituieren. Da die Entscheidung noch

nicht gefallen ist, ist unklar, wessen Interessen effektiv davon betroffen sein werden. Dementsprechend ist ebenfalls unklar, wer sich bei der Entscheidung beteiligen soll (Goodin 2007, 52). Durch die Konstituierung des Volks mittels der *möglichen* Betroffenheit muss die Entscheidung nicht abgewartet werden. Es dürfen sich alle bei der Entscheidung beteiligen, denn je nach Ergebnis könnte jede*r betroffen sein (ebd., 55).

Nach Dahl ist das Betroffenheitsprinzip die beste Variante, um eine generelle Inklusion zu gewährleisten (Dahl 1970, 64). Trotzdem sieht Dahl zwei Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Erstens haben Personen, welche von einer Entscheidung betroffen sein werden, nicht immer ein Mitbestimmungsrecht. Auch nach der Berücksichtigung des kompetenzbezogenen Kriteriums der Inklusion (Regierungsfähigkeit), gibt es Betroffene ohne politisches Recht, nämlich Ausländer*innen. Zweitens variiert bei jeder Entscheidung, welche Personen betroffen sind (Dahl 1970, 64–67), auch wenn alle *möglicherweise* betroffenen Personen miteinbezogen werden. Eine *mögliche* Betroffenheit lässt sich einerseits nicht objektiv bestimmen. Andererseits lässt sich so kein langfristig stabiler Demos konstituieren (Cheneval 2015, 95).

Weitere Schwierigkeiten ergeben sich in folgenden Punkten. Die politische Macht wird durch das Betroffenheitsprinzip weg von den Bürger*innen hin zu den Personen, welche über die mögliche Betroffenheit der Interessen urteilen, verschoben. (Gould 2004, 175). Dieser Aspekt spricht gegen den demokratischen Grundsatz, dass die politische Macht beim Volk liegt. Wenn man den Grad der möglichen Betroffenheit öffnet, entsteht das Problem der unbegrenzten Reichweite (vgl. Abizadeh 2008, 45). So würde sich ein globales Volk konstituieren, bei dem Regierungsfähigkeit sowie die Durchsetzungsfähigkeit eines kollektiven Entscheids infrage gestellt sind (Cheneval 2015, 95). Daraus ergibt sich ein weiteres Problem, welches in der Repräsentationsfähigkeit des heterogenen, globalen Volkes liegt. Der Einbezug von strukturell benachteiligten Völkern in einen globalen Demos könnte dazu führen, dass der Schutz vor kollektiven Entscheidungen weniger gut gegeben ist, als wenn sich diese politisch eigenständig, gemeinschaftlich organisieren (ebd., 96). Eine letzte Kritik lässt sich in Bezug auf das Mitbestimmungsrecht⁴ erkennen. Die Problematik zeigt sich an folgendem Beispiel: *Person X ist verliebt in Y und Y ist wiederum in Z verliebt. Person Z ist ebenfalls in Y verliebt. Person Y und Z wollen heiraten. Da Person X in Y verliebt ist, ist sie*

⁴ Das Mitbestimmungsrecht nach Robert Nozick (vgl. 1974, 268–71)

emotional von der Hochzeit betroffen. Nach dem Betroffenheitsprinzip hätte Person X ein Mitbestimmungsrecht, obwohl dieser Anspruch bei dieser Entscheidung moralisch nicht gegeben ist. Das Betroffenheitsprinzip kann daher nicht als Voraussetzung des Mitbestimmungsrechts betrachtet werden. Damit man bei einer Entscheidung mitbestimmen kann, müssen weitere Kriterien wie die Verbindung durch einen Vertrag gegeben sein (ebd., 96-97). Es wird deutlich, dass weitere Bedingungen als nur die Betroffenheit für ein Mitspracherecht erfüllt werden müssen.

Abschliessend lässt sich sagen, dass das Betroffenheitsprinzip als Lösung des Demos-Problems demokratischen Prinzipien grundsätzlich entspricht, eine hohe Inklusion des Volkes anstrebt und einen Ausweg aus der Zirkularität bietet. Die Formulierung des Betroffenheitsprinzip ist unpräzise und lässt den Grad der Betroffenheit und die Art der Beteiligung bei Entscheidungen offen. Das ermöglicht Interpretationsspielraum und verschiedene Präzisierungsmöglichkeiten (Arrhenius 2018, 104). Je nach Auslegung entstehen Schwachstellen wie die Exklusion von Betroffenen, kein langfristig stabiler Demos möglich, Machtverlagerung zu den Betroffenheitsentscheider, grenzlose Reichweite und die Regierungs-, Repräsentations- und Minderheitenschutz-Schwierigkeiten des globalen Demos. Diese zeigen, dass das Betroffenheitsprinzip als Lösungsansatz für die Konstitution des Volkes unvollständig ist.

4.2.2 Die wechselseitige Anerkennung

Der *akzeptanzbasierte Lösungsansatz* der wechselseitigen Anerkennung von Individuen beruht auf einer individualistischen Selbstkonstitution des Volkes. Es sollen nur Personen zum Volk gehören, die von keinem anderen Mitglied abgelehnt werden. Goodin bringt diesen Grundsatz folgend auf den Punkt: «[...] the demos, [...], ought consist of all and only those persons each of whom is not rejected by any of the others as a member» (Goodin 2007, 41–42). Die Basis für die Konstitution des Volkes bildet daher die wechselseitige Anerkennung anderer Mitglieder. Dabei verfügt jedes Mitglied des Volkes über ein Veto in Bezug auf jedes weitere Mitglied (Cheneval 2015, 90). Da dieser Lösungsansatz auf einer individualistischen Selbstkonstitution beruht, entgeht er dem Problem der Zirkularität. Diese entsteht nur, wenn man bei der Konstitution des Volkes von einem kollektiven Entscheidungsverfahren ausgeht (ebd., 89).

Die grösste Schwierigkeit des akzeptanzbasierten Lösungsversuches liegt in seiner Grundidee der individuellen wechselseitigen Anerkennung. Aus rationalistischer Sichtweise braucht es objektive allgemeingültige Kriterien, nach welchen andere Mitglieder abgelehnt und eingeschlossen werden. Diese bietet die individuelle wechselseitige Anerkennung nicht, weshalb der Lösungsversuch aus rationalistischer Sichtweise unvollständig ist. Noch deutlicher wird die Schwierigkeit aus voluntaristischer Perspektive. Die voluntaristische Sichtweise verlangt keine objektiv allgemeingültigen Kriterien zur Ablehnung oder Einschliessung anderer Mitglieder. Die Mitglieder können willkürlich nach subjektiver Laune über die Anerkennung anderer Mitglieder entscheiden. Diese Herangehensweise bietet Fläche für normativ problematische Entscheidungen. Mitglieder könnten zum Beispiel aus rassistischen Motiven heraus abgelehnt werden. Solche Motivationen widersprechen den demokratischen Prinzipien der Gleichheit und Nicht-Diskriminierung. Es wird klar, dass der akzeptanzbasierte Lösungsvorschlag weder nach rationaler noch nach voluntaristischer Sichtweise eine schlüssige Lösung für das Demos-Problem bietet (Cheneval 2015: 90-92). Ein weiterer demokratischer Widerspruch liegt in der Befürchtung, dass durch die akzeptanzbasierte Konstitution viele Personen ohne Volkszugehörigkeit zurückbleiben (Goodin 2007, 42). Das Volk ist exklusiv und widerspricht dem demokratischen Kriterium nach Dahl, alle Erwachsenen miteinzubeziehen.

Zusammenfassend bietet der akzeptanzbasierte Ansatz den Vorteil, dass er das Problem der Zirkularität umgeht, indem die Konstitution des Volkes auf individueller wechselseitiger Anerkennung basiert. Weitere Vorteile lassen sich jedoch nicht ableiten. Viel mehr überwiegen die Schwierigkeiten. Eine rationalistische Herangehensweise würde nach objektiven allgemeingültigen Kriterien der Akzeptanz verlangen. Würde man dieser Bedingung nachgehen, entsteht ein ähnliches Problem der Zirkularität wie bei der kollektiven Konstitution des Volkes. Für die Konstitution des Volkes braucht es allgemeingültige Kriterien, welche vor der Konstitution des Volkes noch nicht existieren. Es müssten diejenigen über diese Kriterien bestimmen, welche später aufgrund dieser als Mitglied des Volkes akzeptiert oder abgelehnt werden (vgl. Goodin 2007, 43). Um die Zirkularität zu umgehen, kann eine voluntaristische Perspektive eingenommen werden, welche keine objektiven Kriterien verlangt. Da diese Herangehensweise zu diskriminierenden Entscheidungen führen kann, steht sie im Gegensatz zum demokratischen Prinzip der Gleichheit. Zusätzlich führt die individuelle Anerkennung zu einer Exklusivität des Volkes, welche einer allgemeinen und breiten Inklusion widerspricht.

4.2.3 Das Condorcet-Jury-Theorem

Bei den *kompetenzbasierten Lösungsvorschlägen* des Demos-Problems ist die Volksmitgliedschaft an Fähigkeiten gebunden. Es gibt zwei Herangehensweise mit unterschiedlichem Fokus. Einerseits wird das Demos-Problem mittels dem Condorcet-Jury-Theorem⁵ versucht zu lösen, welches auf der Wahrscheinlichkeit beruht, dass jemand eine richtige Entscheidung trifft. Andererseits wird vorgeschlagen, dass die Konstitution des Volkes von der Fähigkeit, sich im öffentlichen Diskurs zu beteiligen, abhängig sein soll.

Das Condorcet-Jury-Theorem besagt folgendes: Wenn jedes Mitglied einer Jury mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die ‘richtige’ Entscheidung trifft als die Falsche, dann trifft die Jury ebenfalls mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die richtige Entscheidung; die Wahrscheinlichkeit, die richtige Entscheidung zu treffen, steigt, je mehr Mitglieder die Jury hat und läuft im Unendlichen auf 1 zu. Daraus folgt, dass im Unendlichen immer die richtige Entscheidung getroffen werden würde (List und Goodin 2001, 283). In anderen Worten bedeutet dies, dass eine Gruppe nur dann fähig ist, kollektiv die richtige Entscheidung zu treffen, wenn die Durchschnittswahrscheinlichkeit eines individuellen Mitgliedes die richtige Entscheidung zu treffen, über 50 % liegt. Von diesem Grundsatz ausgehend steigt demnach die Chance auf die richtige Entscheidung, je mehr Mitglieder der Gruppe angehören, die mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50 % die richtige Entscheidung treffen. Bei einer unendlich grossen Gruppe bestehend aus solchen Mitgliedern würde die Wahrscheinlichkeit, die richtige Entscheidung zu treffen, auf 100 % zulaufen. Für die Konstituierung des Volkes lässt sich aus dem Condorcet-Jury-Theorem demnach folgender Bestand ableiten: Es sollen nur Personen Mitglied des Volkes sein, welche eine Wahrscheinlichkeit über 50 % aufweisen, die richtige Entscheidung zu treffen. Von diesen Personen sollen wiederum so viele wie möglich dem Volk angehören, um die Wahrscheinlichkeit zu steigern, die richtige Entscheidung zu treffen (vgl. Cheneval 2015, 92; Grofman, Owen, und Feld 1983, 264–65).

Im Gegensatz zum akzeptanzbasierten Ansatz bietet das Condorcet-Jury-Theorem ein objektives Kriterium, nach dem sich das Volk konstituiert. Das Theorem führt dazu, dass nur Expert*innen dem Volk angehören, da alle Personen mit einer Wahrscheinlichkeit kleiner als 50 % ausgeschlossen werden. Diese Folge widerspricht einer möglichst breiten Inklusion. Eine

⁵ Das Condorcet-Jury-Theorem geht zurück auf Marquis de Condorcet und seine Arbeit von 1785 «Essay on the Application of Analysis to the Probability of Majority Decisions».

weitere Schwierigkeit der kompetenzbasierten Lösung liegt darin, dass jedes politische Problem eine eigene Expertise erfordert und sich das Volk somit für jede Entscheidungsfindung neu konstituieren muss. Dies widerspricht dem Grundsatz der Stabilität einer Demokratie, wie es beim Betroffenheitsprinzip ebenfalls der Fall ist (Cheneval 2015, 92–93). Dieses Gegenargument konnte durch statistische und sozialwissenschaftliche Untersuchungen entkräftet werden. Es konnte gezeigt werden, dass die Wahrscheinlichkeit, die richtige Entscheidung zu treffen, nicht bei allen Gruppenmitgliedern gegeben sein muss. Entscheidend ist, dass über die Hälfte mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die richtige Entscheidung trifft (List und Goodin 2001, 283). Das führt zu einem angepassten, inkludierenden Grundsatz des Condorcet-Jury-Theorems: Je mehr Personen dem Volk angehören und sich beteiligen, desto grösser ist die Chance, dass die richtige Entscheidung getroffen wird (Arrhenius 2005, 23). Es gibt aber keinen Grund zur Annahme, dass die Mehrheit der Individuen eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, sich für die richtige Option zu entscheiden (List und Goodin 2001, 284), was den angepassten Grundsatz infrage stellt. Weiter ist die Anwendung des Condorcet-Jury-Theorems an die Bedingung geknüpft, dass es genau zwei Entscheidungsmöglichkeiten geben muss (List und Goodin 2001, 284). Dies ist zum Beispiel bei Volksabstimmungen in der Schweiz der Fall, bei denen die Bürger*innen entweder für oder gegen eine Initiative stimmen können. Generell bei demokratischen Entscheidungen ist es allerdings nicht gegeben, dass nur zwei Entscheidungsmöglichkeiten zur Auswahl stehen (ebd.). Diese Bedingung zeigt auf, dass es sich bei diesem Lösungsansatz um eine epistemische Herangehensweise handelt. Das Condorcet-Jury-Theorem ist ein Vorschlag, wie durch ein bestimmtes Verfahren möglichst immer das richtige Ergebnis zustande kommt (ebd., 280). Eine epistemische Demokratietheorie geht davon aus, dass in Demokratien bessere Entscheidungsregeln angewandt werden wie in anderen Systemen, was zur Folge hat, dass Demokratien bessere Entscheidungen treffen (Arrhenius 2005, 23).

Das zentrale Element des kompetenzbasierten Ansatzes des Condorcet-Jury-Theorem ist die Kompetenz, die richtige Entscheidung zu treffen. Das zu verfolgende Ziel ist, dass möglichst immer die richtige Entscheidung resultiert. Wenn man davon ausgeht, dass der Mittelwert aller Personen, die richtige Entscheidung zu treffen, über 50 % liegt, sollen so viele Personen wie möglich in den Entscheidungsfindungsprozess involviert sein, sprich dem Volk angehören. Wenn dem nicht so ist, gibt es ein objektives Kriterium zur Exklusion. Nach einem

epistemischen Verständnis ist der Ausschluss dadurch gerechtfertigt, dass so die besseren Entscheidungen getroffen werden (Arrhenius 2005, 24). Trotzdem widerspricht dieser Ansatz einer generellen Inklusion und führt zu einem instabilen Demos aus Expert*innen. Weiter unterliegt das Theorem der Bedingung, dass es exakt zwei Entscheidungsmöglichkeiten gibt, was in der Realität nicht immer der Fall ist. Schliesslich wird kein Bezug auf das Problem der Zirkularität bei der Konstitution des Volkes genommen. Wenn sich das Volk nach dem Condorcet-Jury-Theorem konstituieren soll, muss es zunächst von einem noch nicht konstituierten Volk als Konstitutionskriterium gewählt werden.

4.2.4 Diskussion der verschiedenen Lösungsansätze

Die Analyse des wirkungsbasierten (Betroffenheitsprinzip), akzeptanzbasierten (wechselseitige Anerkennung) und des kompetenzbasierten (Condorcet-Jury-Theorem) Ansatzes haben gezeigt, dass es keine eindeutige Lösung bezüglich des Demos-Problems gibt und die Frage nach der Volkszugehörigkeit nach verschiedenen Prinzipien beantwortet werden kann. Allgemein liegt die Problematik in den verschiedenen Lösungsansätzen entweder in ihrer Unvollständigkeit, dem Widerspruch zu einem demokratischen Prinzip oder darin, dass das ursprüngliche Problem der Zirkularität nicht gelöst wird.

Die Konsequenz der Analyse ist, dass es keine demokratisch vertretbare Lösung für das Demos-Problem gibt. Der Ursprung des Volkes kann nicht demokratisch legitimiert werden (Cheneval 2015, 101; Whelan 1983; Dahl 1989, 207–9; Goodin 2007, 43). Oder wie Dahl formuliert: «we cannot solve the problem [...] of democratic units from within democratic theory» (Dahl 1989, 207). Diese Erkenntnis scheint im ersten Moment frustrierend zu sein und hinterfragt die Legitimität einer Demokratie ohne demokratischen Ursprung. Goodin hält dagegen, dass das ungelöste Demos-Problem keineswegs die Kohärenz der Demokratietheorie untergräbt. Sie ist zwar in Bezug auf die Konstitution des Volkes unvollständig, verstösst jedoch nicht gegen demokratische Prinzipien, indem der Demos in einer von dem Volk gewählten Weise organisiert wird. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass jedes Volk, unabhängig seiner ursprünglichen Konstitution, einen vollkommenen und adäquaten Demos bilden und nach demokratischen Prinzipien funktionieren kann (2007, 44).

Obwohl das Demos-Problem nicht gelöst wurde, zeigt die Analyse dreier Lösungsversuche verschiedene Ansätze, nach welchen ein Volk konstituiert sein kann. Welche sozialen Gruppen sich inwiefern politisch beteiligen sollen, kann mit diesen Lösungsversuchen

diskutiert werden. Der wirkungsbasierte Ansatz entspricht mit seinem Fokus auf der Betroffenheit einer Entscheidung der normativen Begründung für Demokratien. Sich bei einer Entscheidung, die uns betrifft, beteiligen zu können, liegt in der intrinsischen Motivation einer Person. Durch die Mitsprachemöglichkeit können Entscheidungen leichter akzeptiert werden, welche nicht dem eigenen Interesse entsprechen. Eine klare Stärke des Ansatzes ist die Lösung des Zirkularität-Problems mittels der Formulierung der *möglichen* Betroffenheit und die garantierte generelle Inklusion. Die grösste Kritik liegt je nach Interpretation des Betroffenheitsprinzip im unstabilen Demos, in den Schwächen des globalen Demos sowie der unbedingten Verbindung von Betroffenheit und Mitspracherecht. Der akzeptanzbasierte Ansatz ist keine geeignete Lösung für die Konstitution des Volkes, da es keine objektiven Kriterien gibt und kein Schutz vor Diskriminierung geboten wird. Die Zugehörigkeit zum Demos ist entsprechend willkürlich und exklusiv. Interessant ist die Herangehensweise trotzdem, da keine kollektive Konstitution begründet, sondern ein individueller Ansatz gewählt wird. Ausgehend von der individuellen wechselseitigen Anerkennung entfällt das Problem der Zirkularität. Das Condorcet-Jury-Theorem als kompetenzbasierte Lösung ist eine epistemische Herangehensweise. Eine Demokratie soll nach demjenigen Verfahren organisiert sein, das die besten Entscheidungen hervorbringt. Daraus leitet sich ein objektiv allgemeingültiges Kriterium für die Konstitution des Volkes ab. Je nach Auslegung des Theorems ist eine breite Inklusion wünschenswert. Nach anderer Auslegung kann es jedoch zu einem unstabilen und exklusiven Demos führen. Es wird kein Bezug zur Zirkularität genommen und daher diesbezüglich keine Lösung vorgeschlagen. Die konsequente Anwendung des Theorems in der Realität scheitert an der Bedingung, dass eine Entscheidung exakt zwei Möglichkeiten anbieten muss. Alle Lösungsversuche bieten unterschiedliche Stärken und Schwächen. Wenn man demokratischen Prinzipien gerecht werden möchte, bietet das Betroffenheitsprinzip die adäquateste Lösung. Zusätzlich ist es der einzige Ansatz, der eine Lösung für das Problem der Zirkularität anbietet.

5 Ausgangslage und Forschungsstand

Die Aufarbeitung der normativen Sicht zeigt deutlich, dass die politische Partizipation ein Grundpfeiler der Demokratie ist. Die politischen Rechte und das damit verbundene Recht politisch zu partizipieren hat sich mit dem Verlauf der Geschichte ausgebreitet. Durch die grössere Inklusion wird die politische Partizipation immer mehr dem Grundsatz gerecht, dass denjenigen ein Partizipationsrecht zusteht, die von der Entscheidung betroffen sein werden. Zusätzlich wird durch eine breitere Partizipation gewährleistet, dass alle Interessen des politischen Volkes berücksichtigt werden.

Mit der Digitalisierung haben sich neue Online-Formen der politischen Partizipation etabliert und eine weitere Ausbreitung ist zu erwarten. Durch die neuen Online-Beteiligungsmöglichkeiten können einerseits eine grössere Inklusion geschaffen werden, andererseits auch Personen mobilisiert werden, die aus strukturellen Gründen von Offline-Beteiligungsformen fernbleiben. Denn obwohl in einer Demokratie sowohl die gleiche und breite politische Partizipation als auch die Gleichheit Aller einen zentralen Wert haben, sind die beiden Ideale nicht ohne weiteres vereinbar. Die Empirie zeigt, dass die politische Partizipation von Ungleichheit geprägt ist (Lijphart 1997, 1). Dieses Kapitel beschäftigt sich daher mit den Ungleichheiten der politischen Partizipation.

Zuerst wird aufgezeigt, wieso eine ungleiche Partizipation ein Problem für eine Demokratie darstellt und ein Lösungsvorschlag unternommen, welche die Relevanz dieser Arbeit ergibt. Danach wird das *Civic Voluntarism Model* (CVM) vorgestellt, welches unterschiedliche politische Beteiligung aufgrund von Ressourcen, politischer Involvierung und Mobilisierung erklärt. Das Modell wurde mehrfach empirisch überprüft (vgl. Kriesi 1995; Bühlmann und Freitag 2006) und dessen Relevanz für die Partizipationsforschung als erklärenden Beitrag bestätigt (Van Deth 2009, 153). Die Position in der Gesellschaft ist ausschlaggebend dafür, wie viele partizipationsfördernde Ressourcen und Fähigkeiten einer Person zur Verfügung stehen. Diese sind entsprechend entlang sozialer Gruppen ungleich verteilt. Daraus resultieren soziale Gruppen, die strukturell untervertreten sind: Frauen, Junge, Niedriggebildete und Personen mit Migrationshintergrund (MH).

5.1 Problemstellung und Lösung

Eine tiefe und insbesondere ungleiche Wahlbeteiligung führt zu einem Legitimationsdefizit für Demokratien. Zum einen sind die Wirkungen der politischen Partizipation durch eine systematische, ungleiche Beteiligung verzerrt. Dies führt zu einer Ungleichheit im politischen Einfluss (Lijphart 1997, 1) und widerspricht dem demokratischen Kriterium der wirksamen Partizipation. Zum anderen ist die politische Partizipation ein Instrument zur Repräsentation des Volkes und den unterschiedlichen sozialen Gruppen (Dalton 2002: 47), um eine gleichwertige Vertretung der Interessen zu garantieren (Richter 2018b, 534). Die Vielfalt des Volkes und deren Interessen werden in der politischen Organisation jedoch nicht adäquat vertreten (Gerhardt 2007, 357). Eine tiefe Beteiligungsquote, bei der sich die Beteiligung entlang allen sozialen Gruppen eines Volkes verteilt, wäre an sich noch nicht problematisch für die Demokratie. Tatsächlich ist die Mehrheit der Personen, die sich nicht politisch beteiligen, ungleichmässig auf bestimmte soziale Gruppen verteilt, was zu der ungleichen Repräsentation führt (Whelan 2019, 227). Diese beiden Punkte führen zu einem Demokratiedefizit, was aus normativer Sicht gegen die Qualität einer Demokratie spricht. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die politische Beteiligung eine wichtige Dimension für die Qualität einer Demokratie ist (Altman und Pérez-Liñán 2002, 88; Dalton 2002, 230). Je tiefer die politische Partizipation ausfällt, desto stärker ist die soziostrukturelle Ungleichheit und desto grösser ist die Chance, dass die Interessen soziostruktureller Minderheiten nicht gleichwertig berücksichtigt werden, was die Repräsentationsfähigkeit einer Demokratie untergräbt. Dieses Argument stützt sich auf der Annahme, dass Interessen mit sozialen Merkmalen assoziiert sind. Empirische Studien konnten zeigen, dass dieser Zusammenhang begründet ist (Gilens 2005; Elsässer, Hense, und Schäfer 2017). Soziale Ungleichheiten führen zu politischen Ungleichheiten. An diesem Punkt stellt sich für die Partizipationsforschung die Frage, welche soziostrukturellen Umstände und psychischen Charakteristiken zu der ungleichen Beteiligung führen (Verba und Nie 1974, 126). Die bisherigen Erkenntnisse aus der Partizipationsforschung werden folgend besprochen.

Kann das Demokratiedefizit der tiefen und ungleichen Beteiligung gelöst werden? Aus einer pessimistischen Perspektive aus müsste die Frage vermutlich mit nein beantwortet werden. Eine verstärkte Mobilisierung der Bürger*innen zur Teilnahme fördert die Beteiligung derjenigen, die sowieso spontan aktiv werden würden (Verba 1996, 7). Optimistisch betrachtet gibt es sogar zwei Herangehensweisen, welche Lösungen für das demokratische Dilemma

anbieten. Eine Idee ist, dass auf die grundlegendste Form der politischen Partizipation, die Wahlen, fokussiert wird. Es soll versucht werden, eine Gleichheit in der Wahlbeteiligung zu erreichen, während andere, weniger einflussreiche Partizipationsformen vernachlässigt werden. Das demokratische Ziel soll nicht nur eine generelle Inklusion, sondern eine universelle Wahlbeteiligung beinhalten, was durch die Maximierung der Wählerbeteiligung erreicht werden kann (Lijphart 1997, 1). Eine andere Lösung für die gleichwertige Berücksichtigung der Interessen aller Bürger*innen schlägt vor, diese durch ein umfassendes Beteiligungsangebot zu erreichen (Richter 2018b, 534). Es soll nicht auf eine Partizipationsform (wie zum Beispiel Wahlen) fokussiert werden, sondern möglichst viele verschiedene angeboten werden. Besonders direktdemokratische Instrumente sollen gefördert und ausgebaut werden (Barber 2009, 151). Der positive Effekt direktdemokratischer Instrumente beschränkt sich nicht nur auf eine erhöhte politische Partizipation. Zusätzlich wird die politische Effizienz gefördert, politische Diskussionen werden angeregt und die Bürger*innen motiviert, sich zu informieren (Kriesi 2005, 12). Ein Beispiel für eine neue Form eines direktdemokratischen Instrumentes auf lokaler politischer Ebene ist die Applikation ‚Züri wie neu‘.

Was ist ‚Züri wie neu‘?

Im Jahr 2013 wurde die Online-Plattform «Züri wie neu» in der Stadt Zürich eingeführt. Die App ist eine Schweizer Pionierin in Sache Online-Beteiligung und Bürgernähe. Ziel ist es, die Kommunikation zwischen Bürger*innen und Verwaltung zu vereinfachen und zu stärken. Schäden an der städtischen Infrastruktur können bequem per App oder am Computer der Verwaltung mitgeteilt werden. Die Meldung wird innert einem Arbeitstag an die zuständige Fachstelle weitergeleitet. Nach spätestens fünf Arbeitstagen ist die Meldung abschliessend bearbeitet.

Abb. 1: Was ist 'Züri wie neu'?

Quelle: Website www.zueriwieneu.ch (Stadt Zürich o. J.) und Datenauswertung 'Züri wie neu' (Universität Bern, Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit 2016)

Eine tiefe und ungleiche Beteiligung kann aus normativer Perspektive als eine Herausforderung für eine Demokratie betrachtet werden. Die soziostrukturelle Verzerrung in der politischen Beteiligung führt dazu, dass der demokratische Grundsatz der Gleichheit verletzt wird und ein Spannungsverhältnis in der Repräsentation entsteht. Die verschiedenen Interessen der Bürger*innen werden nicht repräsentativ vertreten, was zu einem

Legitimationsproblem der Demokratie führt. Die Lösung für das Demokratiedefizit liegt in der Maximierung der politischen Beteiligung. Entweder indem auf die Wahlbeteiligung fokussiert wird oder durch ein möglichst umfangreiches Beteiligungsangebot. In dieser Arbeit wird letzterer Ansatz verfolgt und die Beteiligungsstruktur bei der App ‚Züri wie neu‘ untersucht. Vorerst werden die Erkenntnisse aus der bisherigen Partizipationsforschung zusammengetragen, um die soziostrukturellen Strukturen der politischen Partizipation aufzuzeigen.

5.2 Das *Civic Voluntarism Model* (CVM)

Die Partizipationsforschung untersucht Faktoren, welche einen Einfluss auf die politische Partizipation haben. Die Vielfalt der Formen politischer Partizipation und deren unterschiedlichen Ziele und Zwecke führen zu einem Mangel an allgemein erklärenden Einflüssen. Ob jemand an einer Demonstration teilnimmt oder sich bei einer Wahl beteiligt, kann durch unterschiedliche Faktoren begünstigt werden (Van Deth 2009, 152). Es können Einflussfaktoren auf der Makro- oder auf der Mikroebene angesiedelt sein. Die Makroebene bezieht sich auf eine grössere soziale Einheit wie ein Staat, ein politisches System oder eine Organisation. Die Mikroebene bezieht sich auf Individuen und ihr Verhalten. Die beiden Ebenen sind oft zusammenhängend. Im Fall der politischen Partizipation zum Beispiel kann das individuelle Verhalten (Mikroebene) einen Einfluss auf das politische System (Makroebene) haben und umgekehrt (Milbrath 1965, 5).

Auf der Makroebene ist das dominierende Erklärungsmodell das ‘Political Opportunity Structure’, welches später zur ‘Synthetic Political Opportunity Theory’ ausgearbeitet worden ist (Van Deth 2009, 152). Die Theorie fokussiert sich auf die gesellschaftlichen und politischen Strukturen, die Anreize und Herausforderungen für die politische Beteiligung schaffen (vgl. Tarrow 1994). Aufgrund von fehlenden empirischen Evidenzen hat sich der Schwerpunkt der Partizipationsforschung auf die Mikroebene verschoben (Van Deth 2009, 153). Ein entscheidender Einfluss hat der sozioökonomische Status (Verba und Nie 1974, 336). Unabhängig davon, ob der sozioökonomische Status mittels Bildung, Einkommen oder Beruf gemessen wurde, konnte der Zusammenhang in verschiedene Studien aus verschiedenen Ländern bestätigt werden (Verba und Nie 1974, 125; Milbrath 1965, 114–28). Je höher die Bildung und oder das Einkommen, desto grösser ist die Chance, dass sich eine Person politisch beteiligt (Whelan 2019, 235–37). Dieser Zusammenhang konnte für verschiedene Formen der

politischen Partizipation bestätigt werden (Van Deth 2009, 153). Das bedeutet, dass die Ungleichheit in der politischen Partizipation entlang des sozioökonomischen Status verläuft und die Interessen der wohlhabenden sozialen Gruppe in einer demokratischen Regierung stärker vertreten sind (Whelan 2019, 235). Obwohl der sozioökonomische Status als eindeutiger Einflussfaktor identifiziert werden konnte, führen nicht Einkommen, Bildung oder Berufsstatus an sich zu einer höheren politischen Partizipation. Viel mehr sind es die damit verbundenen Ressourcen. Zum Beispiel fällt es Personen mit einem höheren Bildungsabschluss leichter, politische Debatten zu verstehen und sich eine Meinung zu bilden (Bühlmann und Freitag 2006, 16). Diese Erkenntnis wurde in dem Modell, welches im folgenden Abschnitt behandelt wird, aufgenommen.

Das *Civic Voluntarism Model* (CVM) nach Verba, Scholzman und Brady (1995) geht von der Frage aus, wieso Personen sich nicht beteiligen und bieten zugleich eine Antwort an: «because they can't; because they don't want to; or because nobody asked» (ebd., 269). Daraus werden drei Faktoren abgeleitet, welche die Erklärung für das Nicht-Partizipieren von Bürger*innen bilden. Wenn jemand nicht partizipieren kann, dann aufgrund von fehlenden Ressourcen. Wenn jemand nicht partizipieren möchte, dann aufgrund fehlender Involvierung in politische Angelegenheiten. Und wenn jemand nicht zur Partizipation aufgefordert wurde, dann aufgrund eines fehlenden Netzwerks, welches einen politischen Zugang bereitstellt. Die einzelnen Einflussfaktoren werden im Folgenden präsentiert.

Der erste Einflussfaktor umfasst die individuellen *Ressourcen* Zeit, Geld und Bürgerkompetenzen. Um sich politisch beteiligen zu können, braucht man Zeit. Aktivitäten wie Unterschriften sammeln oder sich an einer Demonstration zu beteiligen sind zeitaufwendig. Weiter braucht es Geld, um politische Anliegen finanziell zu unterstützen. Schliesslich muss man über Bürgerkompetenzen verfügen, um sich beteiligen zu können. Organisatorische und kommunikativen Kapazitäten erleichtern das Verständnis von politischen Prozessen und Institutionen. Das führt dazu, dass eine Person weniger von den politischen Prozessen abgeschreckt ist und sich mit einer grösseren Wahrscheinlichkeit beteiligt. Je nachdem wie eine Person in den sozialen Institutionen und der Gesellschaft verankert ist, gibt es Unterschiede in den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die Erfahrungen in der Familie, Schule und am Arbeitsplatz sowie Aktivitäten in Vereinen oder religiösen Institutionen bilden die sozial strukturierten Umstände eines Individuums. Diese bilden die Basis für Entscheidungen und Handlungen, welche zu unterschiedlichen Ressourcen führen. Die

Lebensumstände beeinflussen, wie viel Zeit, Geld und Bürgerkompetenzen jemandem für die politische Partizipation zur Verfügung stehen (ebd., 270-72). Der zweite Einflussfaktor bezieht sich auf die individuelle *politische Involvierung* einer Person. Dabei spielen politisches Interesse; das subjektive Gefühl, Einfluss zu nehmen; die Wahrnehmung der politischen Partizipation als eine Bürgerpflicht; ein Gefühl der Verbundenheit mit dem Schicksal anderer; Parteiidentifikation; und das Engagement, bestimmte politische Themen einbringen zu wollen. Diese verschiedenen Ausprägungen politischer Involvierung werden wie die Ressourcen von den Lebensumständen geprägt (ebd., 272). Der dritte Einflussfaktor beschreibt die *politische Mobilisierung*. Ob jemand dazu aufgefordert wird, sich politisch zu beteiligen, hat einen Einfluss. Aufforderungen durch die Arbeit, Organisationen, Familie oder Freunde haben eine mobilisierende Wirkung. Der Zugang einer Person zu rekrutierenden Institutionen oder Akteure bildet daher der letzte Einflussfaktor des Modells (ebd., 273).

Zusammenfassend beschreibt das CVM das individuelle Partizipationsverhalten in Bezug auf den zur Verfügung stehenden Ressourcen (Zeit, Geld, Kompetenzen), die Motivation (politisches Interesse) und die Mobilisierung durch Netzwerke. Das CVM geht über den sozioökonomischen Status als Einflussfaktor hinaus, indem auf die Ressourcen fokussiert wird, welche auf den sozioökonomischen Status zurückführbar sind. Das Modell zeigt, wie der Zufall der Geburt kombiniert mit Lebensentscheidungen über Beruf, Familie und Involvierung in Religion und Organisationen die Ressourcen (Zeit, Geld und Kompetenzen) determinieren, die politische Partizipation fördern. Weiter bietet das CVM die Möglichkeit zu untersuchen, welche Ressourcen für welche Formen der politischen Partizipation fördernd sind (Brady, Verba, und Schlozman 1995, 271). Nachdem die Autoren feststellen konnten, dass das Modell für die Erklärung allgemeiner politischer Partizipation aussagekräftig ist, wurden spezifische Aktivitäten untersucht. Formen der politischen Partizipation wurden in Aktivitäten eingeteilt, die eine finanzielle Investition benötigen (z.B. Unterstützung einer Kampagne) und Aktivitäten, die zeitaufwendig sind (z.B. demonstrieren, eine Verwaltung kontaktieren oder für einen Wahlkampf arbeiten) und wählen (ebd., 282). Die Ergebnisse zeigen, dass der Einfluss der Ressource je nach Art der politischen Partizipation unterschiedlich stark ist. Bei der Wahlbeteiligung kam es zu dem überraschenden Ergebnis, dass das Bildungsniveau keinen signifikanten Einfluss hat. Dafür konnte gezeigt werden, dass politisches Interesse ausschlaggebend ist. Politisches Interesse wiederum wird positiv beeinflusst durch das Bildungsniveau. Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand wählen geht, ist abhängig vom

politischen Interesse, während andere Ressourcen wie Geld und Zeit vernachlässigt werden können. Bei Aktivitäten, welche einen finanziellen Beitrag verlangen, kam es zu einem eindeutigen Ergebnis. Die Hauptdeterminante für solche Aktivitäten ist Geld. Auch hier spielt das Bildungsniveau eine Rolle. Zeit und Bürgerkompetenzen wiederum haben keinen Einfluss. Aktivitäten, die zeitaufwendig sind, sind abhängig vom politischen Interesse, Zeit und Bürgerkompetenzen. Das Bildungsniveau hat nur einen geringen Einfluss, da Bürgerkompetenzen und politisches Interesse das Bildungsniveau bereits in ihrem Einfluss abdecken. Das Bildungsniveau korreliert mit den Bürgerkompetenzen und dem politischen Interesse (ebd., 283-84).

Die Untersuchung konnte zeigen, dass unterschiedliche Formen der politischen Partizipation unterschiedliche Ressourcen und mehr oder weniger politisches Interesse verlangen. Ein hohes Bildungsniveau hat einen positiven Einfluss auf praktisch jede politische Beteiligungsform. Einerseits weckt Bildung politisches Interesse und motiviert zur Beteiligung (besonders bei Wahlen). Andererseits fördert Bildung Kompetenzen, welche die Beteiligung bei Aktivitäten erleichtert (besonders bei Aktivitäten, welche Zeit beanspruchen). Abschliessend zeigt das Modell, dass nicht der sozioökonomische Status an sich oder motivationale Faktoren wie politisches Interesse ausreichen, um Unterschiede in der politischen Partizipation zu erklären. Die Ressourcen Zeit, Geld und Bürgerkompetenzen sind starke Erklärungsfaktoren auf einer allgemeinen Ebene, welche durch den sozioökonomischen Status abgeleitet werden können. So kann gezeigt werden, inwiefern der sozioökonomische Status mit der politischen Beteiligung im Zusammenhang steht. Die verschiedenen Ressourcen sind ungleich auf soziale Gruppen verteilt und beeinflussen politische Involvierung und Mobilisierung. Gruppen, bei denen Zeit, Geld und Bürgerkompetenzen fehlen, sind in der politischen Partizipation untervertreten (ebd., 285)⁶. Welche sozialen Gruppen von dieser politischen Ungleichheit betroffen sind, wird im folgenden Kapitel besprochen.

5.3 Welche Gruppen werden nicht gehört?

Im Folgenden wird die politische Offline-Partizipation von Frauen, jungen Erwachsenen, Personen mit tiefem Bildungsniveau und Personen mit MH besprochen. Diese vier sozialen

⁶ Für eine Übersicht individueller und kontextueller Faktoren der Wahlbeteiligung vergleiche die Studie von Marc Bühlmann und Markus Freitag «Individual and Contextual Determinants of Electoral Participation» (2006).

Gruppen sind strukturell untervertreten, was dazu führt, dass Ihre Interessen nicht gehört werden. Es werden Gründe für die geringe Beteiligung herausgearbeitet und empirische Studien diskutiert. Diese unterrepräsentierten Gruppen bilden den Untersuchungsgegenstand für die Beantwortung der ersten Forschungsfrage, wer sich bei Online-Partizipationsformen beteiligt. Im Folgenden werden die vier Gruppen zusammengefasst unter dem Begriff *untervertretene Gruppen*.

5.3.1 Frauen

Das Geschlecht als struktureller Faktor ist ein wiederkehrender empirischer Befund: Frauen beteiligen sich politisch signifikant weniger als Männer (Milic, Rousselot, and Vatter 2014: 386). Weiter sind Frauen in demokratischen Institutionen unterrepräsentiert. Weltweit nehmen Frauen nur etwa einen Viertel parlamentarische Sitze ein und sind stark untervertreten in politischen Führungspositionen (Dahlerup 2018: 28). Der historische Verlauf des Frauenanteils

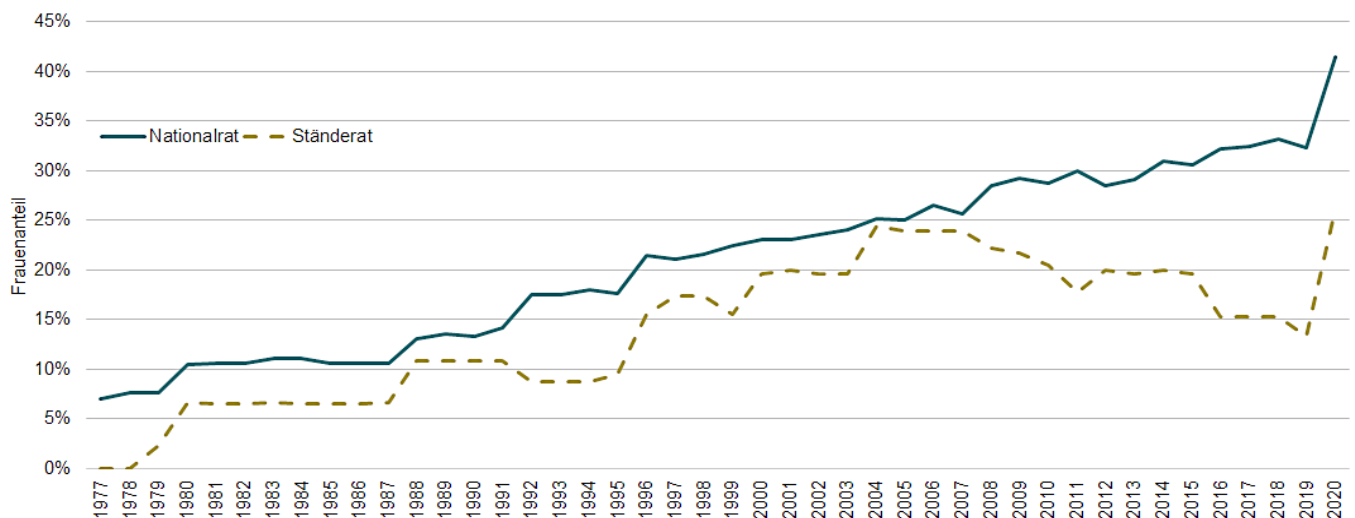


Abb. 2: Frauenanteil im nationalen Parlament der Schweiz von 1977 bis 2020
Quelle: Schweizer Parlament 2020

im nationalen Parlament der Schweiz, bestehend aus dem Ständerat (Vertretung der Kantone) und dem Nationalrat (Vertretung der Bevölkerung), widerspiegelt die ungleiche Repräsentation und zeigt einen deutlichen ‘Gender-Gap’. Ein Grund für die besonders tiefe Vertretung 1977 lässt sich auf die Ausweitung der politischen Rechte für Frauen zurückführen. In der Schweiz wurde das Frauenstimmrecht 1971 auf Bundesebene und teilweise noch später auf Kantonsebene eingeführt. Zuvor wurden Frauen aus demokratischen

Entscheidungsprozessen ausgeschlossen (Dahlerup 2018: 5). Die späte Inklusion der Frauen in die Demokratie hat einen negativen Einfluss auf die Beteiligungsbereitschaft von Frauen, die zu dieser Zeit sozialisiert wurden. Jüngere Generationen zeigen eine höhere Beteiligungsbereitschaft, wobei trotzdem noch eine Differenz zwischen den Geschlechtern festgestellt werden kann (Milic, Rousselot, and Vatter 2014: 386). Die revisionistische Sichtweise geht davon aus, dass sich die Ungleichheit durch die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen schliesst oder schliessen wird (Schmidt und Röser 2011, 6). Diese Entwicklung lässt sich beispielsweise anhand des Frauenanteils im Schweizer Parlament beobachten: Der Frauenanteil ist über die vergangenen Jahre gestiegen und die Ungleichheit hat sich verkleinert (vgl. Abb. 2). Trotzdem ist die Vertretung noch nicht ausgewogen. Es gibt verschiedene Thesen, wieso der ‘Gender-Gap’ bis heute existiert. Diese werden im folgenden Abschnitt besprochen.

Der ‘Gender Gap’ in der politischen Partizipation ist nicht auf das biologische Geschlecht zurückzuführen, sondern wie Westle beschreibt auf unterschiedliche Sozialisation, geschlechterspezifisch unterschiedliche Lebenslagen und unterschiedliche strukturelle Zugangsbarrieren (2001). Die unterschiedliche Sozialisation zeigt sich dadurch, dass Mädchen politikferner und mit Fokus auf den privaten Lebensraum sozialisiert werden, während Jungen auf öffentliche und berufliche Rollen vorbereitet werden (Albanesi, Zani, und Cicognani 2012, 279; Engeli, Ballmer-Cao, und Giugni 2006; Coffé und Bolzendahl 2010). Aus der unterschiedlichen Sozialisation resultieren Geschlechterrollenvorstellungen, welche Frauen bei der politischen Beteiligung hindern⁷. Um diese Ungleichheit zu mindern, müssten die traditionellen Sozialisierungsmuster und damit verbundenen Geschlechterrollen gelockert werden (Westle 2001, 131–32). Die geschlechterspezifischen unterschiedlichen Lebenslagen beziehen sich auf objektive Unterschiede in der Lebenslage von Männern und Frauen. Frauen haben durchschnittlich ein geringeres Einkommen, sind weniger erwerbstätig und wenn dann meist in schlechteren Positionen und haben ein tieferes Bildungsniveau als Männer. Dagegen sind Frauen häufiger für Haushaltsarbeiten und die Familie zuständig. Arbeiten, welche keinen Lohn generieren und gesellschaftlich wenig anerkannt sind. Der Fokus auf den Reproduktionsbereich, welchen Frauen zugeschrieben wird, führt zu einem geringeren

⁷ Die unterschiedliche Sozialisation zeichnet sich in der Berufswelt ähnlich ab. Frauen nehmen bis heute weniger als 40 % der Führungspositionen in Unternehmen ein (BFS 2020b), verdienen weniger als ihre männlichen Arbeitskollegen (BFS 2020c) und sind häufiger weniger als 50 % arbeitstätig (BFS 2020a).

Interesse und weniger Wissen über öffentliche und politische Angelegenheiten (ebd., 132). Die unterschiedlichen strukturellen Zugangsbarrieren beschreiben Hindernisse im institutionellen Bereich sowie einstellungsbezogene Voraussetzungen. In institutionellen Bereichen und etablierten politischen Organisationen zeigt sich eine strukturelle Frauenfeindlichkeit dadurch, dass diese auf den männlichen Lebenslauf ausgerichtet sind. Die einstellungsbezogenen Voraussetzungen beschreiben ein frauenfeindliches Klima wie zum Beispiel hintere Listenplätze auf Wahlzetteln (ebd., 133). In ihrer Untersuchung kommt Westle zum Schluss, dass soziostrukturelle Merkmale einen vernachlässigbaren direkten Einfluss auf die politische Partizipation haben. Entscheidende Faktoren sind einstellungsbezogene Voraussetzungen und Bedingungen der Sozialisation und Lebenslage, die partizipationsferne Voraussetzungen schaffen (ebd., 163). Unabhängig des Bildungsniveaus weisen Frauen ein geringeres politisches Interesse auf und schätzen ihre politischen Fähigkeiten und Einflusschancen geringer ein als Männer (ebd.). Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass bis heute erschwerte Bedingungen für Frauen vorliegen, sich politisch zu beteiligen (ebd., 164).

In einer anderen Untersuchung zu der Wahlbeteiligung von Frauen bei den nationalen Wahlen in der Schweiz im Jahr 2001 von Stadelmann-Steffen und Koller (2014) werden zwischen individuellen Ressourcen und 'Haushalts'-Ressourcen als Einflussfaktor für politische Partizipation unterschieden. Die individuellen Ressourcen als negativer Einfluss basieren auf niedrigem sozioökonomischem Status, mangelnden Bürgerkompetenzen und geringem Interesse an Politik (ebd., 529). Die Studie zeigt, dass nicht nur die individuellen Ressourcen im Zusammenhang mit der politischen Partizipation von Frauen stehen, sondern auch 'Haushalts'-Ressourcen. So haben Frauen mit einem hohen sozioökonomischen Status durch eine hohe Stellung im Beruf weniger bei den Wahlen teilgenommen als Frauen mit weniger angesehenen beruflichen Positionen. Eine Erklärung für diesen Befund lässt sich auf die Ressource Zeit zurückführen. Denn auch bei einer hohen beruflichen Position übernehmen Frauen mehr Haushaltsaufgaben und verfügen daher über wenig Zeit. Weiter hat auch die Stellung des Partners einen Einfluss. Wenn der Partner über einen hohen Bildungsabschluss verfügt, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sich die Frau bei der Wahl beteiligt hat. Einen negativen Einfluss hat aber die berufliche Stellung. Je höher der Berufsstatus des Mannes, desto geringer ist die Chance, dass die Ehefrau wählen ging (ebd., 542).

Eine weitere Untersuchung von Ruedin (2013) zeigt, dass Einstellungen gegenüber Frauen in der Politik einen Zusammenhang mit deren politischen Vertretung in nationalen Parlamenten

haben (ebd., 43). Die höchste Vertretung weisen Parlamente in europäisch nordischen Ländern mit rund 40 % auf. Der Durchschnitt in Europa (ohne die nordischen Länder) liegt bei 20 %. Mit nur 8 % sind in arabische Staaten Frauen am stärksten unterrepräsentiert im Parlament (ebd., 45). Im nationalen Parlament der Schweiz sind 42 % Frauen im Nationalrat und 26 % Frauen im Ständerat (Stichtag: 19.06.2020) (Das Schweizer Parlament 2020). Das Wahlsystem hat einen signifikanten Einfluss auf die Repräsentation von Frauen, kann deren Veränderung über die Zeit jedoch nicht erklären. In den vergangenen Jahren steigen die Repräsentationswerte der Frauen. Dies ist auf die Modernisierung zurückzuführen. Die wirtschaftliche Entwicklung von Ländern führt zu einer ausgewogeneren Repräsentation (Didier Ruedin 2013, 45). Eine positive Entwicklung über die Zeit konnte bei Ländern beobachtet werden, welche in ihrer Einstellung gegenüber Frauen in der Politik liberaler geworden sind (ebd., 56). Dementsprechend fordert Ruedin nicht eine Veränderung des Wahlsystems zum Erlangen einer ausgewogenen Repräsentation, sondern eine Veränderung in den Einstellungen (2012, 98).

Der ‘Gender Gap’ in der politischen Partizipation ist demnach auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Auf unterschiedlicher Sozialisations-effekte, Lebenslagen, die an Ressourcen wie der sozioökonomische Status oder Bürgerkompetenzen gebunden sind, sogenannte ‘Haushalts’-Ressourcen und liberale Einstellungen. Die späte Inklusion der Frauen in die demokratischen Prozesse sowie traditionelle Rollenbilder prägen den ‘Gender Gap’ und führen zu einer strukturellen Untervertretung in der politischen Partizipation. Der Einfluss des Geschlechts verringert sich jedoch deutlich, wenn das Alter und das Bildungsniveau einer Person berücksichtigt werden (Milic, Rousselot, and Vatter 2014: 387). In den folgenden beiden Abschnitten werden auf die individuellen Merkmale Alter und Bildung eingegangen.

5.3.2 Junge Erwachsene

Das *Alter* hat einen Einfluss darauf, in welcher Form jemand sich politisch beteiligt und wie häufig. Bei konventionellen Partizipationsformen wie abstimmen und wählen sind junge Erwachsene strukturell untervertreten (vgl. Amadeo 2007; Blais 2007, 630). Die Jungen können aber keineswegs als eine homogene, unpolitische Gruppe betrachtet werden (DEZA 2007, 7). Die jungen Erwachsenen haben unterschiedliche Präferenzen in der Art, wie sie sich beteiligen. Die häufigste Partizipationsform ist in der Schweiz laut CH@YOUTH Studie von 2012 die Beteiligung bei Abstimmungen mit 11.2 % gefolgt vom Unterschreiben von

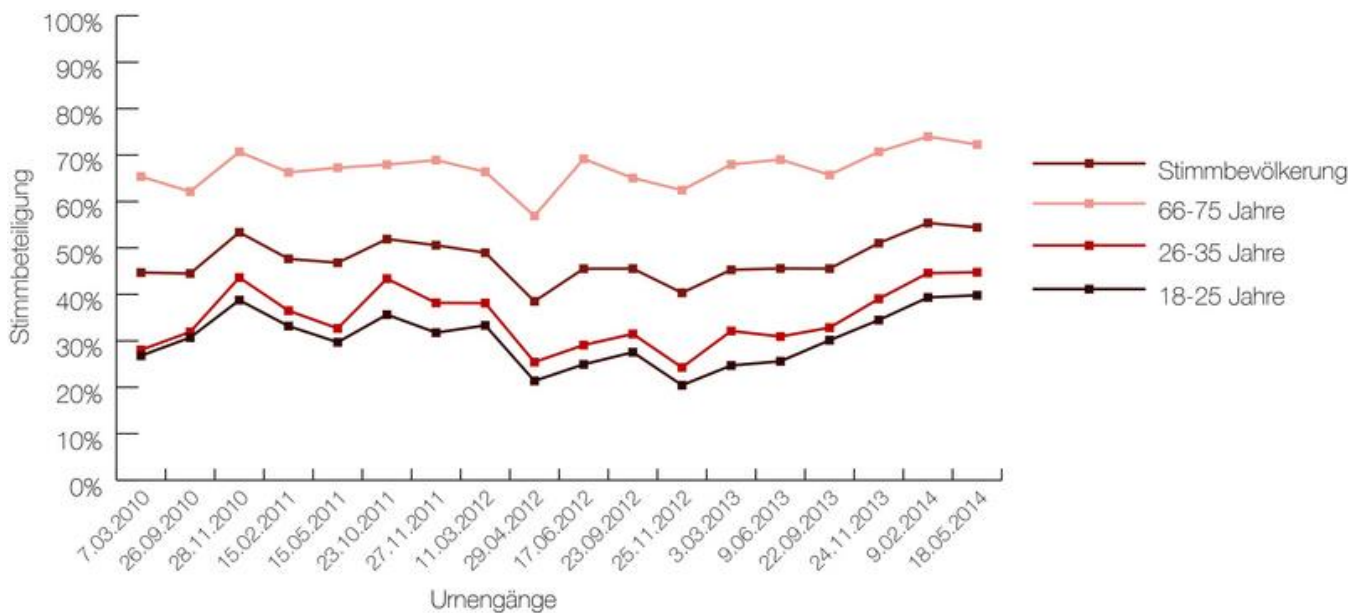


Abb. 3: Durchschnittliche Stimmbeteiligung nach Alter in St. Gallen von 2010 bis 2014
Quelle: Dachverband Schweizer Jugendparlamente (Odermatt 2018)

Referenden, Initiativen und Petitionen sowie die Beteiligung bei Wahlen. Obwohl die Wahlbeteiligung eine eher präferierte Partizipationsform ist, sind die 18- bis 35-Jährigen stark untervertreten in der Schweiz, wie das Beispiel aus St. Gallen zeigt (vgl. Abb. 3).

Für die Abstinenz bei Abstimmungen und Wahlen geben die Jugendlichen die komplizierte Sprache der Politiker*innen und das Gefühl, dass Abstimmungen Probleme nicht lösen können, als Hauptgründe an (Jans u. a. 2017, 9). Die Beteiligung bei Abstimmungen ist stark von der emotionalen Betroffenheit der Jugendlichen abhängig. Je nach Thema und Betroffenheit entscheiden sich die Jugendlichen, ob sie sich bei einer Abstimmung oder Wahl beteiligen wollen, was zu einer selektiven Partizipation führt (ebd., 11). Die Teilnahme bei parteibezogenen Beteiligungsformen wie Mitglied einer Partei zu sein oder an Parteidiskussion teilzunehmen, ist wiederum sehr gering. Allgemein lässt sich sagen, dass Junge häufiger partizipieren, wenn die Aktivität (Odermatt 2018) themenspezifisch, kurzfristig, individuell und informell ist. Diese Beteiligungsformen werden von den Jugendlichen oft als Freizeitaktivität wahrgenommen (Rothenbühler, Ehrler, und Kissau 2012, 14). Weiter fällt auf, dass eine Vielzahl der bevorzugten politischen Partizipationsformen einen starken Bezug zu neuen Medien aufweist. Die Nutzung von online-Partizipationsformen stehen im Zusammenhang mit Offline-Formen. Junge Erwachsene, die sich Online-Möglichkeiten nutzen, beteiligen sich auch ausserhalb der digitalen Welt und umgekehrt (ebd., 16). Einen positiven Einfluss auf die politische Partizipation von Jugendlichen haben steigendes Alter,

Kontakt zu Politiker*innen, Mitgliedschaften bei Nichtregierungsorganisationen und die Bewertung von Partizipationsformen als effizient (ebd., 39).

Trotz den unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten sind die Interessen der jungen Erwachsenen untervertreten. Das Alter hat nämlich einen Einfluss auf das politische Interesse (BFS 2015) und dementsprechend auf das politische Verhalten (Goerres 2007: 92). Eine Untersuchung vom Bundesamt für Statistik hat gezeigt, dass Schweizer Jugendliche das schwächste politische Interesse aufzeigen im Vergleich zu anderen Altersgruppen. Das grösste politische Interesse konnte bei der Altersgruppe der 64- bis 74-Jährigen beobachtet werden (BFS 2015, 3). Das politische Interesse sowie Kompetenzen, welche eine politische Partizipation fördern, sind wiederum von dem Geschlecht und der Ausbildung abhängig. Junge Männer haben ein höheres politisches Interesse und verfügen über ein tieferes Wissen über die Schweizer Politik als Frauen. Junge Erwachsene mit einer länger dauernden Ausbildung verfügen über höhere politische Kompetenzen (Bieri Buschor und Forrer 2005, 277).

Erklärungsansätze für das unterschiedliche Interesse und politische Verhalten bieten der Lebenszykluseffekt, Kohorteneffekte und das individuelle Alter. Der Einfluss vom Lebenszyklus beschreibt Veränderungen im Leben, wie der Wechsel von einer Ausbildung in die Arbeitswelt oder vom kinderlos Sein zum Eltern werden, welche das politische Verhalten beeinflussen. Die Betroffenheit von politischen Entscheidungen kann sich mit einem solchen Lebenswandel steigern. Zum Beispiel ist man als Elternteil von Entscheiden in der Familienpolitik betroffen (Vinken 2007: 41-42; Goerres 2007: 93). Dieses Argument wird unterstützt von der Annahme, dass durch die fehlende Betroffenheit politisches Interesse gering ist und dementsprechend die Beteiligung tiefer (Goerres 2007: 93). Der Kohorteneffekt beschreibt, dass die Zeit, in der eine Generation politische Rechte erlangt, das politische Verhalten lebenslang beeinflusst. Diejenigen Werte, die in der Zeit der politischen Sozialisation vorherrschen, bleiben im Individuum verankert. Wenn zum Beispiel während der politischen Sozialisation ein generelles Misstrauen gegenüber der Regierung in der Gesellschaft herrscht, prägt dieses Misstrauen die politische Sozialisation der heranwachsenden Generation. Erklärt wird dieser Mechanismus damit, dass man zwischen 15 und 30 Jahren politischen Einflüssen gegenüber offener ist als mit 50 bis 65 Jahren. Ein weiterer Kohorteneffekt ist, dass Generationen soziale Eigenschaften teilen. Zum Beispiel haben ältere Generationen generell einen tieferen Bildungsstand als Jüngere, da in den meisten Ländern sich der Zugang zur Bildung erst ab den 1970er Jahre öffnete (Goerres 2007: 92).

Dem Einfluss des individuellen Alters kann am meisten Gewicht zugeschrieben werden. Mit steigendem Alter verstärken sich zwei menschliche Eigenschaften, die die Beteiligungswahrscheinlichkeit erhöhen, Routine und Erfahrung. Unter Routine wird verstanden, dass je öfter man etwas gemacht hat, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass man es wieder tut. Je älter man wird, desto grösser ist die Chance, dass man sich auf eine Art politisch beteiligt hat und desto grösser wird die Chance, dass man es wieder tut. Die Erfahrung beschreibt, dass man mit steigender Lebenserfahrung stetig mehr unterschiedliche Situationen durchlebt. Dadurch wird mit steigendem Alter kontinuierlich Wissen angeeignet, welches einem hilft, Entscheidungen zu treffen. Je einfacher es einem fällt, eine Entscheidung zu treffen, desto höher ist die Chance, dass man sich politisch beteiligt (Goerres 2007: 93-94). Die jungen Erwachsenen sind aufgrund dieser drei Prozesse strukturell unterrepräsentiert. Insbesondere der Lebenszyklus- und Kohorteneffekt haben eine kumulierende Wirkung. Ressourcen, die sich positiv auf die politische Partizipation auswirken, sind daher bei Jugendlichen besonders tief (Fieldhouse et al. 2007).

Es gibt verschiedene Lösungsvorschläge, wie die politische Beteiligung von Jugendlichen gesteigert werden könnte. Zum Beispiel bieten nicht-institutionelle (z.B. Unterschriften sammeln, Demonstrationen) und neue Formen (z.B. Applikation 'Züri wie neu') der politischen Partizipation Potenzial, welches mehr genutzt werden soll. Diese Partizipationsformen bieten jungen Erwachsenen die Möglichkeit, ihren Interessen Gehör zu verschaffen und sie auf die politische Agenda zu bringen. So würden die Jugendlichen besser in die demokratischen Prozesse integriert werden. Weiter gilt es, das politische Interesse zu fördern. Da dieses stark von der politischen Bildung abhängt, soll diese durch Initiativen wie beispielsweise *easyvote*⁸ (Rothenbühler, Ehrler, und Kissau 2012, 48) ausgebaut werden. Ein dritter Lösungsvorschlag fokussiert sich auf Online-Abstimmungen und Online-Wahlen. Durch die Vertrautheit mit der Internetnutzung in verschiedenen Lebensbereichen, wird das formale Hindernis von Wahlen und Abstimmungen durch den Online-Zugang erleichtert (ebd. 16).

⁸ Vgl. www.easyvote.ch

5.3.3 Tiefes Bildungsniveau

Die Bildung als Einflussfaktor auf politische Partizipation wurde bereits im Zusammenhang des CVM und den sozialen Gruppen der Frauen und den jungen Erwachsenen angesprochen. Es wurde aufgezeigt, dass ein hohes Bildungsniveau einen positiven Einfluss auf praktisch jede politische Beteiligungsform hat und kann als einer der stärksten Einflussfaktoren identifiziert werden: «formal education is almost without exception the strongest factor in explaining what citizens do in politics and how they think about politics» (Nie, Junn, und Stehlik-Barry 1996, 2). An ein hohes Bildungsniveau sind Fähigkeiten und Ressourcen gekoppelt, welche eine politische Beteiligung begünstigen (Dalton 2017a). Beispielsweise wird durch einen hohen Bildungsabschluss der Zugang zu Informationen, politischer Bildung, sozialem politischem Austausch und einem stärkeren politischen Pflichtgefühl erleichtert (Tawfik und Horber 2010). Der Zusammenhang zwischen einem höheren Bildungsabschluss und einer umfangreichen politischen Beteiligung wurde empirisch eindeutig belegt (Persson 2015, 689; Fatke 2015; Blais 2007, 630–31; Milic, Rousselot, und Vatter 2014, 2:285; Acik 2013, 1317). Die Bildungsunterschiede in der Stimmbeteiligung sind auch bei Schweizer Volksabstimmungen deutlich sichtbar (vgl. Abb. 4).

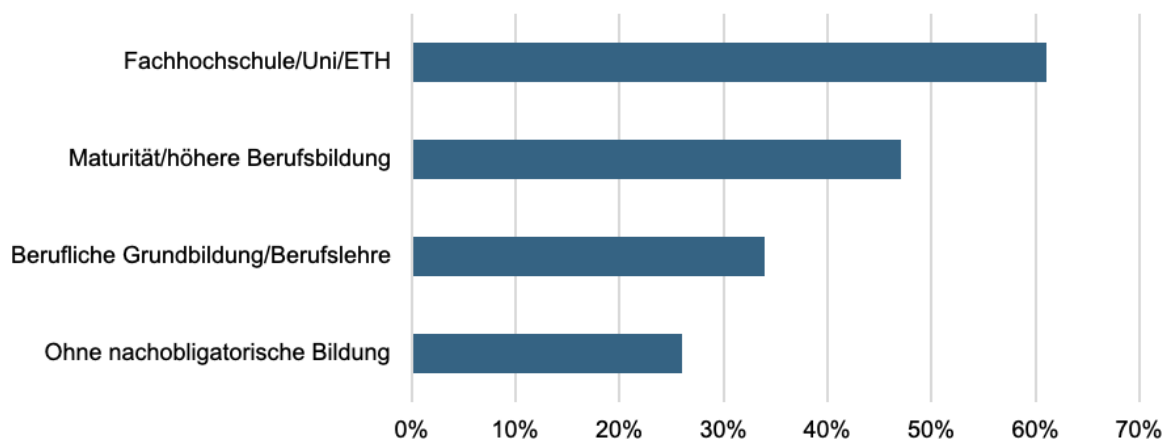


Abb. 4: Stimmbeteiligung nach Bildungsabschluss bei der eidg. Volksabstimmung vom 09.11.2020
Quelle: Eigene Darstellung der Ergebnisse der VOTO-Studie (Bernhard und Scaperrotta 2020)

Es gibt verschiedene Erklärungsansätze, welche den Zusammenhang zu erklären versuchen. Wie bisher angedeutet, kann das Bildungsniveau als indirekter Einfluss interpretiert werden. Durch die höhere Bildung werden kognitive Fähigkeiten gefördert, welche für die politische Beteiligung relevant sind. Dazu gehören unter anderem komplexe Informationen verstehen, sich in der Bürokratie und Verwaltung zurecht finden, um so seine Bedürfnisse

mitzuteilen und bessere Kommunikationsfähigkeiten (Dalton 2017a). Zusätzlich werden weitere Bürgerkompetenzen gefördert, wie die Fähigkeit, sich Informationen zu beschaffen oder die kritische Beurteilung verschiedener Optionen und der Performance der Regierung (Whelan 2019, 237). Die politische Involvierung steigt ebenfalls mit dem Bildungsniveau. Einerseits werden subjektive politische Kompetenzen wie das Vertrauen in das politische System, die Wahrnehmung der eigenen Rolle als Bürger*in sowie das Bilden einer politischen Meinung durch Bildung gefördert (Dalton 2002: 47-48). Andererseits fördert Bildung das Interesse und das Wissen über Politik, was wiederum einen positiven Einfluss auf die politische Beteiligung hat (Wiedemann 2006; Delli Carpini und Keeter 1996). Schliesslich hat ein höheres Bildungsniveau einen Einfluss auf das soziale Netzwerk, und die politische Mobilisierung. Eine Person mit hohem Bildungsniveau hat wahrscheinlicher eine politisch engagierte Person in ihrem Umfeld von Freunden und Arbeitskollegen als eine niedriggebildete Person. Weiter ist die Wahrscheinlichkeit bei Personen mit einem hohen Bildungsniveau grösser, dass sie in Berührung mit politischen Kampagnen kommen. Diese beiden Punkte haben einen positiven Effekt auf die politische Beteiligung (Sondheimer und Green 2010, 186). Das Bildungsniveau beeinflusst demnach alle Einflussfaktoren des CVM: Ressourcen, politische Involvierung und politische Mobilisierung. Innerhalb der sozialen Gruppe der Personen mit einem tiefen sozioökonomischen Status sind Personen mit einem formal tiefen Bildungsniveau noch stärker untervertreten (Whelan 2019, 237).

Je nach Form der politischen Partizipation hat die Bildung einen unterschiedlich starken Effekt. Nicht-institutionalisierte Beteiligungsformen wie Petitionen unterschreiben, in einer lokalen Interessensgruppe mitarbeiten, Geld spenden oder politischer Konsum werden stärker vom Bildungsgrad beeinflusst als institutionalisierte Formen wie wählen (Marien, Hooghe, und Quintelier 2010, 199–204; Rössel und Schenk 2018, 277). Weiter wird ein starker Zusammenhang bei Online-Formen der politischen Partizipation beobachtet, was ebenfalls auf kognitive Fähigkeiten zurückgeführt werden kann. Es braucht internetspezifische Fähigkeiten, welche durch Bildung gestärkt werden (Dalton 2017a). Es gibt verschiedene Modelle zur Erklärung des Einflusses vom Bildungsniveau auf die politische Partizipation: Das absolute Bildungsmodell, das relative Bildungsmodell und das Sozialisierungsmodell (vgl. Abb. 5).

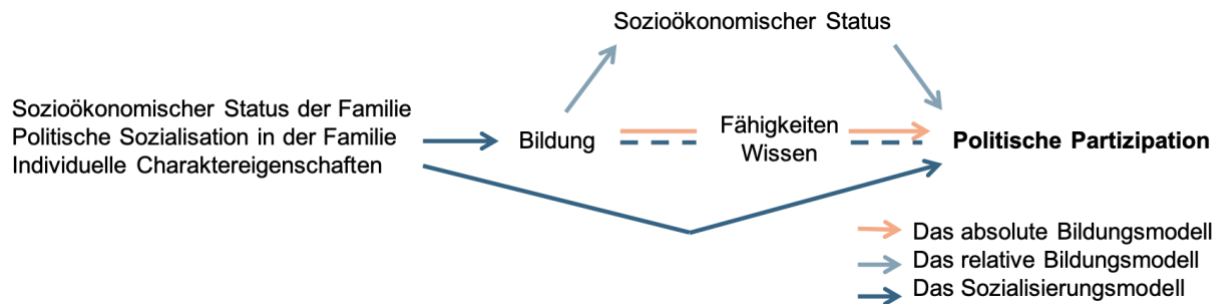


Abb. 5: Theoretische Modelle zum Zusammenhang von Bildung und politischer Partizipation
 Quelle: Eigene Darstellung nach Mikael Persson (2015, 690)

Das absolute Bildungsmodell repräsentiert eine konventionelle Sichtweise auf den Einfluss der Bildung. Durch Bildung werden zivile Fähigkeiten und politisches Wissen gesteigert, was wiederum die politische Partizipation erhöht. Es wird davon ausgegangen, dass die Lerninhalte der Schulzeit einen positiven Einfluss auf die kognitiven Fähigkeiten eines Individuums ausüben (Persson 2015, 690). Zusätzlich zu den Fähigkeiten und dem Wissen wird durch die Bildung das Gefühl der politischen Wirksamkeit gesteigert. Einerseits entsteht die Überzeugung, dass durch die Beteiligung Entscheidungen beeinflusst werden können. Andererseits wird die Selbsteinschätzung beeinflusst, so dass man sich selbst als politisch kompetent bewertet. Insgesamt wird durch Bildung das Gefühl gesteigert, eine wirksame Rolle in der Politik einnehmen zu können (Jackson 1995, 280). Das absolute Bildungsmodell ist auf der Individualebene angesiedelt und beschreibt die individuelle Bildung als direkten Einfluss. Je mehr Bildung eine Person hat, desto grösser ist die Chance, dass sie sich politisch beteiligt (Persson 2015, 691).

Das relative Bildungsmodell sieht den direkten Einfluss auf politische Beteiligung im sozioökonomischen Status. Ein hoher sozioökonomischer Status führt zu einer zentralen Position in der Gesellschaft. Dadurch steigt die Chance, dass man durch sein Netzwerk zur Teilnahme ermutigt wird (ebd., 693). Befürworter dieses Modells stützen ihr Argument auf die unterschiedlichen Mechanismen auf der Mikro- und Makroebene. Auf der Mikroebene lässt sich beobachten, dass bei höherer Bildung die Beteiligung steigt. Wäre die Bildung der direkte Einfluss, würde das auf der Makroebene bedeuten, dass bei allgemein höherer Bildung in der Gesellschaft die allgemeine Beteiligung steigen muss. Dies konnte empirisch jedoch nicht geprüft werden, weshalb das relative Bildungsmodell Bildung als direkten Einfluss ablehnt und der sozioökonomische Status als ursprünglicher Einfluss betrachtet (Pelkonen 2012: 68). Wie stark der Einfluss der Bildung bzw. des sozioökonomischen Status auf die politische

Partizipation ist, steht in Relation zum allgemeinen Bildungsniveau. In einem Umfeld mit allgemein tiefem Bildungsniveau braucht es nur wenig Bildung, um eine zentrale Position mit Verbindungen zu rekrutierenden Netzwerken zu erreichen. Gegenätzlich braucht es besonders viel Bildung in einem Umfeld mit einem generell hohen Bildungsniveau, um eine solche Position zu erlangen (Persson 2015, 693).

Das Sozialisierungsmodell beschreibt Faktoren aus der Kindheit als Ursache für unterschiedliche politische Partizipation. Der sozioökonomischen Status der Familie, die politische Sozialisation im familiären Umfeld und individuelle Charaktereigenschaften beeinflussen einerseits, welchen Bildungsweg eingeschlagen wird, und andererseits politische Einstellungen und Verhaltensweisen. Die individuellen Charaktereigenschaften als Ursache fassen Einflüsse wie Intelligenz, genetische Faktoren und persönliche Charaktereigenschaften zusammen. Bildung wird demnach als stellvertretender Einfluss für die Erfahrungen aus der Kindheit bewertet. Unterstützend für dieses Modell ist der Befund, dass politische Einstellungen und Verhaltensweisen sich früh im Lebensverlauf bilden und kaum verändern (ebd., 691).

Alle drei Modelle haben ihre Berechtigung und bieten drei verschiedene Zusammenhänge für den empirischen Befund, wieso niedriggebildete Personen strukturell politisch untervertreten sind. Das Bildungsniveau zeigt sich als starker Einflussfaktor auf verschiedene Arten der politischen Partizipation. Besonders die Beteiligung bei nicht-institutionalisierte Formen wird vom Bildungsniveau beeinflusst. Durch die Bildung werden Fähigkeiten und Ressourcen gefördert, welche die politische Partizipation begünstigen. Bildung ist in diesem Sinn eine der wichtigsten Ressourcen für die politische Partizipation, unabhängig von der Beteiligungsform.

5.3.4 Personen mit Migrationshintergrund

Der negative Zusammenhang des *Migrationshintergrundes* und der politischen Beteiligung ist ein etablierter Befund in der Partizipationsforschung (Cueni und Fleury 1994; Heusser 2001; Morales und Giugni 2011). Zunächst wird definiert, welche Personengruppe unter Personen mit Migrationshintergrund (MH) gemeint ist. Anschliessend wird aufgearbeitet, welche Möglichkeiten in der Schweiz existieren und argumentiert, wieso eine politische Integration wünschenswert ist. Abschliessend wird der aktuelle Forschungsstand besprochen.

Die Bestimmung der Personen mit MH orientiert sich in dieser Arbeit an der Definition des Bundesamts für Statistik (BFS): «Personen ausländischer Staatsangehörigkeit und eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer – mit Ausnahme der in der Schweiz Geborenen mit Eltern, die beide in der Schweiz geboren wurden – sowie die gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit Eltern, die beide im Ausland geboren wurden» (BFS o. J.). Damit fallen beide, Personen mit und ohne Schweizer Staatszugehörigkeit, in die Gruppe der Personen mit MH. Wenn explizit von Personen ohne Staatszugehörigkeit gesprochen wird, wird die Gruppe als ausländische Bevölkerung beschrieben. Weiter kann die politische Partizipation von Personen mit MH aus zwei Perspektiven heraus betrachtet werden. Es gibt die herkunftslandorientierte und aufnahmelandorientierte Partizipation (Wiedemann 2006). In dieser Arbeit liegt der Fokus auf der Beteiligung im Aufnahmeland.

Die soziale Gruppe der Personen mit MH lässt sich in zwei Kategorien aufteilen. Auf der einen Seite gibt es Personen mit MH mit Schweizer Staatsbürgerschaft und der damit verbundenen Zugänglichkeit der demokratischen Prozesse. Auf der anderen Seite gibt es Personen mit MH, welche keinen Schweizer Pass haben und nur bedingten Zugang zu politischen Partizipationsformen haben. Im Allgemeinen nehmen die gleichen Faktoren auf die politische Partizipation Einfluss, unabhängig davon, ob eine Person einen MH hat oder nicht (Didier Ruedin 2018, 256). Entscheidend für die Untervertretung der Personen mit MH in den demokratischen Prozessen ist die ungleiche Verteilung der Ressourcen. Die Gründe für das Nicht-Partizipieren können für Personen mit MH analog zum CVM gezogen werden (vgl. S. 34): Personen mit MH beteiligen sich politisch nicht, weil sie nicht können (fehlende politische Rechte oder Ressourcen), weil sie nicht wollen (fehlendes Interesse) oder weil sie nicht mobilisiert werden (fehlendes rekrutierendes Netzwerk) (Alpiger und Vatter 2017, 17).

Die Gruppe von Personen mit MH ohne Schweizer Staatsbürgerschaft hat auf Bundesebene keinen Zugang zum Stimm- und Wahlrecht. Die Diskussion zur Öffnung dieser politischen Rechte für die ausländische Wohnbevölkerung dauert bereits lange an. Im Kanton Neuenburg wurde das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer*innen auf Gemeindeebene bereits 1849 eingeführt. Bis heute haben sich verschiedene Gemeinden und Kantone dieser Öffnung angeschlossen. Auf kantonaler Ebene etablierten bisher Neuenburg und Jura das Ausländerstimmrecht (vgl. Abb. 6). In anderen Kantonen wie Bern, Waadt und Basel Stadt, in denen Vorstösse zur Öffnung lanciert wurden, wurde das Ausländerstimmrecht in den vergangenen Jahren abgelehnt (Rothenbühler, Ehrler, und Kissau 2012, 44).

Übersicht des Stimm- und Wahlrechts für die ausländische Wohnbevölkerung in den Schweizer Kantonen

In der Schweiz haben ausländische Bürger*innen kein Stimm- und Wahlrecht auf der nationalen Ebene. Auf kantonaler und kommunaler Ebene haben die Kantone die Kompetenz, das Stimm- und Wahlrecht auch für die ausländische Bevölkerung zu öffnen. Dabei gibt es Unterschiede bei dem Zugang zum aktiven (wählen gehen) und dem passiven (gewählt werden) Wahlrecht.

Stimm- und aktives Wahlrecht auf Kantonsebene:

Jura (seit 1979), Neuenburg (seit 2000)

Stimmrecht und aktives und passives Wahlrecht in allen Gemeinden:

Neuenburg (seit 1849), Jura (seit 1979), Waadt (seit 2003), Genf (seit 2005, kein passives Wahlrecht), Freiburg (seit 2006)

Fakultatives Stimm- und Wahlrecht in den Gemeinden:

Appenzell Ausserrhoden (seit 1995), Graubünden (seit 2003), Basel-Stadt (seit 2005, nur Gemeinden Bettingen und Riehen)

Abb. 6: Übersicht Stimm- und Wahlrecht der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz
Quelle: Eigene Darstellung nach Rothenbühler, Ehrlener und Kissau (2012, 45; vgl. EKM 2019)

Diese Debatte lässt sich in eine generelle Öffnung der Demokratie im historischen Verlauf einbetten. Bis 1971 waren in der Schweiz weniger als ein Drittel der Bevölkerung wahl- und abstimmungsberechtigt. Mit der Einführung der politischen Rechte für Frauen entstand eine umfangreichere Inklusion der Bevölkerung. Bis heute werden ungefähr ein Drittel der Bevölkerung vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen (vgl. Abb. 7). Zu dieser Gruppe gehören Personen ohne Schweizerpass, Schweizer*innen unter 18 Jahren und unmündige Personen (Lüscher 2017). Die Exklusion dieser Gruppen entspricht dem demokratischen Grundsatz, dass alle Erwachsenen in die demokratischen Prozesse einbezogen werden sollen, abgesehen von Durchreisenden und Personen mit geistigen Einschränkungen (vgl. Kapitel 4.1.3).

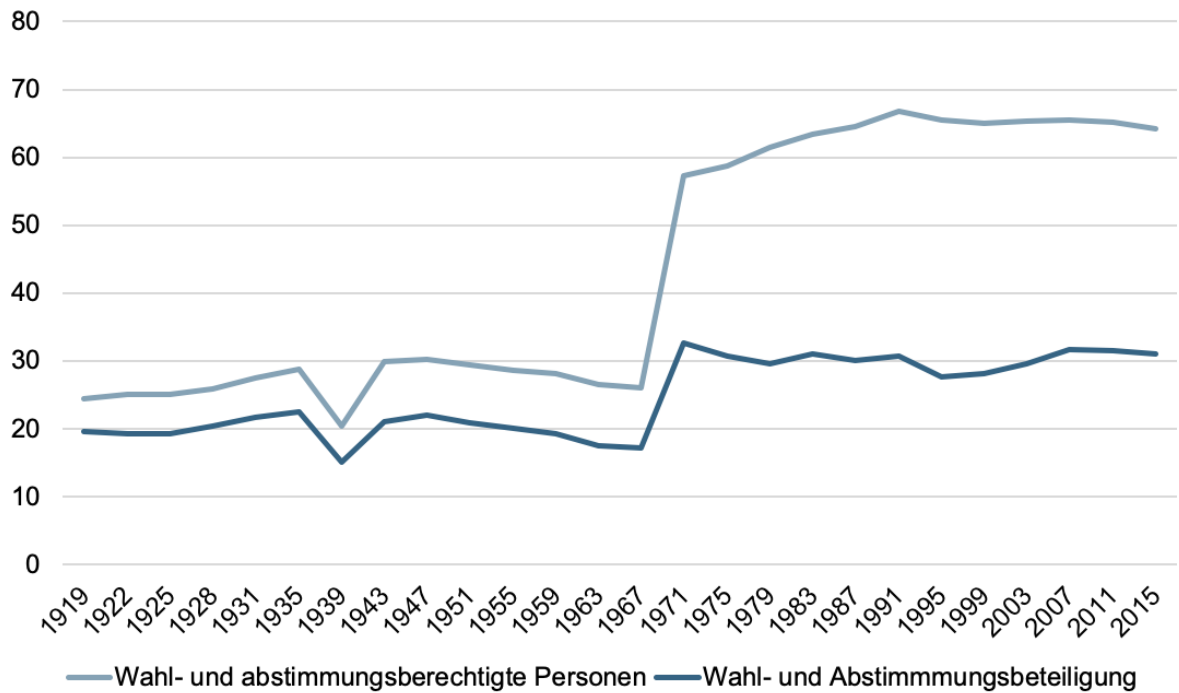


Abb. 7: Wahl- und Abstimmungsrecht in und Beteiligung in Prozent in der Schweiz von 1919 bis 2011
Quelle: Eigene Darstellung nach swissinfo.ch (Lüscher 2017)

Formal ist die Frage geklärt, wie lange eine Person in die Kategorie der Durchreisenden fällt, bis zum Erhalt der Schweizer Staatsbürgerschaft. Normativ betrachtet entsteht jedoch ein Spannungsfeld zum Prinzip der generellen Inklusion und der Idee, dass diejenigen mitbestimmen sollen, welche von den Entscheidungen betroffen sind. Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft befinden sich oft nicht wie Dahl formuliert auf ‘Durchreise’, sondern sind permanent und langfristig in der Schweiz sesshaft. Weiter würde es auch im Interesse des Staates liegen, das Partizipationsrecht auszuweiten, um die demokratische Legitimierung zu erhöhen. Ein langfristiger Ausschluss führt zu einer Herrschaft der Personen mit Staatsbürgerschaft über diejenigen ohne (Walzer 2010) ⁹. Niedergelassene Ausländer*innen sind gleichermassen dem Rechtssystem unterworfen wie Einheimische und sollten daher in der Rechtssetzung repräsentiert sein. Ein langfristiger Ausschluss vom Wahl- und Stimmrecht ist daher nicht gerechtfertigt (Bauböck 2002, 2) Daraus lässt sich folgern, dass: «Die Gewährung von Partizipationsmöglichkeiten in einem angemessenen Zeitrahmen [...] den Entscheidungsprozessen mehr Legitimität [gibt]» (Cyrus und Vogel 2008, 18).

⁹ Das Buch «Spheres of Justice» von Michael Walzer erschien erstmals 1983 im Basic Books Verlag in New York.

Neben dieser normativen Begründung für die politische Integration von Personen mit MH gibt es eine funktionelle und eine symbolische Begründung. Die funktionale Begründung stützt sich darauf, dass Informationen über die Personen gegeben sein müssen, die von Institutionen und Entscheidungen betroffen sein werden. Für die Informationsbeschaffung braucht es einen Austausch zwischen den repräsentativen Regierungsmitgliedern und den Betroffenen. Diese Funktion ist dann erfüllt, wenn alle verschiedenen Interessen und Probleme im Austausch integriert sind (Cyrus und Vogel 2008, 13). Die symbolische Begründung geht davon aus, dass durch eine politische Integration der Zusammenhalt in der Gesellschaft gefördert wird. Wenn die ausländische Bevölkerung sich bei Entscheidungen beteiligen kann, steigt die Identifikation mit der Gemeinschaft. Dieser Mechanismus wird durch das sichtbare Einbeziehen von Personen mit MH begünstigt (ebd., 16).

Es gibt zwei Lösungen, wie die Integration der ausländischen Bevölkerung gelingen kann. Entweder durch die Öffnung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft oder durch die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten wie beispielsweise durch das Wahlrecht auf Gemeindeebene (Bauböck 2002, 18)¹⁰. Die Etablierung von neuen und zugänglichen Partizipationsformen erhöht die generelle Inklusion und kann aus normativer, funktionaler und symbolischer Sichtweise als wünschenswert betrachtet werden. Die Applikation 'Züri wie neu' ist ein Beispiel für eine neue Beteiligungsform, welche auch Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft zugänglich ist. Im Umkehrschluss birgt die Exklusion von Personen mit MH negative Folgen für eine Demokratie. Erstens wird das demokratische Prinzip der Repräsentation und Verantwortlichkeit untergraben. Zweitens wird der Rolle der aktiven Partizipation für die Bildung einer politischen Gesellschaft infrage gestellt. Drittens werden dadurch Personen mit MH nachhaltig als Aussenseiter der Gesellschaft dargestellt. Und schliesslich hat die politische Exklusion negative Folgen auf die soziale und ökonomische Integration von Personen mit MH (Morales und Giugni 2011, 1). Die Vertretung von ethnischen Minderheiten in demokratische Prozesse ist aus gerechtigkeits-theoretischer Perspektive wünschenswert, um ihre Interessen einbringen zu können (Alpiger und Vatter 2017, 17).

¹⁰ Für eine ausführliche Aufarbeitung zur Integration von Personen mit MH in die demokratischen Prozesse vergleiche den Bericht von Rainer Bauböck «Wessen Stimme zählt?» (2002).

Nachdem aufgezeigt wurde, welche politischen Zugänge in der Schweiz der ausländischen Bevölkerung zur Verfügung stehen und wieso eine stärkere politische Integration wünschenswert ist, wird nun auf verschiedene Erkenntnisse aus der Forschung zur politischen Partizipation von Personen mit MH eingegangen. Die politische Integration von Personen mit MH kann nach Morales und Giugni (2011) auf drei Ebenen untersucht werden, auf der Mikro-, Meso- und Makroebene. Auf der Mikroebene spielen die individuellen Merkmale eine Rolle. Auf der Mesoebene ist die Integration in soziale Netzwerke entscheidend. Auf der Makroebene werden die Möglichkeitsstrukturen des Wohnortes betrachtet. Diese drei Einflüsse müssen in der Forschung zur politischen Inklusion von Personen mit MH berücksichtigt werden (ebd., 5-10). Die Studie zeigt, dass es einen grossen Unterschied in der politischen Partizipation zwischen der einheimischen und ausländischen Bevölkerung gibt. Am stärksten äussert sich dies in institutionell verankerten und formellen Formen der politischen Partizipation aufgrund fehlender Rechte und Zugänge. Ein klares Ergebnis der Studie ist, dass die ausländische Bevölkerung generell ein geringeres Interesse an der Politik des Ankunftslandes hat als die einheimische (ebd., 262-63). In der Schweiz zeigt sich dieser Befund beispielsweise an der tiefen Wahlbeteiligung von Personen mit MH. Bei den eidgenössischen Wahlen 2015 haben sich Personen mit MH deutlich weniger beteiligt (vgl. Abb. 8). Im Jahr 2019 zeichnet sich ein ähnliches Bild ab und untermauert die Untervertretung (Tresch u. a. 2020).

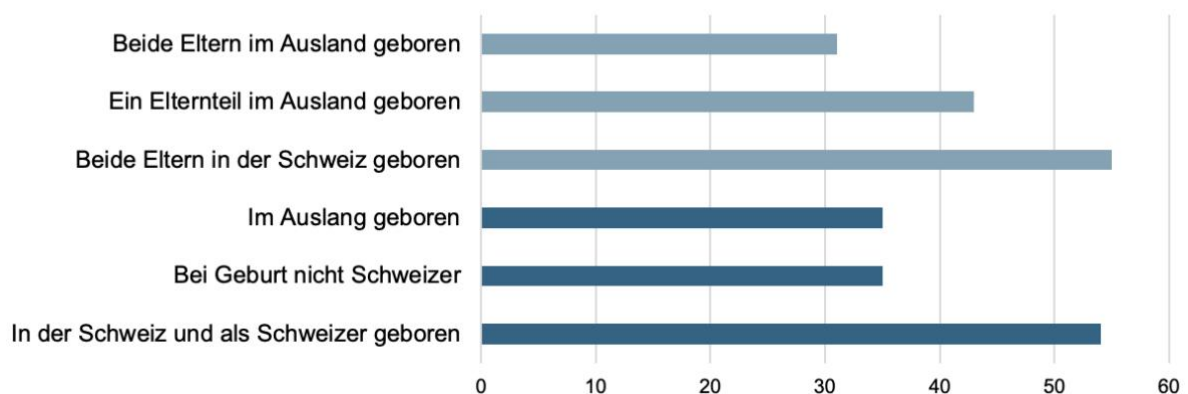


Abb. 8: Wahlbeteiligung in Prozent von Personen mit Migrationshintergrund bei den eidg. Wahlen 2015
 Quelle: Bericht zur Wahlteilnahme und Wahlentscheid von Selects - FORS (G. Lutz 2016, 15), eigene Darstellung
 Die oberen drei Merkmale beziehen sich auf den Migrationshintergrund der Eltern. Die unteren drei Migrationsmerkmale beziehen sich auf das Individuum selbst.

Eggert und Giugin (2010) untersuchen in ihrer Studie den Einfluss von Mitgliedschaften bei verschiedenen Organisationen auf das politische Interesse und die Partizipation (Mesoebene). Untersuchungsgegenstand sind Personen mit italienischem, kosovarischem und

türkischem MH ohne Schweizer Staatszugehörigkeit in Zürich. Es werden verschiedene Formen der politischen Beteiligung untersucht, deren Zugang auch ohne Schweizer Pass möglich ist wie das Kontaktieren von Politikern, das Mitarbeiten bei einer politischen Partei oder die Teilnahme an einer Demonstration. Die Organisationen werden in zwei Kategorien unterteilt, die unterschiedliche Ressourcen fördern. Mitgliedschaften bei 'ethnischen' Organisationen stärkt den Zusammenhalt innerhalb der ethnischen Gemeinschaft. Die Zugehörigkeit bei einer 'cross-ethnischen' Organisation fördert die Verbindung zwischen verschiedenen Gruppen. Die Autoren konnten zeigen, dass bei allen drei ethnischen Gruppen ein positiver Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft bei einer Organisation und der politischen Partizipation besteht. Die Mitgliedschaft bei Organisationen wie Verbänden fördert die politische Integration. Die Autoren mussten jedoch feststellen, dass individuelle Faktoren (Mikroebene) einen stärkeren Einfluss auf das politische Interesse haben. Vertrauen in Institutionen, die Identifizierung mit der Gesellschaft des Ankunftslandes sowie das Interesse an der Herkunftslandpolitik sind entscheidende Einflüsse (ebd., 198).

Auf der Makroebene wird der Einfluss der Möglichkeitsstrukturen der politischen Partizipation auf die Beteiligung von Personen mit MH untersucht. Cinalli und Giugni (2011) haben im Rahmen ihrer Studie die Strukturen verschiedener europäischer Städte untersucht und dabei unter anderem Zürich genauer betrachtet. Die politische Beteiligung der ausländischen Bevölkerung ist in Zürich mit rund 20 % relativ gering (Genf rund 40 %). Dies ist Ausdruck der geringen Möglichkeiten und eingeschränkten Rechten. In Genf beispielsweise hat die ausländische Bevölkerung Zugang zum aktiven Wahlrecht. Generell ist die Schweizer Migrationspolitik so ausgelegt, dass der ausländischen Bevölkerung der Gastarbeiter-Status zugeschrieben wird. Dies zeigt sich durch die hohen Barrieren zum Erlangen der Schweizer Staatsbürgerschaft und die strikten Vorgaben für eine langfristige Aufenthalte. Diese Haltung wird unterstrichen von Regelungen wie dem Minarett-Verbot oder dem Fehlen von öffentlichen Schulen für Minderheiten. Es kann abschliessend gesagt werden, dass der politische Kontext und die politischen Partizipationsmöglichkeiten einen Einfluss auf die politische Partizipation der ausländischen Bevölkerung haben. Je besser diese ausgebaut sind, desto höher ist die Beteiligung (ebd., 43-61).

Eine verbreitete Annahme ist der Einfluss der sozialen Herkunft von Personen mit MH auf die politische Beteiligung. Personen mit MH sind oft junge Erwachsene mit tiefem Bildungsniveau und geringem Einkommen. Wie bereits besprochen sind dies Faktoren, die die

politische Beteiligung hindern. Der negative Einfluss wird verstärkt durch eine fehlende soziale Integration im Ankunftsland. Das Gefühl, ein vollwertiges Mitglied in der Gesellschaft des Ankunftslandes zu sein, fördert das Interesse an politischen Fragen und das Gefühl der Betroffenheit. Schliesslich besagt die Sozialisierungsthese, dass Personen sich eher politisch beteiligen, wenn ihre Eltern sich beteiligen. Diese Vorbildfunktion fehlt vielen Personen mit MH (Didier Ruedin 2016).

Die normative Herleitung sowie die funktionale und symbolische Begründung haben aufgezeigt, dass aus demokratiethoretischer und gerechtigkeithoretischer Sichtweise die politische Integration von Personen mit MH wünschenswert ist. Grundsätzlich sind es die gleichen Gründe, welche Personen mit MH von einer politischen Beteiligung abhalten, wie bei Personen ohne MH. Diese werden jedoch durch eine fehlende politische Sozialisierung im Ankunftsland und fehlendem Zugehörigkeitsgefühl verstärkt. Die Ergebnisse der besprochenen Studien haben gezeigt, dass die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten eine Lösung für die Untervertretung sein kann. Neue, zugängliche Formen wie 'Züri wie neu' könnten das Potenzial haben, die politische Integration und die allgemeine politische Beteiligung von Personen mit MH zu fördern.

6 Veränderung durch Digitalisierung

Bisher lag der Fokus auf der Beteiligung bei politischen Partizipationsformen, die offline stattfinden wie zum Beispiel abstimmen und wählen, bei Demonstrationen teilnehmen oder Petitionen unterschreiben. Das CVM hat aufgezeigt, dass es unterschiedliche Ressourcen (Zeit, Geld, Kompetenzen) gibt, welche die Beteiligung begünstigen. Je nach Art der Partizipation sind unterschiedliche Ressourcen entscheidend. Ein hohes Einkommen hat beispielsweise einen positiven Einfluss auf die Spende-Beteiligung bei politischen Kampagnen (vgl. Kapitel 5.2). Aufgrund einer ungleichen Verteilung der partizipationsfördernden Ressourcen über verschiedene soziale Gruppen kommt es dazu, dass Frauen, junge Erwachsene, Personen mit einem formal tiefen Bildungsniveau und Personen mit MH untervertreten sind. Das ist für eine Demokratie insofern problematisch, dass nicht alle Interessen gleichermaßen vertreten sind und unterschiedlich stark Einfluss auf kollektive Entscheidungen genommen wird. Eine Lösung für dieses Demokratiedefizit ist die Erweiterung der Beteiligungsformen.

Der Einzug des Internets in das alltägliche Leben hat zu einer Zunahme von Partizipationsmöglichkeiten geführt. Besonders die Erweiterung von nicht-institutionelle Formen wurde durch das Internet begünstigt (Zúñiga u. a. 2010, 38; Dalton 2020). Neue Online-Möglichkeiten wie das Unterschreiben von Online-Petitionen, das Teilen von Beiträgen oder das Abonnieren eines politischen Newsletter haben sich in unserem Alltag integriert (Zúñiga u. a. 2010, 38). Wie bereits angesprochen (vgl. Kapitel 5.3.2 hängen Offline- und Online- Partizipation oftmals zusammen (Calenda und Meijer 2009, 888). Trotzdem haben Online-Partizipationsformen das Potenzial, die Struktur der politischen Beteiligung zu verändern. Es stellt sich die Frage, ob neue Online-Formen die Ungleichheit in der Beteiligung verringern kann oder ob diese noch verstärkt wird.

Es gibt verschiedene Sichtweisen auf die Beantwortung dieser Frage. Vertreter*innen der Mobilisierungsthese (*mobilization thesis*) gehen davon aus, dass das Internet eine mobilisierende Wirkung auf die untervertretenen Gruppen hat (Rojas und Puig-i-Abril 2009; Gibson, Lusoli, und Ward 2005). Für die Verringerung der Ungleichheit spricht, dass durch die Erweiterung der Partizipationsformen mehr Personen mit unterschiedlichen Ressourcen in den politischen Diskurs integriert werden können (Dalton 2017a). Die Verstärkungsthese (*reinforcement thesis*) wiederum warnt davor, dass durch das Internet bestehende Ungleichheiten in der Partizipation verstärkt werden, da Zugang zum Internet und die damit verbundenen Fähigkeiten je nach sozioökonomischem Status variieren (Norris 2001;

Schlozman, Verba, und Brady 2010). Eine weitere Sichtweise ist, dass die Ungleichheit in der politischen Partizipation durch das Internet unverändert bleiben. Nach dieser Perspektive werden Online-Beteiligungsformen als Erweiterung der Offline-Möglichkeiten betrachtet, welche den Status Quo bewahren (Calenda und Meijer 2009; Einstein, Palmer, und Glick 2019). In dieser Arbeit wird versucht, durch die Beantwortung der ersten Forschungsfrage, wer sich bei ‘Züri wie neu’ beteiligt, unterstützende Argumente für eine der drei Sichtweisen herauszuarbeiten. Zunächst wird als Beispiel für eine neue Online-Partizipationsmöglichkeit ‘Züri wie neu’ vorgestellt und in den *E-Democracy* und *Open Government* Kontext eingebettet. Danach wird der Forschungsstand zu den Einflussfaktoren auf die politische Beteiligung bei Online-Formen aufgearbeitet, um die relevanten Ressourcen zu identifizieren. Abschliessend wird betrachtet, was diese Entwicklung für die jeweilig besprochenen untervertretenen Gruppen bedeutet. Daraus wird abgeleitet, welche Strukturen bei der Nutzung von ‘Züri wie neu’ im Vergleich zu Abstimmungs- und Wahlbeteiligungen in der Stadt Zürich erwartet werden.

6.1 ‘Züri wie neu’ im Kontext der E-Demokratie

‘Züri wie neu’ ist eine lokale Mängelmelder App, deren Vorbild aus England stammt. Während die englische Version ‘fix my street’¹¹ von der NGO ‘mySociety’¹² erfunden und bereitgestellt wird, wird ‘Züri wie neu’ von der Zürcher Stadtverwaltung betrieben (Stürmer 2020). In einem ersten Schritt wird nun die Idee und Funktionsweise von ‘Züri wie neu’ als Online-Partizipationsform vorgestellt. In einem zweiten Schritt wird die App in die Entwicklung der E-Government Bewegung eingebettet.

¹¹ Vgl. www.fixmystreet.org

¹² Vgl. www.mysociety.org

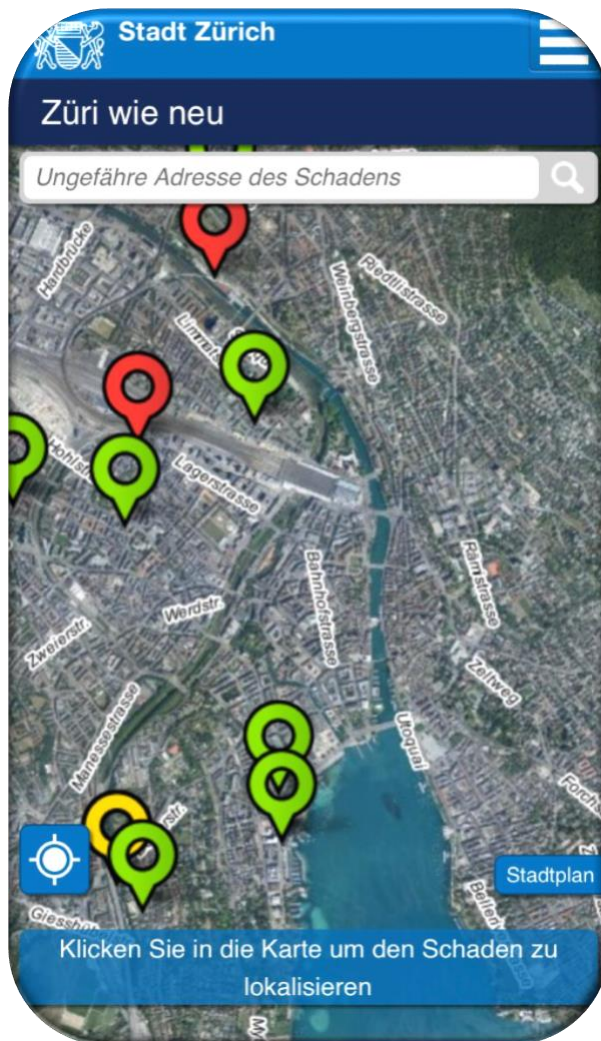


Abb. 9: Screenshot der App 'Züri wie neu' [29.09.2020]

6.1.1 Was ist 'Züri wie neu'?

'Züri wie neu' ist ein Mängelmelder der Stadt Zürich und bietet eine Möglichkeit zur aktiven Partizipation an der öffentlichen Infrastruktur. Die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und der Stadtverwaltung soll durch die Plattform gefördert werden (Stürmer und Ritz 2014). Mit 'Züri wie neu' möchte die Stadt Zürich einen Schritt in die Richtung der digitalen Zukunft gehen und ein starkes Signal für die Bürgerbeteiligung setzen (Stadt Zürich 2014). Im Rahmen eines Ideenwettbewerbs der Stadt Zürich ging 'Züri wie neu' als Sieger hervor.

Das Grundprinzip der Plattform ist, dass Personen einen Mangel in der Stadt Zürich wie beispielsweise Schlaglöcher, defekte Lichtinstallationen oder Beschädigungen durch Vandalismus direkt der Stadtverwaltung melden können. Durch die Nutzung der Smartphone-

Applikation (vgl. Abb. 9) oder der dazugehörigen Website www.zueriwieneu.ch (vgl. Abb. 10) können Personen den Schaden lokalisieren, ein Foto davon hochladen und einen Kommentar hinterlassen. Beim Melden eines Schadens müssen Personen ihre Telefonnummer und

The screenshot shows the 'Züri wie neu' website interface for reporting infrastructure damage. At the top, there are navigation links: 'Eine Meldung erfassen', 'Alle Meldungen', and 'Hilfe'. The main heading is 'Melden Sie Schäden an der Infrastruktur von Zürich'. Below this, there is a section for 'Ungefähre Adresse des Schadens:' with the example 'z.B. 'Langstrasse' oder 'Basteiplatz''. There is a text input field and a 'Los' button. Below the input field, it says '... or use my location'. The page is divided into two main sections: 'Erfassen Sie eine neue Meldung:' and 'Kürzlich erfasste Meldungen:'. The 'Erfassen Sie eine neue Meldung:' section has three numbered steps: 1. Ungefähre Adresse des Schadens, 2. Lokalisieren Sie den Schaden auf der Karte, and 3. Beschreiben Sie den Schaden. Below this, there are two statistics: '62 Meldungen in der letzten Woche' and '352 bearbeitete Meldungen im letzten Monat'. The 'Kürzlich erfasste Meldungen:' section lists several reports with their titles, timestamps, and small photos: 'Verbleichtes uraltes schi' (11:59 heute), 'Graffiti an der Wand' (11:06 heute), 'Verschmutzung' (10:11 heute), 'Auf dem Trottoir der Seestr' (10:04 heute), and 'An der Kreuzung Lavater-Breitlingstr.' (09:59 heute).

Abb. 10: Screenshot der Internetseite 'Züri wie neu' [16.10.2019]
Quelle: www.zueriwieneu.ch

E-Mail-Adresse angeben. Die Kontaktdaten werden ausschliesslich intern genutzt, falls es Rückfragen zur Schadensmeldung gibt. Um die Bearbeitung der Meldung möglichst effizient zu gestalten, muss die Schadensmeldung einer Schadenskategorie wie «Signalisation/Lichtsignal» oder «Graffiti» zugeordnet werden. In einem ersten Schritt wird in der Stadtverwaltung geprüft, ob die eingegangene Meldung tatsächlich eine Schadensmeldung ist und nicht etwa ein Verbesserungsvorschlag oder eine diffamierende Äusserung. Bei korrekter Schadensmeldung wird die Anfrage innerhalb eines Arbeitstages an die zuständige Stelle weitergeleitet. Diese übernimmt die inhaltliche Bearbeitung der Meldung innerhalb von fünf Arbeitstagen und gibt der Person, die den Schaden gemeldet hat, ein Feedback. Nach diesem Prozess wird die Meldung öffentlich in der App zugänglich gemacht. Die Behebung des Schadens ist abhängig von den Umständen. Zum Beispiel wird eine defekte

Lichtinstallation möglichst rasch repariert, Abfall wird mit der nächsten regulären Entsorgungstour eingesammelt und Graffitis werden oftmals nicht entfernt, da sie sich nicht auf städtischem Boden, sondern auf Privatgrund befinden. Das Angebot ‘Züri wie neu’ wurde im April 2013 eingeführt und bis Dezember 2016 gingen rund 10'000 Schadensmeldungen ein. Pro Tag entspricht dies ungefähr sieben Meldungen (Abu-Tayeh, Portmann, und Stürmer 2017, 530–37). Im September 2020 gingen 351 Meldungen ein, was zirka 11-12 Meldungen pro Tag entspricht (Stadt Zürich o. J.). Durch die laufend steigende Beliebtheit der Plattform konnte im Juli ‘Züri wie neu’ um die Schadenskategorie ‘Schädlinge’ erweitert werden. Das Ziel der Einführung dieser Kategorie ist, dass möglichst schnell auf unerwünschte und gebietsfremde Tierarten wie Tigermücken reagiert werden kann, und die Verbesserung der Dienstleistung der Schädlingsprävention und -beratung für die Bevölkerung (Stadt Zürich 2019).

Die Einordnung von ‘Züri wie neu’ als Online-Partizipationsform kann von der zu Beginn gegebenen Definition der politischen Partizipation abgeleitet werden. Unter politischer Partizipation werden Verhaltensweisen zusammenfasst, die einen Einfluss auf politische Entscheidungen direkt oder indirekt beabsichtigen (Van Deth 2009, 141). Konkret umfassen diese Handlungen beispielsweise wählen, andere Personen mobilisieren, Gemeinschaftsarbeit oder mit Verwaltungen in Kontakt treten (Verba, Schlozman, und Brady 1995, 2). Durch ‘Züri wie neu’ kann die Bevölkerung mit der Verwaltung in Kontakt treten und Einfluss auf Entscheidungen über die Ausgestaltung des öffentlichen Raums nehmen. Weiter beteiligen sich Einzelpersonen freiwillig bei der Mängel-App. Die Beteiligung bei ‘Züri wie neu’ erfüllt demnach die Komponenten der politischen Partizipation (vgl. Kapitel 3.1). Weiter kann ‘Züri wie neu’ als eine Online-Beteiligungsform eingeordnet werden, da jegliche Formen vom Teilen und zugänglich machen von Inhalten dieser Kategorie zugeteilt werden können (C. Lutz, Hoffmann, und Meckel 2014, 2). Die *politische* Online-Partizipation hebt sich zusätzlich ab, indem neben dieser ersten kreativen Dimension (Erstellen und Teilen von Beiträgen) noch zwei weitere relevant sind. Die soziale Dimension beschreibt, dass das Erstellen und Teilen von Inhalten meist in einer Community eingebettet sind. Die motivationale Dimension bezieht sich auf die Absicht der Online-Partizipation, welche einen sozialen Zweck verfolgt. Aus diesen drei Dimensionen lassen sich eine Definition für die politische Online-Partizipation ableiten: Unter politischer Online-Partizipation wird das Erstellen und Teilen von Beiträgen im Internet verstanden, welches sich an eine bestimmte Community richtet und einen sozialen Zweck verfolgt (Hoffmann, Lutz, und Meckel 2015, 696; Hargittai und Jennrich 2016, 201).

Angewandt auf ‘Züri wie neu’ zeigen sich die drei Dimensionen der Definition für politische Online-Partizipation folgendermassen. Für die Teilnahme bei ‘Züri wie neu’ müssen die User eine Meldung erstellen und in der ‘Züri wie neu’-Community (andere User und Stadtverwaltung) teilen. Dabei wird ein sozialer Zweck verfolgt, da die Mängel-Meldungen zur Verbesserung des öffentlichen Raumes beitragen. Bei ‘Züri wie neu’ handelt es sich demnach um eine Möglichkeit, politisch auf lokaler Ebene online zu partizipieren. Auf der lokalen Ebene ist die Bevölkerung direkt von politischen Entscheidungen betroffen, was den Wunsch auf Beteiligung positiv beeinflusst (Gabriel und Norbert 2014, 82). Weiter kann ‘Züri wie neu’ als eine kommunikative, beratende Form der Online-Bürgerbeteiligung eingeordnet werden (Kubicek 2016, 14). Die Stadtverwaltung appelliert an die Expertise der Bürger*innen und möchte in Form von Mängel-Meldungen über das Verbesserungspotenzial des öffentlichen Raums in der Stadt Zürich beratschlagen werden.

6.1.2 Einbettung im E-Demokratie Kontext

Online-Partizipationsmöglichkeiten wie ‘Züri wie neu’ gehören zum Feld der E-Demokratie. Mit E-Demokratie wird die Etablierung von Informations- und Kommunikationstechniken (IKT) verstanden, welche die Bevölkerung dazu befähigen sollen, Volksvertreter*innen für ihre Handlungen im öffentlichen Raum zur Verantwortung zu ziehen. Mittels IKT sollen politische Prozesse transparenter werden, die direkte Involvierung der Bevölkerung gefördert (wie zum Beispiel durch ‘Züri wie neu’) und die Meinungsbildung durch neue Informations- und Diskussionszugänge gestärkt werden (Trechsel u. a. 2003, 3). Durch diese drei Funktionen der E-Demokratie soll die Distanz zwischen den Regierenden und den Regierten überwunden werden. Darüber hinaus können durch neue IKT Handlungen der Verwaltung transparenter gestaltet werden und die Behördendienstleistung ausgebaut werden (Gasser u. a. 2010). In diesem Kontext wird auch der Begriff E-Government (oder Open-Government) verwendet, unter dem folgendes verstanden wird: «Die Verwaltungstätigkeit soll mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) so bürgernah und so wirtschaftlich wie möglich gestaltet werden» (BK 2011, 5).

Die Plattform ‘Züri wie neu’ kann im Bereich der E-Government eingeordnet werden. Die Idee einer zugänglichen und integrierenden Verwaltung ist Teil des New-Public-Management-Modells, welches als Gegenbewegung zum Bürokratiemodell von Max Weber entstand. Das Bürokratiemodell beruht auf dem Grundprinzip einer steilen Hierarchie, bei der die

Bürger*innen dem Staat untergeordnet sind. Eine wichtige Rolle dabei spielen strikte Regulierungen und definierte Prozessabläufe für den Schutz vor Willkür, Ungleichbehandlung und Korruption (vgl. Weber 1922). Das Modell wird kritisiert, da es wegen seinen fixen Strukturen nicht auf die Komplexität der Umwelt eingehen kann. Es wird eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verwaltungsabteilungen und externen Akteuren sowie eine stärkere Arbeitsteilung gefordert. Es kommt zur Ablösung von Webers Bürokratiemodell durch das New-Public-Management-Modell. Der Hauptunterschied liegt in dem Status der Bevölkerung. Im New-Public-Management-Modell werden sie nicht mehr der Verwaltung untergeordnet, sondern werden als Kund*innen öffentlicher Leistungen angesehen auf deren Bedürfnisse eingegangen werden soll. Die Kundenorientierung und die Weiterentwicklung der IKT führen dazu, dass sich die Verwaltung öffnet und die Bürger*innen stärker in ihre Prozesse miteinbezieht. Durch den Wechsel hin zum New-Public-Management-Modell hat sich das E-Government Konzept etabliert. Die Regierung oder deren Verwaltung fungiert als Dienstleistungsanbieter und ist dafür verantwortlich, dass alle Akteure, die in die politischen Prozesse integriert werden sollten, zur Partizipation ermutigt werden. 'Züri wie neu' ist ein E-Government Instrument und ermöglicht eine aktive Partizipation der Bevölkerung in der öffentlichen Verwaltung (Abu-Tayeh, Portmann, and Stürmer 2017: 532, 33).

Es können drei Kernargumente identifiziert werden, wieso die Bevölkerung stärker in die Verwaltungsprozesse miteinbezogen werden sollte: Das normative, das substantielle und das instrumentelle Argument. Die normative Begründung basiert auf dem Betroffenheitsprinzip nach Dahl und besagt, dass Bürger*innen durch ihre eigene Betroffenheit die besten Entscheidungen treffen. Das substantielle Argument besagt, dass Laienurteile über Risiken besser sind als Expertenurteile, da Laien Probleme und Lösungen sehen, welche Experten entgehen. Bezogen auf die Organisation eines Staates werden unter den Laien die Bürger*innen verstanden, die Situationen durch ihre Erfahrungen besser einschätzen können als die Verwaltung. Die instrumentelle Begründung weist darauf hin, dass Partizipation die Legitimität von Verwaltungen und politischen Entscheidungen erhöht und das Vertrauen in das System und Entscheidungsträger*innen steigt. Diese drei Argumente begründen, wieso die

partizipative Einbindung der Bevölkerung in die Verwaltung positiv bewertet und zum Beispiel vom Kanton Zürich¹³, der Schweiz¹⁴ oder der EU¹⁵ angestrebt wird (Fiorino 1990, 227–28).

6.2 Einflussfaktoren der politischen Online-Partizipation

Es wurde bereits angesprochen, dass durch den Wandel des Verständnisses, wie ein Staat organisiert sein soll, und die Etablierung neuer IKT die Zugänglichkeit von Verwaltungen vereinfacht wurde. Online-Partizipationsmöglichkeiten wie ‘Züri wie neu’ haben sich im Zuge dieser Entwicklung etabliert. Durch die Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten für die Bevölkerung ist die Hoffnung entstanden, dass die politische Partizipation der Bürger*innen gesteigert und die Ungleichheit zwischen den sozialen Gruppen gemindert werden kann (BK 2011, 13). In diesem Kapitel wird zunächst auf den *Digital Divide* eingegangen, welcher die Ungleichheit im Zugang und der Nutzung von IKT beschreibt. Im darauffolgenden Kapitel werden Einflussfaktoren der politischen Online-Partizipation behandelt¹⁶. Es wird untersucht, welche Ressourcen und damit verbundenen Fähigkeiten Frauen, jungen Erwachsenen, Personen mit tiefem Bildungsniveau und Personen mit MH zur Verfügung stehen. Bisher gibt es nur wenige Studien, die sich mit den Einflussfaktoren auf der Mikroebene wie zum Beispiel demographischen Merkmalen oder individuelle Motivationen und Einstellungen analysieren (Steinbach, Wilker, und Schöttle 2020, 17). In diesem Kapitel wird daher ein Versuch unternommen, die unterschiedlichen Erkenntnisse zusammenzutragen. Anschliessend werden Annahmen abgeleitet, wie die Beteiligung der jeweiligen Gruppen im Vergleich zum Wahl- und Abstimmungsverhalten bei ‘Züri wie neu’ zu erwarten ist. Gleichzeitig werden Hypothesen abgeleitet, die den Zusammenhang zwischen individuellen Merkmalen und der Intensität der Beteiligung bei ‘Züri wie neu’ beschreiben.

6.2.1 Digital Divide

Digital Divide beschreibt die Ungleichheit in der digitalen Gesellschaft aufgrund unterschiedlicher Zugänge zum Internet. Dieser beschränkt sich jedoch nicht nur auf den

¹³ Vgl. www.zh.ch/de/staatskanzlei/digitale-verwaltung-egovernment.html

¹⁴ Vgl. www.egovernment.ch

¹⁵ Vgl. www.ec.europa.eu/info/business-economy-euro/egovernment_de

¹⁶ Es werden individuelle Einflussfaktoren auf der Mikroebene untersucht. Für eine Übersicht der Einflussfaktoren auf der Meso- und Makroebene vergleiche die Studie «E-participation on the local level» von Steinbach, Wilker und Schöttle (2020, 17, 26–28).

physischen Zugang, sondern beinhaltet operationale, formale, informationsbeschaffungsrelevante und strategische Fähigkeiten. Eine ungleiche Verteilung dieser Fähigkeiten entlang der Gesellschaft kann zu einer Verstärkung der bisher existierenden Ungleichheiten führen. Ob die entsprechenden Fähigkeiten vorhanden sind oder nicht, ist abhängig von bestimmten Ressourcen (A. Van Deursen und Van Dijk 2011, 894; A. J. Van Deursen und Helsper 2015, 4; Van Dijk 2005, 7). In der Schweiz hatten 2017 rund 7 % der Haushalte keinen Internetanschluss. Als Gründe für den fehlenden Internetzugang zu Hause wurde mehrheitlich angegeben, dass kein Bedarf besteht. Andere Gründe sind fehlende Kenntnisse, zu hohe Kosten, dass der Internetzugang anderswo zur Verfügung steht und Sicherheitsbedenken (absteigend in dieser Reihenfolge) (BFS 2018, 2). Es wird nun zunächst beschrieben, was unter den verschiedenen Fähigkeiten verstanden wird. Anschliessend wird ein Überblick der Digital Divide Forschung gegeben.

Die Fähigkeiten, die für die Nutzung von IKT relevant sind, lassen sich in vier Kategorien einteilen. Die operationalen Fähigkeiten beschreiben grundlegende Skills, die für die Nutzung von digitalen Technologien vorausgesetzt werden (A. Van Deursen und Van Dijk 2011, 895). Beginnend beim Einschalten eines Computers bis hin zum Abspeichern eines Files in einem Ordner (Warschauer 2003, 111). Die formalen Fähigkeiten beinhalten Kenntnisse über die formalen Merkmale und Strukturen eines Computers und dem Internet. Dazu gehört zum Beispiel zu verstehen, was ein Hyperlink ist und wie damit umzugehen ist (A. Van Deursen und Van Dijk 2011, 895). Die operationalen und formalen Skills sind weitgehend abhängig von mentalen Ressourcen wie Lernfähigkeit oder Beharrlichkeit, von materiellen Ressourcen (physischer Internetzugang) und sozialen Ressourcen, die die Position in der Gesellschaft und Beziehungen einer Person beschreiben. Das Alter hat einen entscheidenden Einfluss auf diese Ressourcen (Van Dijk 2005, 79–80). Weiter sind Fähigkeiten zur Informationsbeschaffung relevant, welche die Beschaffung bestimmter Informationen mittels des Internets beschreiben. Fähigkeiten wie das Finden, Auswählen und Bewerten von Informationen im Internet gehören zu dieser Kategorie (A. Van Deursen und Van Dijk 2011, 895). Ob eine Person über diese Ressourcen verfügt, ist abhängig vom Bildungsniveau, der beruflichen Tätigkeit und die Nutzungshäufigkeit von IKT (Van Dijk 2005, 88). Unter den strategischen Fähigkeiten wird verstanden, dass eine Person das Internet zum Erreichen eines bestimmten Ziels nutzen kann. Die Nutzung des Internets ist hier mit dem generellen Ziel verbunden, seine eigene Position in der Gesellschaft zu verbessern (A. Van Deursen und Van Dijk 2011, 895). Zusätzlich zu den

bisher genannten relevanten Ressourcen sind bei diesen Fähigkeiten weitere Faktoren wie technisches und politisches Wissen. Personen, die beispielsweise über den Umgang mit ihren persönlichen Daten informiert sind oder sich politisch digital einbringen wollen, entwickeln eher strategische Fähigkeiten (Van Dijk 2005, 89). Während die operationalen und formalen Fähigkeiten Medium-relevante Skills beschreiben, fokussieren sich die informationsbeschaffungsrelevanten und strategischen Fähigkeiten auf den Inhalt (A. Van Deursen und Van Dijk 2011, 896). Welche der vier verschiedenen Fähigkeiten einer Person zur Verfügung stehen, ist vorwiegend abhängig von ihren Ressourcen. Diese wiederum hängen mit der Position einer Person in der Gesellschaft zusammen (Van Dijk 2005, 24)¹⁷.

Bei unterschiedlichen Formen der Online-Partizipation wurden bisher unterschiedliche Muster der Nutzung festgestellt. Beispielsweise ist die Beteiligung von Männern bei kooperative Plattformen wie Wikipedia viel höhere als diejenigen von Frauen (Hargittai und Shaw 2015), während soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram oder Twitter stärker in urbanen Räumen wie in ländlichen Gebieten genutzt wird (Alhabash und Ma 2017)¹⁸. Es wird deutlich, dass die Beteiligung bei den verschiedenen Plattformen von Merkmalen der Benutzer abhängig ist, wie beispielsweise das Geschlecht oder der sozioökonomische Status. Diese Erkenntnis ist wichtig, hilft jedoch nicht bei der Reduzierung von Ungleichheiten in der Nutzung von Online-Partizipationsformen. Der Fokus auf die Fähigkeiten, welche für die Internetnutzung relevant sind, bieten hier einen vielversprechenderen Lösungsansatz (Hargittai und Jennrich 2016, 206). Bisherige Untersuchungen konnten zeigen, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen der Online-Beteiligung und Internet-relevanten Fähigkeiten gibt (Rottinghaus und Escher 2020; Hargittai und Hinnant 2008; A. J. A. M. van Van Deursen 2012). Die Ergebnisse der verschiedenen Studien weisen konsistent darauf hin, dass Personen mit einem tiefen sozioökonomischen Status weniger qualifizierte Fähigkeiten in Bezug auf die Nutzung von IKT aufweisen (Hargittai und Jennrich 2016, 207) und in politischen Online-Partizipationsformen untervertreten sind (Rottinghaus und Escher 2020, 281). Dies zeigt sich wiederum in der politischen Online-Partizipation, bei der ähnliche Unterschiede in der Partizipation festgestellt werden konnten wie bei Offline-Möglichkeiten. Wie bei den Offline-Partizipationsformen gibt es unterschiedliche Einflussfaktoren für die verschiedenen Arten der

¹⁷ Für einen Überblick für weitere Einflussfaktoren wie der soziale Support bei der Internetnutzung vgl. die Studie «Internet skills and the digital divide» von Alexander van Deursen und Jan van Dijk (2011).

¹⁸ Vgl. «The Online Participation Divide» von Eszter Hargittai und Kaitlin Jennrich (2016, 200–206).

Online-Beteiligung. Beispielsweise ist der Einfluss des sozioökonomischen Status bei der Beteiligung bei politischen Online-Foren signifikant, während bei anderen Formen ein weniger starker Einfluss beobachtet werden konnte (Dalton 2017a).

Der Digital Divide beschreibt, dass der Zugang zum Internet und Fähigkeiten im Umgang mit IKT einen entscheidenden Einfluss auf die Online-Partizipation haben. Trotzdem würde die Förderung dieser Ressourcen nicht automatisch zu einer ausgeglichenen Inklusion der verschiedenen sozialen Gruppen in die politischen Prozesse führen. Wie bereits angesprochen, stehen die Offline- und Online-Partizipation im Zusammenhang. Personen, die sich für Politik interessieren und Offline-Partizipationsmöglichkeiten nutzen, beteiligen sich eher auch bei Online-Formen (Breindl und Francq 2008; Calenda und Meijer 2009). Es gibt entsprechend Unterschiede in der Online-Partizipation jenseits des Digital Divides.

6.2.2 Untervertretene Gruppen und Online-Partizipation

Bei der generellen Nutzung des Internets gibt es zwischen *Frauen* und Männern in der Schweiz kaum einen Unterschied. Im Jahr 2017 haben 71 % der Frauen angegeben, das Internet täglich zu nutzen, während die tägliche Nutzung bei den Männern bei 74 % lag (BFS 2018, 3). Auch in Bezug auf digitale Kompetenzen¹⁹ gibt es nur einen geringen Geschlechterunterschied. Frauen verfügen zu 41 % und Männer zu 45 % über hohe digitale Fähigkeiten (ebd., 4). Trotzdem kann in Bezug auf die politische Online-Partizipation ein Geschlechterunterschied festgestellt werden: Die Ungleichheit der Offline-Beteiligung reproduziert sich bei Online-Formen der politischen Partizipation (Calenda und Meijer 2009, 888).

Die Autoren Rottinghaus und Escher haben in ihrer Studie «Mechanisms for inclusion and exclusion through digital participation» (2020) anhand von drei deutschen Städten untersucht, welche Personen bei lokalen Online-Formen politisch partizipieren. Es wurde gezeigt, dass Frauen unterrepräsentiert sind. Dieser Effekt verliert auf der multivariaten Ebene jedoch an Signifikanz durch das Einbeziehen des Umfangs der bisherigen Beteiligung bei nicht-institutionalisierten Formen. Das bedeutet, dass nicht das Geschlecht entscheiden ist, sondern das vergangene politische Engagement (ebd., 270). Weitere Studien haben ebenfalls gezeigt, dass Frauen untervertreten sind in der Online-Partizipation. Besonders Hausfrauen beteiligen

¹⁹ Die digitalen Kompetenzen werden vom Bundesamt für Statistik (BFS) in vier Kategorien eingeteilt: Informationsbeschaffung, Kommunikation, Problemlösung und Verwendung von Software zur Erstellung und Bearbeitung digitaler Inhalte (vgl. 2018, 4).

sich kaum (Kubicek 2016, 89). Andere Studien wiederum belegen, dass Frauen bei der Online-Partizipation nicht untervertreten sind (Ritzi und Wagner 2016, 323). Es kann daraus geschlossen werden, dass das Geschlecht keinen signifikanten Einfluss auf die politische Partizipation bei lokalen Online-Formen wie ‘Züri wie neu’ haben wird. Trotzdem ist zu erwarten, dass die Beteiligung geringer ausfällt als bei Männern. Grund dafür ist jedoch nicht das Geschlecht, sondern die bereits geringere Partizipation bei Offline-Formen und deren Einflussfaktoren (vgl. Kapitel 5.3.1). Da die digitalen Fähigkeiten bei Frauen ähnlich hoch sind wie bei Männern, ist zu erwarten, dass Frauen bei ‘Züri wie neu’ zu einem ähnlichen Anteil unterrepräsentiert sind wie bei Offline-Formen wie nationalen Abstimmungen.

Junge Erwachsene sind im Gegensatz zu älteren Personen mit digitalen Medien aufgewachsen. Das spiegelt sich in den digitalen Fähigkeiten (A. Van Deursen und Van Dijk 2011, 897). Der Unterschied in den digitalen Skills ist in der Schweiz deutlich erkennbar. Fast 70 % der 16- bis 24-Jährigen verfügen über sehr kompetente digitale Fähigkeiten. Bei den 55- bis 74-jährigen Personen liegt dieser Wert nur knapp über 20 %. Ein weiterer Unterschied ist in der täglichen Internetnutzung beobachtbar. Während junge Erwachsene das Internet zu 95 % täglich nutzen, sind rund 65 % der 55-74-Jährigen täglich online. Die Gruppe der Personen zwischen 25 und 54 Jahren liegt bei der Nutzung sowie bei den Kompetenzen jeweils zwischen den jungen Erwachsenen und der Personen über 55 Jahren (tägliche Nutzung knapp 90 %, gute digitale Kompetenzen knapp 50 %) (BFS 2018, 3).

Eine intensive Nutzung des Internets hat einen positiven Einfluss auf die politische Online-Partizipation. Personen, bei denen die Internetnutzung in den Alltag integriert ist, beteiligen sich mit einer grösseren Wahrscheinlichkeit bei Online-Partizipationsformen (Calenda und Meijer 2009, 890). Da dies bei jüngeren Personen eher zutrifft, ist ein Anstieg in der Beteiligung bei ‘Züri wie neu’ im Vergleich zu der Beteiligung bei Abstimmungen zu erwarten. Diese Annahme wird dadurch unterstützt, dass viele politische Aktivitäten junger Erwachsener im Kontext von IKT stattfinden. Besonders interaktive Formen mit Kommentarfunktionen, welche einen Bezug zum Hier und Jetzt herstellen, sind bei Jugendlichen beliebt (Rothenbühler, Ehrler, und Kissau 2012, 17). ‘Züri wie neu’ wird diesem Anspruch gerecht, da auf die Mängel-Meldung sofortige Rückmeldungen der Stadtverwaltung folgt. In der Studie von Calenda und Meijer wurde untersucht, ob junge Erwachsene sich bei Online-Partizipationsformen aufgrund ihrer Technikaffinität (*technology deterministic explanation*) oder ihrer Partizipation bei Offline-Formen (*voluntaristic explanation*) beteiligen (2009). Die Autoren haben dafür das

Online-Verhalten von 2163 Studenten aus Italien, Spanien und den Niederlanden untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Zeit, die online verbracht wird, und der Online-Partizipation gibt. Hingegen kann ein Zusammenhang zwischen der Offline- und Online-Partizipation bestätigt werden. Die Art und Weise, wie eine Person politisch offline partizipiert, wird in der digitalen Welt reproduziert (Calenda und Meijer 2009, 892; vgl. Einstein, Palmer, und Glick 2019).

Wenn die digitalen Fähigkeiten als alleinige Einflussfaktoren auf die politische Online-Partizipation wirken würden, wäre zu erwarten, dass die jungen Erwachsenen stark übervertreten sind. Da andere Faktoren wie die politische Partizipation bei Offline-Formen weiteren Einfluss nehmen, ist zu erwarten, dass junge Erwachsene bei 'Züri wie neu' knapp untervertreten sein werden. Anders als bei Offline-Formen ist jedoch nicht zu erwarten, dass die grösste Beteiligung bei der ältesten Bevölkerungsgruppe zu beobachten ist, da älteren Personen wahrscheinlicher partizipationsrelevante Fähigkeiten oder Zugänge fehlen (Digital Divide). Einhergehend mit Ergebnissen anderer Studien (vgl. Rottinghaus und Escher 2020, 273) zur Online-Partizipation wird daher angenommen, dass die mittlere Alterskategorie der 25- bis 54-Jährigen übervertreten sein wird. Es ist zu erwarten, dass jüngere Personen aufgrund von fehlendem Interesse und ältere Personen aufgrund von fehlenden technischen Kenntnissen und Zugang unterrepräsentiert sind.

Die Gruppe der *Personen mit einem tiefen Bildungsniveau* wurde bereits bei der Auseinandersetzung mit dem Digital Divide angesprochen. Personen mit einem tiefen sozioökonomischen Status werden weniger wahrscheinlich politische Online-Formen nutzen. Dabei lässt sich das Bildungsniveau als konsistenter und dominanter Einfluss auf die Nutzung von IKT identifizieren (A. Van Deursen und Van Dijk 2011, 897). In der Schweiz lässt sich diese Ungleichheit ebenfalls beobachten. Von den 25- bis 54-Jährigen mit mittlerem oder hohem Bildungsniveau (Sekundarstufe II, Tertiärstufe) nutzen das Internet zu 90 % täglich, während die tägliche Nutzung bei Personen mit einem niedrigen Bildungsstand (obligatorische Schule) bei rund 70 % liegt. Die Verteilung der digitalen Fähigkeiten nach Bildungsstand untermauert die Ungleichheit. Knapp 70 % der Personen mit einem Tertiärabschluss verfügen über hohe digitale Kompetenzen. Bei Personen mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II liegt diese Zahl nur noch bei 40 % und bei denjenigen mit einem tiefen Bildungsniveau bei 21 % (BFS 2018, 6).

Diese Ungleichheit lässt sich auf die Partizipation bei politischen Online-Beteiligungsmöglichkeiten übertragen. Wenn die Internetnutzung im Alltag integriert ist, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Person online politisch beteiligt (Calenda und Meijer 2009, 890). Die Ergebnisse verschiedener Studien untermauern diesen Zusammenhang und weisen darauf hin, dass Personen mit einem Tertiärabschluss bei politischen Online-Partizipationsformen überrepräsentiert sind (Kubicek 2016, 89; Rottinghaus und Escher 2020, 274). Entsprechend dieser Ergebnisse ist zu erwarten, dass Personen mit einem hohen Bildungsniveau bei der Teilnahme von 'Züri wie neu' übervertreten sind. Da sich die Offline-Partizipation in der Online-Partizipation zusätzlich niederschlägt, ist sogar eine noch stärkere Ungleichheit zwischen den Bildungsniveaus bei 'Züri wie neu' zu erwarten, wie bei Offline-Formen wie Abstimmungen oder Wahlen.

Personen mit MH haben je nach Status der Staatszugehörigkeit unterschiedliche Partizipationsmöglichkeiten. Die Beteiligung bei 'Züri wie neu' ist nicht an eine Staatsbürgerschaft gebunden und ermöglicht die Inklusion aller Personen mit MH. Die Internetnutzung von Personen mit MH in der Schweiz wurde bei der Erhebung 2017 des Bundesamts für Statistik nicht berücksichtigt. In einer älteren Studie wurde die Mediennutzung von Jugendlichen mit MH in der Schweiz untersucht (Bonfadelli und Bucher 2007). Es konnte gezeigt werden, dass bereits 2007 der Internetzugang Schweizer*innen sowie Personen mit MH gleichermassen zur Verfügung stand. 70 % der Jugendlichen (mit und ohne MH) nutzen das Internet häufig. Unterschiede in der Nutzungshäufigkeit konnten bezüglich des Geschlechts und des Bildungsstandes festgestellt werden (ebd.). Generell unterscheidet sich die Internetnutzung von Personen mit MH und der Mehrheitsgesellschaft kaum (Bonfadelli und Signer 2008, 16). Die Gruppe der Personen mit MH muss jedoch differenziert betrachtet werden. Individuelle Unterschiede liegen in der ethnischen Herkunft und in der Aufenthaltsdauer im Aufnahmeland (Bonfadelli 2019, 136). Türkischstämmige Personen in Deutschland geben beispielsweise häufiger als andere Ethnien an, das Internet vorwiegend für Alltagstipps zu verwenden. Andere Motivationen, wie um sich zu informieren, sind wiederum nicht von der ethnischen Abstammung abhängig, sondern vom Bildungsstand (Müller und Beisch 2011, 497). Personen mit MH sind im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft in Bezug auf Bildung und sozioökonomischen Status benachteiligt. Diese Benachteiligung zeigt sich in geringeren digitalen Fähigkeiten, was zu einer stärkeren Ungleichheit in der Online-Partizipation führen könnte (Bonfadelli 2019, 123; Dalton 2017b, 1:130).

Bei der Internetnutzung von Personen mit MH muss weiter die Sprache der genutzten Plattformen berücksichtigt werden. Deutschkenntnisse werden von Personen mit MH in der Deutschschweiz als wichtigster Integrationsfaktor identifiziert (Bonfadelli und Signer 2008, 42). Je nach Heimatland werden unterschiedlich oft deutschsprachige oder heimat Sprachige Internetseiten besucht. Eine Studie aus Deutschland hat gezeigt, dass türkischstämmige Personen am häufigsten mit 9 % exklusiv heimat Sprachige Angebote nutzen, während dieser Wert bei russisch- oder polnisch-stämmigen Personen bei knapp 5 % liegt und bei den restlichen Ethnien lediglich bei 1 %. Zusätzlich spielt das Alter eine Rolle. Ältere Personen mit MH nutzen häufiger Angebote in der Heimsprache als jüngere. Bei einer Studie aus Deutschland geben mehr als die Hälfte der 14- bis 29-jährigen Personen mit MH an, vorwiegend deutschsprachige Websites zu besuchen (Müller und Beisch 2011, 497).

Bisher gibt es keine empirischen Studien, die sich mit der politischen Online-Partizipation von Personen mit MH in der Schweiz beschäftigen. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Sprache und die Partizipation bei Offline-Formen wichtige Einflussfaktoren sind. Bei der Umfrage von 2016 zu 'Züri wie neu' wird weder der MH einer Person noch die Staatsbürgerschaft erfragt. Dafür wird die Muttersprache der Teilnehmer*innen erhoben. Stellvertretend für die Gruppe der Personen mit MH wird bei der folgenden Analyse auf Personen eingegangen, welche nicht Deutsch als Muttersprache lernten. Ausreichende Sprachkenntnisse können als bedingender Faktor für die Beteiligung bei 'Züri wie neu' betrachtet werden, da die Plattform nur auf Deutsch zur Verfügung steht. Wichtig ist anzumerken, dass man nicht davon ausgehen kann, dass Personen mit einer anderen Muttersprache als Deutsch nicht über genügend Deutschkenntnisse verfügen. Dafür kann angenommen werden, dass bei einer anderen Muttersprache die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass aufgrund von Sprachschwierigkeiten die Beteiligung bei 'Züri wie neu' ausbleibt. Diese Annahme wird untermauert durch den Zusammenhang, dass bei einer geringeren Integration (aufgrund von Sprachbarrieren) ein geringeres Zugehörigkeitsgefühl zur Mehrheitsgesellschaft besteht, was zu einer geringeren politischen Partizipation führt (Bonfadelli und Signer 2008). Aufgrund von sprachlichen Schwierigkeiten und der Sprache als Integrationsfaktor wird erwartet, dass die Beteiligung von Personen mit einer anderen Muttersprache als Deutsch bei 'Züri wie neu' untervertreten ist.

Die Auseinandersetzung mit den unterrepräsentierten sozialen Gruppen hat gezeigt, dass ein ähnliches Muster der Ungleichheit in der politischen Online-Partizipation zu erwarten ist

wie bei analogen Beteiligungsformen. Im folgenden Kapitel 7 wird nun überprüft, ob die Annahmen zur Beteiligung bei 'Züri wie neu' bestätigt werden können. Es wird erwartet, dass Frauen ähnlich unterrepräsentiert sein werden bei 'Züri wie neu' wie bei Abstimmungen. Bezüglich des Alters ist eine Verschiebung in der Beteiligung anzunehmen. Während ältere Personen weniger vertreten sind aufgrund fehlender digitaler Fähigkeiten, steigt die Beteiligung bei den jungen Erwachsenen. Personen mit niedrigem Bildungsniveau und Personen mit MH (gemessen an der Muttersprache) werden erwartungsgemäss bei 'Züri wie neu' stärker untervertreten sein wie bei Offline-Formen. Dabei wird versucht aufgrund der Überprüfung dieser Annahmen eine Antwort auf die erste Forschungsfrage zu geben, wer sich bei lokalen Formen der politischen Online-Partizipation beteiligt.

7 Beteiligung der untervertretenen Gruppen bei ‘Züri wie neu’

Eine kooperative, lokale Online-Beteiligungsform wie ‘Züri wie neu’ ist unter anderem dann erfolgreich, wenn sich die demographische Struktur der Gesellschaft in der Beteiligung spiegelt. In verschiedenen Studien wurde gezeigt, dass dies nicht der Fall ist, sondern Männer mittleren Alters mit hohem Bildungsabschluss überrepräsentiert sind (Kubicek 2016, 89; Rottinghaus und Escher 2020, 281). Durch eine deskriptive Analyse der Bevölkerungsstruktur, der Abstimmungsbeteiligung und der Erhebung der ‘Züri wie neu’ Usern wird untersucht, ob sich die demographische Struktur der Gesellschaft in der Online-Beteiligung spiegelt. Die Analyse der Beteiligung bei ‘Züri wie neu’ soll einen Beitrag dazu leisten, um die Frage zu beantworten, wer sich bei lokalen Formen der politischen Online-Partizipation beteiligt. Gibt es Hinweise darauf, dass Online-Partizipationsmöglichkeiten die Ungleichheit in der Beteiligung verbessert (Mobilisierungsthese), verstärkt (Verstärkungsthese) oder bleiben die Verhältnisse gleich (Status Quo)?

Zunächst wird darauf eingegangen und begründet, welche Daten für die deskriptive Analyse verwendet werden und wie methodisch vorgegangen wird. Der Fokus liegt in der Beschreibung der ‘Züri wie neu’ Daten, da diese gleichzeitig die Grundlage für die multivariate Analyse bilden (Kapitel 8). Darauf folgt die deskriptive Analyse, bei der die Ergebnisse mit den zuvor beschriebenen Erwartungen zu den jeweiligen untervertretenen Gruppen aufgearbeitet werden. Es wird mit einer Diskussion abgeschlossen, um am Beispiel von ‘Züri wie neu’ eine Antwort auf die erste Forschungsfrage zu geben: Wer beteiligt sich bei lokalen Formen der politischen Online-Partizipation?

7.1 Datengrundlage und methodisches Vorgehen

Für die deskriptive Analyse der Offline- und Online-Partizipation im Vergleich zur demographischen Struktur der Stadt Zürich werden unterschiedliche Datensätze verwendet. Mit den Daten zur demographischen Struktur der Stadt Zürich, werden die effektiven Gruppengrößen gemessen. Die Offline-Partizipation wird durch die Abstimmungsbeteiligung der Personen mit Wohnsitz im Kanton Zürich bei den nationalen Abstimmungen vom 25. September 2016 ausgedrückt. Die Online-Partizipation wird durch die Beteiligung bei ‘Züri wie neu’ repräsentiert. Es wurde darauf geachtet, dass alle Daten zu einem ähnlichen Zeitpunkt erhoben wurden und sie sich vergleichen lassen. Bei der Untersuchungsebene handelt es sich

um ein Querschnittsdesign. Es ermöglicht die Analyse von Daten zu einem bestimmten Zeitpunkt und stellt eine Momentaufnahme dar.

Um feststellen zu können, ob eine soziale Gruppe über- oder untervertreten ist, muss die Gruppengröße mit der realen gesellschaftlichen Struktur verglichen werden. Für diesen Vergleich wird die demographische Struktur der Stadt Zürich untersucht, da es sich bei 'Züri wie neu' um eine lokale Möglichkeit handelt, online zu partizipieren. Die Beteiligung ist offen für alle, was bedeutet, dass auch Personen mit einem anderen Wohnsitz sich beteiligen können. Es ist davon auszugehen, dass sich mehrheitlich in Zürich sesshafte Personen beteiligt haben. Um diese Annahme zu überprüfen, wird die Verteilung der Anzahl Meldungen nach Wohnort betrachtet (vgl. Abb. 11). Von den bis zu 167 Meldungen pro User, haben Personen, die nicht in der Stadt Zürich wohnen, maximal 31 Mängel gemeldet. Insgesamt sind 81 % der Umfrageteilnehmer*innen in der Stadt Zürich wohnhaft.

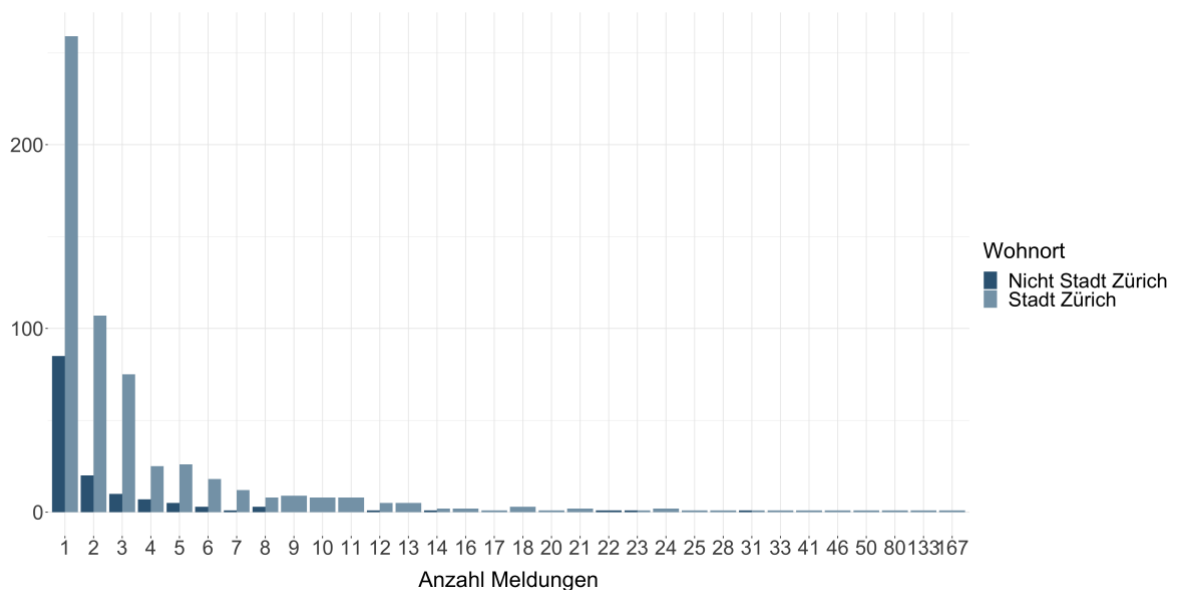


Abb. 11: Anzahl Meldungen 'NrRep' nach Wohnort 'ZH'
Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=728

Die Daten zur demographischen Zusammensetzung der Stadt Zürich sind frei zugänglich über die Website der Stadt Zürich²⁰. Für die Analyse der untervertretenen Gruppen werden verschiedene Datensätze bezogen. Die Daten Alter und Geschlecht vom Jahr 2016 wurden dem

²⁰Die Stadt Zürich stellt seit 2012 Daten aus der öffentlichen Verwaltung kostenlos und frei zugänglich zur Verfügung. Das Projekt Open Data Zürich ist Teil der Open Government Strategie (vgl. Stadt Zürich 2020d; 2020a).

Datensatz ‘BEV390T3900’ (Stadt Zürich 2020a)²¹ entnommen. Die Angaben zum Bildungsniveau vom Jahr 2016 stammen aus dem Datensatz ‘BIL100T1001’ (ebd.)²². Mit dem Bildungsniveau wird die höchste abgeschlossene Ausbildung beschrieben und in die Kategorien ‘Obligatorische Schule’, ‘Sekundarstufe II’ und ‘Tertiärstufe’ eingeteilt.²³ Bei der letzten Gruppe der Personen mit MH gibt es verschiedene Messmöglichkeiten. In den ‘Züri wie neu’ Daten wird der MH nicht erhoben, sondern die Muttersprache. Da die Sprache ein wichtiger Faktor für die politische Integration einer Person ist, wird die Muttersprache stellvertretend für den MH betrachtet. Bei den Bevölkerungsdaten der Stadt Zürich werden unter anderem die Hauptsprache einer Person und der Anteil eingebürgerte Personen erfasst. In dieser Analyse wird nicht die Hauptsprache der Personen betrachtet, da bei den Bevölkerungsdaten mehrere Hauptsprachen angegeben werden konnten und so auch Personen dazugezählt werden, welche zu einer anderen Sprache zusätzlich Deutsch als Muttersprache gelernt haben. Im Jahr 2016 gaben 78 % der Stadtzürcher Bevölkerung Deutsch als ihre Hauptsprache an. Gleichzeitig haben 48 % eine andere Sprache als Hauptsprache genannt (Stadt Zürich 2020e)²⁴. Für eine genauere Beschreibung der Personen mit MH wird der Anteil eingebürgerter Personen betrachtet. Die Betrachtung dieses Merkmals stellt sicher, dass die Personen einen Migrations- und / oder Integrationsprozess erfahren hat. Weiter wird so die Vergleichbarkeit mit der Offline-Partizipation erleichtert, da Personen mit MH nur durch die Einbürgerung dazu berechtigt sind, sich bei nationalen Abstimmungen zu beteiligen. Die Daten zum Anteil der eingebürgerten Personen in der Stadt Zürich werden dem Datensatz ‘BEV530T5305’ (Stadt Zürich 2020c)²⁵ entnommen. Es handelt sich bei den Datensätze zum Bildungsniveau und Anteil eingebürgerter Personen um Strukturhebungen, welche auf Stichprobendaten mit einem Konfidenzintervall von 95 % beruhen.

²¹ Der Datensatz ist auf der Website unter ‘Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Herkunft, seit 1993’ als Excel Format zu finden und wurde am 25.02.2020 erstellt.

²² Der Datensatz ist auf der Website unter ‘Bildungsstand der Wohnbevölkerung, seit 1970’ als Excel Format zu finden und wurde am 04.03.2020 erstellt.

²³ Personen, die die obligatorische Schule nicht abgeschlossen haben, werden trotzdem dieser Kategorie dazugezählt. Die Kategorie ‘Obligatorische Schule’ umfasst weiter Real-, Sekundar-, Bezirks- und Oberstufenschulen. Die Sekundarstufe II fasst Berufslehren, Berufsmittel-, Fachmittel-, und Kantonsschulen wie Gymnasium. Die Tertiärstufe umfasst Ausbildungen im Bereich der höheren Berufsbildung, Fachhochschulen sowie Hochschulen.

²⁴ Der Datensatz ist auf der Website unter ‘Mutter- und Hauptsprachen, seit 1980’ als Excel Format zu finden und wurden am 04.03.2020 erstellt.

²⁵ Der Datensatz ist auf der Website unter ‘Anteil eingebürgerte Personen’ als Excel Format zu finden und wurden am 06.03.2020 erstellt.

Die Daten zur ‘Züri wie neu’ Nutzung wurden durch die Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit am Institut für Wirtschaftsinformatik der Universität Bern im Sommer 2016 erhoben. Die Grundgesamtheit ergibt sich aus allen Personen, die sich in der Stadt Zürich bewegen und potenziell eine Mängel-Meldung bei ‘Züri wie neu’ tätigen können. In Form eines schriftlichen Online-Fragebogens wurde eine Umfrage zur Nutzung und Bewertung von ‘Züri wie neu’ per Mail an alle 2'613 Nutzer*innen verschickt, die im Zeitraum zwischen Juni 2013²⁶ und Juli 2016 mindestens eine Mängel-Meldung getätigt haben. Es wurden 730 Fragebögen ausgefüllt und retourniert²⁷. Die Individualdaten, die sich aus den Umfrageantworten ergeben, wurden durch Informationen der tatsächlichen Nutzungsdaten von ‘Züri wie neu’ ergänzt. Die Informationen aus den Real-Daten beziehen sich unter anderem auf die Anzahl Meldungen, die getätigt wurden. Das hat zum Vorteil, dass die Personen keine subjektiven Aussagen über die Anzahl Meldungen geben mussten (Abu-Tayeh, Neumann, und Stürmer 2018, 218; Universität Bern 2016). Dies hätte zu einer Verzerrung geführt, da Personen mit einer geringen Nutzung dazu tendieren, mehr Meldungen anzugeben und Personen mit einer intensiven Nutzung die Anzahl Meldungen eher unterschätzen (Petter, DeLone, und McLean 2008). Trotz der Verbindung mit den Real-Daten konnten die Daten anonym behandelt werden. Die Stadt Zürich hat für jede Mail-Adresse der ‘Züri wie neu’ Nutzer*innen eine User ID erstellt. Diese User ID wurde verwendet, um die Umfrageantworten mit den entsprechenden realen Nutzungsdaten zu verbinden (Abu-Tayeh, Neumann, und Stürmer 2018, 218). Die Datenerhebung und Evaluation wurde nicht im Auftrag der Stadt Zürich durchgeführt und ist daher unabhängig und neutral (Universität Bern 2016).

Die Umfrage wurde von der Universität Bern durchgeführt, um einen Beitrag im Forschungsfeld der Digitalen Nachhaltigkeit zu leisten. Die Universität Bern hat bereits verschiedene Studien zu den Themen Open Government, Information System Success sowie Motivation und Public Service Motivation durchgeführt. Mit der Erhebung der ‘Züri wie neu’ Daten kann hier angeknüpft werden und neue Erkenntnisse gewonnen werden. Die Relevanz dieser Erhebung ist dadurch gegeben, dass Open Government Initiativen wie ‘Züri wie neu’ immer mehr an Bedeutung für Verwaltungen und Bürger*innen gewinnen. Dienstleistungen werden vermehrt online bezogen und durch IKT gibt es neue Kommunikationsmöglichkeiten

²⁶ Die Applikation ‘Züri wie neu’ wurde im April 2013 eingeführt.

²⁷ Insgesamt wurden 966 Datensätze retourniert. Mittels der Variable ‘finished’ konnten die unvollständigen Daten aus dem Datensatz entfernt werden. Daraus ergibt sich n=730.

zwischen Verwaltung und Bevölkerung. Weiter werden Open Government Initiativen durch staatliche Ressourcen finanziert, welche sich unter anderem aus den Steuergeldern ergeben. Die Investition kann durch die Evaluation solcher Instrumente und deren Nutzung legitimiert werden. Durch die erhobenen ‘Züri wie neu’ Daten wird die Evaluationsgrundlage der Applikation ‘Züri wie neu’ für die Stadt Zürich verbessert (Universität Bern 2016). Schliesslich ergibt sich die Relevanz grundlegend aus der normativen Erwünschtheit der politischen Partizipation (Kapitel 3). Die Möglichkeit, sich an öffentlichen Vorgängen zu beteiligen, ist die zentrale Grundlage einer Demokratie.

Die Qualität der ‘Züri wie neu’ Daten liegt in der hohen Relevanz, Aktualität und der unabhängigen Durchführung. Die Daten sind vielseitig, da Fragen zur Qualität und Zufriedenheit der App sowie politischen Grundeinstellungen und demographische Angaben abgedeckt werden. Die Limitation liegt darin, dass keine Informationen zum Ausbleiben einer Beteiligung bei ‘Züri wie neu’ erhoben wurden. Zusätzlich fallen die Fragen zu politischen Grundeinstellungen knapp aus. Für weitere soziologische und politikwissenschaftliche Untersuchungen wären Informationen zum politischen Partizipationsverhalten, zur Einbindung in Netzwerke oder zu Parteimitgliedschaften interessant. Für Aussagen zum sozioökonomischen Status wäre die Erhebung des Haushaltseinkommen und genauere Angaben zur Berufsgruppe nützlich gewesen.

Die Beteiligung bei Offline-Partizipationsformen wird durch die Abstimmungsbeteiligung repräsentiert. Stellvertretend werden Daten zu den nationalen Abstimmungen vom 25. September 2016 verwendet. Die Schweizer Bevölkerung hat an diesem Tag über die Initiative ‘Grüne Wirtschaft’, ‘AHVplus: für eine starke AHV’ und das Nachrichtendienstgesetz abgestimmt²⁸. Die Datenerhebung zur Abstimmungsbeteiligung und zum Abstimmungsverhalten erfolgte zwischen dem 27. September und dem 14. Oktober 2016 im Rahmen der VOTO-Studien. Die VOTO-Studien sind ein Projekt von FORs²⁹, dem ZDA Aarau³⁰ und dem Befragungsinstitut LINK³¹. Mittels einer zufälligen Stichprobe wurden 1'575 Stimmberechtigte per Telefoninterview befragt. Die Ergebnisse der Umfrage werden in der VOTO-Studie vom November 2016 zusammengefasst (Milic und Kübler 2016, 6). Die Rohdaten der

²⁸ Für eine Übersicht der Abstimmungsvorlagen siehe ‘VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 25. September 2016 S.4-5 (Milic und Kübler 2016).

²⁹ www.forscenter.ch

³⁰ www.zdaarau.ch

³¹ www.link.ch

Umfrage sind für wissenschaftliche Zwecke über die Datenbank FORSbase³² frei zugänglich. Die Stichproben wurden nach Sprachregion geschichtet, um repräsentative Aussagen über die verschiedenen Gebiete treffen zu können. Die Gesamtstichprobe ist daher disproportional geschichtet, wobei die italienisch und französischsprachige Schweiz überproportional und die deutschsprachige Schweiz unterproportional vertreten sind. Bei der Aufarbeitung der Abstimmungsbeteiligung für die jeweilig untervertretenen Gruppen wurde entsprechend eine Designgewichtung verwendet. Die Grundgesamtheit der VOTO-Studien ist die stimmungsberechtigte Schweizer Bevölkerung (ebd., 39). Die Erhebung bietet kombiniert mit Daten aus der Personen- und Haushaltserhebung (SRPH) unter anderem Informationen zum Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und MH einer Person. In dieser Arbeit liegt der Fokus auf der Region Zürich, weshalb in der Analyse auf die Abstimmungsbeteiligung von den im Kanton Zürich wohnhaften Personen eingegangen wird (n=203). Die Beteiligung der abstimmungsberechtigten Schweizer Bevölkerung lag bei rund 43 %, während diese für die Zürcher Bevölkerung bei rund 44 %. Bei der folgenden Analyse gilt die Abstimmungsbeteiligung von 44% als Richtwert für die Bewertung, ob eine soziale Gruppe über- oder untervertreten ist. Eine alternative Methode für den Vergleich der Offline- und Online Beteiligung im Kontext der demographischen Struktur der Stadt Zürich ist dem Anhang C zu entnehmen. Anstelle der Abstimmungsbeteiligung wurde bei diesem Vorgehen die jeweiligen Gruppengrößen ermittelt, die sich bei der Abstimmung beteiligt haben.

Die Analyse der untervertretenen Gruppen befasst sich nacheinander mit den jeweiligen Merkmalen. Es werden jeweils die demographischen Daten der Stadt Zürich mit der Abstimmungsbeteiligung und der Teilnahme bei 'Züri wie neu' verglichen. Zunächst werden die Strukturen zwischen Männern und Frauen analysiert. Danach werden verschiedene Altersgruppen miteinander verglichen. Die Bildung der Altersgruppen wurde analog zu der Darstellung der Studienergebnisse der Universität Bern von 'Züri wie neu' gebildet (Universität Bern 2016). In der Analyse werden daher die Altersgruppen bis 17 Jahre, 18-24, 25-34, 35-44, 45-54, 55-64, 65-74 und über 75 Jahre genauer betrachtet. Die Gruppe der jungen Erwachsenen wird durch die Lebensphase zwischen Kindheit und Erwachsensein definiert, bei der sich die Abhängigkeit von den Eltern zu mehr Selbstständigkeit verlagert. Nach der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit werden 15- bis 24-Jährige als Jugendliche

³² www.forsbase.unil.ch

zusammengefasst (DEZA 2007, 7). Je nach Studie unterscheiden sich die Abgrenzungen. In der Studie CH@YOUPART (Rothenbühler, Ehrler, und Kissau 2012) werden beispielsweise 18- bis 25-Jährige den jungen Erwachsenen zugeordnet. Da es keine eindeutige Definition für die ‚jungen Erwachsenen‘ gibt, orientiert sich diese Arbeit an der Einteilung der Studienergebnisse von ‘Züri wie neu’. Zu den jungen Erwachsenen werden die 18- bis 24-Jährigen gezählt. Bei der Analyse der unterschiedlichen Bildungsniveaus werden die höchsten Bildungsabschlüsse den Kategorien ‚Obligatorische Schule‘, ‚Sekundarstufe II‘ und ‚Tertiärstufe‘ zugeteilt. Entsprechend den demographischen Angaben der Stadt Zürich werden tiefere Abschlüsse wie zum Beispiel Primarschulabschluss der Kategorie ‚Obligatorische Schule‘ zugeordnet. Schliesslich werden Personen mit MH betrachtet. Aufgrund der unterschiedlichen Datenlage werden bei der demographischen Struktur der Stadt Zürich und der Abstimmungsbeteiligung der Anteil eingebürgerte Personen betrachtet, während bei den ‘Züri wie neu’ Usern die Muttersprache als Indikator für einen MH untersucht wird. Obwohl dies den Vergleich erschwert und der MH nicht differenzierter betrachtet wird, ermöglicht diese Analyse einen ersten Blick auf diesen Forschungsschwerpunkt.

7.2 Analyse der untervertretenen Gruppen

Das Ziel der folgenden Analyse liegt in einer Annäherung an die Fragestellung, welche Personen sich bei lokalen Formen der politischen Online-Partizipation beteiligen. Damit soll ein Beitrag zu der Frage geleistet werden, ob Online-Möglichkeiten bisherige strukturelle Ungleichheiten in der politischen Partizipation verstärken oder eine Chance für eine grössere Inklusion darstellen. In der anschliessenden Diskussion werden die Resultate kritisch beleuchtet und mit den Erwartungen aus Kapitel 6.2.2 verglichen.

Tabelle 2: Übersicht der Annahmen und Erwartungen zur Offline- und Online-Partizipation

Untervertretene Gruppe	Annahme (Kapitel 6.2.2)	Erwartung (Kapitel 6.2.2)
Frauen	Reproduktion der Offline-Partizipation Kein Gender-Gap bzgl. Digital Divide	Geringere Beteiligung als Männer Ähnliche Ungleichheit bei Online- und Offline-Partizipation → Status Quo
Junge Erwachsene	Reproduktion der Offline-Partizipation Digital Divide	Stärkere Beteiligung der jungen Erwachsenen bei Online-Partizipation Untervertretung älterer Personen bei Online-Partizipation Stärkste Online-Beteiligung zwischen 25-54 Jahren → Mobilisierungsthese

Personen mit tiefem Bildungsniveau	Reproduktion der Offline-Partizipation Digital Divide	Stärkere Ungleichheit bei Online- als bei Offline-Partizipation → Verstärkungsthese
Personen mit MH	Sprache als Barriere (Integration, Motivation) Ungleiche Verteilung von Bildung und Einkommen	Geringere Beteiligung als Personen ohne MH Ähnliche Ungleichheit bei Online- und Offline-Partizipation → Status Quo

Die Verteilung der *Beteiligung nach Geschlecht* bei Offline- und Online-Partizipationsmöglichkeiten im Vergleich zu der demographischen Struktur der Stadt Zürich zeigt, dass es eine enorme Übervertretung von Männern und Untervertretung von Frauen bei 'Züri wie neu' gibt (vgl. Abb. 12). Es wurde bereits angenommen, dass eine Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bei der Online-Partizipation auftreten wird. Dafür spricht die Übertragung der Offline- auf die Online-Partizipation. Da bei bisherigen Studien zu lokalen

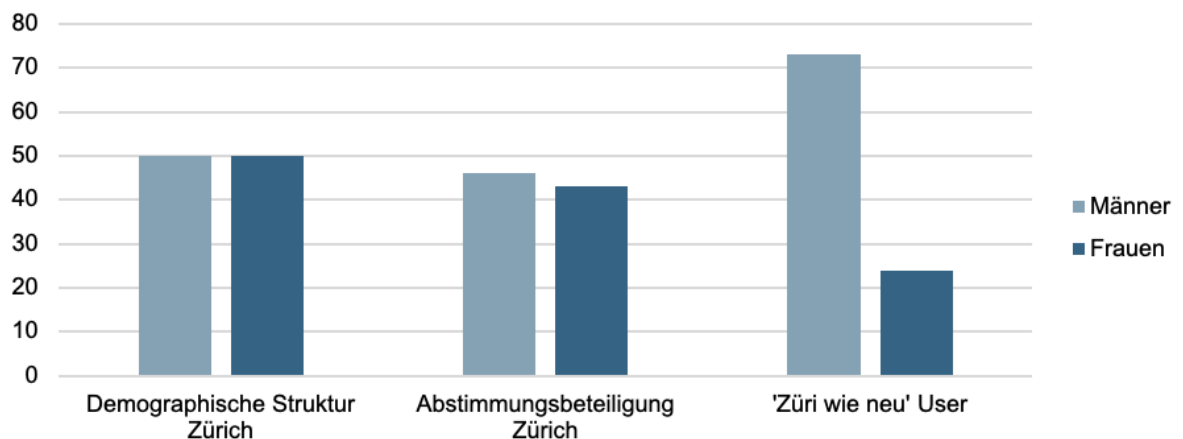


Abb. 12: Offline- und Online-Partizipation nach Geschlecht im demographischen Vergleich in Prozent
Quelle: Stadt Züri, VOTO 1 (Milic und Kübler 2016), 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung

Online-Partizipationsmöglichkeiten kein Gender-Gap beobachtet werden konnte, wurde eine ähnlich ausgeprägte Ungleichheit bei der Abstimmungsbeteiligung und der Teilnahme bei 'Züri wie neu' erwartet. Die Ungleichheit bei den 'Züri wie neu' Usern fällt jedoch unerwartet stark aus. Der Unterschied zwischen der Beteiligung der Zürcher*innen bei den nationalen Abstimmungen vom September 2016 ist gering und liegt bei 2 Prozentpunkten. Die Übertragung der Ungleichheit der Offline-Partizipation wird entsprechend nicht als Ursache für die starke Untervertretung der Frauen bei 'Züri wie neu' betrachtet. Um herauszufinden, ob ein Digital Divide zu diesem Ergebnis geführt hat, wird die Beurteilung der Bedienungsfreundlichkeit von 'Züri wie neu' nach Geschlecht betrachtet (vgl. Abb. 13). Die

Umfrageteilnehmer mussten von einer Skala von 1 bis 7 angeben, ob sie der Aussage ‘Züri wie neu’ ist leicht zu bedienen, zustimmen. Der Wert 1 bedeutet, dass man der Aussage überhaupt nicht und 7, dass man voll und ganz zustimmt. Die Verteilung der Antworten ist nach Geschlecht sehr ähnlich. Es haben rund 45 % Männer als auch Frauen angegeben, dass sie der

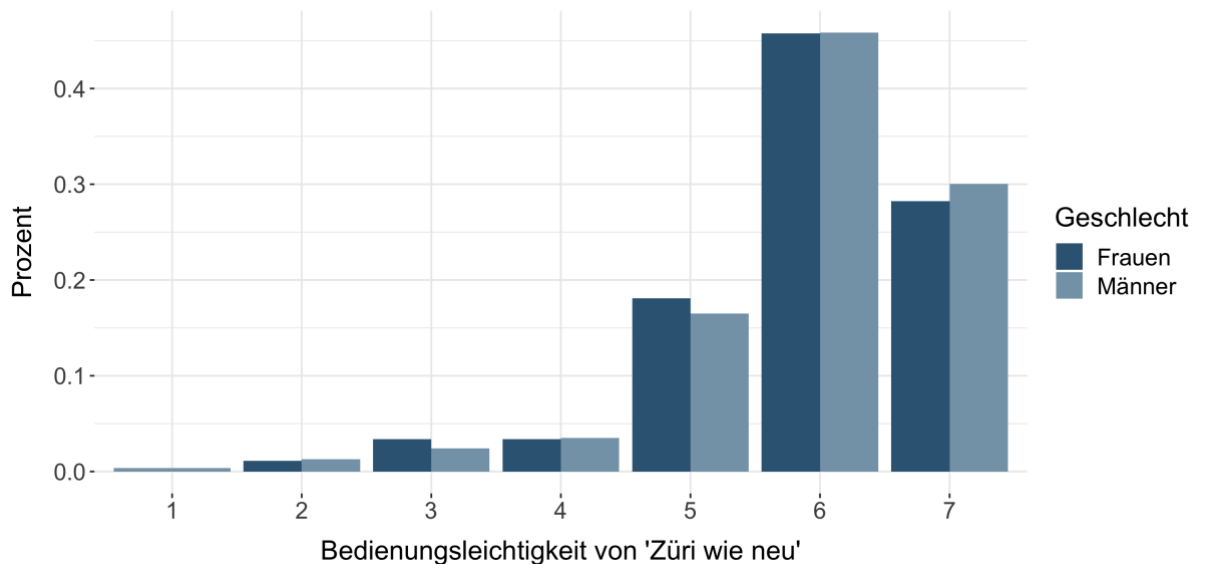


Abb. 13: Beurteilung der Bedienungsleitigkeit von 'Züri wie neu' in Prozent nach Geschlecht
Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=716

Aussage zustimmen. Einen Digital Divide kann demnach nicht beobachtet werden, da von ähnlichen digitalen Fähigkeiten ausgegangen werden kann (vgl. Schöttle 2019, 338). Ein weiterer Grund könnte in der Untervertretung von Frauen bei kooperativen Plattformen liegen (Hargittai und Shaw 2015), da ‘Züri wie neu’ als solche eingeordnet werden kann. Welche Mechanismen tatsächlich hinter dieser ungleichen Beteiligung liegen, wird in dieser Arbeit nicht abschliessen geklärt werden können. Verschiedene Aspekte werden in der Diskussion aufgegriffen, welche einen Einfluss haben könnten. Die getroffene Annahme zur Beteiligung von Frauen kann bei der Beteiligung bei ‘Züri wie neu’ nicht bestätigt werden. Der Status Quo in der politischen Partizipation bleibt bei ‘Züri wie neu’ nicht erhalten. Die Ungleichheit ist unerwartet hoch und um einiges stärker als bei Abstimmungen. Dieses Ergebnis spricht für die Verstärkungsthese, dass Frauen bei politischer Online-Partizipation noch stärker untervertreten sind als bei Offline-Formen.

Die Beteiligung nach Alter erfolgt nach den zuvor beschriebenen Altersgruppen. Dadurch entstehen je nach Altersgruppen kleine Stichproben, was die Anwendung auf die Grundgesamtheit erschwert. Beispielsweise liegt die Stichprobengrösse der Altersgruppe 18

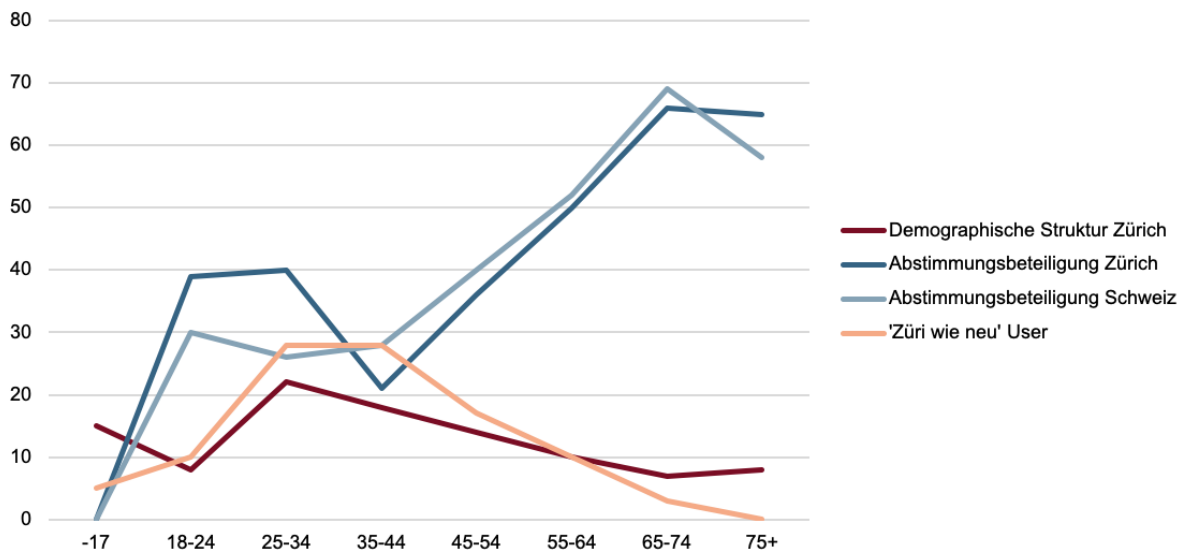


Abb. 14: Offline- und Online-Partizipation nach Altersgruppen im demographischen Vergleich in Prozent
 Quelle: Stadt Züri, VOTO 1 (Milic und Kübler 2016), 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung

bis 24 Jahre bei $n=10$. Zum Vergleich wurde daher die Abstimmungsbeteiligung der gesamten Schweiz ebenfalls in die Analyse aufgenommen (vgl. Abb. 14). Auf den ersten Blick fällt auf, dass die Beteiligung nach Altersgruppe bei den 'Züri wie neu' Usern eine ähnliche Form aufweist wie die demographische Struktur der Stadt Zürich. Die grösste Ungleichheit tritt bei den Altersgruppen der 35- bis 44- und bei den über 75-Jährigen (vgl. Tabelle 3)³³ ein. Die 35- bis 44-Jährigen sind mit 10 Prozentpunkten überproportional zur demographischen Gruppengrösse vertreten. Weiter wird die Annahme bestätigt, dass die 25- bis 54-Jährigen sich am stärksten beteiligen. Wie erwartet, sind ältere Personen untervertreten, was ein Hinweis auf den Digital Divide sein kann.

Die Betrachtung der Abstimmungsbeteiligung zeigt, dass ältere Personen deutlich überrepräsentiert sind. Die allgemeine Abstimmungsbeteiligung lag insgesamt bei 43 %. Ab 55 Jahren liegt die durchschnittliche Beteiligung der verschiedenen Altersgruppen über diesem Wert und bei den bis zu 44 Jahren alten Personen darunter. Diese Struktur untermauert die bisherigen Erkenntnisse aus der Abstimmungsforschung. Der Vergleich deutet darauf hin, dass die Annahme der Verschiebung der Ungleichheit von jung zu alt bei der Online-Partizipation bestätigt werden kann. In Bezug auf junge Erwachsene gibt es Hinweise für die Mobilisierungsthese, dass die Ungleichheit in der Repräsentation durch Online-Formen

³³ Ausgeschlossen der Altersgruppe bis 17 Jahren, da diese Gruppe aus demokratietheoretischer Perspektive vernachlässigt werden kann in der Diskussion gleicher Beteiligung / Einbringung der Interessen.

vermindert werden kann. Es muss aber im Auge behalten werden, ob dafür neue Ungleichheiten geschaffen werden, wie beispielsweise gegenüber älteren Personen.

Tabelle 3: Übersicht der Gruppengrösse nach Alter und -Unterschiede in Prozentpunkte

	Demographie Zürich	'Züri wie neu' User	Unterschied
18-24	8	10	+2
25-34	22	28	+6
35-44	18	28	+10
45-54	14	17	+3
55-64	10	10	0
65-74	7	3	-4
75+	8	0	-8

Quelle: Stadt Züri, 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung

Bei der Untersuchung der *Beteiligung nach Bildungsniveau* ist zu erkennen, dass die Gruppe der Personen mit einem formal tiefen Bildungsniveau (obligatorische Schule) bei Abstimmungen untervertreten und bei 'Züri wie neu' adäquater repräsentiert ist (vgl. Abb. 15). Die Gruppe der Hochgebildeten (Tertiärstufe) ist wiederum bei Abstimmungen übervertreten und bei 'Züri wie neu' ebenfalls angemessen repräsentiert. Interessant ist die Verschiebung bei Personen mit einem Abschluss auf der Sekundarstufe II. Diese Gruppe weist eine Abstimmungsbeteiligung von 43 % auf und entspricht somit der durchschnittlichen Beteiligungsquote der Schweiz. Bei 'Züri wie neu' ist die Gruppe mit mittlerem Bildungsniveau aber unterrepräsentiert.

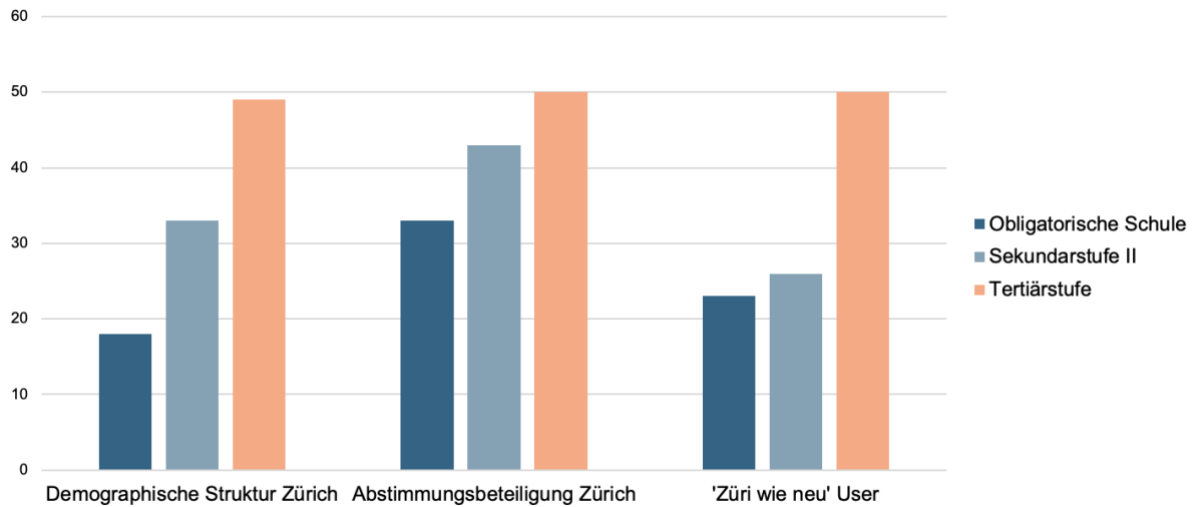


Abb. 15: Offline- und Online-Partizipation nach Bildungsniveau im demographischen Vergleich in Prozent
 Quelle: Stadt Züri, VOTO 1 (Milic und Kübler 2016), 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung

Es wurde erwartet, dass es eine stärkere Ungleichheit bei der Online- als bei der Offline-Partizipation geben wird in Bezug auf Personen mit einem tiefen Bildungsniveau. Wie sich zeigt, löst sich diese Ungleichheit bei 'Züri wie neu' auf und die jeweilige Unter- und Übervertretung der Niedrig- und Hochgebildeten bei Abstimmungen lässt sich nicht übertragen. Erstaunlicherweise ist es die Gruppe der mittel gebildeten Personen (Sekundarstufe II), bei welcher eine Verschiebung von repräsentativer zu ungleicher Beteiligung beobachtbar ist. In Bezug auf Personen mit einem tiefen Bildungsniveau ist die Erwartung einer stärkeren Ungleichheit bei Online-Partizipationsformen nicht aufgetreten und die Verstärkungsthese findet hier keine Unterstützung. Die Auflösung der Ungleichheiten bei einem tiefen als auch bei einem hohen Bildungsniveau sprechen für die Mobilisierungsthese. Es ist daher anzunehmen, dass sich die Offline-Partizipation nicht bedingungslos in die Online-Partizipation übertragen lässt. Der Digital Divide zwischen den Bildungsgruppen, der zu einer stärkeren Ungleichheit hätte führen können, kann hier ebenfalls nicht beobachtet werden. Eine interessante Erkenntnis ist die Verstärkung der Ungleichheit bei den mittel gebildeten Personen und soll in weiteren Untersuchungen fokussiert werden.

Personen mit MH werden in dieser Analyse unterschiedlich erfasst und zeigt daher nur Tendenzen auf. Zusätzlich wird der Vergleich dadurch erschwert, dass die Partizipation bei 'Züri wie neu' allen Personen offensteht und die Beteiligung bei nationalen Abstimmungen nur für Personen mit der Schweizer Staatsbürgerschaft zugänglich ist. Es wurde erwartet, dass

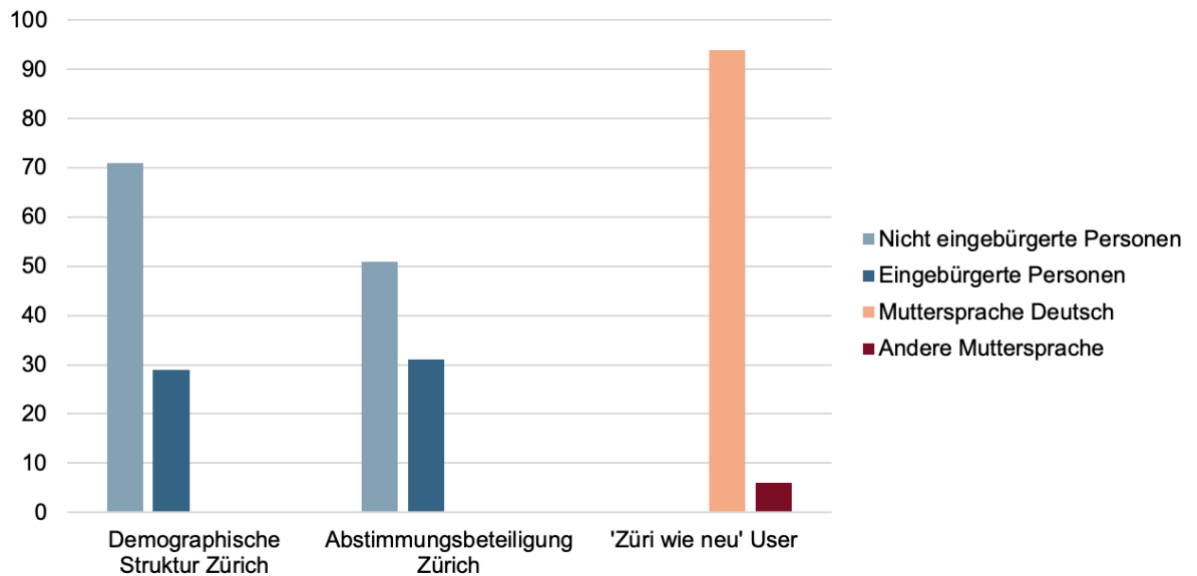


Abb. 16: Offline- und Online-Partizipation nach MH im demographischen Vergleich in Prozent
 Quelle: Stadt Züri, VOTO 1 (Milic und Kübler 2016), 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung

eine ähnliche Ungleichheit bei der Offline- und Online-Partizipation bei Personen mit MH auftritt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Abstimmungsbeteiligung bei eingebürgerten Personen deutlich unter dem Schnitt von 43 % liegt, während Personen ohne Einbürgerungsprozess mit rund 50 % deutlich darüber liegen (vgl. Abb. 16). Die jeweilige Über- und Untervertretung befindet sich im Rahmen von bis 12 Prozentpunkte. Wenn man die 'Züri wie neu' User betrachtet, ist ebenfalls eine Ungleichheit erkennbar. Im Vergleich zur Gruppengrösse der eingebürgerten Personen in Zürich sind Personen mit einer anderen Muttersprache bei den 'Züri wie neu' Usern mit 19 Prozentpunkten untervertreten. Personen mit Deutsch als Muttersprache sind mit 23 Prozentpunkte gegenüber der Zürcher*innen ohne Einbürgerungserfahrung überrepräsentiert. Es wird deutlich, dass sich die Ungleichheit von der Offline- zur Online-Partizipation verstärkt hat.

Für eine ähnliche Ungleichheit in der Offline- und Online-Partizipation haben gesprochen, dass die Sprache als Barriere und Integrationsfaktor sowie die ungleiche Verteilung von beteiligungsfördernden Ressourcen sich übertragen. Dass es zu einer Verstärkung der Ungleichheit kommt, könnte methodische Ursachen haben. Zum einen liegt eine Schwierigkeit darin, dass bei der Offline-Partizipation die Einbürgerung als Indikator für den MH verwendet wird und bei der Online-Partizipation die Muttersprache. Es wurde davon ausgegangen, dass eine andere Muttersprache als Deutsch zur Folge haben könnte, dass es eine sprachliche Barriere bei der Verwendung von 'Züri wie neu' gibt. Diese Barriere kann bei eingebürgerten

Personen vernachlässigt werden, da ein gewisses Sprachniveau für das Einbürgerungsverfahren vorausgesetzt wird (SEM 2018)³⁴. Zum anderen ist der Vergleich mit der demographischen Gruppe nur bedingt möglich, da die Muttersprache keinen Hinweis auf den aktuellen Migrationsstatus bietet. Zusätzlich kann die ungleiche Verteilung der beteiligungsfördernden Ressourcen in Bezug auf Bildung nicht als Ursache gesehen werden, da die Analyse nach Bildungsniveau gezeigt hat, dass bei 'Züri wie neu' Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau stärker mobilisiert werden als bei Abstimmungen. Bei weiteren Untersuchungen zur Beteiligung bei Online-Partizipationsformen ist es wichtig, dass einheitliche Indikatoren verwendet werden, um Veränderungen deutlicher erkennen und interpretieren zu können.

Schliesslich bietet die Analyse trotzdem einen Hinweis darauf, wie sich die Ungleichheit bei Offline- zu Online-Partizipationsformen verschiebt. Die Annahme, dass die Ungleichheit ähnlich stark ausgeprägt bleibt (Status Quo), muss verworfen werden. Viel mehr unterstützen die Ergebnisse die Verstärkungsthese. Eine Gesamtbetrachtung der Ergebnisse ist wichtig, um die Hinweise für die Verstärkungsthese, Mobilisierungsthese und die Beibehaltung des Status Quos zu evaluieren. Zudem wird die Struktur der Beteiligung bei 'Züri wie neu' kritisch beleuchtet und im Kontext weiterer Umstände besprochen. Abschliessend wird versucht, die Frage zu beantworten, wer sich bei Online-Partizipationsformen beteiligt und ob die Digitalisierung der politischen Partizipationsformen eine Herausforderung für die Gleichheit und Inklusion darstellt, oder ob sie eine Chance für weniger Ungleichheit in der Beteiligung bietet.

7.3 Diskussion: Wer beteiligt sich bei 'Züri wie neu'?

Für die Analyse der Ungleichheit in der politischen Online-Partizipation ist die Frage, wer sich bei 'Züri wie neu' beteiligt, grundlegend. Durch den Vergleich der Struktur der 'Züri wie neu' Usern und der demographischen Zusammensetzung der Stadt Zürich konnten Gruppen identifiziert werden, die beim Mängel-Melder über- oder untervertreten sind. Das Einbeziehen der Abstimmungsbeteiligung ermöglicht wiederum Aussagen, die die Online- mit der Offline-

³⁴ Nachweis der Sprachkompetenzen in einer der Schweizer Landessprachen: Mündlich mind. B1, schriftlich mind. B2.

Partizipation vergleicht. Diese umfassende Aufbereitung bietet viele Erkenntnisse, welche in diesem Kapitel diskutiert werden.

Der Vergleich der Online- und Offline-Beteiligung konnte aufzeigen, dass es unterschiedliche Verschiebungen je nach sozialer Gruppe gibt. Zum Teil konnten bestehende Ungleichheiten der Offline- in der Online-Partizipation nicht mehr beobachtet werden. Andere Ungleichheiten treten dafür bei 'Züri wie neu' stärker auf oder es werden sogar neue Ungleichheiten geschaffen. Genau so unterschiedlich sind die Ergebnisse im Hinblick auf die in Kapitel 6.2.2 formulierten Erwartungen. Bezüglich des Alters wurden die Erwartungen erfüllt: Junge Erwachsene beteiligen sich online stärker, während ältere Personen online kaum mobilisiert werden. Die Vergleiche der Merkmale Geschlecht und MH haben gezeigt, dass nicht wie erwartet ähnliche Ungleichheiten beobachtet werden können, sondern sich die Ungleichheiten bei 'Züri wie neu' verstärken. In Bezug auf das Bildungsniveau wurde entgegen der Erwartung die Ungleichheit bei Personen mit niedrigem Bildungsniveau aufgelöst. Dafür ist eine neue Ungleichheit entstanden. Personen mit einem mittleren Bildungsniveau sind bei Abstimmungen adäquat repräsentiert und bei 'Züri wie neu' untervertreten.

Die stärksten Ungleichheiten treten in der Abstimmungsbeteiligung bei den Merkmalen Alter und MH auf. Am stärksten untervertreten sind eingebürgerte Personen mit 17 Prozentpunkten weniger Beteiligung als der Durchschnitt (43 %). Die Gruppe der 65- bis 74-Jährigen ist wiederum am ausgeprägtesten überrepräsentiert mit 27 Prozentpunkten über der durchschnittlichen Beteiligung (43 %). Bei der Beteiligung bei 'Züri wie neu' sind die grössten Ungleichheiten bei den Merkmalen Muttersprache und Geschlecht beobachtbar. Frauen und Personen mit einer anderen Muttersprache sind im Verhältnis zu ihrer eigentlichen Gruppengrösse mit 26 und 19 Prozentpunkte am stärksten untervertreten. Überrepräsentiert sind mit 23 Prozentpunkte Unterschied zur eigentlichen Gruppengrösse Männer und Personen mit deutscher Muttersprache. Die Beschreibung der einzelnen Ergebnisse hat gezeigt, wie vielseitig sich die Ungleichheiten von Offline- zu Online-Partizipation verschieben. Trotzdem kann bei beiden untersuchten Beteiligungsformen die gleiche Gruppe, Personen mit MH, festgemacht werden, die die stärkste Ungleichheit erfährt. Unterschiedliche Extreme zeigen sich bezüglich des Alters und dem Geschlecht. Bei Abstimmungen zeigen sich enorme Ungleichheiten zwischen den Altersgruppen. Bei 'Züri wie neu' wiederum sind die Gruppen

proportional vertreten. Dafür sind bei 'Züri wie neu' viel stärker unterrepräsentiert als bei Abstimmungen.

Die Erwartungen zu den Verschiebungen der Ungleichheiten haben darauf hingewiesen, dass insgesamt durch die Etablierung von Online-Partizipationsmöglichkeiten der Status Quo beibehalten wird und sich Ungleichheiten ähnlich äussern. Die Analyse der untervertretenen Gruppen in ihrer Beteiligung zeigt, dass die Ungleichheiten nicht ohne weiteres bestehen bleiben. Online gibt es eine stärkere Ungleichheit für Frauen; junge Erwachsene werden mobilisiert, gleichzeitig ergibt sich eine neue Untervertretung älterer Personen; Personen mit einem formal tiefen Bildungsniveau werden mobilisiert, dafür sind Personen mit mittlerem Bildungsniveau neu unterrepräsentiert und die Ungleichheit für Personen mit MH verstärkt sich. Obwohl es soziale Gruppen gibt, die online stärker mobilisiert werden, überwiegen die verstärkten und neuen Ungleichheiten. Eindeutig ist, dass sich die Offline-Partizipation nicht unverändert auf die Online-Partizipation übertragen lässt. Es ist wichtig, dass in weiterführenden Untersuchungen auf zusätzliche Beteiligungsformen eingegangen wird, um Unterschiede innerhalb der Online-Partizipation festzustellen und beteiligungsfördernde Ressourcen zu erkennen. Es ist anzunehmen, dass wie bei Offline-Partizipationsmöglichkeiten auch online unterschiedliche Formen unterschiedliche Ressourcen beanspruchen und konsequenterweise unterschiedliche soziale Gruppen mobilisieren.

Die Analyse zeigt, dass bei 'Züri wie neu' Frauen, ältere Personen, mittel gebildete Personen und Personen mit einer anderen Muttersprache als Deutsch unterrepräsentiert sind. Das bedeutet, dass diese Personen entweder weniger Mängel in der Stadt als meldungswürdig betrachten, weniger Mängel in der Stadt Zürich beobachten oder nicht über die Möglichkeit der Mängelmeldung informiert sind. Bei einer weiterführenden Studie zu den ersten beiden Begründungen wäre es interessant, wenn die Motivationen und Einstellungen für die Teilnahme bei 'Züri wie neu' untersucht werden. Gibt es gruppenspezifische Motivationen und Einstellungen, welche die Teilnahme bei der lokalen Online-Beteiligungsform begünstigen? Eine andere Studie, die sich mit der Nutzung von 'Züri wie neu' befasst hat, konnte einen Zusammenhang zwischen Motivation und Teilnahmehäufigkeit bestätigen. Je stärker sich eine Person aus Eigeninteresse oder für das Allgemeinwohl bei 'Züri wie neu' beteiligt, desto häufiger wurde ein Mangel gemeldet (Abu-Tayeh, Portmann, und Stürmer 2017). Es wäre spannend zu untersuchen, wie sich diese Motivationen bei den untervertretenen Gruppen

zeigen und welche weiteren Motivationen und Einstellungen zur Nutzung von 'Züri wie neu' führen.

Die dritte Begründung schlägt vor, dass die untervertretenen Gruppen aufgrund von fehlendem Wissen über die Beteiligungsmöglichkeit bei 'Züri wie neu' unterrepräsentiert sind. Die allgemeine Bekanntheit und die Art, wie für 'Züri wie neu' Werbung gemacht wird, könnte einen Einfluss auf die Teilnehmerstruktur haben. Die Stadt Zürich gibt über das GIS-Zentrum Auskunft über die Bewerbung von 'Züri wie neu'. Seit der Einführung 2013 wurde die Mängel App ausser bei der Lancierung nicht aktiv beworben. Als die Ergebnisse der Universität Bern zu der 'Züri wie neu' Nutzung veröffentlicht wurden, gab es einige Zeitungsartikel, unter anderem im 'Tagesanzeiger' oder in '20 Minuten'. In diesem Jahr und 2018 wurde die App beworben, indem an ca. 150 Standorten in der Stadt Zürich Plakate angebracht wurden. Das Ziel der Plakataktion ist, neue Kund*innen zu gewinnen und aufzuzeigen, dass sich die Stadt Zürich mit einem niederschweligen und digitalen Kanal um eine funktionierende Infrastruktur kümmert, bei dem jede Person etwas dazu beitragen kann. Weiter wird betont, dass 'Züri wie neu' dann erfolgreich ist, wenn keine Mängel mehr gemeldet werden (Gees 2020). Diese Stellungnahme der Stadt Zürich zeigt, dass der Fokus bei 'Züri wie neu' auf der Optimierung der Infrastruktur liegt und eine gleiche Beteiligung nicht vordergründig angestrebt wird. Die Ungleichheiten bei der 'Züri wie neu' Beteiligung könnte aus der Unwissenheit über die Möglichkeit resultieren. Die Personen, welche die Stichprobe der Untersuchung bilden, haben im Zeitraum zwischen der Lancierung von 'Züri wie neu' im Jahr 2013 und 2016 mindestens einen Mangel gemeldet. In dieser Zeit wurde der Mängelmelder kaum beworben und besonders die Mund zu Mund Propaganda scheint eine treibende Wirkung zu haben (Gees 2020). Belegen lässt sich diese Vermutung jedoch nicht. Wenn man davon ausgeht, dass die Mund zu Mund Verbreitung treibend war, ist naheliegend, dass sich vor allem Personen aus dem gleichen Umfeld gegenseitig mobilisieren und so spezifische soziale Gruppen mobilisiert werden, andere dafür unerreicht bleiben. Es wäre interessant zu überprüfen, auf welchem Weg die 'Züri wie neu' User von dem Mängel-Melder erfahren haben. Zusätzlich wäre interessant zu sehen, ob bei einer zweiten Erhebung der 'Züri wie neu' Usern zum aktuellen Zeitraum eine Veränderung in der Nutzung von 'Züri wie neu' beobachtet werden könnte. Durch die mit der Zeit steigende Bekanntheit von 'Züri wie neu' könnte eine ähnlich hohe Bekanntheit zwischen den sozialen Gruppen erreicht werden, was wiederum Ungleichheiten minimieren könnte. Gemäss der Stadt Zürich gibt es monatlich ca. 30 % neue Registrierungen (ebd.). Gegen eine

solche Entwicklung sprechen die Studienergebnisse von Rottinghaus und Escher (2020). Es wurde eine lokale Online-Beteiligungsmöglichkeit in Deutschland untersucht und es wurde festgestellt, dass die Bekanntheit der Beteiligungsmöglichkeit bei ungefähr 25 % lag und diese über verschiedene soziale Gruppen mehr oder weniger gleich verteilt war (ebd., 285). Weiter kommt die Studie zum Schluss, dass lokale Regierungen durch Digitalisierung nicht mehr Menschen erreichen, sondern insgesamt die gleichen informierten, gebildeten und politisch aktiven Personen mobilisiert werden.

Die Ergebnisse dieser Analyse zeigen, dass es eine Verschiebung bezüglich der untervertretenen sozialen Gruppen gibt. Ein Spezialfall ist die Demobilisierung der Frauen bei 'Züri wie neu'. Es wurde bereits besprochen, dass digitale Fähigkeiten nicht als Ursache betrachtet werden. Weiter ist die Übersetzung der Offline- in die Online-Partizipation kein ausreichender Grund, da Frauen bei Abstimmungen beispielsweise kaum noch untervertreten sind. Ein möglicher Grund wäre, dass die Bekanntheit von 'Züri wie neu' speziell bei Frauen niedrig ist. Um eine Idee zu bekommen, ob dies ein Grund sein könnte, wurde die Leserschaft von Zeitungen betrachtet, die Artikel zu 'Züri wie neu' veröffentlicht haben (Universität Bern 2016). Frauen sind nur leicht unterrepräsentiert in der Leserschaft beim 'Tages-Anzeiger' und '20 Minuten' (vgl. Goldbach 2020a; 2020b), weshalb diese Begründung wieder verworfen wird. Wie bereits erwähnt, hat die Studie von Abu-Tayeh, Portmann und Stürmer (2017) gezeigt, dass die Motivation für die Teilnahme einen Einfluss auf die Anzahl Meldungen bei 'Züri wie neu' hat. Es konnte keine starke unterschiedliche Verteilung dieser Motivationen nach Geschlecht festgestellt werden. Die Studie von Rottinghaus und Escher (2020) konnte zeigen, dass Gründe für eine Nicht-Teilnahme auf Einstellungen beruhen. Zweifel an der Wirkung der Teilnahme, negative Einstellungen gegenüber Online-Formen, fehlendes Interesse und die Einstellung, dass es keine Veränderung braucht, führen dazu, dass Personen lokalen Online-Partizipationsmöglichkeiten fernbleiben (ebd., 276). In einer weiterführenden Studie sollte untersucht werden, ob die beteiligungshemmenden Einstellungen ungleich nach Geschlecht verteilt sind.

Im Hinblick auf das Alter hat 'Züri wie neu' eine positive Wirkung für die Gleichheit in der politischen Beteiligung. Die Altersgruppen sind bei 'Züri wie neu' zum grössten Teil proportional repräsentiert. Für die jungen Erwachsenen bedeutet das, dass die Ungleichheit aus Offline-Formen aufgelöst werden kann. Die Nutzung von neuen Medien gibt jungen Personen das Gefühl, eine gleichwertige Position in der Gesellschaft einzunehmen. Wegen des jungen

Alters werden junge Erwachsene oft mit Unwissen oder Unfähigkeiten in Verbindung gebracht, während sie als Expert*innen im Bereich Technik gelten (Vinken 2007: 48). Weiter fördert die Internetnutzung den Zugang zu politischer Meinungsbildung durch das Lesen von Online-Zeitschriften. Die 'IEA civic education study' zeigt, dass ein Zusammenhang zwischen der Internetnutzung und politischem Wissen besteht (Amadeo 2007: 136). Durch die Nutzung von 'Züri wie neu' könnte sich das Gefühl von jungen Personen steigern, ein vollwertiger Teil der Gesellschaft zu sein sowie die politische Informiertheit steigern, was sich positiv auf die politische Offline-Partizipation auswirken könnte. Es stellt sich die Frage, ob die Nutzung von neuen Medien das Potenzial hat, die tiefe politische Partizipation von jungen Personen zu überwinden. Livingstone (2007) findet heraus, dass junge Menschen eifrig auf politischen Plattformen für Jugendliche partizipieren. Trotzdem ist die Peergroup entscheidend: Wenn das erhöhte politische Interesse nicht öffentlich geteilt wird und zusammen ausgeübt werden kann, ist die Hoffnung auf eine Veränderung in der Partizipation von Jungen gering (ebd., 119-121). Die neue Ungleichheit in Online-Partizipationsformen ist bei den älteren Personen festzumachen. Als Ursache bietet der Digital Divide eine plausible Lösung. Die Gruppe der 55- bis 65-Jährigen ist proportional bei 'Züri wie neu' vertreten, während die Ungleichheit bei den 65- bis 74-Jährigen beginnt und ab 75 Jahren noch stärker zunimmt. Diese neue Ungleichheit ist nicht nur in Bezug auf die Repräsentation der Interessen älterer Personen problematisch, sondern führt zu einer sozialen Exklusion durch den Ausschluss aus der digitalen Gesellschaft (Seifert, Hofer, und Rössel 2018).

Von der Online- zur Offline-Partizipation konnte beides beobachtet werden: Mehr Gleichheit, aber auch verstärkte Ungleichheiten. Insgesamt lässt sich sagen, dass die Digitalisierung der Partizipationsformen für junge Erwachsene und Personen mit tiefem Bildungsniveau eine Chance darstellt. Eine stärkere Mobilisierung durch Online-Formen führt dazu, dass die Interessen dieser sozialen Gruppen angemessen eingebracht werden. Eine Herausforderung stellt dar, dass die Interessen von Frauen und Personen mit MH online noch weniger abgeholt werden als durch Offline-Beteiligungsformen. Zusätzlich bilden sich neue Gruppen, die online unterrepräsentiert sind wie Personen mit mittlerem Bildungsniveau oder ältere Personen. Während die Untervertretung bei der älteren Bevölkerungsgruppe erwartet wurde, ist die Demobilisierung der mittel gebildeten Bevölkerungsschicht unerwartet. Damit die Digitalisierung der politischen Partizipationsformen eine Chance für mehr Gleichheit und Inklusion darstellt, ist eine frühe Erkennung der nicht mobilisierten sozialen Gruppe wichtig.

Nachdem nun beleuchtet wurde, wer sich online politisch beteiligt, wird in einem zweiten Schritt beleuchtet, welche Faktoren das Online-Engagement fördern. Sind es die gleichen treibenden Faktoren der Offline-Partizipation, die sich auf das Online-Engagement auswirken? Die Beantwortung der Forschungsfrage, welche Einflussfaktoren das politische Online-Engagement fördern, wird im folgenden Kapitel anhand des Beispiels 'Züri wie neu' erarbeitet und diskutiert.

8 Einflussfaktoren der politischen Online-Partizipation

Durch die Darstellung der sozioökonomischen Bevölkerungsstruktur der Stadt Zürich sowie der Abstimmungsbeteiligung und Teilnahme bei 'Züri wie neu' konnten Unterschiede zwischen der Offline- und Online-Partizipation aufgezeigt werden. Nun verschiebt sich der Fokus auf die Personen, die bei 'Züri wie neu' durch mindestens eine Mängelmeldung partizipiert haben. Es wird die zweite Forschungsfrage dieser Arbeit untersucht: Welche Faktoren haben einen positiven Einfluss auf das Engagement bei Online-Partizipationsformen? Die Forschungsfrage wird am Beispiel der Applikation 'Züri wie neu' untersucht. Die Form der Beteiligung ist eine Berichterstattung (Mängel-Meldung) auf lokaler Ebene. Online-Engagement wird in Form von Anzahl Meldungen bemessen. Das Analyse-Modell lässt sich von dem CVM ableiten. Das Ziel ist es, zu überprüfen, ob die etablierten Einflussfaktoren der politischen Partizipation sich ebenfalls auf lokale Online-Beteiligungsformen übertragen lassen. Das Modell wird durch die Komponente digitale Fähigkeiten ergänzt (vgl. Abb 17). Die digitalen Fähigkeiten können als Ressource einer Person betrachtet werden, welche einen Einfluss auf das Online-Verhalten hat. In einem ersten Schritt werden die Forschungshypothesen vorgestellt, welche durch das Analysemodell getestet werden sollen. Anschliessend wird die Operationalisierung der verschiedenen Einflussfaktoren besprochen und die Analysestrategie aufgezeigt. Darauf folgt die Darstellung der Ergebnisse. In der Diskussion werden die Ergebnisse kritisch beleuchtet und es wird versucht, eine Antwort auf die zweite Forschungsfrage dieser Arbeit eine Antwort zu geben. Welche Einflussfaktoren fördern das politische Online-Engagement?

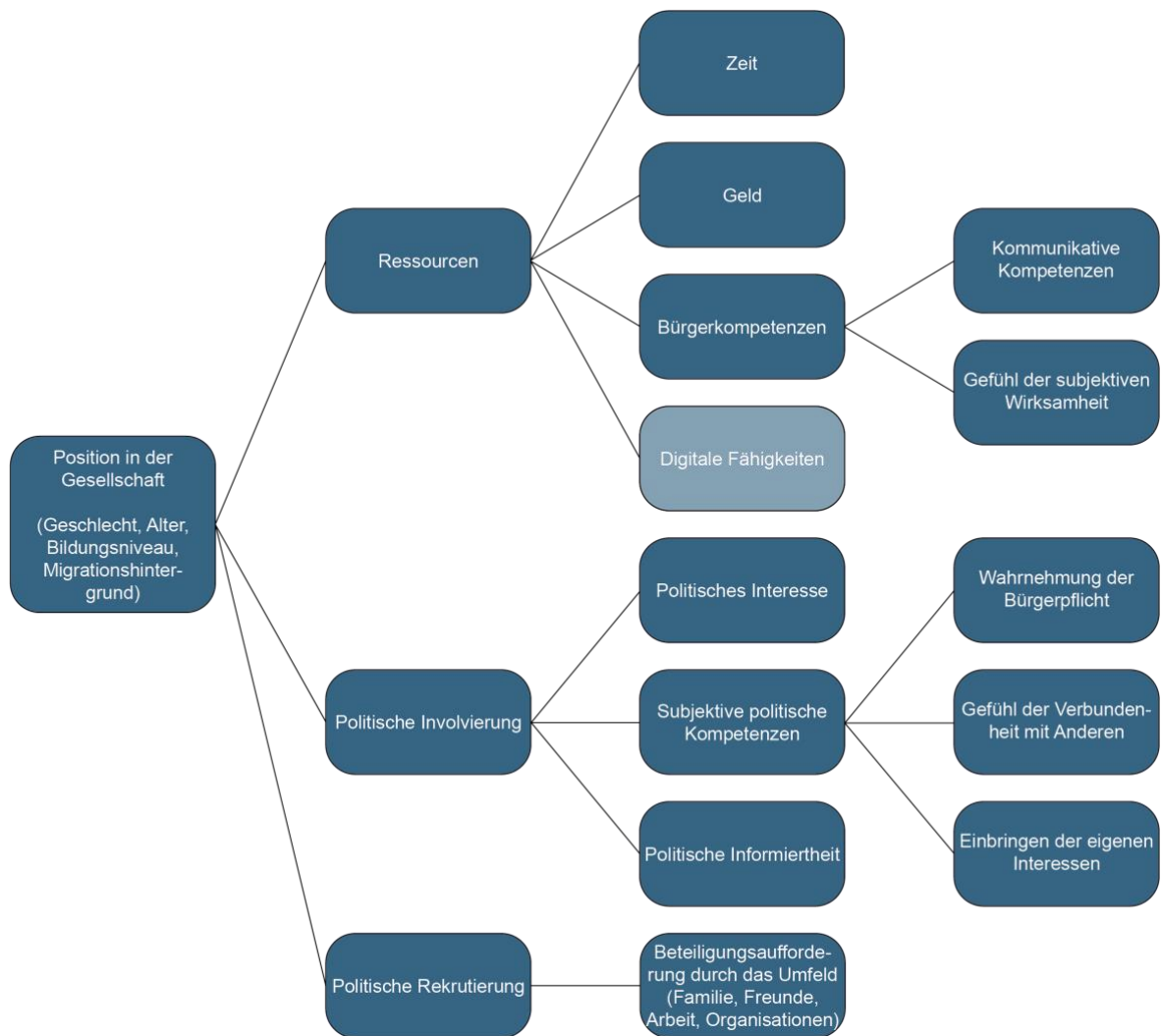


Abb. 17: Einflussfaktoren der politischen Online-Partizipation nach CVM von Verba, Scholzman und Brady (1995)

8.1 Forschungshypothesen

Die Forschungshypothesen dieser Arbeit basieren auf dem CVM (vgl. Kapitel 5.2), welche Ressourcen, politische Involvierung und politische Mobilisierung als entscheidende Einflussfaktoren für die politische Partizipation identifiziert werden. Die Ausprägung dieser drei Faktoren ist wiederum abhängig von der individuellen Position in der Gesellschaft. Das Geschlecht, das Alter, das Bildungsniveau und der MH einer Person werden als determinierende Merkmale für die gesellschaftliche Stellung betrachtet. Daraus ergibt sich das Modell der Einflussfaktoren der politischen Partizipation, welches für die Untersuchung der Online-Partizipation um die Komponente der digitalen Fähigkeiten erweitert wurde (vgl. Abb. 17). Aus dem Modell der Einflussfaktoren der politischen Online-Partizipation ergeben sich

drei Haupthypothesen zu den Ressourcen, der politischen Involvierung und der politischen Mobilisierung einer Person.

Im CVM werden Zeit, Geld und Bürgerkompetenzen als Ressourcen für die politische Partizipation identifiziert. Die Diskussion des Modells hat gezeigt, dass je nach Art der Beteiligungsform unterschiedliche Ressourcen wichtig sind (Brady, Verba, und Schlozman 1995). Bei zeitintensiven Aktivitäten können die Ressourcen Geld und Bürgerkompetenzen als Einflussfaktoren vernachlässigt werden, während Zeit die entscheidende Rolle spielt. Bei Aktivitäten, die einen finanziellen Beitrag verlangen, ist die Ressource Geld der determinierende Faktor. Die Beteiligung bei 'Züri wie neu' ist weder mit einem nennenswerten Zeitaufwand noch mit einem finanziellen Beitrag verbunden. Die Ressourcen Geld und Zeit können entsprechend als Einflussfaktor bei der Beteiligung bei 'Züri wie neu' ausgeschlossen werden. Die Bürgerkompetenzen, die sich nach dem CVM auf die kommunikativen Fähigkeiten und dem subjektiven Gefühl der Wirksamkeit beschränken, werden als entscheidende Ressource betrachtet. Zum ursprünglichen CVM werden zusätzlich noch digitale Fähigkeiten in das Modell aufgenommen (vgl. Abb. 17), da diese einen Einfluss auf das Online-Verhalten einer Person aufweisen. Daraus lassen sich folgende Hypothesen ableiten:

H1: Kompetenzen als Ressource der politischen Partizipation haben einen positiven Einfluss auf das Engagement bei Online-Partizipationsmöglichkeiten.

H1.1: Bürgerkompetenzen haben einen positiven Einfluss auf das Engagement bei Online-Partizipationsmöglichkeiten.

H1.2: Digitale Fähigkeiten haben einen positiven Einfluss auf das Engagement bei Online-Partizipationsmöglichkeiten.

Der zweite Einflussfaktor gemäss dem CVM bezieht sich auf die politische Involvierung einer Person, die sich durch ihr politisches Interesse, subjektive politische Kompetenzen und die politische Informiertheit ausdrückt. Die subjektiv politischen Kompetenzen lassen sich durch die Wahrnehmung der Bürgerpflicht, die Verbundenheit mit dem Schicksal anderer und dem Gefühl der Einflussnahme durch das Einbringen der eigenen Interessen zusammenfassen. Es ergibt sich folgende Haupt- und Teilhypothesen:

H2: Die politische Involvierung einer Person hat einen positiven Einfluss auf das Engagement bei Online-Partizipationsmöglichkeiten.

H2.1: Je stärker das politische Interesse, desto ausgeprägter ist das Engagement bei Online-Partizipationsmöglichkeiten.

H2.2: Je stärker die subjektive politische Kompetenz, desto ausgeprägter ist das Engagement bei Online-Partizipationsmöglichkeiten.

H2.3: Je höher die politische Informiertheit, desto ausgeprägter ist das Engagement bei Online-Partizipationsmöglichkeiten.

Die politische Mobilisierung wird als weiterer Einflussfaktor auf die politische Partizipation verstanden. Die Aufforderung, sich zu beteiligen, kann durch verschiedene Netzwerke stattfinden. Durch Familie oder Freunde, am Arbeitsplatz oder durch Organisationen. Es wird folgende Hypothese angenommen:

H3: Je stärker eine Person politisch mobilisiert wird, desto ausgeprägter ist das Engagement bei Online-Partizipationsmöglichkeiten.

8.2 Operationalisierung und Analysestrategie

Die Operationalisierung ist ein entscheidender Schritt für die Messung eines theoretischen Modells. Die Forschungshypothesen beschreiben die Zusammenhänge, welche untersucht werden. In diesem Kapitel werden die Indikatoren beschrieben, welche für die Überprüfung der theoretisch formulierten Zusammenhänge verwendet werden. Zunächst wird die abhängige Variable beschrieben, welche das Engagement bei politischen Online-Partizipationsmöglichkeiten erfasst. Darauf folgt die Operationalisierung der unabhängigen Variablen, welche sich aus den Forschungshypothesen ergeben. Im letzten Schritt wird auf die Kontrollvariablen eingegangen. Die Kontrollvariablen werden in der Untersuchung berücksichtigt, um weitere Einflüsse zu kontrollieren und um Verzerrungen zu verhindern.

8.2.1 Die abhängige Variable Anzahl Meldungen

Die abhängige Variable misst das Engagement bei politischen Online-Partizipationsmöglichkeiten und wird durch die Anzahl Meldungen operationalisiert, die eine

Person bei 'Züri wie neu' getätigt hat. Die Daten stammen aus den realen Nutzungsdaten der Applikation (Anzahl getätigte Meldungen im Zeitraum Juni 2013 bis Juli 2016) und wurden mit den Antwortdaten der Umfrage mittels der User ID verknüpft. Die abhängige Variable ist im Datensatz original 'NumberOfReportsPerUser' benannt und wurde für die Analyse zu 'NrRep' unbenannt. Zwei Beobachtungen im Datensatz hatten keine Meldungen und wurden daher herausgefiltert (n=728). Die abhängige Variable ist nicht normal verteilt, sondern weist eine starke rechtsschiefe auf (Kurtosis = 126,33). Die Verteilung der Anzahl Meldungen zeigt, dass nur wenige User sehr viele Meldungen getätigt haben und die meisten Meldungen zwischen 1 und 3 liegen (3. Quantil liegt bei 3) (vgl. Abb. 18). Rund 47 % der 'Züri wie neu' User haben einen Mangel gemeldet. Der Modus liegt ebenfalls bei einer Meldung. Der Median wurde mittels der Bootstrapping-Methode berechnet, um auf die geometrische Verteilung der Variable einzugehen und liegt bei 4 Meldungen.

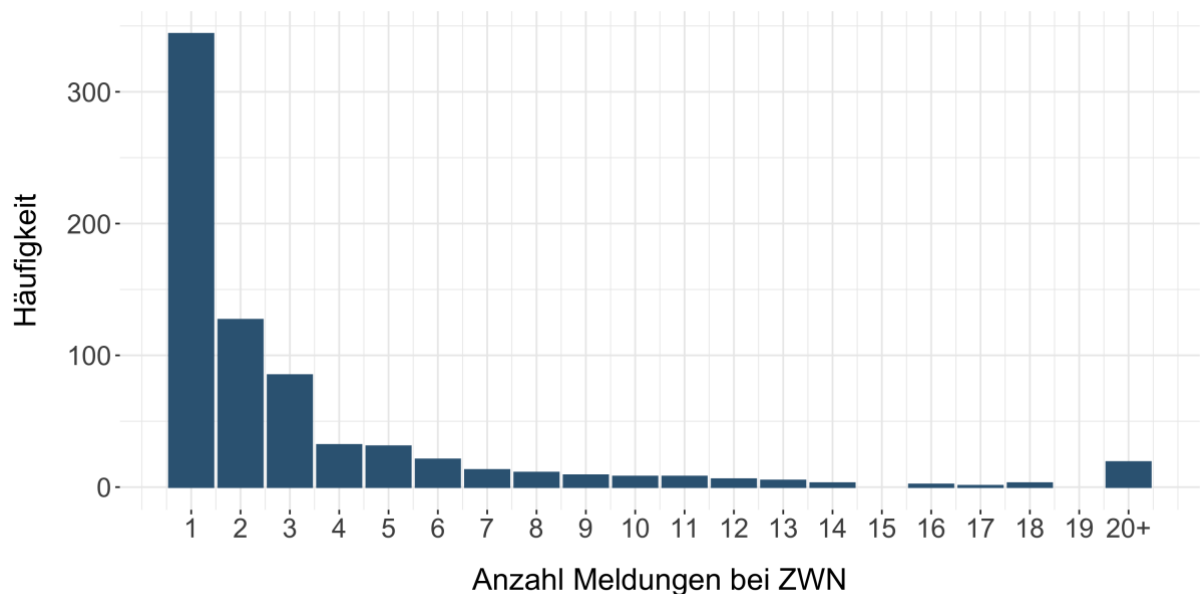


Abb. 18: Verteilung der abhängigen Variable (aV) Anzahl Meldungen 'NrRep'
Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=728

8.2.2 Die unabhängigen Variablen nach dem CVM

Die unabhängigen Variablen lassen sich in drei Gruppen nach dem CVM gliedern (vgl. Abb. 19). In einem ersten Schritt wird der Einfluss von Ressourcen geprüft, wobei das Interesse in den bürgerlichen und den digitalen Kompetenzen liegt. Die darauffolgende Hypothesengruppe zur politischen Involvierung einer Person setzt sich aus den unabhängigen Variablen politisches Interesse, den Einschätzungen der subjektiven politischen Kompetenzen und der politischen Informiertheit zusammen. Die letzte Hypothese testet die politische Mobilisierung

anhand der unabhängigen Variablen zum Stellenwert des politischen Austausches einer Person. Alle unabhängigen Variablen sind im Datensatz mittels einer Likert-Skala mit Werten zwischen 1 und 7 erhoben worden. Der Wert 1 bedeutet, dass die Person einer Aussage überhaupt nicht zustimmt. Mit dem Wert 7 wird beschrieben, dass eine Person der Aussage voll und ganz zustimmt. Dementsprechend ist 4 der neutrale Wert und beschreibt weder eine Zustimmung noch Ablehnung. Keine Angaben wurden unter dem Wert 0 zusammengefasst und für die Analyse aus dem Datensatz entfernt. Daraus ergeben sich unterschiedliche Stichprobengrößen bei der Betrachtung der einzelnen Variablen.

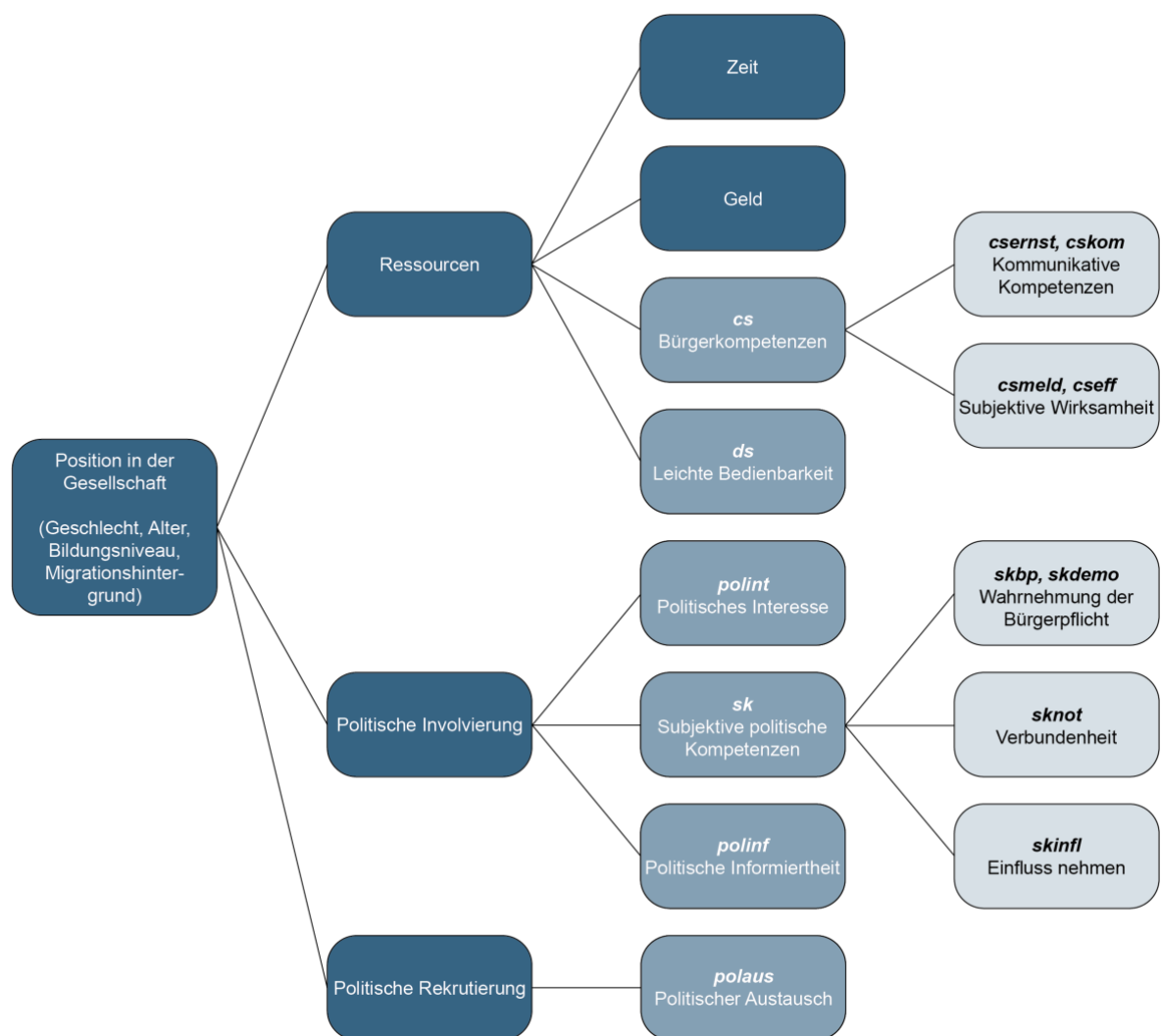


Abb. 19: Operationalisierung der Einflussfaktoren nach CVM von Verba, Scholzman und Brady (1995)

Die unabhängigen Variablen bürgerliche und digitale Kompetenzen lassen sich aus den 'Züri wie neu' Daten durch folgende Items beschreiben. Die bürgerliche Kompetenz wird anhand von zwei Aspekten gemessen. Wie theoretisch bereits begründet, setzt sich die

bürgerliche Kompetenz aus verschiedenen kommunikativen und organisatorischen Kapazitäten zusammen. Je ausgeprägter diese sind, desto einfacher fällt es einer Person, die politischen Prozesse und Institutionen nachzuvollziehen, was zu einer höheren Beteiligungswahrscheinlichkeit führt. Diese kommunikativen und organisatorischen Kapazitäten werden demnach mit vier Items operationalisiert, die diese Kapazitäten abbilden und das Verständnis der Prozesse bezüglich 'Züri wie neu' repräsentieren (vgl. Tabelle 4). Mittels einer explorativen Faktoranalyse wurde untersucht, ob sich die Items dafür eignen,

Tabelle 4: Items zur Erfassung der bürgerlichen Kompetenzen gemäss *civic skills* nach CMV (1995)

<i>cskom</i>	'Züri wie neu' ist eine zielgerichtete Art, um mit der Stadt Zürich zu kommunizieren
<i>csernst</i>	Die Stadt Zürich nimmt meine Meldungen auf "Züri wie neu" ernst
<i>csmeld</i>	Dank 'Züri wie neu' kann ich auf einfache Art den zuständigen Behörden eine Meldung abgeben
<i>cseff</i>	Dank 'Züri wie neu' wird mein Anliegen effizient bearbeitet

zu einem Einflussfaktor zusammengefasst zu werden. Cornbachs Alpha ist dafür eine geeignete Methode, um die Reliabilität der Items zu überprüfen (Eid, Gollwitzer, und Schmitt 2017). Die Analyse ergibt, dass der Wert für diese vier Items bei 0.84 liegt und somit einer guten Reliabilität entspricht (Nunnally und Bernstein 1994). Die bürgerlichen Kompetenzen werden in diesem Modell demnach durch diese vier Items zusammengefasst zur Einflussvariable 'cs'.

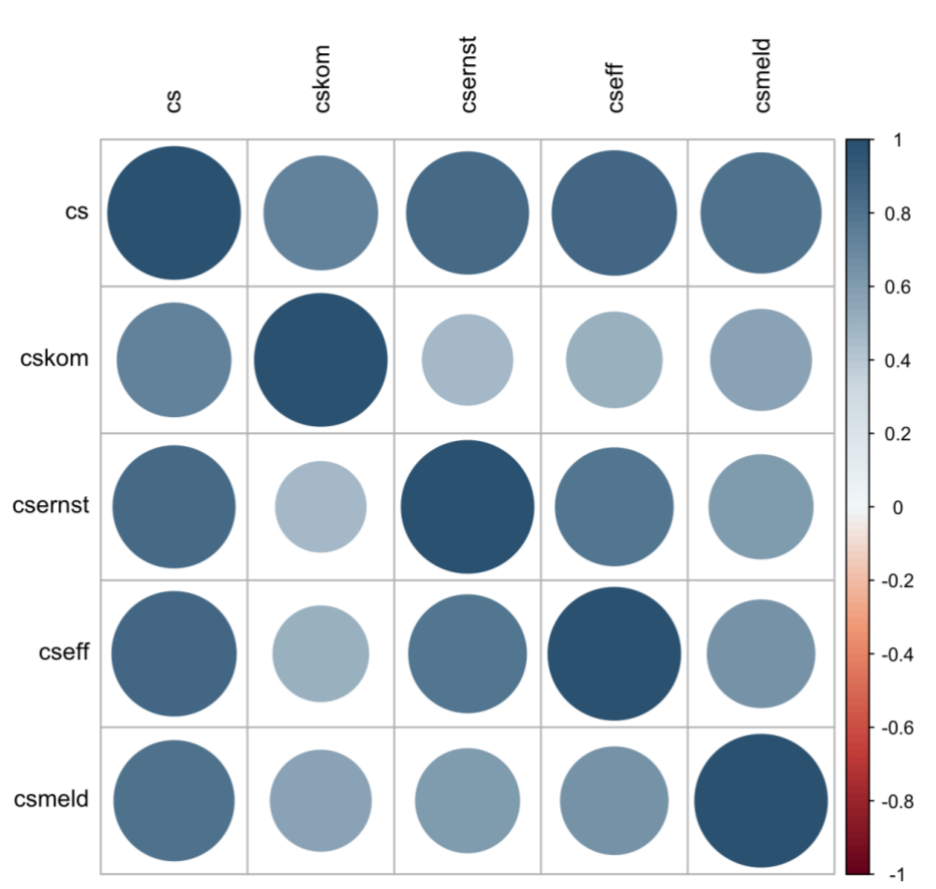


Abb. 20: Visualisierung der Korrelationen Bürgerkompetenzen 'cs'
Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=708

Die digitalen Fähigkeiten einer Person werden im 'Züri wie neu' Datensatz nicht umfassend erhoben. Der Fokus der Erhebung lag auf der Benutzerfreundlichkeit der App, die im allgemeinen als sehr gut bewertet wird (Abu-Tayeh, Portmann, und Stürmer 2017). Unterstützt wird dies von einer klaren Mehrheit der 'Züri wie neu' Usern, die die App als leicht zu bedienen einschätzen (vgl. Abb 21). Es kann davon ausgegangen werden, dass Personen, die die Applikation nicht als leicht zu bedienen empfinden, über geringe digitale Fähigkeiten verfügen. Der Einfluss der digitalen Fähigkeiten wird durch das Item 'ds' geprüft. Weiter wird überprüft, wie die Verteilung der digitalen Fähigkeiten in Prozent in Bezug auf die Anzahl Meldungen bei 'Züri wie neu' ist. Die Abbildung 22 zeigt pro Antwortkategorie, wie die Bedienungsleichtigkeit von 'Züri wie neu' beurteilt wird. Personen, die eine 1 angegeben

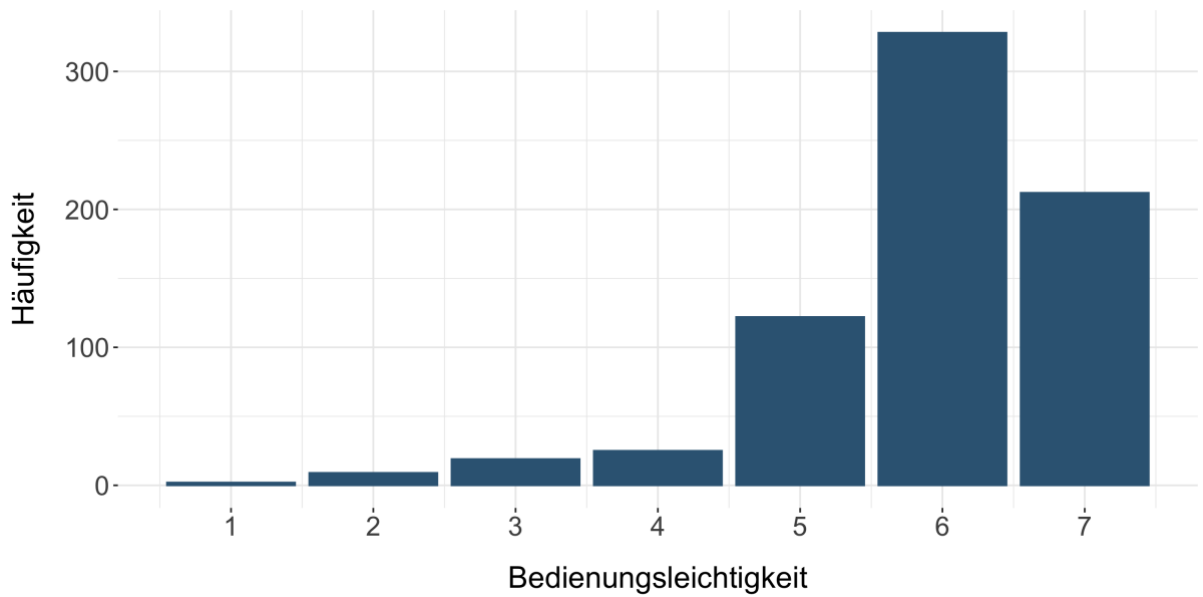


Abb. 21: Verteilung der unabhängigen Variable (uV) digitale Fähigkeiten 'ds'
 Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=717
 1 = stimme der Aussage, dass 'Züri wie neu' leicht zu bedienen ist, überhaupt nicht zu.
 7 = stimme der Aussage, dass 'Züri wie neu' leicht zu bedienen ist, voll und ganz zu.

haben, stimmen der Aussage, dass 'Züri wie neu' einfach zu bedienen ist, überhaupt nicht zu. Im Datensatz trifft dies auf zwei Personen zu, eine davon hat 2 und die andere 50 Mängel gemeldet. Dementsprechend haben 50 % der Personen, die mit 1 geantwortet haben, entweder 2 oder 50 Meldungen abgeben. Es wird deutlich, dass es einen Ausreisser in den Daten gibt. Die Person mit 50 Mängel-Meldungen wird als Ausreisser identifiziert und aus dem Modell ausgeschlossen.

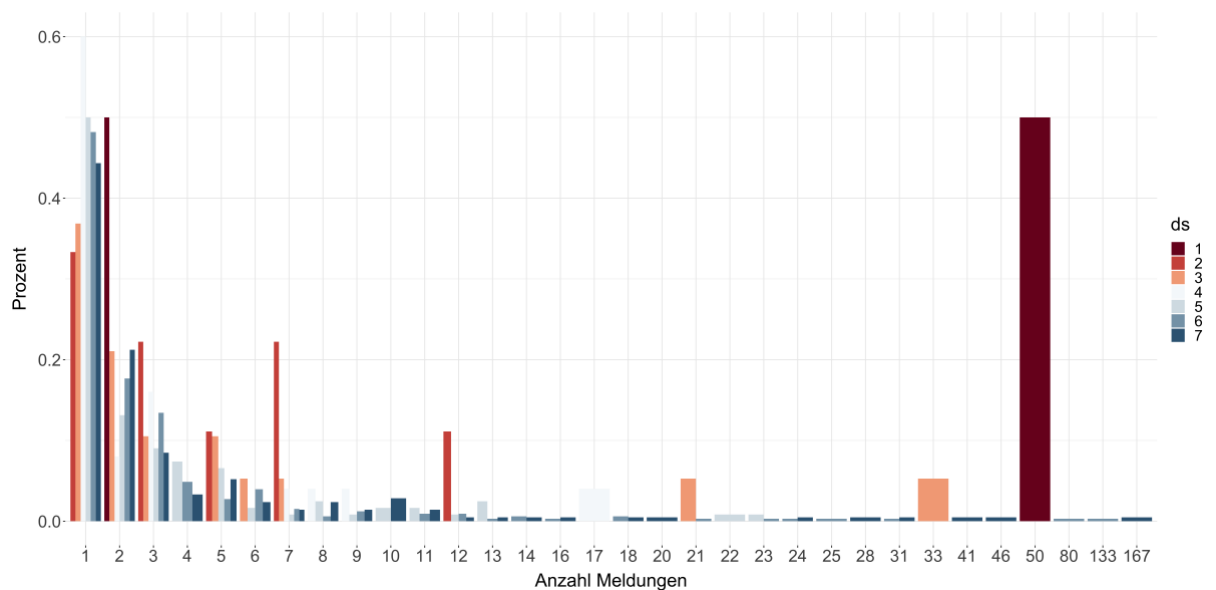


Abb. 22: Digitale Fähigkeiten 'ds' in Prozent nach Anzahl Meldungen 'NrRep'
 Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=717

Die zweite Hypothesengruppe befasst sich mit dem Einfluss der politischen Involvierung auf die politische Beteiligung. Verschiedene Komponenten wie das Interesse an Politik, die subjektive Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen sowie die politische Informiertheit beschreiben die politische Involvierung einer Person. Um die verschiedenen Aspekte zu erfassen, wird die politische Involvierung anhand von drei Teilhypothesen überprüft.

Das politische Interesse wird in der ‘Züri wie neu’ Umfrage durch das Item erhoben, ob sich die Befragten für Politik interessieren. Es handelt sich um eine subjektive Angabe zum politischen Interesse. Obwohl es nicht möglich ist, zu überprüfen, ob die subjektive Angabe mit dem realen Interesse übereinstimmt, ist dies eine zulässige Art, politisches Interesse zu operationalisieren (Prior 2018).

Die zweite Hypothese zur politischen Involvierung bezieht sich auf die subjektiven politischen Kompetenzen. Darunter werden unterschiedliche Einstellungen verstanden, wie das Gefühl, etwas im politischen System bewirken zu können, die Empathie, mit anderen Menschen in Notlagen mitzufühlen und das Wahrnehmen der politischen Partizipation als eine Bürgerpflicht. Daher wird für die Operationalisierung der subjektiven politischen Kompetenzen wieder eine explorative Faktoranalyse durchgeführt (vgl. Tabelle 5). Cronbachs

Tabelle 5: Items zur Erfassung der subjektiven politischen Kompetenzen nach CMV (1995)

sknot	Ich fühle mich mit Menschen, die sich in einer Notlage befinden, verbunden
skbp	Ich bin überzeugt, dass Bürgerpflichten vor Eigeninteressen stehen sollen
skinfl	‘Züri wie neu’ erlaubt mir, auf Dinge Einfluss zu nehmen, die mir wichtig sind
skdemo	‘Züri wie neu’ gibt mir das Gefühl, dass Entscheidungsträger mich anhören

Alpha liegt bei 0.63, was einem akzeptablen Wert entspricht. Gestützt wird die Annahme, dass die Items durch die positiven Korrelationen untereinander reliabel sind (vgl. Abb. 23). Zusammengefasst werden die Items im Modell unter der Einflussvariable ‘sk’.

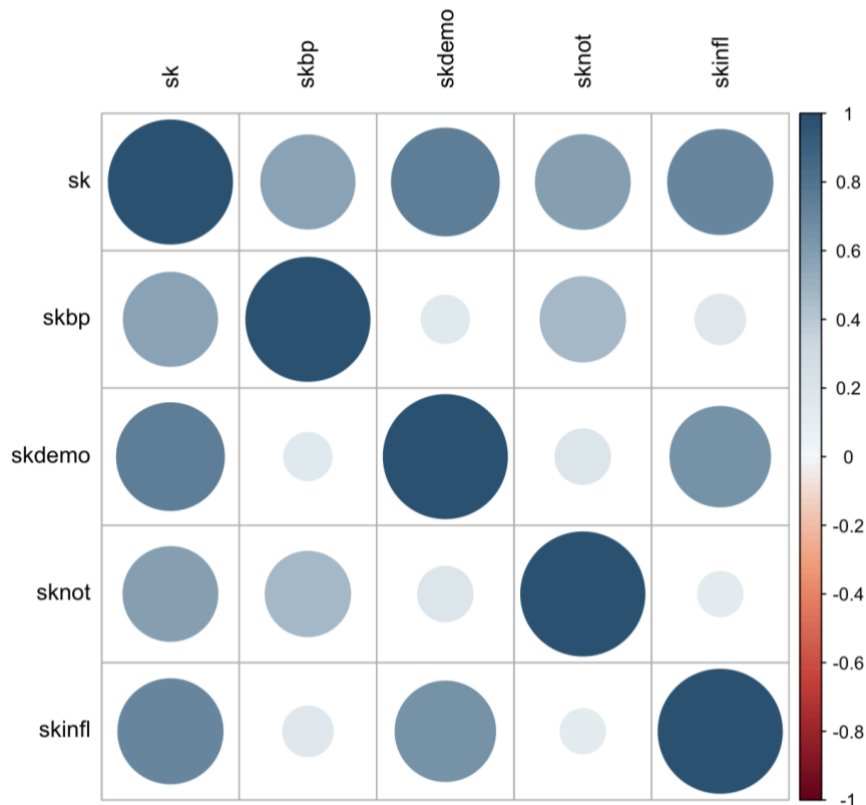


Abb. 23: Visualisierung der Korrelationen zwischen subjektiven politischen Kompetenzen 'sk'
 Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=692

Die dritte Komponente der politischen Involvierung beschreibt die politische Informiertheit, welche sich durch eine subjektive Empfindung operationalisieren lässt. Bei der 'Züri wie neu' Umfrage wurden die Teilnehmer*innen zu gefragt, ob es ihnen wichtig ist, bei politischen Ereignissen immer auf dem Laufenden zu sein. Bei dieser Operationalisierung gibt es zwei mögliche Verzerrung, die es zu beachten gilt. Einerseits wird nicht nach einer Einschätzung der eigenen politischen Informiertheit gefragt, sondern nach der Wichtigkeit. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Wichtigkeit nicht die eigentliche Informiertheit misst. Andererseits konnte gezeigt werden, dass Männer dazu neigen, ihr Wissen zu überschätzen. Andersherum neigen Frauen dazu, ihr Wissen zu unterschätzen (Fox und Lawless 2011, 62). Es besteht die Gefahr, dass die Männer bei der Frage zur politischen Informiertheit sich tendenziell zu hoch eingeschätzt haben, während Frauen eher tiefere Werte angegeben haben. Diese Verzerrung kann in den Daten beobachtet werden, wenn man vergleicht, wie viel Prozent der Frauen und Männer die jeweilige Antwortkategorie ausgewählt haben (vgl. Abb. 24). Die Darstellung zeigt, dass Frauen der Aussage, ob es ihnen wichtig ist, bei politischen Ereignissen auf dem Laufenden zu sein, weniger zustimmen als Männer.

Männer sind dafür bei der Zustimmung der Aussage übervertreten. Dies spricht dafür, dass eine solche Verzerrung in den Daten vorliegen könnte. Es kann aber keine definitive Aussage getroffen werden, da die zugrundeliegenden Mechanismen unbekannt sind.

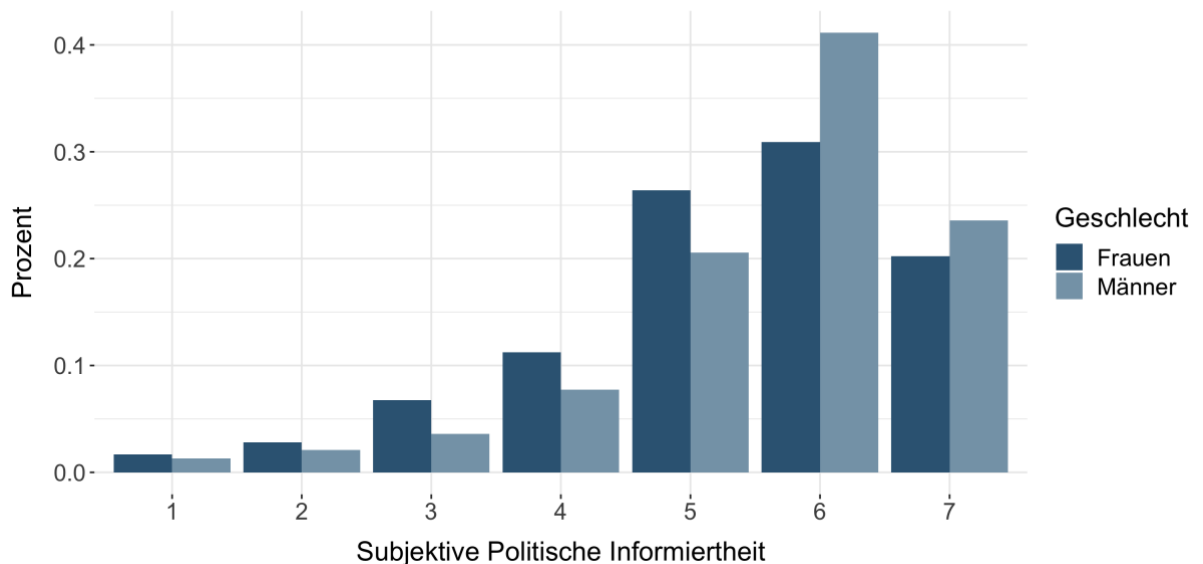


Abb. 24: Verteilung der uV politische Informiertheit 'polinf' nach Geschlecht im Verhältnis
Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=708

Die letzte Hypothese bezieht sich auf die politische Mobilisierung, der Aufforderung, sich politisch zu beteiligen. Diese entsteht durch ein Netzwerk, welches aus Freunden, Familie, dem Arbeitsumfeld oder anderen Organisationen wie Sportvereine oder religiösen Gruppen bestehen kann. Der Datensatz 'Züri wie neu' bietet keine Informationen zu den persönlichen Netzwerken der Befragten. Die politische Mobilisierung kann trotzdem stellvertretend durch den politischen Austausch erhoben werden. Nur Personen, die sich gerne mit anderen über Politik austauschen, haben ein Umfeld, welches dies ermöglicht. Durch den politischen Austausch wird daher auf das Netzwerk geschlossen, welches zu einer Mobilisierung und einer höheren Beteiligung führt. Die Schwierigkeit bei diesem Stellvertreter liegt darin, dass eine Person sich auch nicht gerne über politische Sachverhalte austauscht und trotzdem durch ein bestimmtes Netzwerk mobilisiert werden kann.

8.2.3 Die Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und MH

Die Kontrollvariablen dieser Analyse setzen sich aus den Merkmalen der Gruppen zusammen, die bei Offline-Beteiligungsformen untervertreten sind: Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und MH. Wie bereits theoretisch hergeleitet, ergeben sich aus diesen Merkmalen soziale Gruppen,

bei denen sich die ungleiche Verteilung von Ressourcen, politischer Involvierung und politischer Mobilisierung zeigen (Kapitel 6.2.2). Die Kontrollvariablen stehen daher im Zusammenhang mit der abhängigen und unabhängigen Variablen. Durch das Einbeziehen der Kontrollvariablen im Modell kann geprüft werden, wie stark der Einfluss der unabhängigen Variablen unter Berücksichtigung der Merkmale der Kontrollvariablen ist.

Soziodemographische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Bildungsniveau werden in der empirischen Forschung zu politischem Verhalten als Standardprädiktoren betrachtet (vgl. Kapitel 5.3). Häufig wird das Einkommen als weiterer erklärender Faktor für das politische Verhalten hinzugezogen (Rottinghaus und Escher 2020, 270). Es wurde bereits empirisch mehrfach bestätigt, dass das Einkommen einen Einfluss auf das politische Verhalten hat. Ein höheres Einkommen begünstigt die politische Partizipation, was zu einer Übervertretung der Interessen der Wohlhabenden führt (Whelan 2019, 235). Aufgrund der Datenlage ist der Einbezug dieses sozioökonomischen Merkmals nicht möglich. Dafür wird zusätzlich stellvertretend für den MH geprüft, ob eine Person als Muttersprache Deutsch gelernt hat. Wie die Analyse im Kapitel 7 gezeigt hat, sind besonders männliche Personen im mittleren Alter, einem hohen Bildungsabschluss und Muttersprache deutsch bei den 'Züri wie neu' Usern übervertreten. Bezüglich der soziodemographischen Merkmale zeigen sich Unterschiede in den Anzahl Meldungen. Frauen haben maximal 21 Mängel gemeldet, während alle höheren Anzahl Meldungen von Männern stammen (vgl. Abb. 25). Frauen wiederum haben häufiger eine oder zwei Meldungen angegeben als Männer.

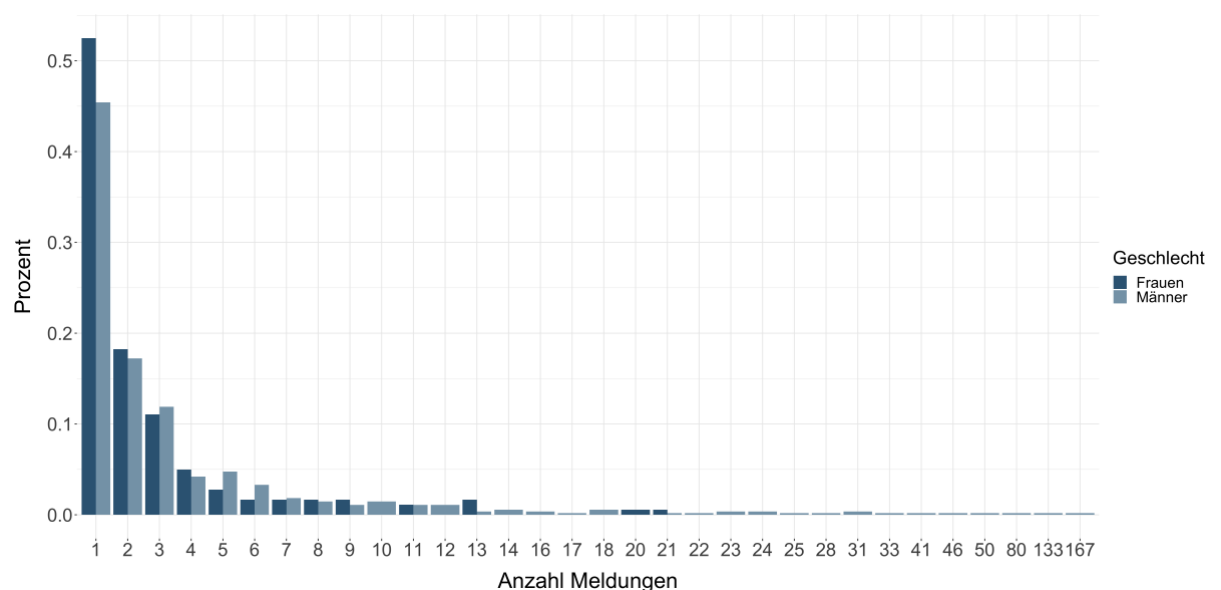


Abb. 25: Verteilung der aV Anzahl Meldungen 'NrRep' nach Geschlecht 'sex' im Verhältnis
Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=724

Für eine genauere Betrachtung des Merkmals Alter wurden Altersgruppen gebildet. Die erste Altersgruppe repräsentiert die jungen Erwachsenen und fasst alle Personen bis und mit 34 Jahren zusammen. Die zweite Gruppe bildet sich aus den 35- bis 64-Jährigen. Personen, die 65 Jahre und älter sind, werden in der letzten Altersgruppe zusammengefasst. Die Darstellung der Anzahl Meldungen nach Altersgruppen in Prozent (vgl. Abb. 26) weist darauf hin, dass es

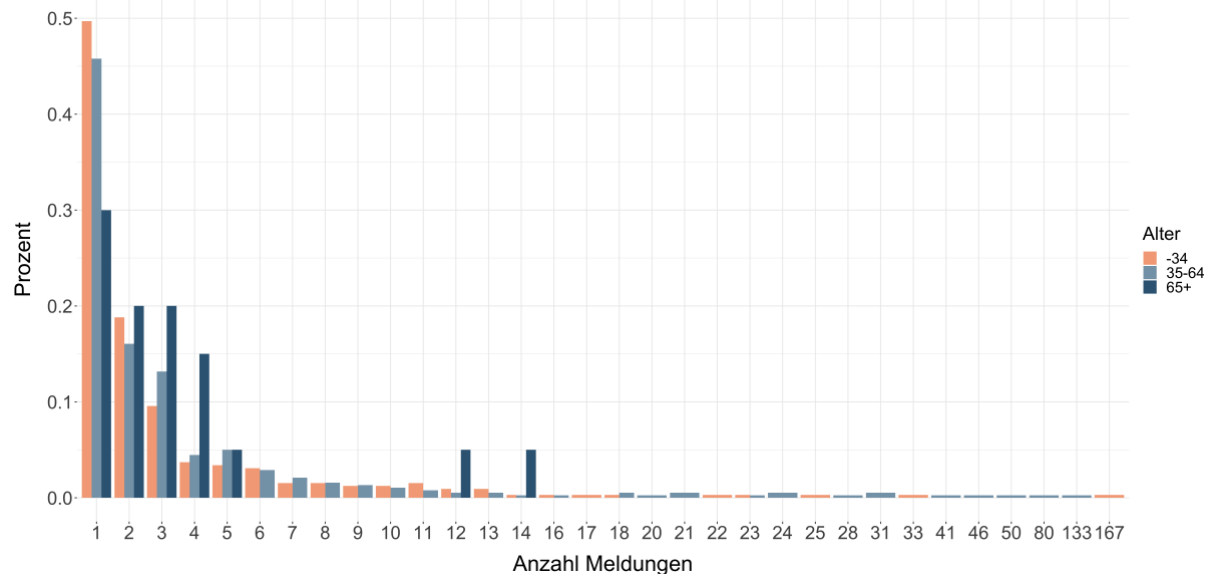


Abb. 26: Verteilung der aV Anzahl Meldungen 'NrRep' nach Altersgruppen 'agebygroup' im Verhältnis
Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=724

einen Ausreisser gibt. Die Gruppe der jungen Erwachsenen ist bei einer Mängelmeldung leicht übervertreten. Die Anzahl Meldungen sinkt exponentiell bis 33 Meldungen. Eine Person, die 22 Jahre alt ist, hat 167 Mängel gemeldet. Diese Person wird aus der Analyse entfernt. Über 20 Meldungen haben mehrheitlich Personen im mittleren Alter abgegeben. Ältere Personen haben am seltensten nur eine Meldung getätigt, aber auch niemals über 14 Mängel gemeldet. Bis 34-Jährige haben zu rund 50 % nur eine Mängel-Meldung getätigt. Die Verteilung der Anzahl Meldungen nach Altersgruppen weist darauf hin, dass das Alter einen Einfluss auf das Online-Engagement einer Person hat.

Das dritte soziodemographische Merkmal beschreibt den höchsten Bildungsabschluss. Bezogen auf die Anzahl Meldungen, die nach den unterschiedlichen Bildungsniveaus getätigt wurden, gibt es keine klaren Strukturen (vgl. Abb. 27). Personen mit einem obligatorischen Schulabschluss haben häufiger eine oder zwei Meldungen getätigt als Personen mit einem Abschluss auf der Sekundarstufe II. Diese wiederum haben häufiger ein oder zwei Mängel gemeldet als Personen mit einem Abschluss auf der Tertiärstufe. Ab drei Meldungen ist kein

Muster mehr erkennbar und die prozentuale Verteilung der getätigten Meldungen nach Bildungsniveau variiert je nach Anzahl Meldungen. Bezüglich der Häufigkeit der Mängel-Meldungen, die von einer Person bei 'Züri wie neu' getätigt wird, wird erwartet, dass das

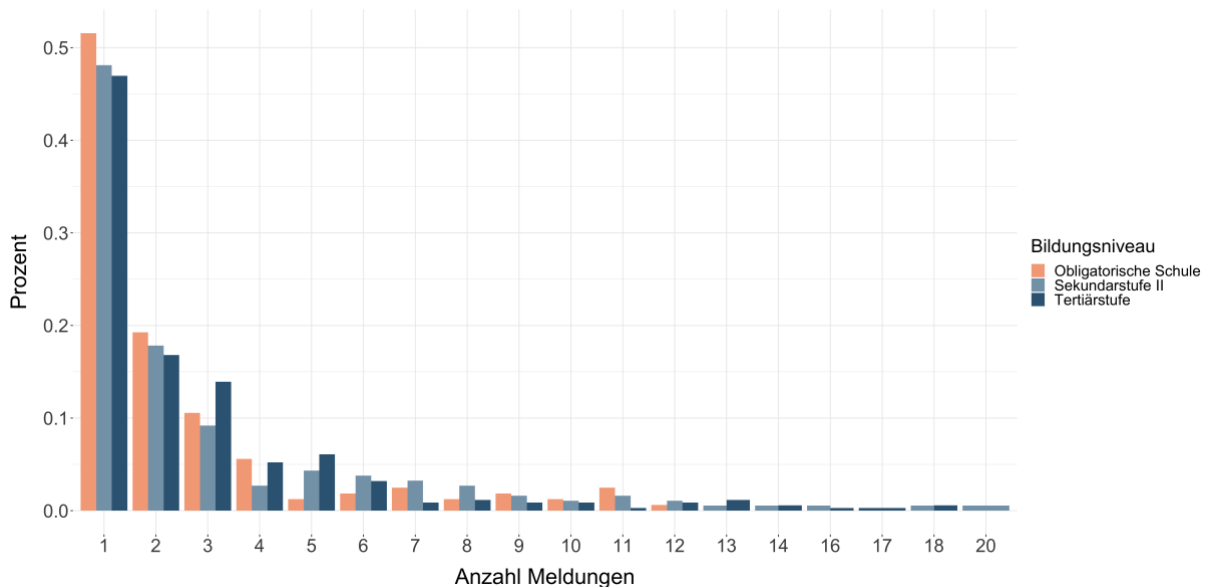


Abb. 27: Verteilung der aV Anzahl Meldungen 'NrRep' nach Bildungsniveau 'edubygrou' im Verhältnis
Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=691

Bildungsniveau einen positiven Einfluss hat. Digitale Fähigkeiten begünstigen nicht nur, dass Online-Beteiligungsformen genutzt werden, sondern auch wie häufig (Kahne, Lee, und Feezell 2012, 14).

Die letzte Kontrollvariable untersucht den Zusammenhang der Online-Partizipation mit der Muttersprache. Diese Variable wird stellvertretend für den MH verwendet, da dieser in der 'Züri wie neu' Umfrage nicht direkt erhoben wurde. Es ist klar, dass diese Analyse keine Aussagen über Personen mit MH treffen kann. Trotzdem ist es sinnvoll, die Muttersprache zu kontrollieren, wie bereits in Kapitel 6.2.2 besprochen. Im Hinblick auf die Anzahl Meldungen fällt auf, dass Personen mit einer anderen Muttersprache als Deutsch maximal 18 Meldungen getätigt haben, ausser einer Person mit 80 Meldungen (vgl. Abb. 28). Dies könnte zu einer Verzerrung des Einflusses der Muttersprache führen, weshalb diese Person aus dem Modell ausgeschlossen wird.

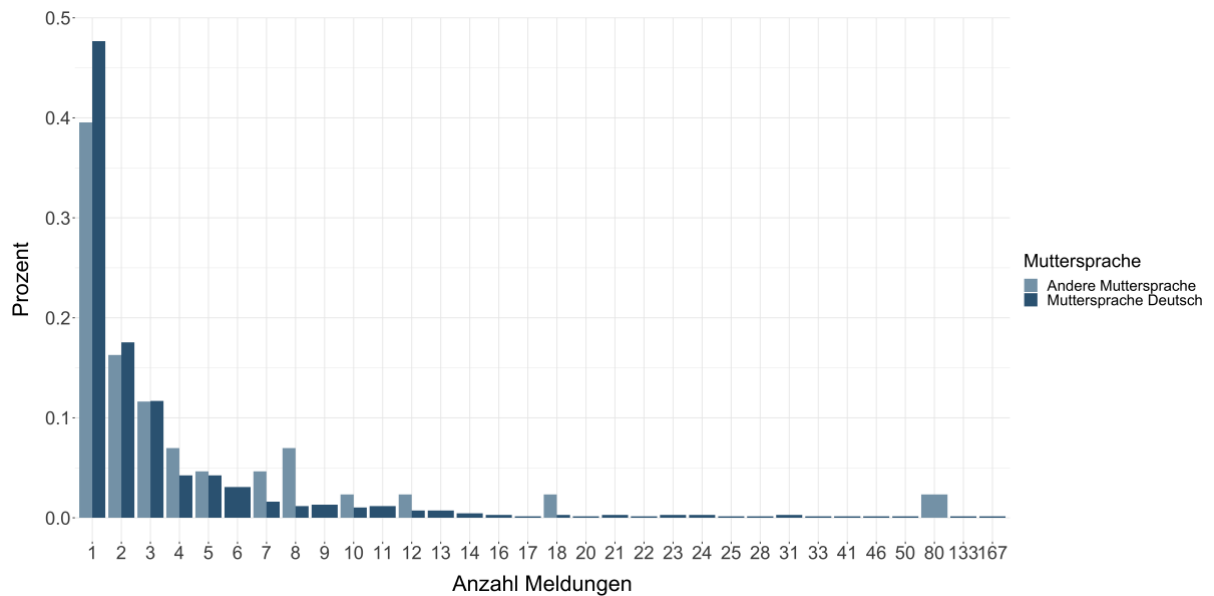


Abb. 28: Verteilung der aV Anzahl Meldungen 'NrRep' nach Muttersprache 'langubysgroup' im Verhältnis
Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=727

Das Analysemodell setzt sich folglich aus der abhängigen Variable Anzahl Meldungen bei ‚Züri wie neu‘ und den unabhängigen Variablen Bürgerkompetenzen, digitale Fähigkeiten, politisches Interesse, subjektive politische Kompetenzen, politische Involvierung und politischer Austausch sowie den Kontrollvariablen Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und MH zusammen. Im Folgenden wird die Analysestrategie aufgezeigt, um danach auf die Ergebnisse einzugehen.

8.2.4 Analysestrategie

Die einzelne Betrachtung der Einflussfaktoren hat die Struktur der Daten deskriptiv beschrieben. Dadurch konnten drei Beobachtungen identifiziert werden, welche Ausreisser sind und dementsprechend von der Analyse ausgeschlossen werden. Mit dem Ausschluss der Variablen, bei denen Angaben fehlen, ergibt sich für die Analyse eine Stichprobe von n=658. Das Gesamtmodell nach dem CVM wird mittels einer negativen Binominalregression getestet. Die negative Binominalregression stammt aus der Poisson Familie und ist für die Zusammenhangsprüfung geeignet, da die abhängige Variable geometrisch verteilt ist und eine Überdispersion aufweist (Gardner, Mulvey, und Shaw 1995; Abu-Tayeh, Neumann, und Stürmer 2018). Die Überdispersion beschreibt, dass die Varianz grösser ist als der Erwartungswert. In einem ersten Schritt wird nun daher geprüft, ob die Überdispersion im Modell nachzuweisen ist. Mittels dem Verfahren nach Cameron und Trivedi (1990) kann

festgestellt werden, dass das Modell eine Konstante von 4,58 aufweist, was stark für eine Überdispersion spricht. Weitere Voraussetzungen für die negative Binominalregression sind, dass die Stichprobengrösse über 50 ist und die abhängige Variable nur positive Werte aufweist, da es sich um Zähldaten handelt (Wang u. a. 1993, 979–94). Beide Bedingungen sind bei den ‘Züri wie neu’ Daten erfüllt. Die unabhängigen Variablen bestehen aus Werten der Likert-Skala mit Ausprägungen zwischen 1 bis 7. Diese können im Modell als numerische Variablen verwendet werden. Die Bildung von Dummy-Variablen würden zu einer hohen Komplexität im Modell führen. Die Kontrollvariablen Geschlecht ‘sex’, Bildungsniveau ‘edubgroup’ und Muttersprache ‘langubgroup’ werden als Dummy-Variablen und das Alter ‘age’ als numerische Variable in das Modell aufgenommen. Nachdem die Bedingungen und die Struktur der negativen Binominalregression geklärt wurden, werden die Ergebnisse im folgenden Kapitel präsentiert.

8.3 Ergebnisdarstellung der Datenanalyse

Die Ergebnisse der negativen Binominalregression sind unerwartet, da für keine der aufgestellten Hypothesen einen signifikanten Zusammenhang gefunden werden konnte (vgl. Tabelle 6). Durch die Hypothesengruppe 1 (H1.1 und H1.2) wird der Einfluss der Ressourcen einer Person auf die Anzahl Meldungen bei ‘Züri wie neu’ getestet. Weder die Bürgerkompetenzen noch die digitalen Fähigkeiten bieten einen signifikanten Erklärungsbeitrag. Die zweite Hypothesengruppe (H2.1, H2.2 und H2.3) setzt sich aus dem politischen Interesse, der subjektiven politischen Kompetenzen und der politischen Informiertheit zusammen und beschreibt die politische Involvierung einer Person. Für keine der Komponenten konnte ein signifikanter Zusammenhang mit den Anzahl Meldungen gefunden werden. Für die dritte Hypothese (H3) wurde mittels des politischen Austausches die politische Mobilisierung einer Person überprüft und ebenfalls kein signifikanter Zusammenhang gefunden (vgl. Tabelle 6). Obwohl alle Hypothesen verworfen werden müssen, bieten die Ergebnisse der negativen Binominalregression spannende Erkenntnisse zu den Kontrollvariablen. Der Marginaleffekt kann aus den Regressionskoeffizienten (β) abgeleitet werden und beschreibt den Einfluss einer unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable bei konstanter Haltung der anderen unabhängigen Variablen. Bezüglich des Geschlechtes und

Tabelle 6: Regressionstabelle der negativen Binominalregression mit aV Anzahl Meldungen 'NrRep'

	Regressionskoeffizient
Intercept	0.75*
	(0.34)
Bürgerkompetenzen	0.04
	(0.04)
Digitale Fähigkeiten	-0.05
	(0.04)
Politisches Interesse	-0.05
	(0.05)
Subjektive politische Kompetenzen	-0.05
	(0.05)
Politische Informiertheit	0.06
	(0.05)
Politischer Austausch	0.05
	(0.04)
Weiblich (RK: Männlich)	-0.28**
	(0.09)
Alter	0.01**
	(0.00)
Sekundarstufe II (RK: Obligatorische Schule)	0.22*
	(0.11)
Tertiärstufe (RK: Obligatorische Schule)	0.14
	(0.10)
Andere Muttersprache (RK: Deutsch)	0.18
	(0.16)
AIC	3022.76
BIC	3081.12
Log Likelihood	-1498.38
Deviance	605.56
Num. obs.	658

*** p < 0.001; ** p < 0.01; * p < 0.05

Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Berechnungen, n=658

der Anzahl Meldungen bei 'Züri wie neu' wird ein signifikanter Zusammenhang beobachtet ($p = 0.01$). Das Geschlecht weist gleichzeitig die grösste Effektstärke auf ($\beta = -0.28$). Das bedeutet, dass Männer im Vergleich zu Frauen eine höhere Anzahl Mängel melden. Der Wert lässt sich jedoch nicht direkt interpretieren, da es sich bei der negativen Binominalregression um eine logarithmische Verteilung der Poisson-Verteilung handelt (Wang u. a. 1993, 979–94). Die Regressionskoeffizienten beziehen sich daher auf die vorausgesagte *log of count* der Anzahl gemeldeten Mängel. Zusätzlich bezieht sich die Signifikanzangabe bei kategorialen

Variablen nicht auf den Einfluss auf die unabhängige Variable, sondern auf den Unterschied zur Referenzkategorie.

Um zu testen, ob das Geschlecht einen signifikanten erklärenden Beitrag leistet, wird ein Vergleich zwischen dem Gesamtmodell und dem Gesamtmodell ohne Geschlecht als erklärender Faktor unternommen. Die Varianzanalyse bestätigt, dass das Geschlecht einen signifikanten Erklärungsbeitrag leistet ($p = 0.002$). Der erklärende Beitrag des Alters auf die Anzahl Meldungen bei 'Züri wie neu' ist signifikant. Pro steigendes Lebensjahr steigt der *log of count* der Anzahl Meldungen um 0.01. Für eine weitere Interpretation für den Einfluss von Geschlecht und Alter wurde ein vereinfachtes negatives Binominalregression verwendet, welches nur das Alter und das Geschlecht als erklärende Einflüsse misst. Wenn der Mittelwert des Alters (38 Jahre) konstant gehalten wird, liegt die vorausgesagte Anzahl Meldungen für Frauen bei 2.6 und für Männer bei 3.5 Meldungen. Die Verteilung der vorausgesagten Anzahl

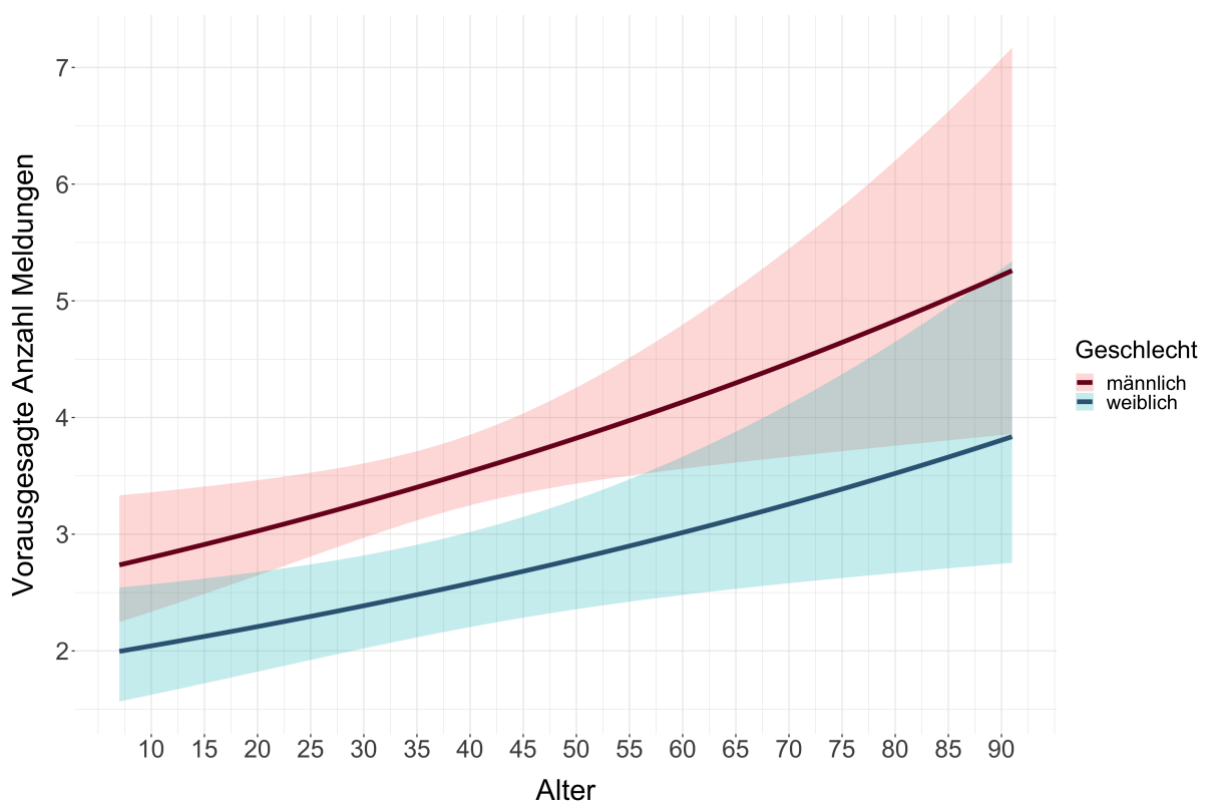


Abb. 29: Vorausgesagte Anzahl Meldungen 'NrRep' über das Alter 'age' nach Geschlecht 'sex'
Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Berechnungen, n=658

Meldungen nach Geschlecht über das Alter verteilt mit einem Konfidenzintervall von 95 % werden in Abbildung 29 dargestellt. Es handelt sich dabei um ein Log-lineares Modell, weshalb Aussagen über die Erwartungswerte getroffen werden können. Schliesslich wird ein

signifikanter Erklärungsbeitrag für das Bildungsniveau Sekundarstufe II in Bezug auf Personen mit einem Abschluss der obligatorischen Schule beobachtet ($p < 0.05$). Von dem Regressionskoeffizienten ($\beta = 0.22$) kann abgeleitet werden, dass Personen mit mittlerem Bildungsniveau (Sekundarstufe II) signifikant eine höhere Anzahl Mängel melden als Personen mit einem tiefen Bildungsniveau (obligatorische Schule). Der Vergleich der Varianzanalyse zwischen dem Gesamtmodell und dem Gesamtmodell ohne Bildungsniveau als Einflussfaktor zeigt, dass das Bildungsniveau keinen signifikanten erklärenden Beitrag leistet. Obwohl die zu untersuchenden Einflussfaktoren keine signifikanten Erklärungsbeiträge aufweisen, sind die aus dem Modell gewonnen Erkenntnisse für weiterführende Studien von hoher Relevanz. In der Diskussion werden die Ergebnisse interpretiert, in den Kontext der aktuellen Forschung gesetzt und kritisch reflektiert. Abschliessend wird ein Versuch unternommen, die zweite Forschungsfrage dieser Arbeit zu beantworten. Welche Faktoren fördern das Online-Engagement?

8.4 Diskussion: Welche Faktoren fördern Online-Engagement?

Das Ziel dieser Analyse war, den Zusammenhang zwischen Einflussfaktoren der politischen Partizipation nach dem CVM und dem Online-Engagement bei 'Züri wie neu' ausgedrückt durch Anzahl Mängel-Meldungen zu untersuchen. Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass die Einflussfaktoren nach dem CVM keinen signifikanten Erklärungsbeitrag für das Online-Engagement einer Person leisten. Alle Hypothesen müssen verworfen werden. Dafür bieten das Geschlecht und das Alter einen signifikanten Erklärungsbeitrag. Daraus lässt sich schliessen, dass sich das politische Online-Engagement nicht durch die klassischen Einflussfaktoren der politischen Partizipation erklären lässt. Es müssen neue, onlinespezifische Einflussfaktoren ermittelt werden. Trotzdem muss das CVM als Erklärungsmodell nicht gänzlich verworfen werden. Signifikante Zusammenhänge konnten bezüglich des Geschlechtes und dem Alter festgestellt werden. Beides Faktoren, die eine strukturierende Wirkung auf die Position einer Person in der Gesellschaft haben. Es kann daher angenommen werden, dass die Grundidee des CVMs bei der politischen Online-Partizipation ihre Gültigkeit beibehält: Der Zufall der Geburt kombiniert mit Lebensentscheidungen über Beruf, Familie und Involvierung in Organisationen determinieren die Ressourcen und Position in der Gesellschaft, die wiederum die politische Partizipation fördern. Es gilt nun herauszufinden,

welches die neuen onlinespezifischen Einflussfaktoren sind, die den Ressourcen und Position in der Gesellschaft zugrunde liegen und die politische Online-Partizipation beeinflussen.

Verschiedene Studien bieten bereits erste Befunde zu den neuen onlinespezifischen Einflussfaktoren. Einen grundlegenden Einfluss hat das Wissen darüber, dass eine bestimmte Online-Beteiligungsform besteht (Escher und Riehm 2017). Weiter konnte festgestellt werden, dass andere Gründe und Motivationen die Online-Beteiligung fördern, die bei Offline-Partizipationsformen nicht auftreten. Konservative Einstellungen fördern eine schlechtere Bewertung von Online-Partizipationsformen, was zu einer geringeren Beteiligungswahrscheinlichkeit führt (Schöttle 2019, 337). Konservative Einstellungen lassen sich auf der politischen Rechts-Links-Skala auf der rechten Seite verordnen. Bei Offline-Beteiligungsformen haben politisch rechte Personen ebenfalls eine kleinere Beteiligungswahrscheinlichkeit. Dieser Befund lässt sich jedoch auf einen anderen Mechanismus zurückführen als die negative Bewertung der Partizipationsform. Politisch rechte Personen haben ein weniger grosses Interesse daran, politisch und soziale Veränderungen herbeizuführen und beteiligen sich deshalb weniger (vgl. Inglehart 2015)³⁵. Es könnte demnach sein, dass konservative Einstellungen als Einflussfaktor bei Online-Partizipationsformen an Gewicht gewinnen. Weiter gibt es Hinweise dafür, dass unzufriedene Personen sich eher bei Online-Formen beteiligen (Rottinghaus und Escher 2020; Einstein, Palmer, und Glick 2019). Dies ist ein Widerspruch zu den Erkenntnissen der traditionellen Partizipationsforschung, bei der ein positiver Zusammenhang zwischen der Lebenszufriedenheit und der politischen Beteiligung belegt wird (Flavin und Keane 2012). Schliesslich wurde in der Studie von Gibson, Lusoli und Ward einen positiven Zusammenhang zwischen der Internetaffinität einer Person unabhängig von ihrem sozialen Status und dem Online-Engagement gefunden (2005). Da die Studie aus dem Jahr 2005 stammt und die Digitalisierung des Alltags seither schnell vorangeschritten ist, sollte dieser Zusammenhang in weiterführenden Studien überprüft werden.

Neben den neuen, onlinespezifischen Einflüssen haben auch bekannte Faktoren einen Einfluss auf das Online-Engagement. Die Studie von Oser, Hooghe und Marien untersucht vier Formen der Online-Partizipation in den USA. Die Ergebnisse zeigen, dass der

³⁵ Das Buch «The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics» von Ronald Inglehart wurde erstmals 1977 von 'Princeton University Press' veröffentlicht.

sozioökonomische Status sich entlang politischer Offline- und Online-Aktivitäten verteilt. Aus der Studie kann geschlossen werden, dass wie bei Offline-Formen die Gruppe mit dem tiefsten sozioökonomischen Status auch online am wenigsten aktiv ist (2013). Weiter gibt es Hinweise für einen positiven Zusammenhang zwischen dem Haushaltseinkommen und dem Online-Engagement (Rottinghaus und Escher 2020). Die formale Bildung als Einflussfaktor wird später ausführlicher diskutiert, da es unterschiedliche Ergebnisse entlang der Online-Partizipationsforschung gibt. In weiterführenden Studien wäre es Interessant, alle Komponenten des sozioökonomischen Status' zu erheben und den Einfluss auf verschiedene Online-Partizipationsformen zu testen. Daraus könnte gefolgert werden, in welchem Ausmass der sozioökonomische Status oder einzelne Aspekte davon Einfluss auf das Online-Engagement nehmen.

Der stärkste Einflussfaktor auf die Anzahl Meldungen bei 'Züri wie neu' ist das Geschlecht. Dieser Befund unterstützt Erkenntnisse aus anderen Studien, die ebenfalls einen Zusammenhang zwischen dem Geschlecht und der Online-Partizipation bestätigen (Gibson, Lusoli, und Ward 2005; Rottinghaus und Escher 2020; Abu-Tayeh, Portmann, und Stürmer 2017; Schöttle 2019). Gründe für das geringere Online-Engagement könnte in geschlechterspezifischen Motivationen liegen. Während Männer häufiger teilnehmen, um Einfluss zu nehmen, nehmen Frauen häufiger zur Meinungsbildung teil oder ausgehen von Gesprächen mit Bekannten über die Online-Plattform (Schöttle 2019, 339). Die Teilnahmemotivation wurde bei 'Züri wie neu' nicht erhoben, weshalb dieser Befund nicht mit den 'Züri wie neu' Usern abgeglichen werden kann. Die Besonderheit beim Geschlecht als Einflussfaktor bei der 'Züri wie neu' Beteiligung liegt darin, dass Frauen aussergewöhnlich stark untervertreten sind. Ein Grund für die verstärkte Ungleichheit bezüglich des Geschlechts bei 'Züri wie neu' könnte in der Nutzungshäufigkeit der Zürcher Infrastruktur liegen. Männer sind in Zürich häufiger und zu einem höheren Pensum erwerbstätig als Frauen (Stadt Zürich 2020b) (Erwerbstätigkeit Stadt Züri). Dadurch könnte eine erhöhte Nutzung der Infrastruktur in unterschiedlichen Stadtteilen bei Männern auftreten. Konsequenterweise würden Männer häufiger von Mängeln betroffen sein und diese entsprechend melden. Die Datenlage von 'Züri wie neu' spricht für diese These. Beim Vergleich der Erwerbstätigkeit der Frauen und Männer in der Stadt Zürich und unter den 'Züri wie neu' Usern zeigt, dass jeweils die erwerbslosen Personen bei 'Züri wie neu' untervertreten sind (vgl. Abb. 30). Weiter findet die Studie von

Abu-Tayeh, Portmann und Stürmer einen signifikanten negativen Zusammenhang zwischen momentan erwerbslosen Personen und der Anzahl Meldungen bei 'Züri wie neu' (2017).

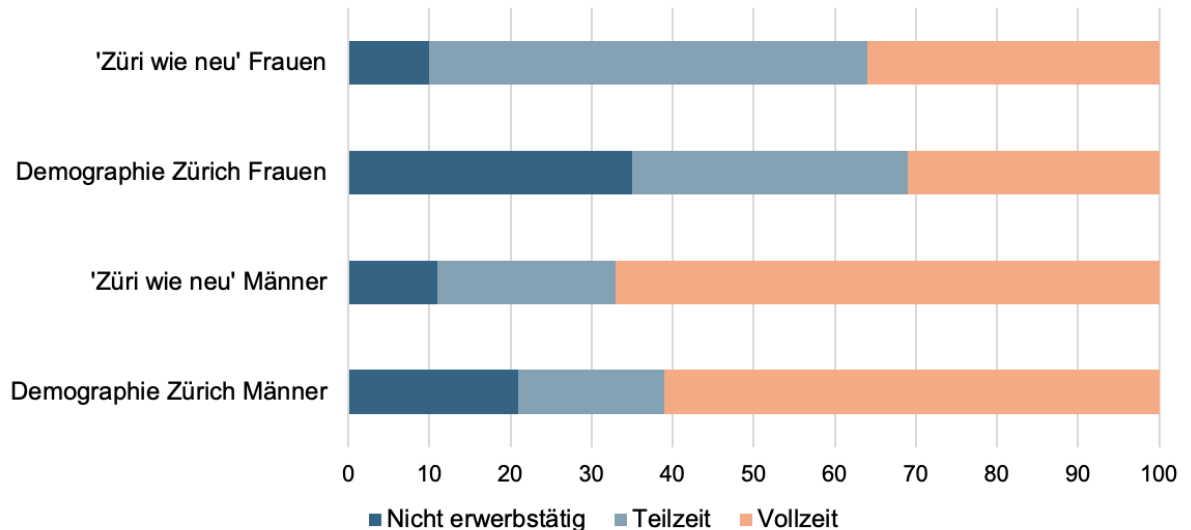


Abb. 30: Erwerbstätigkeit nach Geschlecht der 'Züri wie neu' Usern und der Demographie der Stadt Zürich

Quelle: Stadt Züri (2020b), 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung

Bemerkung: Nicht erwerbstätig = Hausfrauen/Hausmänner, Personen in Ausbildung, Rentner*innen und andere Nichterwerbspersonen; Teilzeit = Arbeitspensum bis 90 %; Vollzeit = Arbeitspensum zwischen 90 % und 100 %

Zusätzliche Unterstützung findet diese These in der Studie von Rottinghaus und Escher (2020). Die Autoren haben die lokale Online-Beteiligung in der Beratschlagung zu Fahrradwegen untersucht und herausgefunden, dass die Nutzungshäufigkeit der Fahrradwege der stärkste Einfluss auf das Online-Engagement war. Der Zusammenhang zwischen der Betroffenheit und der Beteiligung wurde von Leino und Laine (2012) theoretisch bestätigt. Daraus ergibt sich die Forderung, dass bei zukünftigen Studien in einem ersten Schritt der Fokus auf das Thema und die damit verbundene unterschiedliche Betroffenheit gelegt werden soll und in einem zweiten Schritt die Beteiligungsstruktur analysiert wird.

Der positive signifikante Zusammenhang zwischen dem Alter und den Anzahl Meldungen ist auf den ersten Blick erstaunlich, da ältere Personen generell bei der 'Züri wie neu' Beteiligung untervertreten sind (vgl. Kapitel 7.2) Wenn aber eine Beteiligung stattfindet, dann ist die Wahrscheinlichkeit grösser, dass mit höherem Alter mehr Mängel gemeldet werden. Dies passt zu der aktuellen Forschung. Da einerseits ein digitaler Ausschluss der älteren Bevölkerung beobachtet werden kann (Seifert, Hofer, und Rössel 2018) und diese sich andererseits bei traditionellen Abstimmungsformen überproportional beteiligt (vgl. Kapitel 7.2). Es kann daraus geschlossen werden, dass ältere Personen sich bei uneingeschränktem Zugang und entsprechenden digitalen Fähigkeiten auch online stärker beteiligen würden.

Das Bildungsniveau als Einflussfaktor gewinnt oder verliert an Gewicht, je nachdem um welche Form der politischen Partizipation es sich handelt. So sind Personen mit einem tiefen formalen Bildungsniveau bei den Abstimmungen vom 25. September 2016 untervertreten. Bei der Partizipation von Wahlen hat das Bildungsniveau keinen signifikanten Einfluss. Dafür beeinflusst das politische Interesse die Wahlbeteiligung. Das politische Interesse einer Person hängt wiederum mit der formalen Bildung zusammen (Brady, Verba, und Schlozman 1995, 283). Unterschiedlich starker Einfluss zeigt das Bildungsniveau auch bei Online-Partizipationsformen. So haben Escher und Riehm (2017) festgestellt, dass bei Offline- und Online-Petitionen eine hohe Ungleichheit in der formalen Bildung auftritt. Dies liegt daran, dass Petitionen komplex sind und Fähigkeiten erfordern, die besonders durch formale Bildung gewonnen werden. Die Studie von Rottinghaus und Escher (2020) konnte bei der lokalen Online-Beratschlagung ebenfalls beobachten, dass Personen mit tiefem Bildungsniveau untervertreten sind. Im Gegensatz dazu konnten Gibson, Lusoli und Ward (2005) feststellen, dass bei der politischen Online-Partizipation, die durch verschiedene Aktivitäten erfasst wird, eine Mobilisierung der Personen mit tiefer formaler Bildung, eintritt. Die Autoren schliessen aus den Ergebnissen, dass der Grund für die Absenz von Personen mit tiefem Bildungsniveau bei Offline-Partizipationsformen bei Online-Formen verschwindet. Die Ergebnisse der vorliegenden Analyse bekräftigen diese Schlussfolgerung. Es konnte eine Mobilisierung der Personen mit tiefem Bildungsniveau beobachtet werden und keine signifikanten Zusammenhänge zwischen Bildungsniveau und Online-Engagement. Es gibt entsprechend Befunde für die Mobilisierungsthese und die Verstärkungsthese bezüglich der formalen Bildung und dem Online-Engagement. In zukünftigen Studien soll ein Augenmerk auf der formalen Bildung bleiben, um die unterschiedlichen Befunde zu erklären und einschätzen zu können, bei welcher Form der politischen Online-Partizipation die formale Bildung determinierend wirkt.

Zusammenfassend zeigt die Analyse, dass die Einflussfaktoren der politische Partizipation nach dem CVM nicht unverändert für die Online-Partizipation übernommen werden können und die Kontrollvariablen Geschlecht und Alter einen signifikanten Erklärungsbeitrag leisten. Es muss berücksichtigt werden, dass sich diese Arbeit auf Erklärungsfaktoren auf der Individualebene fokussiert hat. Für eine umfassende Erklärung der Online-Partizipation sollten ebenfalls Faktoren der Meso- und Makroebene berücksichtigt werden. Beispielsweise haben Steinbach, Wilker und Schöttle herausgefunden, dass die Grösse einer Stadt die

Wahrscheinlichkeit beeinflusst, ob eine Person Erfahrung mit Online-Partizipation hat (Steinbach, Wilker, und Schöttle 2020, 27). Dies ist ein Hinweis darauf, dass grossflächigere Online-Partizipationsformen, nicht wie 'Züri wie neu', die lokal organisiert ist, zu einer neuen Ungleichheit zwischen Stadt und Land führt. Der Unterschied in der Erfahrung könnte daher kommen, dass grosse Städte wahrscheinlicher lokale Online-Partizipationsformen einführen als kleinere Städte. Die Studie kommt zum Schluss, dass die Grösse einer Stadt einen entscheidenden Einfluss auf die Verbreitung und Nutzung von Online-Partizipationsmöglichkeiten hat (ebd., 28). Eine weitere Schwachstelle der Analyse liegt in der limitierten Vielfalt der Datenlage und die daraus resultierte Operationalisierung der unabhängigen Variablen. Politische Aspekte wurden zum Teil nicht umfassend erhoben. Eine Überprüfung der Einflüsse nach dem CVM mit einer adäquateren Operationalisierung wäre sinnvoll. Besonders die Messung der digitalen Fähigkeiten und der politischen Mobilisierung waren unzureichend. Die digitalen Fähigkeiten beschränken sich in der Analyse auf die Bewertung der Bedienungsfreundlichkeit von 'Züri wie neu'. Weitere Aspekte von Fähigkeiten und Online-Verhalten wie die Einbettung im Alltag wurden nicht berücksichtigt und könnten einen erklärenden Beitrag leisten. Die politische Mobilisierung wurde über das Item erhoben, ob es einer Person gefällt, mit anderen über Politik zu diskutieren. Die Einbindung in Familie, Freundeskreis, Arbeit und Religionsgemeinschaften oder anderen Organisationen konnte nicht in die Analyse aufgenommen werden. Besonders die Einbindung in Interessensgruppen und Parteien haben eine mobilisierende Wirkung auf die Bürgerbeteiligung (Whelan 2019).

Abschliessend kann die zweite Forschungsfrage dieser Arbeit nicht beantwortet werden. Weitere Forschung ist nötig, um die onlinespezifischen Einflussfaktoren zu identifizieren. Für das Engagement bei 'Züri wie neu' leisten das Geschlecht und das Alter einen erklärenden Beitrag. In Verbindung mit den Erkenntnissen der Analyse aus Kapitel 7, ergeben sich Handlungsfelder, die für mehr Gleichheit in der Beteiligung bei 'Züri wie neu' angegangen werden können. Die Ausgangslage dieser Arbeit war, ob Online-Partizipationsformen wie 'Züri wie neu' eine Chance oder eine Herausforderung für mehr Gleichheit in der Bürgerbeteiligung darstellen. Die Erweiterung der Partizipationsformen kann mobilisierend wirken, aber auch neue Ungleichheiten schaffen und Bekannte verstärken. Das Erkennen und Angehen dieser Handlungsfelder ist wichtig, damit neue Online-Partizipationsformen als Chance für mehr Gleichheit genutzt werden können. Das Identifizieren solcher Handlungsfelder ist nur durch das Monitoring und Evaluieren der Nutzung von

Bürgerbeteiligungsplattformen möglich, was bei der Plattform ‘Züri wie neu’ durch die Initiative der Universität Bern umgesetzt wurde. Mehr als 40 % der lokalen Regierungen und Verwaltungen lassen Bürgerbeteiligungsprogramme laufen, ohne deren Nutzung zu beobachten (Pina und Torres 2016, 301). Im Gegensatz zu dieser Arbeit verfolgt die Stadt Zürich mit ‘Züri wie neu’ nicht das Ziel, mehr Gleichheit in der Bürgerbeteiligung zu schaffen, sondern eine perfekte Infrastruktur anzubieten. Das Ziel von ‘Züri wie neu’ ist erreicht, sobald keine Meldungen mehr eingehen (Gees 2020). Diese Haltung passt dazu, dass sich die Stadt Zürich kaum für die Studienergebnisse mit den ‘Züri wie neu’ Daten interessiert hat (Stürmer 2020).

Trotzdem wird abschliessend auf mögliche Massnahmen eingegangen, welche zu mehr Gleichheit in der ‘Züri wie neu’ Beteiligung führen könnten. Die untervertretenen Gruppen sind Frauen, Personen über 65 Jahre, Personen mit mittlerem Bildungsniveau und Personen mit einer anderen Muttersprache als Deutsch. Eine effektive Strategie zur Mobilisierung untervertreter Gruppen ist eine persönliche Einladung zur Beteiligung (Rottinghaus und Escher 2020; Oser, Hooghe, und Marien 2013). Personen, die einer der untervertretenen Gruppen angehören, könnten mit dieser Strategie abgeholt werden. Weiter könnte eine Mobilisierung durch die Zusammenarbeit der Stadt und Institutionen gefördert werden. Beispielsweise könnten ältere Personen durch die Zusammenarbeit mit gerontologischer Sozialarbeit digital abgeholt werden (Seifert, Hofer, und Rössel 2018, 784). Um die Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund zu fördern, könnte die Applikation auf Englisch oder weiteren Sprachen zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist, dass eine ungleiche Beteiligung in einem ersten Schritt als problematisch anerkennt und in einem zweiten Schritt die Herausforderung in der Politikgestaltung zur Lösungsfindung aufgenommen wird. Neue Online-Partizipationsformen könnten so zu einer Chance für mehr Gleichheit in der Bürgerbeteiligung werden.

9 Fazit

Diese Forschungsarbeit hat sich umfassend mit der politischen Partizipation befasst und sich mit der normativen Sichtweise auseinandergesetzt, wieso eine breite und gleiche Bürgerbeteiligung wünschenswert ist, um die Forschungsfragen zu legitimieren. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die politische Partizipation ein grundlegendes Element einer Demokratie ist. Einerseits ist sie eine Bedingung für die Gewährleistung der Regierung durch das Volk. Andererseits werden politische Entscheidungen und Prozesse durch die politische Partizipation legitimiert. Es werden dabei Funktionen der Beeinflussung und Mitsprache bei kollektiven Entscheidungen erfüllt sowie die Meinungs- und Willensbildung gefördert. Auf den Punkt gebracht, lässt sich sagen: «Citizen participation is at the heart of democracy» (Verba, Schlozman, und Brady 1995, 1).

Die Analyse der untervertretenen Gruppen der Frauen, jungen Erwachsenen, Personen mit tiefem Bildungsniveau und Personen mit MH hat gezeigt, dass diese aufgrund fehlender Ressourcen, Motivation und Netzwerke in der Bürgerverteilung strukturell unterrepräsentiert sind. Die Befunde aus der Partizipationsforschung spiegeln sich in der Abstimmungsbeteiligung der Zürcher Abstimmungsberechtigten bei der nationalen Volksabstimmung vom 25. September 2016. Der Vergleich mit der soziodemographischen Struktur der Stadt Zürich und der 'Züri wie neu' Beteiligung gibt einen Einblick in die politische Online-Partizipation. Bei 'Züri wie neu' sind Frauen, Personen über 65 Jahre, Personen mittleren Bildungsniveau und Personen mit einer anderen Muttersprache als Deutsch untervertreten. Bezogen auf Frauen und Personen mit MH konnten Hinweise für die Verstärkungsthese gefunden werden. Junge Erwachsene und Personen mit einem tiefen Bildungsniveau sind bei 'Züri wie neu' entsprechend ihrer Gruppengrösse vertreten, was auf die Mobilisierungsthese hinweist. Neue Ungleichheiten bei 'Züri wie neu' entstehen für Personen über 65 Jahre und Personen mittleren Bildungsstandes. Damit die Einführung neuer Online-Partizipationsformen eine Chance für mehr Gleichheit in der Bürgerbeteiligung ist, müssen Einflussfaktoren für das Online-Engagement identifiziert werden, um diese spezifisch bei den neuen untervertretenen Gruppen frühzeitig fördern zu können.

Die zweite Forschungsfrage beschäftigt sich entsprechend mit der Frage, welche Einflussfaktoren eine fördernde Wirkung auf die Bürgerbeteiligung haben. Am Beispiel der 'Züri wie neu' Nutzung zwischen 2013 und 2016 wird diese Frage untersucht, wobei das Online-Engagement durch die Anzahl gemeldeten Meldungen ausgedrückt wird. Mittels einer

negativen Binominalregression werden Einflussfaktoren des CVMs ergänzt durch digitale Fähigkeiten getestet. Die Forschungshypothesen werden durch die multivariate Analyse nicht bestätigt. Dafür konnten das Geschlecht und das Alter als Einflussfaktor auf die Anzahl Meldungen bei 'Züri wie neu' identifiziert werden. Aus der Diskussion der Ergebnisse konnte geschlossen werden, dass es neue online-spezifische Einflussfaktoren gibt, die sich auf das Online-Engagement auswirken. Weitere Forschung in Bezug mit Fokus auf der Art der Online-Partizipationsform und der Betroffenheit der zu beeinflussenden Entscheidungen ist wichtig, um diese zu identifizieren. Die Kombination der beiden Forschungsfragen ermöglicht die Erkennung von Handlungsfeldern. Welche online-spezifischen Ressourcen einen positiven Einfluss auf die Beteiligung haben, muss in weiterführenden Studien geklärt werden. Abschliessend lässt sich nicht sagen, ob 'Züri wie neu' eine Chance oder eine Herausforderung für mehr Gleichheit in der Bürgerbeteiligung birgt. Mit einer gezielten Mobilisierung der neuen untervertretenen Gruppen durch politische Entscheidungen in Zusammenarbeit mit sozialen Institutionen sowie durch persönliche Beteiligungseinladungen kann 'Züri wie neu' eine Chance für mehr Gleichheit sein. Um den Nutzen dieses wissenschaftlichen Beitrages zu maximieren, sollten die Erkenntnisse von den zuständigen politischen Akteuren berücksichtigt werden.

Insgesamt leistet diese Arbeit einen Beitrag zur Forschung im Bereich der politischen Online-Partizipation, indem am Beispiel von 'Züri wie neu' herausgearbeitet wurde, welche sozialen Gruppen bei 'Züri wie neu' unterrepräsentiert sind und welche Einflussfaktoren das Online-Engagement fördern. Dadurch konnten Handlungsfelder identifiziert werden, welche bei entsprechenden Massnahmen zu einer grösseren Gleichheit führen können. Die Limitationen dieser Arbeit bieten gleichzeitig Ausblicke für weiterführende Studien. Erstens wurde für die Legitimation der Forschungsfrage, die normative Sicht auf die politische Partizipation und deren Rolle im demokratischen System aufgearbeitet. Dabei wurden kritische Stimmen gegenüber der partizipativen Demokratie ausgeklammert. Eine pessimistische Sichtweise auf die Bürgerbeteiligung geht davon aus, dass sich die Ungleichheiten in Einkommen, Wohlstand, sozialem Status und Bildung immer in Form politischer Ungleichheiten niederschlägt und sich durch Partizipationsmöglichkeiten eine pseudo-demokratische Eliteherrschaft manifestiert (vgl. Papadopoulos 2004, 220). Eine Diskussion verschiedener Sichtweisen wäre interessant, um die Legitimation der Forschungsfrage zu untermauern oder zu hinterfragen. Zweitens wird stellvertretend für Online-

Partizipationsformen die lokale Online-Beteiligungsform ‘Züri wie neu’ untersucht, was das Schliessen auf allgemeine Aussagen erschwert. Weiter ist zu erwarten, dass unterschiedliche Online-Partizipationsformen andere Einflussfaktoren für die Beteiligung aufweisen. Eine genauere Analyse der unterschiedlichen Online-Partizipationsformen und deren zugrundeliegenden Mechanismen wäre ein wichtiger nächster Schritt. Anknüpfende Studien sollen Zusammenhänge zwischen der Art der Online-Beteiligung und den spezifischen Einflussfaktoren untersuchen, um ein differenziertes Bild der Online-Beteiligung zu erhalten. Drittens lässt sich das gewählte Vorgehen im Identifizieren der Einflussfaktoren auf das Online-Engagement kritisch hinterfragen. In dieser Arbeit wurden die Hypothesen vom CVM abgeleitet, deren Zusammenhänge in Bezug auf die politische Offline-Partizipation empirisch fundiert sind. Es wurde versucht, die Online-Komponente in das Modell mitaufzunehmen. Aufgrund der Datenlage konnte dies nur bedingt umgesetzt werden. Weiterführende Untersuchungen sollen versuchen, spezifische Einflüsse auf das Online-Verhalten mit in die Analyse aufzunehmen. Zudem handelt es sich bei der Stichprobe um eine Querschnittserhebung, die keine endgültige Aussagen über die Kausalität der untersuchten Variablenzusammenhänge zulässt (Abu-Tayeh, Portmann, und Stürmer 2017).

Für ein genaueres Bild der Beteiligung bei ‘Züri wie neu’ und somit einen Beitrag für die Forschung politischer Online-Partizipation wäre eine zweite Datenerhebung zur Nutzung von ‘Züri wie neu’ nötig. Dadurch könnten einerseits weitere Dimensionen erfasst werden wie beispielsweise das Online-Verhalten und -Einstellungen einer Person, der Grund für die Teilnahme oder die Einbettung in soziale Netzwerke. Andererseits könnte ein wichtiger Beitrag dazu geleistet werden, die neuen untervertretenen Gruppen zu beobachten und Veränderungen über die Zeit festzustellen. Besonders im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung der politischen Partizipation ist es wichtig, den Fokus der Partizipationsforschung auf Online-Formen zu legen.

Literaturverzeichnis

- Abizadeh, Arash. 2008. «Democratic Theory and Border Coercion: No Right to Unilaterally Control Your Own Borders». *Political Theory* 36 (1): 37–65. <https://doi.org/10.1177/0090591707310090>.
- Abromeit, Heidrun, und Thomas Schmidt. 1998. «Grenzprobleme der Demokratie: konzeptuelle Überlegungen». In *Regieren in entgrenzten Räumen*, herausgegeben von Beate Kohler-Koch, 294–320. Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 29/1998. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Abu-Tayeh, Gabriel, Oliver Neumann, und Matthias Stürmer. 2018. «Exploring the Motives of Citizen Reporting Engagement: Self-Concern and Other-Orientedness». *Business & Information Systems Engineering* 60 (3): 215–26. <https://doi.org/10.1007/s12599-018-0530-8>.
- Abu-Tayeh, Gabriel, Edy Portmann, und Matthias Stürmer. 2017. «„Züri wie neu“: Public Value von Online-Partizipation». *HMD Praxis der Wirtschaftsinformatik* 54 (4): 530–43. <https://doi.org/10.1365/s40702-017-0324-3>.
- Acik, N. 2013. «Reducing the Participation Gap in Civic Engagement: Political Consumerism in Europe». *European Sociological Review* 29 (6): 1309–22. <https://doi.org/10.1093/esr/jct016>.
- Albanesi, Cinzia, Bruna Zani, und Elvira Cicognani. 2012. «Youth civic and political participation through the lens of gender: The Italian case». *Human Affairs* 22 (3): 360–374. <https://doi.org/10.2478/s13374-012-0030-3>.
- Alhabash, Saleem, und Mengyan Ma. 2017. «A Tale of Four Platforms: Motivations and Uses of Facebook, Twitter, Instagram, and Snapchat Among College Students?». *Social Media + Society* 3 (1): 205630511769154. <https://doi.org/10.1177/2056305117691544>.
- Alpiger, Claudia, und Adrian Vatter. 2017. «Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit Migrationshintergrund am Beispiel der Entsorgung radioaktiver Abfälle». Partizipative Entsorgungspolitik. Bern: Universität Bern; Bundesamt für Energie (BFE). <https://www.aramis.admin.ch/Default.aspx?DocumentID=45666&Load=true>.
- Altman, D., und A. Pérez-Liñán. 2002. «Assessing the Quality of Democracy: Freedom, Competitiveness and Participation in Eighteen Latin American Countries». *Democratization* 9 (2): 85–100. <https://doi.org/10.1080/714000256>.
- Amadeo, Jo-Ann. 2007. «Patterns of Internet use and political engagement among youth». In *Young citizens and new media: learning for democratic participation*, herausgegeben von Peter Dahlgren, 125–48. Routledge studies in social and political thought 52. New York: Routledge.
- Appadurai, Arjun, und James Holston. 1999. «Introduction». In *Cities and citizenship*, herausgegeben von James Holston, 1–18. Durham [N.C.]: Duke University Press.
- Arrhenius, Gustaf. 2005. «The Boundary Problem in Democratic Theory». In *Democracy Unbound: Basic Explorations*, herausgegeben von Gustaf Arrhenius und Folke Tersman, 14–29. Stockholm: Filosofiska institutionen, Stockholms Universitet.
- . 2018. «The Democratic Boundary Problem Reconsidered». *Ethics, Politics & Society* 1 (Mai): 34–34. <https://doi.org/10.21814/eps.1.1.52>.
- Barber, Benjamin R. 2009. *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*. 20. anniversary ed., with a new preface. Berkeley: University of California Press.
- Bauböck, Rainer. 2002. «Wessen Stimme zählt? Thesen über demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft». 35. IWE - Working Paper Series. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften; Forschungsstelle für institutionellen Wandel und eropäische Integration (IWE). <https://eif.univie.ac.at/downloads/workingpapers/IWE-Papers/WP35.pdf>.
- Bernhard, Laurent, Daniel Kübler, Lukas Lauener, Florence Lebert, Oliver Lipps, Georg Lutz, Thomas Milic, Laura Scaperrotta, und Anke Tresch. 2020. «VOTO 1: Swiss Popular Vote 25.09.2016». FORS - Swiss Centre of Expertise in the Social Sciences. <https://doi.org/10.23662/FORS-DS-826-5>.

- Bernhard, Laurent, und Laura Scaperrotta. 2020. «VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar 2020». Aarau/Lausanne/Luzern: FORS, ZDA, LINK.
- BFS. 2015. «demos. Newsletter - Informationen aus der Demografie». Bern: Bundesamt für Statistik (BFS); Eidgenössisches Departement des Innern.
- . 2018. «Erhebung zur Internetnutzung 2017: Digitale Kompetenzen, Schutz der Privatsphäre und Online-Bildung: die Schweiz im internationalen Vergleich». Neuchâtel: Bundesamt für Statistik (BFS). <https://edudoc.ch/record/131244?ln=de>.
- . 2020a. «Beschäftigungsgrad - 1991, 2018-2019 | Diagramm». Bundesamt für Statistik (BFS); Eidgenössisches Departement des Innern. 3. März 2020. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann.assetdetail.11947044.html>.
- . 2020b. «Frauen in Führungspositionen - 1996-2019 | Diagramm». Bundesamt für Statistik (BFS); Eidgenössisches Departement des Innern. 3. März 2020. </content/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann.assetdetail.11947066.html>.
- . 2020c. «Monatlicher Bruttolohn und Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern - 1994-2018 | Diagramm». Bundesamt für Statistik (BFS); Eidgenössisches Departement des Innern. 29. Juni 2020. </content/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann.assetdetail.13108399.html>.
- . o. J. «Bevölkerung nach Migrationsstatus». Bundesamt für Statistik (BFS); Sektion Demografie und Migration. Zugegriffen 25. September 2020. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/nach-migrationsstatuts.html>.
- Bieri Buschor, Christine, und Esther Forrer. 2005. *Cool, kompetent und kein bisschen weise? Überfachliche Kompetenzen junger Erwachsener am Übergang zwischen Schule und Beruf = compétences multidisciplinaires des jeunes adultes dans la phase de transition entre l'école et le travail = competenze multidisciplinari dei giovani adulti nella fase di transizione tra la scuola e il lavoro*. Wissenschaftliche Reihe / Eidgenössische Jugend- und Rekrutenbefragungen, Ch-x 18. Zürich: Rüegger.
- BK. 2011. «E-Demokratie und E-Partizipation». Bericht an den Bundesrat. Bern: Bundeskanzlei (BK); Sektion Elektronischer Behördenverkehr Web. www.bk.admin.ch/edemokratie.
- Blais, André. 2007. «Turnout in elections». In *The oxford handbook of political behavior*, herausgegeben von Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann, 621–54. Oxford handbooks of political science. Oxford; New York: Oxford University Press.
- Bobbio, Norberto, und Richard Bellamy. 1987. *The Future of Democracy: A Defence of the Rules of the Game*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Bonfadelli, Heinz. 2019. «Jugend - Migration - Internet». In *Digital Diversity: Bildung und Lernen im Kontext gesellschaftlicher Transformation*, herausgegeben von Holger Angenent, Brite Heidkamp, und David Kergel, 119–42. Diversität und Bildung im digitalen Zeitalter. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-26753-7>.
- Bonfadelli, Heinz, und Priska Bucher. 2007. «Mediennutzung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Schweiz.» In *Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum?*, herausgegeben von Heinz Bonfadelli und Heinz Moser, 119–45. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bonfadelli, Heinz, und Sara Signer. 2008. «Internet, Mediennutzung und Informationsbedürfnisse von Migrantinnen und Migranten». Forschungsbericht. Zürich: Institut für Publizistikwissenschaften und Medienforschung (IPMZ), Universität Zürich.
- Brady, Henry E., Sidney Verba, und Kay Lehman Schlozman. 1995. «Beyond SES: A Resource Model of Political Participation». *The American Political Science Review* 89 (2): 271–94. <https://doi.org/10.2307/2082425>.
- Breindl, Yana, und Pascal Francq. 2008. «Can Web 2.0 Applications Save e-Democracy? A Study of How New

- Internet Applications May Enhance Citizen Participation in the Political Process Online». *International Journal of Electronic Democracy* 1 (1): 14. <https://doi.org/10.1504/IJED.2008.021276>.
- Brubaker, Rogers. 1992. *Citizenship and nationhood in France and Germany*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.
- Bühlmann, Marc, und Markus Freitag. 2006. «Individual and Contextual Determinants of Electoral Participation». *Swiss Political Science Review* 12 (4): 13–47. <https://doi.org/10.1002/j.1662-6370.2006.tb00059.x>.
- Calenda, Davide, und Albert Meijer. 2009. «YOUNG PEOPLE, THE INTERNET AND POLITICAL PARTICIPATION: Findings of a Web Survey in Italy, Spain and The Netherlands». *Information, Communication & Society* 12 (6): 879–98. <https://doi.org/10.1080/13691180802158508>.
- Cameron, A. Colin, und Pravin K. Trivedi. 1990. «Regression-Based Tests for Overdispersion in the Poisson Model». *Journal of Econometrics* 46 (3): 347–64. [https://doi.org/10.1016/0304-4076\(90\)90014-K](https://doi.org/10.1016/0304-4076(90)90014-K).
- Campagna, Michele, Hrsg. 2006. *GIS for Sustainable Development*. Boca Raton: CRC Press.
- Cheneval, Francis. 2015. *Demokratietheorien zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Cinalli, Manlio, und Marco Giugni. 2011. «Institutional Opportunities, Discursive Opportunities and the Political Participation of Migrants in European Cities». In *Social capital, political participation and migration in Europe: making multicultural democracy work?*, herausgegeben von Laura Morales und Marco Giugni, 262–74. Migration, minorities and citizenship. New York: Palgrave Macmillan.
- Coffé, Hilde, und Catherine Bolzendahl. 2010. «Same Game, Different Rules? Gender Differences in Political Participation». *Sex Roles* 62 (5–6): 318–33. <https://doi.org/10.1007/s11199-009-9729-y>.
- Cueni, Andreas, und Stéphane Fleury. 1994. «Etrangers et droits politiques. L'exercice des droits politiques des étrangers dans les cantons de Neuchâtel et du Jura.» Bern: Commission nationale suisse pour l'UNESCO.
- Cyrus, Norbert, und Dita Vogel. 2008. «Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten». Oldenburg: Interdisciplinary Center for Education and Communication in Migration Processes (IBKM); Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. http://www.politis-europe.uni-oldenburg.de/download/WP13_CyrusVogelPartizipationDeutsch2008.pdf.
- Dahl, Robert A. 1970. *After the revolution: authority in a good society*. A Yale fastback, YF-9. New Haven: Yale University Press.
- . 1971. *Polyarchy; participation and opposition*. New Haven: Yale University Press.
- . 1989. *Democracy and Its Critics*. 12. print. New Haven: Yale Univ. Press.
- . 2006. «Is Political Equality a Reasonable Goal?» In *On Political Equality*, 4–29. Yale University Press. <https://www.jstor.org/stable/j.ctt1npjxz.6>.
- Dahl, Robert A., und Ian Shapiro. 2015. *On democracy*. 2nd edition. New Haven: Yale University Press.
- Dahlerup, Drude. 2018. *Has democracy failed women?* Democratic futures series. Cambridge, UK ; Malden, MA, USA: Polity Press.
- Dalton, Russell J. 2002. *Citizen politics: public opinion and political parties in advanced industrial democracies*. Herausgegeben von Ted. L Bolen. 3. Aufl. New York: Seven Bridges Press.
- . 2008. «Citizenship Norms and the Expansion of Political Participation». *Political Studies* 56 (1): 76–98. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2007.00718.x>.
- . 2017a. *For Richer or Poorer, Politically Speaking*. Bd. 1. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780198733607.003.0003>.
- . 2017b. *The Special Case of Online Activism*. Bd. 1. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780198733607.003.0007>.
- . 2020. *Citizen politics: public opinion and political parties in advanced industrial democracies*. Seventh Edition. Los Angeles, California: SAGE, CQ Press.
- Das Schweizer Parlament. 2020. «Zahlen zu den Ratsmitgliedern». Zahlen zu den Ratsmitgliedern. 19. Juni 2020. <https://www.parlament.ch/de/%C3%BCber-das-parlament/fakten-und-zahlen/zahlen-ratsmitglieder>.
- Delli Carpini, Michael X, und Scott Keeter. 1996. *What Americans Know about Politics and Why It Matters*.

- <http://www.jstor.org/stable/10.2307/j.ctt1cc2kv1>.
- DEZA. 2007. «DEZA. JUGEND-POLITIK». Bern: Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten. https://www.eda.admin.ch/dam/countries/countries-content/india/en/resource_de_159093.pdf.
- Eggert, Nina, und Marco Giugni. 2010. «Does Associational Involvement Spur Political Integration? Political Interest and Participation of Three Immigrant Groups in Zurich». *Swiss Political Science Review* 16 (2): 175–210. <https://doi.org/10.1002/j.1662-6370.2010.tb00157.x>.
- Eid, Michael, Mario Gollwitzer, und Manfred Schmitt. 2017. *Statistik und Forschungsmethoden: mit Online-Materialien*. 5., korrigierte Auflage. Weinheim Basel: Beltz.
- Einstein, Katherine Levine, Maxwell Palmer, und David M. Glick. 2019. «Who Participates in Local Government? Evidence from Meeting Minutes». *Perspectives on Politics* 17 (1): 28–46. <https://doi.org/10.1017/S153759271800213X>.
- EKM. 2019. «Panorama der politischen Rechte von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz (Stand 2015)». Eidgenössische Migrationskommission. 2019. <https://www.sem.admin.ch/ekm/de/home/staatsbuergerschaft-citoyennete/Citoy/buergerrechte/panorama.html>.
- Elsässer, Lea, Svenja Hense, und Armin Schäfer. 2017. «„Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags». *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27 (2): 161–80. <https://doi.org/10.1007/s41358-017-0097-9>.
- Engeli, Isabelle, Thanh-Huyen Ballmer-Cao, und Marco Giugni. 2006. «Gender Gap and Turnout in the 2003 Federal Elections». *Swiss Political Science Review* 12 (4): 217–42. <https://doi.org/10.1002/j.1662-6370.2006.tb00066.x>.
- Escher, Tobias. 2013. «Mobilisierung zu politischer Partizipation durch das Internet: Erwartungen, Erkenntnisse und Herausforderungen der Forschung». *Analyse & Kritik* 35 (2). <https://doi.org/10.1515/auk-2013-0209>.
- Escher, Tobias, und Ulrich Riehm. 2017. «Petitioning the German Bundestag: Political Equality and the Role of the Internet». *Parliamentary Affairs* 70 (1): 132–54. <https://doi.org/10.1093/pa/gsw009>.
- Fatke, Matthias. 2015. «Participation and Political Equality in Direct Democracy: Educative Effect or Social Bias». *Swiss Political Science Review* 21 (1): 99–118. <https://doi.org/10.1111/spsr.12127>.
- Fiorino, Daniel J. 1990. «Citizen Participation and Environmental Risk: A Survey of Institutional Mechanisms». *Science, Technology, & Human Values* 15 (2): 226–43. <https://doi.org/10.1177/016224399001500204>.
- Flavin, Patrick, und Michael J. Keane. 2012. «Life Satisfaction and Political Participation: Evidence from the United States». *Journal of Happiness Studies* 13 (1): 63–78. <https://doi.org/10.1007/s10902-011-9250-1>.
- Fox, Richard L., und Jennifer L. Lawless. 2011. «Gendered Perceptions and Political Candidacies: A Central Barrier to Women’s Equality in Electoral Politics». *American Journal of Political Science* 55 (1): 59–73.
- Gabriel, Oscar W., und Kersting Norbert. 2014. «Partizipation auf kommunaler Ebene - Politisches Engagement in deutschen Kommunen: Strukturen und Wirkungen auf die politischen Einstellungen von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung». In *Partizipation im Wandel: unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden*, herausgegeben von Bertelsmann-Stiftung und Baden-Württemberg. Gütersloh: Verl. Bertelsmann-Stiftung.
- Gardner, William, Edward P. Mulvey, und Esther C. Shaw. 1995. «Regression Analyses of Counts and Rates: Poisson, Overdispersed Poisson, and Negative Binomial Models.» *Psychological Bulletin* 118 (3): 392–404. <https://doi.org/10.1037/0033-2909.118.3.392>.
- Gasser, Urs, James Thurman, Richard Stäuber, und Jan Gerlach. 2010. *E-Democracy in Switzerland: Practice and Perspectives*. Studies in Information, Communication, Media and Law = Studien Zu Information, Kommunikation, Medien Und Recht. Zurich: Dike.
- Gees, Christian. 2020. «AW: Züri wie neu», 29. September 2020.
- Gerhardt, Volker. 2007. *Partizipation: das Prinzip der Politik*. München: Beck.

- Gibson, Rachel, und Marta Cantijoch. 2013. «Conceptualizing and Measuring Participation in the Age of the Internet: Is Online Political Engagement Really Different to Offline?» *The Journal of Politics* 75 (3): 701–16. <https://doi.org/10.1017/S0022381613000431>.
- Gibson, Rachel, Wainer Lusoli, und Stephen Ward. 2005. «Online Participation in the UK: Testing a ‘Contextualised’ Model of Internet Effects». *The British Journal of Politics and International Relations* 7 (4): 561–83. <https://doi.org/10.1111/j.1467-856x.2005.00209.x>.
- Gilens, M. 2005. «Inequality and Democratic Responsiveness». *Public Opinion Quarterly* 69 (5): 778–96. <https://doi.org/10.1093/poq/nfi058>.
- Goerres, Achim. 2007. «Why Are Older People More Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout in Europe». *The British Journal of Politics & International Relations* 9 (1): 90–121. <https://doi.org/10.1111/j.1467-856X.2006.00243.x>.
- Goldbach. 2020a. «20 Minuten: Mediadaten». 2020. <https://publishing.goldbach.com/de/marken/details/20-minuten/tab/mediadaten/type/media-data-print>.
- . 2020b. «Tages-Anzeiger: Mediadaten». 2020. <https://publishing.goldbach.com/de/marken/details/tages-anzeiger/tab/mediadaten/type/media-data-print>.
- Goodin, Robert E. 2007. «Enfranchising All Affected Interests, and Its Alternatives». *Philosophy & Public Affairs* 35 (1): 40–68.
- Gould, Carol C. 2004. *Globalizing democracy and human rights*. Cambridge ; New York: Cambridge University Press.
- Grofman, Bernard, Guillermo Owen, und Scott L. Feld. 1983. «Thirteen Theorems in Search of the Truth». *Theory and Decision* 15 (3): 261–78. <https://doi.org/10.1007/BF00125672>.
- Hargittai, Eszter, und Amanda Hinnant. 2008. «Digital Inequality: Differences in Young Adults’ Use of the Internet». *Communication Research* 35 (5): 602–21. <https://doi.org/10.1177/0093650208321782>.
- Hargittai, Eszter, und Kaitlin Jennrich. 2016. «The Online Participation Divide». In *The Communication Crisis in America, And How to Fix It*, herausgegeben von Mark Lloyd und Lewis A. Friedland, 199–213. New York: Palgrave Macmillan US. https://doi.org/10.1057/978-1-349-94925-0_13.
- Hargittai, Eszter, und Aaron Shaw. 2015. «Mind the Skills Gap: The Role of Internet Know-How and Gender in Differentiated Contributions to Wikipedia». *Information, Communication & Society* 18 (4): 424–42. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2014.957711>.
- Hess, Sabine, und Henrik Lebuhn. 2014. «Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship». *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 2 (3): 11–34. <https://doi.org/10.36900/suburban.v2i3.153>.
- Heusser, Pierre. 2001. *Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer*. Zürcher Studien zum öffentlichen Recht 141. Zürich: Schulthess.
- Hoffmann, Christian Pieter, Christoph Lutz, und Miriam Meckel. 2015. «Content Creation on the Internet: A Social Cognitive Perspective on the Participation Divide». *Information, Communication & Society* 18 (6): 696–716. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2014.991343>.
- Inglehart, Ronald. 2015. *The silent revolution: changing values and political styles among Western publics*. <https://doi.org/10.1515/9781400869589>.
- Jackson, Robert A. 1995. «Clarifying the Relationship Between Education and Turnout». *American Politics Quarterly* 23 (3): 279–99. <https://doi.org/10.1177/1532673X9502300302>.
- Jans, Cloé, Lukas Golder, Stephan Tschöpe, und Aaron Venetz. 2017. «Aktualität, Betroffenheit und Emotionalität - Was junge Erwachsene zur politischen Teilnahme bewegt». easyvote-Politikmonitor 2016. Bern: gfs.bern. https://www.easyvote.ch/_Resources/Persistent/c37b9b4ee6885f2c8616a4c0c66ac224f4cef578/Politikmonitor%202016%20WIK.pdf.
- Kaase, Max. 1991. «Partizipation». In *Wörterbuch Staat und Politik*, herausgegeben von Dieter Nohlen,

- Originalausg., 466–75. Serie Piper, Bd. 1179. München: Piper.
- . 2000. «Politische Beteiligung/Politische Partizipation». In *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, herausgegeben von Uwe Andersen und Bundeszentrale für Politische Bildung, 4., völlig überarb. und aktualisierte Aufl., Lizenzausg., 473–78. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Kahne, Joseph, Nam-Jin Lee, und Jessica Timpany Feezell. 2012. «Digital Media Literacy Education and Online Civic and Political Participation». *International Journal of Communication*, Nr. 6: 1–24.
- Kriesi, Hanspeter. 1995. «Bewegungen Auf Der Linken, Bewegungen Auf Der Rechten: Die Mobilisierung von Zwei Neuen Typen von Sozialen Bewegungen in Ihrem Politischen Kontext». *Swiss Political Science Review* 1 (1): 1–46. <https://doi.org/10.1002/j.1662-6370.1995.tb00002.x>.
- . 2005. *Direct democratic choice: the Swiss experience*. Lanham, Md: Lexington, Books.
- Kronenberg, Volker. 2017. «Demokratie». In *Bonner Enzyklopädie der Globalität*, herausgegeben von Ludger Kühnhardt und Tilman Mayer, 1071–80. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kubicek, Herbert. 2016. «Evaluating Public (e-)Consultation Processes». In *Evaluating E-Participation*, herausgegeben von Georg Aichholzer, Herbert Kubicek, und Lourdes Torres, 19:83–109. Public Administration and Information Technology. Cham, Heidelberg, New York, Dordrecht, London: Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-25403-6>.
- Kymlicka, Will, und Wayne Norman. 1994. «Return of the Citizen: A Survey of Recent Work on Citizenship Theory». *Ethics* 104 (2): 352–81.
- Leino, Helena, und Markus Laine. 2012. «Do matters of concern matter? Bringing issues back to participation». *Planning Theory* 11 (1): 89–103. <https://doi.org/10.1177/1473095211417595>.
- Lijphart, Arend. 1997. «Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma». *The American Political Science Review* 91 (1): 1–14. <https://doi.org/10.2307/2952255>.
- Lincoln, Abraham. 1863. «The Gettysburg Address». Abraham Lincoln Online. 19. November 1863. <http://www.abrahamlincolnonline.org/lincoln/speeches/gettysburg.htm>.
- List, Christian, und Robert E. Goodin. 2001. «Epistemic Democracy: Generalizing the Condorcet Jury Theorem». *Journal of Political Philosophy* 9 (3): 277–306. <https://doi.org/10.1111/1467-9760.00128>.
- Livingstone, Sonia. 2007. «Interactivity and participation on the internet: Young people's response the civic sphere». In *Young citizens and new media: learning for democratic participation*, herausgegeben von Peter Dahlgren, 103–24. Routledge studies in social and political thought 52. New York: Routledge.
- Lüdemann, Christian. 2001. «Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlußtheorien am ALLBUS 1998». In *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*, herausgegeben von Achim Koch, Martina Wasmer, und Peter Schmidt, 43–71. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-99341-0_3.
- Lüscher, Sandro. 2017. «Die Schweiz als Herrschaft der Wenigen». SWI swissinfo.ch. 2017. https://www.swissinfo.ch/ger/direktedemokratie/dunkelkammer-der-demokratie_die-schweiz-als-herrschaft-der-wenigen/43717698.
- Lutz, Christoph, Christian Pieter Hoffmann, und Miriam Meckel. 2014. «Beyond just politics : A systematic literature review of online participation». *First Monday* 19 (7): 1–36.
- Lutz, Georg. 2016. «Eidgenössische Wahlen 2015 - Wahlteilnahme und Wahlentscheid». Lausanne: Selects - FORS. https://forscenter.ch/wp-content/uploads/2018/08/selects_2015_brochure_de.pdf.
- Mackert, Jürgen. 2006. *Staatsbürgerschaft: eine Einführung*. 1. Aufl. Lehrbuch. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Mann, Michael. 2010. «Ruling Class Strategies and Citizenship». In *Citizenship*, herausgegeben von Richard Bellamy und Antonino Palumbo, 27–42. The library of contemporary essays in political theory and public policy. Farnham, Surrey, England ; Burlington, VT: Ashgate Pub. Co.
- Marien, Sofie, Marc Hooghe, und Ellen Quintelier. 2010. «Inequalities in Non-institutionalised Forms of Political Participation: A Multi-level Analysis of 25 countries». *Political Studies* 58 (1): 187–213.

- <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2009.00801.x>.
- Marshall, T.H., und Tom Bottomore. 1992. «Citizenship and Social Class». In *Citizenship and Social Class*, 1–52. Pluto Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctt18mvns1.5>.
- Martí, José L. 2006. «Deliberative Democracy and Its Discontents». In *The Epistemic Conception of Deliberative Democracy Defended*, herausgegeben von Samantha Besson und José L. Martí, 27–56. Aldershot.
- Milbrath, Lester W. 1965. *Political participation*. Chicago, Ill.: Rand McNally.
- Milic, Thomas, und Daniel Kübler. 2016. «VOTO-Studie zur eidgenössischen Volks- abstimmung vom 25. September 2016». Lausanne, Aarau, Luzern: FORS, ZDA, LINK.
- Milic, Thomas, Bianca Rousselot, und Adrian Vatter. 2014. *Handbuch der Abstimmungsforschung*. Herausgegeben von Markus Freitag und Adrian Vatter. Bd. 2. Politik und Gesellschaft in der Schweiz. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Miller, David. 1992. «Deliberative Democracy and Social Choice». *Political Studies* 40 (1_suppl): 54–67. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.1992.tb01812.x>.
- Morales, Laura, und Marco Giugni. 2011. «Political Opportunities, Social Capital and the Political Inclusion of Immigrants in European Cities». In *Social capital, political participation and migration in Europe: making multicultural democracy work?*, herausgegeben von Laura Morales und Marco Giugni, 1–18. Migration, minorities and citizenship. New York: Palgrave Macmillan.
- Müller, Thorsten, und Natalie Beisch. 2011. «Onlinenutzung von Migranten: Ergebnisse der ARD/ZDF-Studie Migranten und Medien 2011». *Media Perspektiven*, 2011, 10 Auflage.
- Nie, Norman H., Jane Junn, und Kenneth Stehlik-Barry. 1996. *Education and democratic citizenship in America*. Chicago: University of Chicago Press.
- Norris, Pippa. 2001. *Digital Divide Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nozick, Robert. 1974. *Anarchy, state, and utopia*. New York: Basic Books.
- Nunnally, J.C., und I.H. Bernstein. 1994. «The Assessment of Reliability». *Psychometric Theory*, 1994.
- Odermatt, Jasmin. 2018. «Selektives Abstimmungsverhalten junger Erwachsener». Dachverband Schweizer Jugendparlamente. 22. Oktober 2018. <https://www.dsj.ch/blog/politische-partizipation-von-jugendlichen/selektives-abstimmungsverhalten-junger-erwachsener/>.
- Oser, Jennifer, Marc Hooghe, und Sofie Marien. 2013. «Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and Their Stratification». *Political Research Quarterly* 66 (1): 91–101. <https://doi.org/10.1177/1065912912436695>.
- Owen, David. 2012. «Constituting the polity, constituting the demos: on the place of the all affected interests principle in democratic theory and in resolving the democratic boundary problem». *Ethics & Global Politics* 5 (3): 129–52. <https://doi.org/10.3402/egp.v5i3.18617>.
- Papadopoulos, Yannis. 2004. «Governance und Demokratie». In *Governance — Regieren in komplexen Regelsystemen*, herausgegeben von Arthur Benz, 215–37. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90171-8_11.
- Pelkonen, Panu. 2012. «Length of Compulsory Education and Voter Turnout—Evidence from a Staged Reform». *Public Choice* 150 (1–2): 51–75. <https://doi.org/10.1007/s11127-010-9689-3>.
- Persson, Mikael. 2015. «Education and Political Participation». *British Journal of Political Science* 45 (3): 689–703. <https://doi.org/10.1017/S0007123413000409>.
- Petter, Stacie, William DeLone, und Ephraim McLean. 2008. «Measuring Information Systems Success: Models, Dimensions, Measures, and Interrelationships». *European Journal of Information Systems* 17 (3): 236–63. <https://doi.org/10.1057/ejis.2008.15>.
- Pina, Vicente, und Lourdes Torres. 2016. «The Managers’ View of Participation Processes with Citizen Panels». In *Evaluating e-Participation Frameworks, Practice, Evidence*, herausgegeben von Herbert Kubicek, Georg Aichholzer, und Lourdes Torres, 19:289–206. Public Administration and Information Technology. Cham,

- Heidelberg, New York, Dordrecht, London: Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-25403-6>.
- Pocock, J.G.A. 2010. «The Ideal of Citizenship Since Classical Times». In *Citizenship*, herausgegeben von Richard Bellamy und Antonino Palumbo, 3–26. The library of contemporary essays in political theory and public policy. Farnham, Surrey, England ; Burlington, VT: Ashgate Pub. Co.
- Prior, Markus. 2018. *Hooked: How Politics Captures People's Interest*. 1. Aufl. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781108355001>.
- Richter, Emanuel. 2018a. «Partizipation». In *Handbuch Staat*, herausgegeben von Rüdiger Voigt, 531–39. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20744-1_48.
- . 2018b. «Partizipation». In *Handbuch Staat*, herausgegeben von Rüdiger Voigt, 531–39. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20744-1_48.
- Ritzi, Claudia, und Aiko Wagner. 2016. «Symbolisch oder echt? Die politische Beteiligung junger Erwachsener in Deutschland online und offline». *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 47 (2): 304–26. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2016-2-304>.
- Rojas, Hernando, und Eulalia Puig-i-Abril. 2009. «Mobilizers Mobilized: Information, Expression, Mobilization and Participation in the Digital Age». *Journal of Computer-Mediated Communication* 14 (4): 902–27. <https://doi.org/10.1111/j.1083-6101.2009.01475.x>.
- Rössel, Jörg, und Patrick Henri Schenk. 2018. «How Political Is Political Consumption? The Case of Activism for the Global South and Fair Trade». *Social Problems* 65 (2): 266–84. <https://doi.org/10.1093/socpro/spx022>.
- Rothenbühler, Martina, Franziska Ehrler, und Kathrin Kissau. 2012. «CH@YOUPART - Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz». Bern: Eidgenössisches Departement des Inneren EDI, Staatssekretariat für Bildung und Forschung; Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS. <https://biblio.parlament.ch/e-docs/363941.pdf>.
- Rottinghaus, Bastian, und Tobias Escher. 2020. «Mechanisms for Inclusion and Exclusion through Digital Political Participation: Evidence from a Comparative Study of Online Consultations in Three German Cities». *Zeitschrift Für Politikwissenschaft*, August. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00222-7>.
- Ruedin, D. 2012. «The Representation of Women in National Parliaments: A Cross-National Comparison». *European Sociological Review* 28 (1): 96–109. <https://doi.org/10.1093/esr/jcq050>.
- Ruedin, Didier. 2013. *Why Aren't They There? The Political Representation of Women, Ethnic Groups and Issue Positions in Legislatures*. ECPR Monographs. Colchester: ECPR Press.
- . 2016. «Electoral Participation of Immigrants: Why Do Immigrants Not Vote More Often When They Are Given the Opportunity?». *SSRN Electronic Journal*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.2867889>.
- . 2018. «Participation in Local Elections: 'Why Don't Immigrants Vote More?'». *Parliamentary Affairs* 71 (2): 243–62. <https://doi.org/10.1093/pa/gsx024>.
- Sartori, Giovanni, und Rudolf Wildenmann. 1992. *Demokratietheorie*. Darmstadt: Wiss. Buchges.
- Schlozman, Kay Lehman, Sidney Verba, und Henry E. Brady. 2010. «Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet». *Perspectives on Politics* 8 (2): 487–509. <https://doi.org/10.1017/S1537592710001210>.
- Schmidt, Steffen, und Sabrina Röser. 2011. «Politische Partizipation von Frauen». Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schöttle, Sabrina. 2019. *Politische Online-Partizipation und soziale Ungleichheit: Eine empirische Studie mit Gender-Fokus*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-28154-0>.
- Seifert, Alexander, Matthias Hofer, und Jörg Rössel. 2018. «Older Adults' Perceived Sense of Social Exclusion from the Digital World». *Educational Gerontology* 44 (12): 775–85. <https://doi.org/10.1080/03601277.2019.1574415>.
- SEM. 2018. «FAQ zum Nachweis von Sprachkompetenzen im Einbürgerungsverfahren für Gesuchstellende ab

- 2018». Wabern: Staatssekretariat für Migration SEM, Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD.
- Sondheimer, Rachel Milstein, und Donald P. Green. 2010. «Using Experiments to Estimate the Effects of Education on Voter Turnout». *American Journal of Political Science* 54 (1): 174–89. <https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2009.00425.x>.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle, und Daniela Koller. 2014. «What Type of Resources? Household Effects and Female Electoral Participation». *Swiss Political Science Review* 20 (4): 529–49. <https://doi.org/10.1111/spsr.12125>.
- Stadt Zürich. 2014. «Weiterführung von <Züri wie neu> - Mängelmelder wird optimiert und ausgebaut». Medienmitteilung Tiefbau- und Entsorgungsdepartement. 1. Juli 2014. <https://www.stadt-zuerich.ch/medien/de/index/departement/medien/medienmitteilungen/2014/juli/140710a.html>.
- . 2019. «Ausbau von <Züri wie neu> - Der Mängelmelder wird um die Kategorie <Schädlinge> erweitert». Medienmitteilung Tiefbau- und Entsorgungsdepartement. 11. Juli 2019. <https://www.stadt-zuerich.ch/medien/de/index/departement/medien/medienmitteilungen/2019/juli/190711a.html>.
- . 2020a. «Daten zur Bevölkerung der Stadt Zürich». Präsidiatdepartement. 2020. <https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/statistik/themen/bevoelkerung/daten.html>.
- . 2020b. «Erwerbstätigkeit». Präsidiatdepartement. 2020. https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/gleichstellung/indikatoren/erwerbsarbeit/erwerbstaetigkeit.html#teilzeit-_und_vollzeiterwerbstaetigenquotevonfrauenundmaennern.
- . 2020c. «Migrationsstatus». Präsidiatdepartement. 2020. <https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/statistik/themen/bevoelkerung/nationalitaet-einbuengerung-sprache/migrationsstatus.html>.
- . 2020d. «Open Data Zürich». Open Government Data. 2020. <https://www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/ogd.html>.
- . 2020e. «Sprache». Präsidiatdepartement. 2020. <https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/statistik/themen/bevoelkerung/nationalitaet-einbuengerung-sprache/sprache.html>.
- . o. J. «Hilfe». Züri wie neu. Zugegriffen 29. Mai 2020a. <https://www.zueriwieneu.ch/faq>.
- . o. J. «Züri wie neu». Züri wie neu. Zugegriffen 29. September 2020b. <https://www.zueriwieneu.ch/>.
- Steinbach, Malte, Nadja Wilker, und Sabrina Schöttle. 2020. «E-Participation on the Local Level – A Census Survey Approach for Researching Its Implementation». *Journal of Information Technology & Politics* 17 (1): 12–32. <https://doi.org/10.1080/19331681.2019.1676361>.
- Stürmer, Matthias. 2020. Politik und Wissenschaft für eine Nachhaltige Digitalisierung Interviewt von Noëlle Meier.
- Stürmer, Matthias, und Adrian Ritz. 2014. «Public Governance durch Open Government: Zwei sich ergänzende Ansätze für die staatliche Aufgabenerfüllung der Zukunft.» *Jahrbuch der Schweizerischen Verwaltungswissenschaften* 2014, 125–38.
- Tarrow, Sidney. 1994. *Power in Movement: Social Movements, Collective Action and Politics*. Cambridge: Cambridge University Press. <https://academic.oup.com/ahr/article/100/2/472/16909/Sidney-Tarrow-Power-in-Movement-Social-Movements>.
- Tawfik, Amal, und Eugène Horber. 2010. «Les déterminants de la participation et quelques effets sur le vote de gauche». In *Le destin électoral de la gauche: le vote socialiste et vert en Suisse*, herausgegeben von Sarah Nicolet und Pascal Sciarini, 45–86. Chêne-Bourg: Georg Éditeur.
- Teorell, Jan. 2006. «Political Participation and Three Theories of Democracy: A Research Inventory and Agenda». *European Journal of Political Research* 45 (5): 787–810. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2006.00636.x>.
- Trechsel, Alexander H., Raphael Kies, Fernando Mendez, und Philippe C. Schmitter. 2003. «Evaluation of the use of new technologies in order to facilitate democracy in Europe». STOA 116 EN. Luxembourg: European Parliament; Scientific and Technological Options Assessment Series. <https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2003/471583/IPOL->

- JOIN_ET(2003)471583_EN.pdf.
- Tresch, Anke, Lukas Lauener, Laurent Bernhard, Georg Lutz, und Laura Scaperrotta. 2020. «Eidgenössische Wahlen 2019 - Wahlteilnahme und Wahlentscheid». Lausanne: Selects - FORS. https://forscenter.ch/selects_reports/slc-2020-00001/.
- Turner, Bryan S. 1990. «Outline of a Theory of Citizenship». *Sociology* 24 (2): 189–217. <https://doi.org/10.1177/0038038590024002002>.
- Universität Bern. 2016. «Studienergebnisse zu <Züri wie neu>». 2016. <https://zueriwieneu.fdn.iwi.unibe.ch/>.
- Universität Bern, Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit. 2016. «Datenauswertung <Züri wie neu>». Züri wie neu. 2016. <https://zueriwieneu.fdn.iwi.unibe.ch/index.php>.
- Van Deth, Jan W. 1997. «Formen konventioneller politischer Partizipation. Ein neues Leben alter Dinosaurier?» In *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, herausgegeben von Oscar W. Gabriel, 291–320. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-95869-3>.
- . 2009. «Politische Partizipation». In *Politische Soziologie*, herausgegeben von Viktoria Kaina und Andrea Römmele, 141–61. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91422-0_6.
- Van Deursen, Alexander JAM, und Ellen J Helsper. 2015. «A Nuanced Understanding of Internet Use and Non-Use among the Elderly». *European Journal of Communication* 30 (2): 171–87. <https://doi.org/10.1177/0267323115578059>.
- Van Deursen, Alexander J.A.M. van. 2012. «Internet Skill-Related Problems in Accessing Online Health Information». *International Journal of Medical Informatics* 81 (1): 61–72. <https://doi.org/10.1016/j.ijmedinf.2011.10.005>.
- Van Deursen, Alexander, und Jan Van Dijk. 2011. «Internet skills and the digital divide». *New Media & Society* 13 (6): 893–911. <https://doi.org/10.1177/1461444810386774>.
- Van Dijk, Jan. 2005. *The deepening divide: inequality in the information society*. Thousand Oaks, Calif: Sage Pub.
- Verba, Sidney. 1996. «The Citizen as Respondent: Sample Surveys and American Democracy Presidential Address, American Political Science Association, 1995». *American Political Science Review* 90 (1): 1–7. <https://doi.org/10.2307/2082793>.
- Verba, Sidney, und Norman H Nie. 1974. *Participation in America: Political Democracy and Social Equality*. New York.
- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, und Henry E. Brady. 1995. *Voice and equality: civic voluntarism in American politics*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.
- Vinken, Henk. 2007. «Changing life courses, citizenship, and new media: The new impact of reflexive biographization». In *Young citizens and new media: learning for democratic participation*, herausgegeben von Peter Dahlgren, 41–57. Routledge studies in social and political thought 52. New York: Routledge.
- Walzer, Michael. 2010. *Spheres of Justice: A Defense of Pluralism and Equality*. Nachdr. New York: Basic Books.
- Wang, T. Y., William J. Dixon, Edward N. Muller, und Mitchell A. Seligson. 1993. «Inequality and Political Violence Revisited». *American Political Science Review* 87 (4): 979–93. <https://doi.org/10.2307/2938829>.
- Warschauer, Mark. 2003. *Technology and social inclusion: rethinking the digital divide*. Cambridge, Mass: MIT Press.
- Weber, Max. 1922. *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr.
- Westle, Bettina. 2001. «Politische Partizipation und Geschlecht». In *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*, herausgegeben von Achim Koch, Martina Wasmer, und Peter Schmidt, 131–68. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-99341-0>.
- Whelan, Frederick G. 1983. «Nomos XXV: Liberal Democracy». In *Prologue: Democratic Theory and the Boundary Problem*, herausgegeben von J.R. Pennock und J.W. Chapman, 13–47. New York: New York

University Press.

- . 2019. *Democracy in theory and practice*. New York: Routledge, Taylor & Francis Group.
- Wiedemann, Claudia. 2006. «Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen». In *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest: Eine studienorientierte Einführung*, herausgegeben von Beate Hoecker, 1. Aufl., 261–86. Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.2307/j.ctvhhhdtd>.
- Zúñiga, Homero Gil de, Aaron Veenstra, Emily Vraga, und Dhavan Shah. 2010. «Digital Democracy: Reimagining Pathways to Political Participation». *Journal of Information Technology & Politics* 7 (1): 36–51. <https://doi.org/10.1080/19331680903316742>.

Anhang

Anhang A: Datenbeschreibung und Operationalisierung

Tabelle 7: Übersicht der verwendeten Daten

Daten	Quelle	Jahr	Verwendete Variablen
'Züri wie neu' Datensatz	Zugang durch PD Dr. Matthias Stürmer, Leiter der Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit der Universität Bern	2016	NumberOfReportsPerUser, finished, D1, D2, D3, D5, D4, SQ1, SvQ3, US2, US3, US5, QID22_1, QID22_2, QID22_3, QID23_3, QID23_6, NB10, NB14, NB16
BEV390T3900: Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Herkunft, seit 1993'	Daten zur Bevölkerung der Stadt Zürich (Stadt Zürich 2020a)	2016	Geschlecht, Alter
BIL100T1001: Bildungsstand der Wohnbevölkerung, seit 1970	Daten zur Bevölkerung der Stadt Zürich (Stadt Zürich 2020a)	2016	Bildungsniveau
BEV530T5305: Anteil eingebürgerte Personen	Daten zur Bevölkerung der Stadt Zürich (Stadt Zürich 2020a)	2016	Migrationshintergrund
VOTO 1: Swiss Popular Vote 25.09.2016, Nr. 826	FORSbase, (Bernhard u. a. 2020, 1)	2016	w_dtccp, part, bigregion, sex, birthyear, educ, citizen_rep

Tabelle 8: Verwendete Variablen 'Züri wie neu'

ID	Fragecode	Unbenennung	Beschreibung und Ausprägungen der Kategorien
	NumberOfReportsPerUser	NrRep	[Anzahl Meldungen, die eine Person bei Züri wie neu im Zeitraum Juni 2013 bis Juli 2016 getätigt hat]
1	finished		Wurde die Umfrage beendet? Kategorien: 0 not finished 1 finished
2	D1	sex	Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an Kategorien:

			0 nicht beantwortet 1 männlich 2 weiblich
3	D2	age	Bitte geben Sie Ihr Alter an
		agebygroup	Einteilung nach Altersgruppe Kategorien: 1 -17 2 18-24 3 25-34 4 35-44 5 45-54 6 55-64 7 65-74 8 75+
4	D3	ZH	Erhebung der Postleitzahl Kategorien: 0 Nicht Stadt Zürich 1 Stadt Zürich
6	D5	langu	Was ist Ihre Muttersprache (erste gelernte Sprache)? Kategorien: 0 keine Angabe 1 Deutsch 2 Französisch 3 Italienisch 4 Rätoromanisch 5 Englisch 6 Andere
		langubysgroup	Einteilung nach Deutsch und Andere Kategorien: 1 Deutsch 2, 3, 4, 5, 6 Andere
8	D4	edu	Bitte geben Sie Ihren höchsten Bildungsabschluss an Kategorien: 0 keine Angabe 1 Obligatorische Schulzeit 2 Berufsbildung/KV/Lehre 3 Berufsmatura 4 Gymnasiale Matura 5 Höhere Fachschule 6 Hochschulabschluss 7 Doktorat oder höher 8 Andere
		edubysgroup	Einteilung nach Bildungsniveau Kategorien: 1 Obligatorische Schule 2, 3, 4 Sekundarstufe II 5, 6, 7 Tertiärstufe
10	D7	pensum	Wie hoch ist Ihr Arbeitspensum in Prozent?

			Kategorien: 1 Momentan erwerbslos 2 Teilzeit erwerbstätig 3 Vollzeit erwerbstätig
12	SQ1	ds	[Züri wie neu] ist leicht zu bedienen Kategorien: Likert-Skala 1 Stimme überhaupt nicht zu 2 Stimme nicht zu 3 Stimme eher nicht zu 4 stimme weder zu noch nicht zu 5 Stimme eher zu 6 Stimme zu 7 Stimme voll und ganz zu
24	SvQ3	csernst	Die Stadt Zürich nimmt meine Meldungen auf "Züri wie neu" ernst Kategorien: Likert-Skala 1-7
28	US2	cseff	Dank "Züri wie neu" wird mein Anliegen effizient bearbeitet Kategorien: Likert-Skala 1-7
29	US3	csmeld	Dank "Züri wie neu" kann ich auf einfache Art den zuständigen Behörden eine Meldung abgeben Kategorien: Likert-Skala 1-7
32	QID22_1	polint	Ich interessiere mich sehr für Politik Kategorien: Likert-Skala 1-7
33	QID22_2	polaus	Mit anderen über Politik zu diskutieren, gefällt mir sehr Kategorien: Likert-Skala 1-7
34	QID22_3	polinf	Mir ist es wichtig, über politische Ereignisse immer auf dem Laufenden zu sein Kategorien: Likert-Skala 1-7
40	QID23_3	sknot	Ich fühle mich mit Menschen, die sich in einer Notlage befinden, verbunden Kategorien: Likert-Skala 1-7
43	QID23_6	skbp	Ich bin überzeugt, dass Bürgerpflichten vor Eigeninteressen stehen sollen Kategorien: Likert-Skala 1-7
57	NB10	cskom	Ist eine zielgerichtete Art, um mit der Stadt Zürich zu kommunizieren Kategorien: Likert-Skala 1-7
61	NB14	skinfl	Erlaubt mir, auf Dinge Einfluss zu nehmen, die mir wichtig sind Kategorien: Likert-Skala 1-7
63	NB16	skdemo	Gibt mir das Gefühl, dass Entscheidungsträger mich anhören Kategorien: Likert-Skala 1-7

		cs	Mittelwerte der Variablen csernst, cseff, csmeld, cskom zusammengefasst Kategorien: Likert-Skala 1-7
		sk	Mittelwerte der Variablen sknot, skbp, skinfl, skdemo zusammengefasst Kategorien: Likert-Skala 1-7

Tabelle 9: Verwendete Daten soziodemographische Struktur Zürich

Datensatz	Jahr	Merkmal	Beschreibung und Ausprägungen der Kategorien
BEV390T3900	2016	Geschlecht	Erhebung des Geschlechts Kategorien: Total Frauen Männer
BEV390T3900	2016	Alter	Erhebung Alter Kategorien: Geburtsjahr Alter
BIL100T1001	2016	Bildungsniveau	Erhebung der höchsten Ausbildung, nur 15-Jährige und Ältere Kategorien: Obligatorische Schule: Real- Sekundar-, Bezirks- und Oberstufenschule und ohne obligatorischen Schulabschluss Sekundarstufe II: Berufslehre, Berufsmittel-, Fachmittel- und Kantonsschulen wie Gymnasium Tertiärstufe: Höhere Berufsbildung, Fachhochschulen sowie Hochschulen
BEV530T5305	2016	Migrationshintergrund	Anteil eingebürgerte Personen an der Schweizer Bevölkerung

Tabelle 10: Verwendete Variablen 'Züri wie neu'

ID	Fragecode	Unbenennung	Beschreibung und Ausprägungen der Kategorien
	w_dtccp		[Weight inflating to Swiss population with the right to vote]
10520	part		Wurde die Umfrage beendet? Kategorien: 0 not finished 1 finished
SRPH Register	bigregion		[FROM SRPH REGISTER]
SRPH Register	sex		[FROM SRPH REGISTER]
SRPH Register	birthyear		Jahrgang
		age	Alter in Jahren

		agebygroup	Einteilung nach Altersgruppe Kategorien: 1 18-24 2 25-34 3 35-44 4 45-54 5 55-64 6 65-74 7 75+
70800	educ		Was ist Ihre höchste abgeschlossene Ausbildung? Kategorien 10 Keine abgeschlossene Schulbildung/Primarschule 21 Obligatorische Schule 22 Übergangsausbildungen 31 Allgemeinbildung ohne Maturität 32 Berufliche Grundbildung oder Berufslehre 33 Maturität oder Lehrkräfteseminar 40 Nach-sekundäre nicht-tertiäre Stufe 51 Höhere Berufsbildung mit eidg. Fachausweis, Meisterdiplom 52 Fachhochschule, Universität, ETH 60 Doktorat, Habilitation 97 Andere 98 Weiss nicht 99 Keine Angabe
		educ	Einteilung nach Bildungsniveau Kategorien: 10, 21, 22 Obligatorische Schule 31, 32, 33, 40 Sekundarstufe II 51, 52, 60 Tertiärstufe
70100	citizen_rep		Welche Staatsbürgerschaft haben Sie bei der Geburt gehabt? Kategorien: 1 Schweiz 7 andere Staatsbürgerschaft 8 Weiss nicht 9 Keine Angabe

Anhang B: Zusätzliche Abbildungen und Tabellen

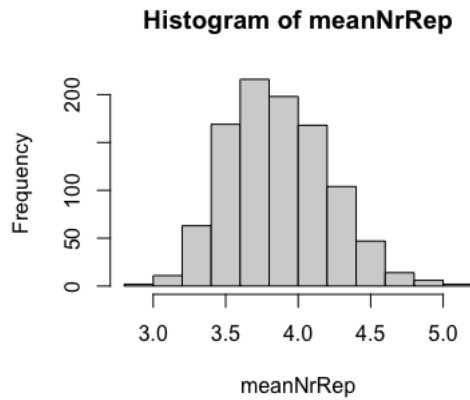


Abb. 31: Histogramm des Medians der abhängigen Variable 'NrRep' mittels Bootstrapping
Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=728

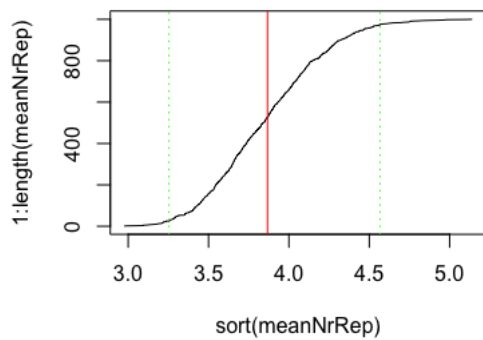


Abb. 32: Visualisierung des Bootstrappings des Mittelwerts der abhängigen Variable 'NrRep'
Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=728

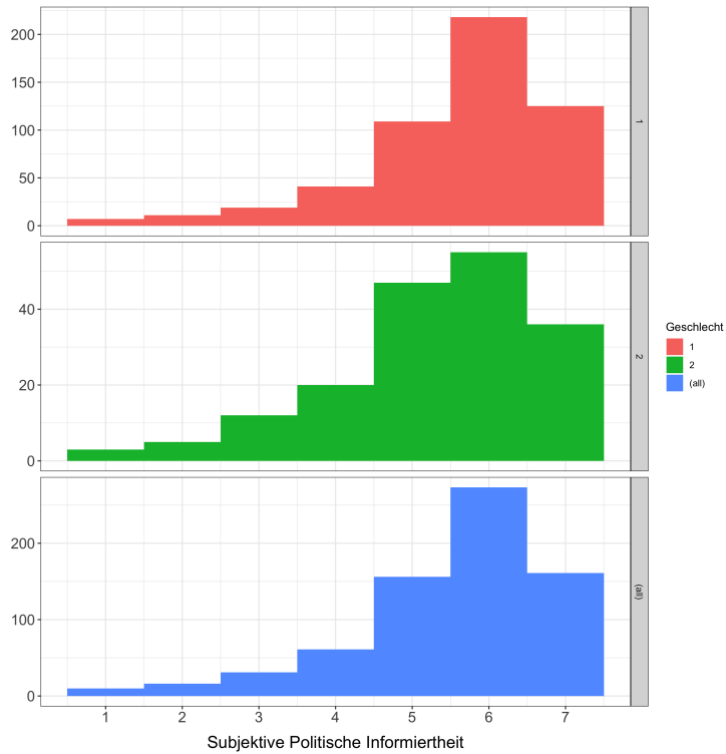


Abb. 33: Verteilung der subjektiven politischen Informiertheit nach Geschlecht 'sex'
 Quelle: 'Züri wie neu' Daten, 1=Männer, 2=Frauen, eigene Darstellung, n=724

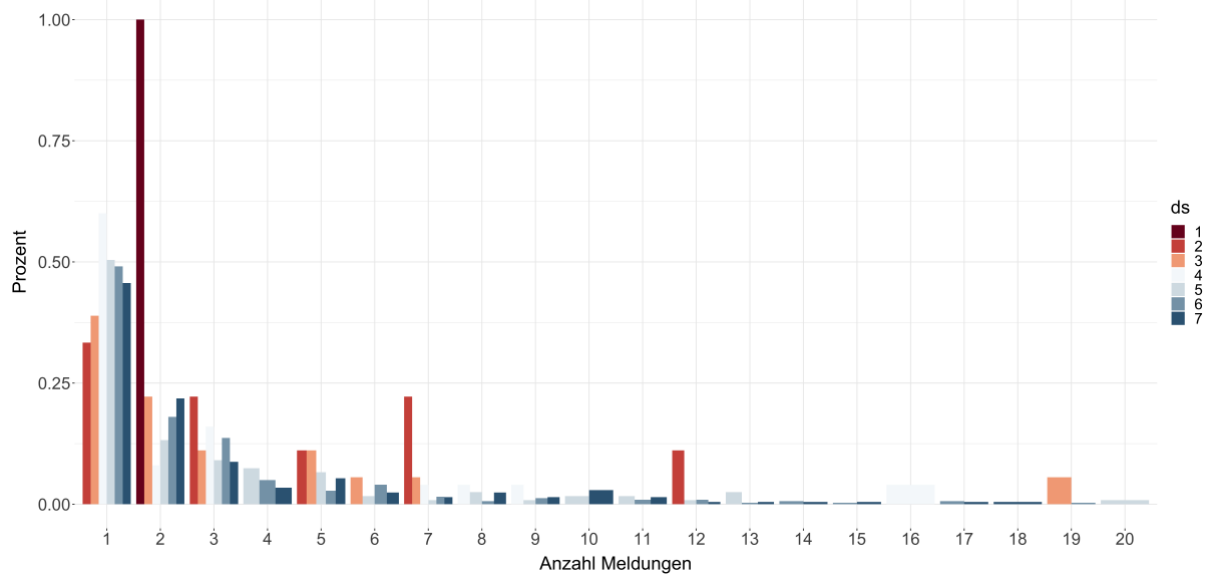


Abb. 34: Anzahl Meldungen nach digitalen Fähigkeiten 'ds' bis max. 20 Meldungen in Prozent
 Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=702

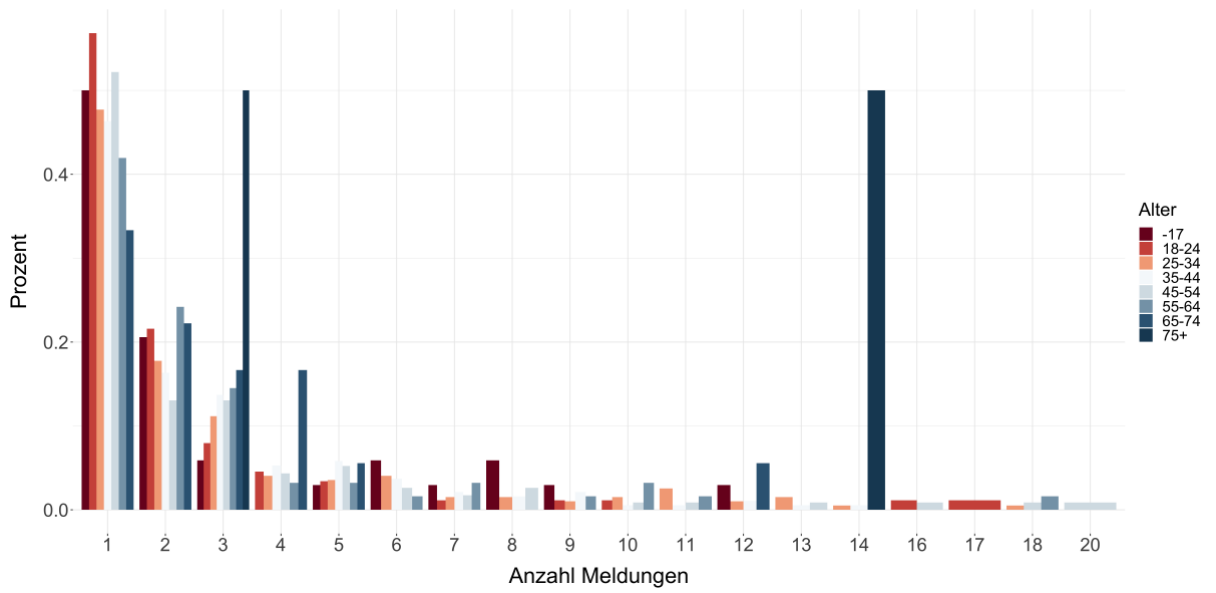


Abb. 35: Anzahl Meldungen nach Altersgruppen 'agebygroup' bis max. 20 Meldungen in Prozent
 Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=706

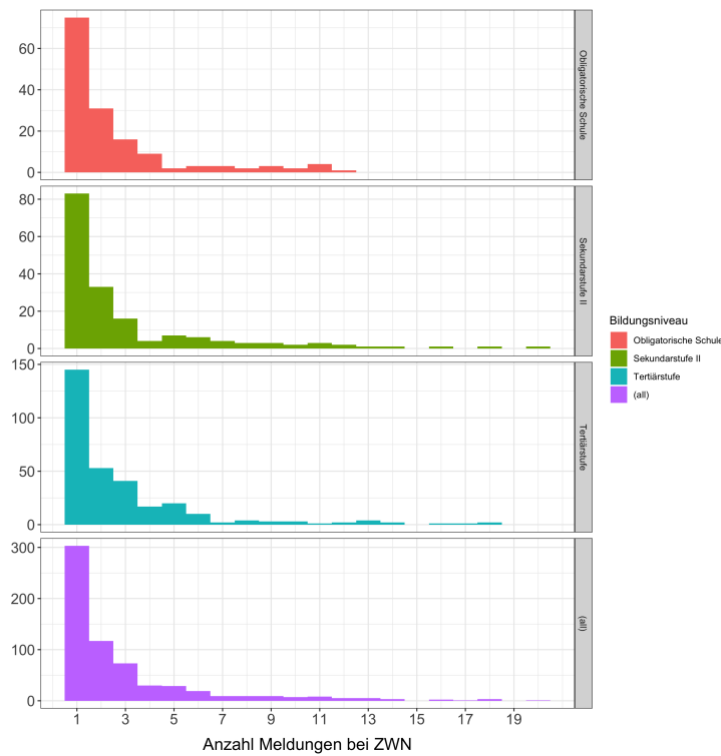


Abb. 36: Anzahl Meldungen nach Bildungsniveau 'edubygroup'
 Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung, n=691

Tabelle 11: Outcome verschiedener Tests für Überdispersion

<p>Übersidparitätstest nach Cameron und Trivedi (1990) data: rd z = 4.9208, p-value = 4.309e-07 alternative hypothesis: true alpha is greater than 0 sample estimates: alpha 4.57562</p>
<p>Übersidparitätstest nach Pearson Chi2 pearson.chi2 dispersion 3669.130195 5.679768</p>
<p>Übersidparitätstest nach odTest Likelihood ratio test of H0: Poisson, as restricted NB model: n.b., the distribution of the test-statistic under H0 is non-standard e.g., see help(odTest) for details/references Critical value of test statistic at the alpha= 0.05 level: 2.7055 Chi-Square Test Statistic = 986.5675 p-value = < 2.2e-16</p>

Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Berechnungen, n=728

Tabelle 12: Outcome vorausgesagte Anzahl Meldungen 'NrRep' nach Geschlecht 'sex', age = mean

Predicted values		
age	sex	predictedvalue
1 38.231	männlich	3.488731
2 38.231	weiblich	2.544446

Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Berechnungen, n=728

Tabelle 13: Regressionstabelle Gesamtmodell und Modell nur mit den Kontrollvariablen im Vergleich

	Model 1	Model 2
(Intercept)	0.75 *	0.78 ***
	(0.34)	(0.14)
cs	0.04	
	(0.04)	
ds	-0.05	
	(0.04)	
polint	-0.05	
	(0.05)	
sk	-0.05	
	(0.05)	
polinf	0.06	
	(0.05)	
polaus	0.05	
	(0.04)	
sexweiblich	-0.28 **	-0.32 ***
	(0.09)	(0.09)
edubycgroupSekundarstufe II	0.22 *	0.22 *
	(0.11)	(0.11)
edubycgroupTertiärstufe	0.14	0.16
	(0.10)	(0.10)
age	0.01 **	0.01 **
	(0.00)	(0.00)
langubycgroupAndere Muttersprache	0.18	0.14
	(0.16)	(0.16)
AIC	3022.76	3017.63
BIC	3081.12	3049.05
Log Likelihood	-1498.38	-1501.81
Deviance	605.56	607.07
Num. obs.	658	658

*** $p < 0.001$; ** $p < 0.01$; * $p < 0.05$

Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Berechnungen, n=658

Tabelle 14: Regressionstabelle des Gesamtmodells ohne Ausschluss der identifizierten Ausreisser

	Estimate
Intercept	-0.04 (0.37)
Bürgerkompetenzen	0.02 (0.05)
Digitale Fähigkeiten	-0.00 (0.04)
Politisches Interesse	-0.04 (0.05)
Subjektive politische Kompetenzen	0.07 (0.05)
Politische Informiertheit	0.11* (0.05)
Politischer Austausch	0.03 (0.05)
Weiblich (RK: Männlich)	-0.39*** (0.10)
Sekundarstufe II (RK: Obligatorische Schule)	0.29* (0.12)
Tertiärstufe (RK: Obligatorische Schule)	0.22* (0.11)
Alter	0.00 (0.00)
Andere Muttersprache (RK: Deutsch)	0.39* (0.16)
AIC	3161.94
BIC	3220.34
Log Likelihood	-1567.97
Deviance	620.38
Num. obs.	660

*** p < 0.001; ** p < 0.01; * p < 0.05

Statistical models

Quelle: 'Züri wie neu' Daten, eigene Berechnungen, n=660

Anhang C: Alternative Methode für den Vergleich der Offline- und Onlinepartizipation im soziodemographischen Kontext Zürichs

Ursprüngliches Vorgehen: Vergleich der Abstimmungsbeteiligung der untervertretenen Gruppen mit der allgemeinen Abstimmungsbeteiligung (44%). Vorteil: So kann klar aufgezeigt werden, welche Gruppen unter- und übervertreten sind in Bezug auf die Abstimmungsbeteiligung.

Alternatives Vorgehen: Vergleich der Gruppengrösse innerhalb derjenigen, die abgestimmt haben. Um die Verzerrung der Stichprobe zu verkleinern, werden die Gruppen nach ihrer Grösse gemäss der demographischen Struktur der Stadt Zürich gewichtet.

Folgendermassen wurde für die Berechnung der Gewichte vorgegangen:

- **DS** = Gruppengrösse gemäss **D**emographischer **S**truktur in Prozent
- **VOTO** = Gruppengrösse in der **VOTO** Stichprobe (unabhängig davon, ob die Person sich bei der Abstimmung beteiligt hat oder nicht, n=203) in Prozent
- **x** = Gewichtung
- Formel: **VOTO** * **x** = **DS**

Beispiel Männer: DS = 50%, VOTO = 41%

- $41\% \cdot x = 50\%$ → auflösen nach x, ergibt $x = 1.22$
- Gewicht für Männer: 1.22

In einem zweiten Schritt wurden nur noch diejenigen betrachtet, die sich bei der Abstimmung beteiligt haben (n=139). Dafür wurde der VOTO Datensatz entsprechend gefiltert und die Gruppengrössen der teilgenommenen Personen ermittelt. Dieser Wert wurde dann mit der Gewichtung multipliziert.

Geschlecht

- Demographie Stadt Zürich:
 - o Männer: 50%
 - o Frauen: 50%
- Stichprobe Kanton ZH (n=203):
 - o Männer: 41%
 - o Frauen: 59%
- Gewichtung entsprechend:
 - o Männer: 1.22
 - o Frauen: 0.85

Was bedeutet dies für die Beteiligung?

Von den Personen, die sich im Kanton Zürich beteiligt haben (n=139), sind 42% Männer und 58% Frauen. Multipliziert mit den Gewichten, ergibt dies folgendes Resultat:

- Männer: 51%
- Frauen 49%

Abweichung zu den Resultaten mit dem ursprünglichen Vorgehen (vgl. Abb. 37):

Gleiches Ergebnis: Frauen sind leicht unter- und Männer leicht überrepräsentiert.

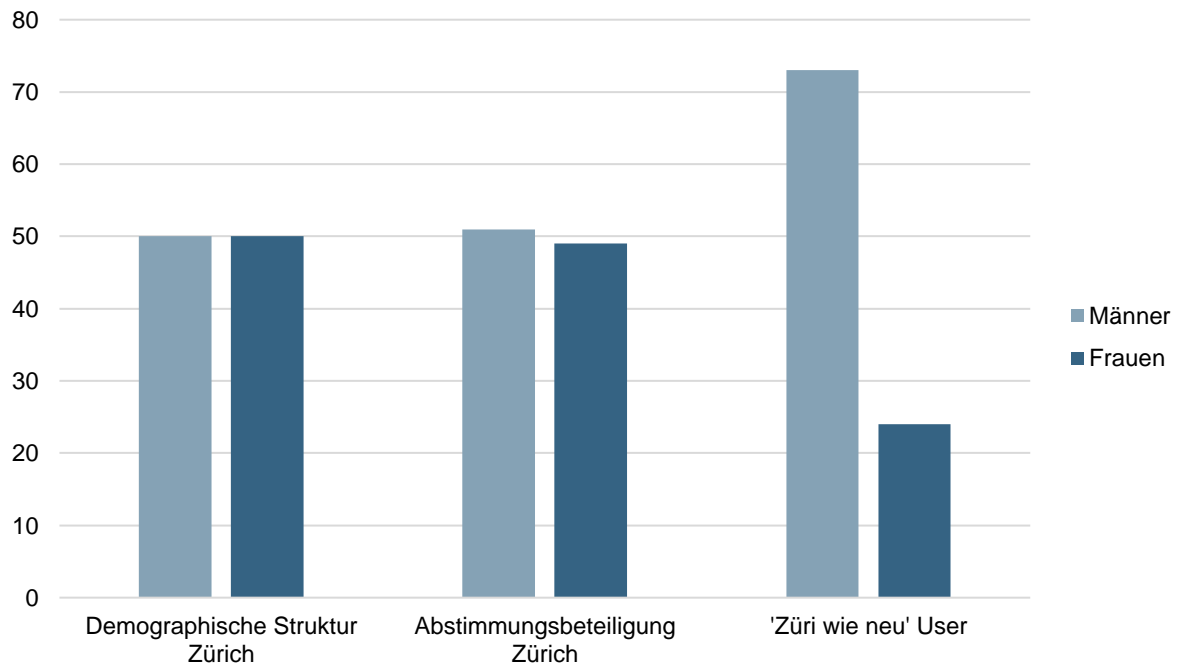


Abb. 37: Alternative Methode der Offline- und Online-Partizipation nach Geschlecht im demographischen Vergleich in Prozent

Quelle: Stadt Züri, VOTO 1 (Milic und Kübler 2016), 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung

Alter

- Demographie Stadt Zürich:
 - 18-24: 8%
 - 25-34: 22%
 - 35-44: 18%
 - 45-54: 14%
 - 55-64: 10%
 - 65-74: 7%
 - 75+: 8%
- Stichprobe Kanton ZH (n=203):
 - 18-24: 5%
 - 25-34: 5%
 - 35-44: 13%
 - 45-54: 22%
 - 55-64: 15%
 - 65-74: 22%
 - 75+: 18%
- Gewichtung entsprechend:
 - 18-24: 1.6
 - 25-34: 4.4
 - 35-44: 1.385
 - 45-54: 0.636
 - 55-64: 0.667
 - 65-74: 0.318
 - 75+: 0.444

Was bedeutet dies für die Beteiligung?

- Stichprobe Kanton ZH ohne Gewichtung (n=139):
 - 18-24: 5%
 - 25-34: 4%

- 35-44: 7%
- 45-54: 18%
- 55-64: 16%
- 65-74: 28%
- 75+: 22%
- Beteiligung mit Gewichtung:
 - 18-24: 8%
 - 25-34: 17,6%
 - 35-44: 9,7%
 - 45-54: 18%
 - 55-64: 11,5%
 - 65-74: 8,9%
 - 75+: 9,8%

Abweichung zu den Resultaten mit dem ursprünglichen Vorgehen (vgl. Abb. 38):

Gleiches Ergebnis:

- Es sind ebenfalls Junge unter- und ältere Personen übervertreten.

Unterschiede:

- Der Wendepunkt von unter- zu übervertreten liegt bei dieser Methode zwischen den 35 bis 44-Jährigen und den 45 bis 54-Jährigen, während der Wendepunkt bei der ursprünglichen Methode die 45 bis 54-Jährigen ebenfalls noch knapp unter- und erst die 55 bis 64-Jährigen klar überrepräsentiert sind.
- Die Überrepräsentation der älteren Bevölkerung ist bei der ursprünglichen Methode ausgeprägter und weist auf eine grössere Ungleichheit hin als bei dieser Methode.

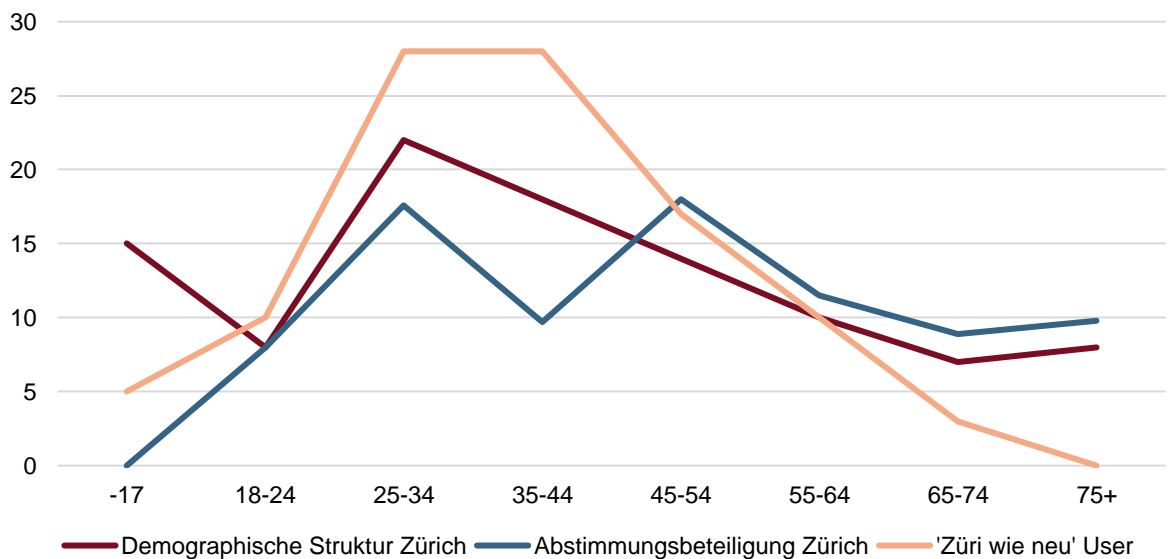


Abb. 38: Alternative Methode der Offline- und Online-Partizipation nach Alter im demographischen Vergleich in Prozent

Quelle: Stadt Züri, VOTO 1 (Milic und Kübler 2016), 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung

Bildungsniveau

- Demographie Stadt Zürich:
 - o Obligatorische Schule: 18%
 - o Sekundarstufe II: 33%
 - o Tertiärstufe: 49%
- Stichprobe Kanton ZH (n=203):
 - o Obligatorische Schule: 8%
 - o Sekundarstufe II: 48%
 - o Tertiärstufe: 44%
- Gewichtung entsprechend:
 - o Obligatorische Schule: 2.25
 - o Sekundarstufe II: 0.688
 - o Tertiärstufe: 1.114

Was bedeutet dies für die Beteiligung?

- Stichprobe Kanton ZH ohne Gewichtung:
 - o Obligatorische Schule: 8%
 - o Sekundarstufe II: 46%
 - o Tertiärstufe: 46%
- Stichprobe Kanton ZH:
 - o Obligatorische Schule: 18%
 - o Sekundarstufe II: 31,7%
 - o Tertiärstufe: 51,2%

Abweichung zu den Resultaten mit dem ursprünglichen Vorgehen (vgl. Abb. 39):

Gleiches Ergebnis:

- Personen mit dem höchsten Bildungsabschluss auf der Sekundarstufe II sind adäquat vertreten.

Unterschiede:

- Personen mit tiefem Bildungsniveau (Obligatorische Schule) waren beim ursprünglichen Vorgehen unterrepräsentiert und sind es bei diesem alternativen Vorgehen nicht mehr.
- Personen mit hohem Bildungsniveau (Tertiärstufe) waren beim ursprünglichen Vorgehen überrepräsentiert und sind es bei diesem alternativen Vorgehen nicht mehr.

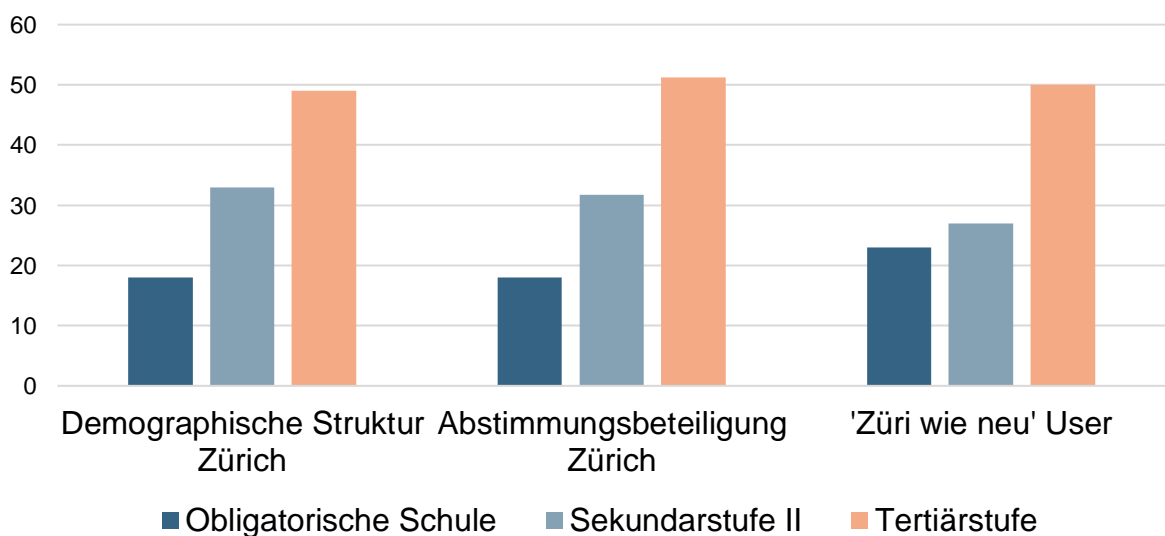


Abb. 39: Alternative Methode der Offline- und Online-Partizipation nach Bildungsniveau im demographischen Vergleich in Prozent

Quelle: Stadt Züri, VOTO 1 (Milic und Kübler 2016), 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung

Migrationshintergrund

- Demographie Stadt Zürich:
 - o Nicht eingebürgerte Personen: 71%
 - o Eingebürgerte Personen: 29%
- Stichprobe Kanton ZH (n=293)
 - o Nicht eingebürgerte Personen: 76.5%
 - o Eingebürgerte Personen: 23.5%
- Gewichtung entsprechend:
 - o Nicht eingebürgerte Personen: 0.928
 - o Eingebürgerte Personen: 1.234

Was bedeutet dies für die Beteiligung?

Von den Personen, die sich im Kanton Zürich beteiligt haben (n=139), sind 82% ohne Migrationshintergrund und 18% mit Migrationshintergrund. Multipliziert mit den Gewichten, ergibt dies folgendes Resultat:

- Nicht eingebürgerte Personen: 76%
- Eingebürgerte Personen: 22.2%

Abweichung zu den Resultaten mit dem ursprünglichen Vorgehen (vgl. Abb. 40):

Gleiches Ergebnis: Personen ohne Migrationshintergrund sind übervertreten, während Personen mit Migrationshintergrund untervertreten sind.

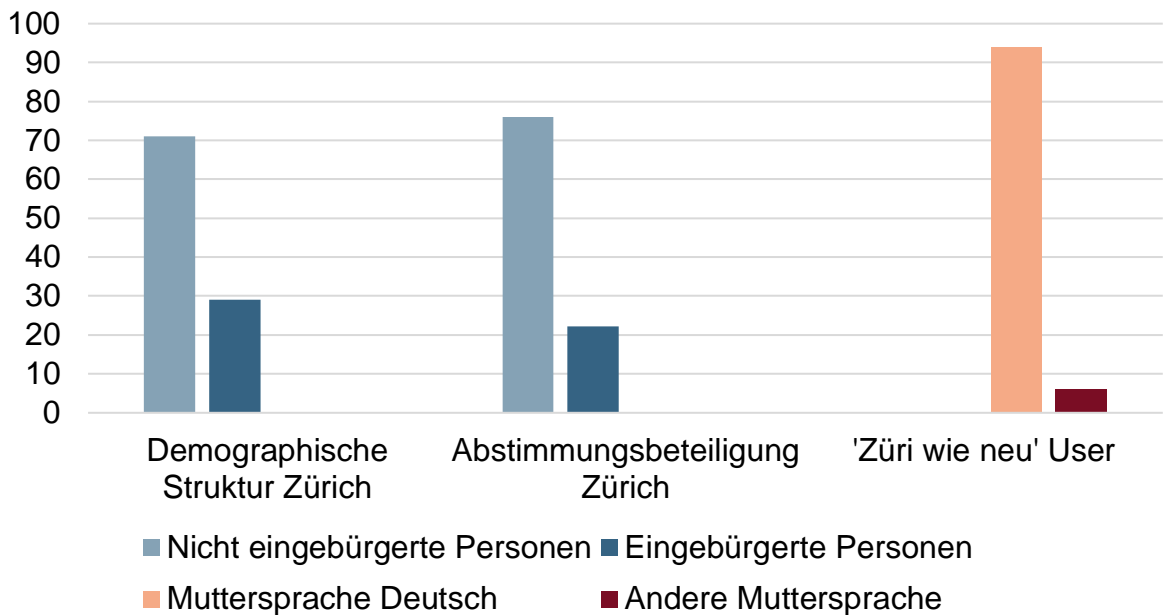


Abb. 40: Alternative Methode der Offline- und Online-Partizipation nach MH im demographischen Vergleich in Prozent
 Quelle: Stadt Züri, VOTO 1 (Milic und Kübler 2016), 'Züri wie neu' Daten, eigene Darstellung



Ungleiche politische Partizipation.

Modulname:

Masterarbeit

Betreuer*in/Dozent*in:

Dr. Prof Jörg Rössel

Verfasser*in:

Noëlle Meier

Matrikelnummer:

14-740-526

Zürich, 06.01.2021

Unterschrift:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Noëlle Meier'.